

Oscar Pistorius, Michael Ignatieff, Hans Stöckli, Lois Long, Stanley Kubrick

Nummer 39 – 25. September 2014 – 82. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Rettet die Männer

Wer sich nicht wehrt, endet am Herd.

Von Gottfried Schatz

Unheimliche Grossmacht

In Brüssel schwindet das Verständnis für die Schweiz. *Von Wolfgang Koydl*

Schweizer Unis: Mehr Lohn, weniger Geist

Unsere Phil-I.-Professoren verdienen viel, aber leisten zu wenig.

Von Philipp Gut





Seiner Zeit voraus.

Der neue Audi A7 Sportback.

Die Zukunft beginnt heute dank intelligenten Matrix LED-Scheinwerfern und Audi connect für einfachen Zugriff auf Online-Dienste. Mehr Infos bei Ihrem Audi Partner oder unter www.audi.ch/A7

Intern

Dass die Europäische Union unübersichtlich bis zur Totalverwirrung sein kann, ist praktisch eine Binsenweisheit. Wie sehr sich diese Konfusion aber auch im Alltag niederschlägt, war für *Weltwoche*-Reporter Wolfgang Koydl dann doch eine Überraschung. Im Rundbau des Parlamentsgebäudes in Strassburg suchte er nach Abgeordnetenbüro 8049 – achter Stock, Zimmer 49. Doch auf die 48 folgte unmittelbar die Nummer 50. War das hier wie bei Harry Potter und dem Bahnsteig 9 3/4? Musste man durch die Wand springen? Nein, die Nummerierung der Büros entzieht sich nur logischen Gesetzen. Wie so vieles andere auch in der EU. **Seite 22**



Mann des Worts: Bieler Politiker Stöckli.

Anders als viele andere Politiker, die sich mit Gastbeiträgen und Leserbriefen zu profilieren versuchen, schreibt der Berner Ständerat und ehemalige Bieler Stadtpräsident Hans Stöckli fast nie. Der Sozialdemokrat, der gerne und gut vernehmlich redet, gilt als Mann des gesprochenen Worts, nicht des geschriebenen. Wenig bekannt ist, dass er das Schreiben einst fast zum Beruf gemacht hätte. Wie Stöckli unserem Redaktor Christoph Landolt erzählte, hatte er 1975 ein dreimonatiges Praktikum bei der *Weltwoche* absolviert. Offenbar mit Erfolg: Eine grosse Geschichte mit dem Titel «Sind Minderjährige noch minderjährig? – Jugendliche zwischen Sex und Gesetz» landete auf der Titelseite. Chefredaktor Hans O. Staub wollte den 23-jährigen Juristen fest einstellen und bot ihm damals überaus verlockende 4000 Franken Monatslohn. Stöckli widerstand und ging in die Politik. **Seite 26**

Richter sollten unpolitisch und unparteiisch sein, doch in der Schweiz werden die Richter von den politischen Parteien gestellt. Faute de mieux haben wir mit diesem Widerspruch zu leben gelernt. In der Praxis spielt die Parteizugehörigkeit der Richter meist auch keine Rolle. Eine Ausnahme sind die ausländerrechtlichen Abteilungen des Bundesverwaltungsgerichtes. Nach einer Analyse Dutzender Urteile der letzten Jahre zum Familiennachzug im Asylbereich stellte Redaktor Alex Baur fest, dass bei allen positiven Entscheiden die Vertreter der Grünen und der SP die Mehrheit im Richter-gremium stellten. Die ausufernden Sozialkosten in den Gemeinden sind eine direkte Folge dieser richterlichen Einwanderungspolitik. **Seite 32**

Nirgendwo sonst verdienen Professoren so viel wie an Schweizer Universitäten und Hochschulen. Schon die Einstiegssaläre für sogenannte ordentliche Professoren liegen bei rund 170 000 Franken, wie die Recherche von Inlandchef Philipp Gut zeigt. Im Durchschnitt beträgt der Grundlohn für Lehrstuhlinhaber in der Schweiz über 200 000 Franken. Das ist doppelt so viel, wie gleichrangige Kollegen etwa in Deutschland erhalten. Trotz solchen Attraktivitätsvorteilen gelingt es den Schweizer Unis indes nicht, die klügsten Köpfe anzuziehen und sich an der internationalen Spitze zu etablieren – mit Ausnahme der beiden ETH. Besonders die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten sind bestenfalls Mittelmass. Mehr Geld und mehr Lohn bedeuten offenbar nicht automatisch auch mehr Geist. **Seite 28**

Ihre Weltwoche



CRESTA
PALACE

Herbstzauber

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie
Kinderclub, Wandern, Golfen, Biken, Tennis uvm.
Zimmer/Frühstück ab CHF 125.– pro Person

Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
Sommersaison bis 12. Oktober 2014

★★★★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina / St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),
Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Christoph Landolt, Christian Mundt,
Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
Florian Schwab, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Tom Kummer, Dirk Maxeiner,
Christoph Mörgele, Franziska K. Müller,
Daniele Muscionico, Deborah Neufeld,
Kurt Pelda, Peter Rüedi,
Kurt Schiltknecht, David Schnapp,
Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),

Simon Keller, Martin Kappler (Assistent)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger und

Rita Kempter (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



— Meisterwerk —

saftig, geschmeidig, finessenreich



Villa Antinori rosso 2011

Toscana igt, Antinori – Toscana

Der wohl bekannteste Wein von Antinori. Abbild einer 600-jährigen Familientradition. Geboren 1928. Sein Erfolg ist bis heute ungebrochen.

Bindella

CHF **14.80** netto
statt 18.50, 75 cl

gültig bis 12.10.2014
jetzt bestellen auf
bindella.ch



Bindella
la vita è bella

Enthauptungen

Was muss eigentlich noch alles passieren, bis man die Wirklichkeit zur Kenntnis nimmt? Von Roger Köppel

An einem Wochenende in den Bergen las ich mich wieder einmal in die Memoiren Winston Churchills ein. Ich gebe zu, dass ich das Buch nicht zur Selbststilisierung, sondern nur deshalb mitnahm, weil ich mich für kein anderes entscheiden konnte. So begann ich zuerst zu blättern, dann zu lesen.

Es ist unfassbar, wenn man sich das Ausmass der kollektiven Verblendung vor Augen führt, die vor dem Zweiten Weltkrieg die Politik befiel und die von Churchill auch rückblickend scharf kritisiert wird. Es scheint so, als ob sich während der dreissiger Jahre die führenden Staatsmänner darauf geeinigt hätten, die Welt mit einer rosaroten Wunderkerze zu beleuchten, ehrlich wohlmeinend, ums Gute bemüht, einfühlsam und tolerant bis in den Untergang. Während sie sich an ihren Träumen wärmten, baute Hitler seine Kriegsmaschine aus.

Halt: Ich will die damalige Konfliktlage nicht mit der heutigen Situation gleichsetzen. Wir stehen vermutlich nicht vor dem Aufstieg einer totalitären, alles verschlingenden Supermacht, und ich glaube auch nicht, dass die Welt demnächst von einem globalen Bürgerkrieg heimgesucht wird, wie er seinerzeit zwischen den Demokratien und den faschistischen und kommunistischen Diktaturen tobte. Was aber auffällt: Es gibt Zeiten, in denen sich Zivilisationen den Luxus leisten, die Wirklichkeit zu übersehen, Illusionen für die Realität zu halten.

Ich glaube, dass ich in so einer Zeit aufgewachsen und dadurch geprägt worden bin. Die sechziger, siebziger, achtziger und vor allem die neunziger Jahre waren in der Schweiz und im Westen allgemein Jahrzehnte einer überflussgeborenen Sorglosigkeit. Die Wohlfahrtsstaaten wurden aufgerüstet, die Armeen geschrumpft, das Rentenalter senkte sich. Nationalstaaten galten als überholt, Grenzen als hinderlich. Man begann sich auf eine Welt ohne Konflikte einzurichten, ein fröhliches Zeitalter der Therapeuten. Interessanterweise wurde das neue, schläfrig-pazifistische Menschheitsideal von seinen Verfechtern immer mit erstaunlicher Aggressivität gegen seine Kritiker verteidigt.

Seit einigen Jahren vermute und beobachte ich, dass die optische Selbsttäuschung verfliegt. Die Wirklichkeit bricht wieder durch. Es begann mit den Terrorattentaten vom 11. September 2001, die wie Bombeneinschläge das



«Fröhliches Zeitalter der Therapeuten.»

allgemeine Behagen störten. Der Realitätschock allerdings verebbte, weil bald das Feindbild eines angeblich verrückten, von religiösen Spinnern angetriebenen US-Präsidenten erneut den Blick auf die Realität verstellte.

Eine Zeitlang durfte abermals der Irrtum herrschen, ohne Bush hätte die Welt friedlich und scheinbar einträchtig weiterdösen können. Indem sie den gehassten Cowboy durch den geschmeidigen Prediger Obama ersetzten, glaubten die Amerikaner sich die unbeschwernten Neunziger zurückzuholen.

Der im Wortsinn vielversprechende Neuling reaktivierte noch einmal, zum letzten Mal – heute allerdings nicht mehr – die Fata Morga-

na einer Welt ohne Kriege, ohne Grenzen, ein Nirwana des Dialogs und der Verständigung, ein vom Steuerzahler finanziertes Paradies der Moral und der gehobenen Gesinnung.

Natürlich brachte die Finanzkrise heilsame Ernüchterung. Der Euro krachte um ein Haar zusammen. Das Wunschgebäude EU sieht heute trostloser, aber dafür echter aus. Krisen machen alle klüger. Ich vermute allerdings, dass nichts so sehr die Wahrnehmung erschütterte, desillusionierte und enttäuschte wie in diesem Jahr die ungeheuerliche, ja teuflische Bestialität der medial inszenierten Köpfungen von Unschuldigen im Namen des Islam.

Diese Untaten sind mehr als ein Tabubruch. Sie machen den Blick frei auf die Abgründe der menschlichen Natur. Die metzelnden IS-Brigaden dürften vielen, auch vielen Schweizern, schlagartig klagemacht haben, dass die Welt da draussen ein brandgefährlicher Ort ist, dass es unheilvolle Kräfte gibt, die sich weder wegbeten noch wegmassieren lassen. Man beginnt sich wieder zu fragen, wofür Grenzen da sind, wer sie bewacht und ob wir die richtigen Leute ins Land lassen.

Man erkennt das, was wir nonchalant Zivilisation nennen, auf einmal wieder als keineswegs selbstverständliche, sondern als bedrohte und als äusserst verteidigungswerte Errungenschaft. Die Welt erscheint als das, was sie immer war: als zerbrechliches Gelände, auf dem jederzeit alles in Flammen aufgehen kann, wenn es nicht genügend Leute gibt, die sich dafür einsetzen, dass sich die Brandstifter nicht durchsetzen.

Jede Ordnung ist nur so gut wie die Kräfte, die zu ihrer Erhaltung aufgebieten werden können. Vor zwei Wochen äusserte der abtretende norwegische Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen die erstaunliche Einsicht, dass das von ihm geleitete Militärbündnis nicht mehr richtig einsatzfähig sei. Sein Referat erinnerte an die Klagen des Schweizer Wehrministers Ueli Maurer, der Gleiches für die Schweiz anmahnt. Allmählich dämmert den Politikern, dass eine Welt ohne Armeen eine Welt ohne Sicherheit ist.

Wer die Wirklichkeit zu erkennen versucht, nimmt die Welt, wie sie ist, und nicht, wie er sie gern haben möchte. Es ist erfreulich, wenn die Verblendung schwindet, wenn mehr Realitätssinn aufkommt. Man kann sich aber auch fragen, was es eigentlich noch alles braucht, bis sich die Leute und bis sich vor allem die Politiker von den Trugbildern verabschieden, die sie für die Wirklichkeit halten oder als Wirklichkeit verkaufen.

Die Zeiten der Einsicht dauern häufig nicht sehr lang. Der zähe Realist Churchill, der seine Landsleute frühzeitig warnte, wurde gleich nach Kriegsende in Grossbritannien wieder abgewählt. Will die Welt betrogen sein? Die meisten Menschen halten die Wirklichkeit nur in knapp bemessenen Dosierungen aus.





Pirouetten: Simonetta Sommaruga. Seite 30



Sehnsucht nach Ordnung: Jass-Spiel. Seite 58



Macht und Märkte: Jinping, Putin. Seite 44



«Le Freak»: Nile Rodgers. Seite 82

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar Widmer-Schlumpfs Steuerschrauben

11 Im Auge Sting, Rocksänger

12 Migration Zahlen, bitte

12 Kinderschutz Lohnende Nächstenliebe

13 Personenkontrolle Beglinger, Widmer-Schlumpf etc.

13 Nachruf Philip Somerville, königlicher Hutmacher

14 **Rettet die Männer**

Die Frau ist zum starken Geschlecht avanciert. Was nun?

16 Die Deutschen Späte Verweigerer

16 Wirtschaft Jackpot-Kapitalisten

17 Ausland Perfides Albion

18 Mörgeli Unökonomie einer Abwahl

18 Bodenmann Carlos, Geri und die Eritreer

19 Medien Lampenberg und Lampedusa

19 Gesellschaft Body-Check

20 Darf man das? / Leserbrief

Hintergrund

22 **Unheimliche Grossmacht**

Die EU will zum globalen Machtfaktor werden

26 **Stöcklis blinder Fleck**

Die Sozialhilfe in Biel läuft aus dem Ruder

28 **Mehr Geld, weniger Geist**

Schlechte Erfolgsbilanz der Schweizer Unis und Hochschulen

30 **Kreativer Umgang mit der Wahrheit**

Das Dublin-Lügengebilde zerfällt

32 **Sabotage von oben**

Linke Asylrichter hintertreiben dies Zuwanderungspolitik

34 Sozialhilfe René Zeyer über ein asoziales System

38 **Sparen? Unmöglich!**

Beim Thema Kürzungen stellt sich der Bundesrat quer

40 **In der Gunst der Bundesrätin**

Nick Beglingers fragwürdiger Einfluss auf die Politik

42 Immobilien Familienfilz in der Genossenschaft

44 **Die neue Weltunordnung**

Ost gegen West: Was müssen Amerika und Europa tun?

48 Iran Zwischen Himmel und Hölle (Serie, Teil 2)

51 Islam Der Islamische Zentralrat Schweiz lobt den Dschihad

52 Russland Der ukrainische Historiker Yekelchuk über Putin

54 **Die deutsche Supernova**

Konrad Adam über seine Alternative für Deutschland (AfD)

57 Essay Mit dem Selfie zur Unsterblichkeit

58 **Konkordanz lernt man am Jasstisch**

Das Schweizer Spiel stiftet mehr Identität als der Franken

60 Erziehung Ökonomie des frühen Eingreifens

62 **Pistorius: Freispruch für die Korruption**

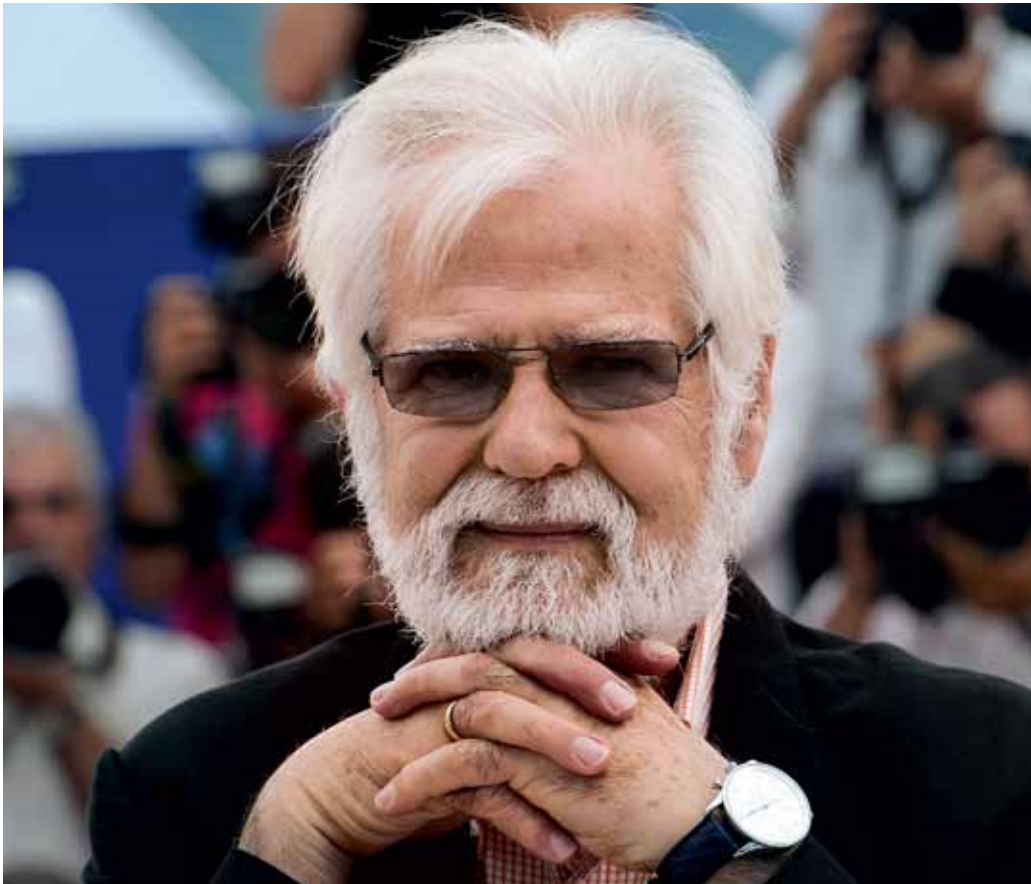
Symbol für die Verkommenheit in Südafrika

EINE IKONE GEWINNT AN GRÖSSE



DIE NEUE NAVITIMER 46 mm

RUCKLI
seit 1898 goldrichtig
AM BAHNHOFPLATZ LUZERN



«Er war sehr streng mit sich»: Kubrick-Assistent Harlan. Seite 68

Interview

68 «Tom Cruise war sehr glücklich»

Vor 15 Jahren starb Stanley Kubrick. Jan Harlan, sein engster Mitarbeiter, über den grossen Regisseur

Stil & Kultur

66 Stil & Kultur Bring Back Our Girls!

68 Bestseller

71 Jazz Emile Parisien Quartet

72 Die «Titanic» der Adria

Vor hundert Jahren sank die «Baron Gautsch». Ein Überlebender führte Tagebuch

74 Top 10

74 DVD Audie-Murphy-Box

75 Fernseh-Kritik «Giacobbo/Müller»

76 Nach der Party an die Schreibmaschine

Lois Long, «Lippenstift» genannt, war die erste Flapper-Journalistin in New York

78 Namen Jubel und Buhrufe

79 Hochzeit Yulya Gregan und Miguel Almoril

79 Thiel Hypnotisch

80 Wein Philippe Chevrier Gamaret de Genève AOC 2012

80 Zu Tisch «The Epicure» in Zürich

81 Auto Jaguar F-Type R 5.0 V8

82 MvH trifft Nile Rodgers, Komponist, Musiker und Produzent

Autoren in dieser Ausgabe

Mike Nicol



Kaum jemand kennt die Licht- und Schattenseiten seiner südafrikanischen Heimat besser als der 63-jährige Romancier und Krimi-Autor («Rache»-Trilogie). In seinem Essay schildert er, welche gesellschaftlichen Folgen der Mordprozess gegen den Sportstar Oscar Pistorius hat. Seite 62

Michael Ignatieff



Der Historiker, Autor und Politiker zählt zu den führenden Denkern Kanadas. Der frühere Professor an den Universitäten Cambridge, Oxford, Harvard und Toronto analysiert die politische Weltlage nach den wiederaufgeflamten Spannungen zwischen Ost und West. Seite 44



MEHRWERT FÜR IHR GELD

Aktuelle Anlagetrends und Investmentideen finden Sie in dieser Ausgabe der Weltwoche.

dp payoff



**ZURICH VERSICHERUNG.
FÜR ALLE, DIE WIRKLICH LIEBEN.**


ZURICH[®]

RANGE ROVER EVOQUE

JETZT «COOL DEAL» MIT EXTRAS INKLUSIVE.

Beim «Cool Deal» für den Range Rover Evoque ist einfach mehr drin: Panoramaglasdach und Winterpaket mit beheizbarer Frontscheibe, beheizbaren Scheibenwaschdüsen, beheizbaren Sitzen für Fahrer und Beifahrer sowie beheizbarem Lenkrad. Profitieren Sie jetzt bei Ihrem Land Rover-Fachmann vom «Cool Deal» mit dem gewissen Extra und 3.9% Leasing.

landrover.ch

**COOL
DEAL**

Extras im Wert von bis zu CHF 2'480.-

- Panoramaglasdach
- Winterpaket

Plus 3.9% Leasing ab CHF 474.-/Mt.



ABOVE AND BEYOND



Range Rover Evoque 2.2 eD4 Dynamic, 5-Türer, man., 2WD, 150 PS/110 kW, Gesamtverbrauch 5.0 l/100 km (Benzinäquivalent 5.6 l/100 km), Ø CO₂-Emissionen 133 g/km, Energieeffizienz-Kategorie B. Netto-Verkaufspreis CHF 54'700.- inkl. «Cool Deal» Paket (Panoramaglasdach, Frontscheibe und Scheibenwaschdüsen beheizbar, beheizbare Sitze für Fahrer und Beifahrer, beheizbares Lenkrad) im Wert von CHF 2'480.-. «Cool Deal» Paket: gültig für die Evoque Modelle 2014/15 (Pure, Prestige, Dynamic und Dynamic Plus). Immatriculationen in der Schweiz vom 11.8.14 bis 22.12.14 oder solange verfügbar. Leasingbeispiel: Range Rover Evoque 2.2 eD4 Pure, 5-Türer (inkl. «Cool Deal» Paket), gleiche Motorisierung. Ø CO₂-Emissionen aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 148 g/km. Listenpreis CHF 44'900.-, Leasingrate CHF 473.15/Mt., Leasingzins 3.9%, eff. Leasingzins 3.97%, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung 18% (nicht obligatorisch), Kautions 5% vom Finanzierungsbetrag (mind. CHF 1'000.-), Vollkasko oblig. Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Weitere Informationen zum «Cool Deal» bei Ihrem Land Rover-Fachmann.

Widmer-Schlumpfs Steuerschrauben

Von Christian Mundt — Warum einfach, wenn's kompliziert geht? Die Finanzministerin will der Schweiz ein irreführend verschachteltes Steuersystem aufpfropfen.



Hintergedanken: Widmer-Schlumpf.

Die Grossmächte sind auf der Jagd nach Geld. Da die Schweiz als Steueroase für natürliche Personen austrocknet, sind nun Steuerparadiese für Unternehmen im Visier. Und wieder trifft es die Schweiz. Dass ausländische Firmen, die ihren Sitz, aber keine eigentliche Tätigkeit in der Schweiz haben, tiefer besteuert werden als normale Unternehmen, darf nach Ansicht der EU, der OECD und der G-20-Staaten nicht sein. Sie sprechen von «schädlicher Steuerpraxis» («harmful tax practices»).

Damit die Schweiz deshalb nicht wieder auf eine schwarze, graue oder sonstwie gefärbte Liste kommt, will man im Finanzdepartement unter Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) vorschnellen und die Gesetze ändern, damit sie den Vorstellungen der OECD entsprechen. Widmer-Schlumpfs Beamte wollen dies erreichen, indem sie die Steuern für alle Unternehmen senken und damit die bisher gängige steuerliche Bevorzugung derjenigen Firmen beenden, die nur ihr Steuerdomizil in der Schweiz haben.

Konkret sieht der Reformvorschlag, den die Finanzministerin am Montag vorstellte, unter anderem die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital vor. Zudem soll neu die Möglichkeit geschaffen werden, Verluste unbeschränkt anrechnen zu lassen – anstatt wie bislang sieben Jahre lang. Ebenfalls sind

sogenannte Lizenzboxen beabsichtigt. Bei einer Lizenzbox werden Erträge eines Unternehmens aus Lizenzen und Patenten von den übrigen Erträgen getrennt und separat respektive reduziert besteuert. Aufgrund dieser von restlichen Firmenaktivitäten losgelösten Besteuerung hat die Box ihren Namen. Eine solche Möglichkeit bieten auch andere Staaten an, weshalb das Finanzdepartement davon ausgeht, dass die Lizenzboxen auch von der OECD anerkannt werden.

Tiefere Steuern für alle und die Förderung von Innovation, das klingt erst einmal gut. Sieht man aber genauer hin, dann zeigt Widmer-Schlumpfs Vorhaben seine hässliche Seite: Weil die Finanzbeamten Mindereinnahmen von rund einer Milliarde beim Bund und zwischen einer und zwei Milliarden bei den Kantonen und Gemeinden befürchten, plant das Finanzdepartement die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer.

Das Volk hat nein gesagt

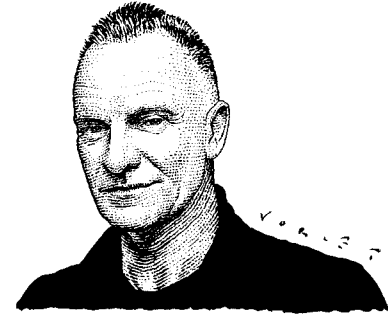
Dies ist insofern stossend, als das Volk 2001 die linke Volksinitiative für eine Kapitalgewinnsteuer mit 65 Prozent Nein-Stimmen verworfen hat und auch die Kantone diese Steuer abgeschafft haben. Die Kapitalgewinnsteuer würde beispielsweise die Kursgewinne von Aktien besteuern – wobei die Verluste wiederum in Abzug gebracht werden. Unter dem Strich gibt dies wenig Ertrag (0,3 Milliarden auf Bundesebene), aber viel Aufwand.

Zudem sollen 75 neue Steuerinspektoren eingestellt werden, die mit zusätzlichen Kontrollen weitere 250 Millionen in die Kassen spülen. Anstatt verschärfter Kontrollen sollte das Finanzdepartement besser die Steuern so vereinfachen, dass die Fehlerquote beim Ausfüllen der Steuererklärungen gesenkt wird.

Die steuerliche Entlastung, die Widmer-Schlumpf den Firmen mit der einen Hand gibt, will sie ihnen mit der anderen Hand teilweise wieder wegnehmen. Dies vermutlich in der Absicht, auch Teile der Linken mit ins Boot zu holen. Dies ist aber kaum erfolgversprechend, denn bereits klagt die Linke, dass die Privaten für «Steuergeschenke» an Firmen zahlen sollen.

Die komplizierte Geometrie der Steuerreform verstellt damit den Blick aufs Wesentliche: Jede Unternehmensbesteuerung trifft am Schluss Privatpersonen, sei es als Kunden, Angestellte oder Aktionäre. Man sollte sie daher gerade ganz abschaffen.

Zauberformel



Sting, Rocksänger.

Sting, bürgerlich Gordon Matthew Sumner, hat seinen sechs Kindern den Tarif erklärt: Von seinen 225 Millionen Euro Vermögensmasse gibt es für sie kaum bis nichts zu erben. Sollen sie doch im Leben selber zurechtkommen. Der 62-jährige britische Rockbarde und Ex-Lehrer findet mit dieser weitsichtigen Charakterschulung viel Beifall in Erzieherkreisen. Aber jetzt steht der singende Sohn eines Milchmannes und einer Coiffeuse plötzlich unter Geizkragen-Verdacht.

Mit seiner zweiten Ehefrau Trudie Styler bewirtschaftet Sting in der Toskana das prächtige mittelalterliche 350-Hektar-Landgut «Il Palagio» und ist wie andere Showbiz-Grössen, etwa Francis Ford Coppola, Gérard Depardieu, Brad Pitt und Angelina Jolie oder Günther Jauch, der erdnahen Magie des Weinmachens verfallen. Auf dem *podere* bei Figline Valdarno lebte zeitweise auch der Conte Bettino Ricasoli, Schöpfer der Formel des Chianti Classico. Sting hingegen erfindet hier die Zauberformel zur Lösung des chronischen Problems der temporären Arbeitskräftebeschaffung zur Erntezeit.

Jedes Jahr wieder tappen italienische Weinbauern in die Bussenfalle, wenn sie Schwarzarbeiter aus Afrika und Rumänien beschäftigen. Sting dreht den Spieß um: All die Gaffer und Fans und anderen Neugiertouristen, die in sein Paradies einfallen, können sich von Ende September bis Mitte Oktober aktiv bei der Wein- und im November bei der noch beschwerlicheren Olivenernte nützlich machen. Das heisst, sie müssen für ihre Eintagsfronarbeit in der würzigen Herbstluft eine kleine Entschädigung von 262 Euro entrichten. Als Gegenleistung erhalten sie einen Einführungsvortrag, ein Mittagessen und ein Geschenkpaket mit Wein, Olivenöl und Honig, jedoch keine Garantie, dass sich ihnen der Feudalherr leibhaftig zeigt. Den Erntehelfern, die über Nacht bleiben möchten, steht das Luxusresort des Sängers mit 26 Zimmern zu 1200 Euro Schlafgebühr bei Doppelbelegung zur Verfügung. Die Idylle wird nur dadurch getrübt, dass die *vendemmia* 2014 vermutlich den sauersten Wein seit Menschengedenken ergeben soll. Peter Hartmann

Zahlen, bitte

Von Florian Schwab — Zu viele Einwanderer? Die Schweiz sollte Eintritt verlangen.

Wie lange muss ein durchschnittlicher Arbeitnehmer arbeiten, um eine Million US-Dollar zu verdienen? In welches Land wird man am besten geboren? Mit solchen Fragen befasst sich das wissenschaftliche Institut der britischen Verlagsgruppe The Economist. Die Antworten für die Schweiz fallen schmeichelhaft aus: Nur in den USA und in Norwegen arbeitet man weniger lang für die Million. Wer in Rumänien geboren wird, muss für die Dollarmillion 350 Jahre lang arbeiten, während ein durchschnittlicher Schweizer nur rund zwanzig Jahre benötigt. Bereinigt um die Lebenshaltungskosten, bleibt der Unterschied mit 195 zu 35 Jahren immer noch eindrücklich.

In der «Lotterie des Lebens», also bei der Frage, wo die Chancen auf eine «gesunde, sichere und wohlhabende» Existenz am höchsten sind, belegt die Schweiz gar Rang 1 (USA: 16).

Lebenswertester Platz auf Erden

Aus der Sicht eines einzelnen Menschen ist es zwar zufällig, wo er geboren wurde. Die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen sind aber eine gemeinschaftliche Errungenschaft über Jahrzehnte und Jahrhunderte. Anders gesagt: Unsere Vorfahren haben das Land im Schweisse ihres Angesichts von einer alpinen Steinwüste in einen prosperierenden Wirtschaftsraum verwandelt. Die heutige Schweiz haben wir mit ihren Vorteilen geerbt, wie man ein schönes Haus von seinen Eltern erbt.

Was bedeutet dies für die Zuwanderungspolitik? Sind wir verpflichtet, jeden ins Land zu lassen und an den vergleichsweise guten Möglichkeiten teilhaben zu lassen (Personenfreizügigkeit)? Im Gegenteil!

Indem wir zum Nulltarif die Vorteile verschleudern, die mit Schweizer Wohnsitz und Nationalität einhergehen, versagen wir der schweizerischen Pionierleistung ihre verdiente Anerkennung. Daher sollte die Schweiz von Zuwanderern einen Mitgliedschaftsbeitrag verlangen, welcher die besseren Möglichkeiten (im Vergleich zu ihrem Herkunftsland) zumindest teilweise abgilt. Damit wäre dann auch das Dilemma gelöst, das entsteht, wenn ein flächenmässig kleines Land mit begrenztem Platz durch eigenes Zutun und Schicksal zum lebenswertesten Platz auf Erden wird.

Die Ansätze von Economist zeigen, dass sich die ökonomischen Vorteile des Daseins in der Schweiz mit etwas Spielraum in Franken und Rappen übersetzen lassen.

Lohnende Nächstenliebe

Von Markus Schär — Die Schweiz braucht mehr gewinnstrebende Unternehmer, die sich um Pflegekinder kümmern. Ein Plädoyer für Sozialfirmen aus persönlicher Erfahrung.

Jetzt kann ich es ja sagen: Meine verstorbene Frau gründete ihre Sozialfirma auch, weil sie sah, dass der Sozialunternehmer, der ein Pflegemädchen bei uns platzierte, einen Mercedes mit sechsstelligem Listenpreis fuhr. Gerade als liberaler Staatskritiker schreibe ich dies ihr zu Ehren. Denn wir wissen seit Adam Smith, dass wir das Gemeinwohl schaffen, wenn wir nicht aus (angeblicher) Nächstenliebe, sondern aus Eigeninteresse handeln. Allerdings müssen dafür die Bedingungen stimmen.

Wettbewerb: Als meine Frau vor zwölf Jahren mit ihrer besten Freundin ihre Firma gründete, gab es im Thurgau niemanden mehr, der sich um Pflegeverhältnisse kümmerte; eine vom Kanton subventionierte Fachstelle hatte aufgeben müssen. Also sprangen Private in die Marktlücke, und meine Frau zeichnete sich als Unternehmerin aus. Sie betreute Pflegekinder (manche kamen auch zeitweise zu uns), unterstützte Pflegeeltern, beriet Gemeinden bei der Suche nach einer finanziell vertretbaren Lösung. Und das rund um die Uhr: Mehrmals rückte sie aus, wenn wir am Sonntagabend beim «Tatort» auf dem Sofa lagen, um einen Ausreisser in einem Krachen abzuholen.

Einige Jahre später bauten Kanton und Gemeinden mit viel Geld doch wieder eine Fachstelle als Konkurrenz auf. Die Amtsinhaberin,

selbstverständlich teilzeitlich, sass zu Bürozeiten an ihrem Schreibtisch, wenn sie nicht an Kursen weilte, in Gremien arbeitete oder mit Fällen von angeblichen Fehlplatzierungen bei der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens hausierte. Nach kurzer Zeit erkannte sie, dass sich mit dem wenigen Geld, das zur Verfügung stehe, nichts ausrichten lasse.

Immer höhere Hürden

Regeln: Im Pflegekinderwesen geht es um verletzte Menschen, also darf man selbstverständlich nicht jeden machen lassen. Die Fragwürdigkeit des Wildwuchses zeigte sich drastisch 2006, als ein Zürcher Sozialunternehmer einen Zürcher Sozialhilfebezüger in Spanien Pflegekinder betreuen liess. Das Zürcher Sozialamt reagierte wie alle von Skandalen betroffenen Institutionen: mit Überregulierung. Wer noch Aufträge bekommen wollte, musste unter anderem sämtliche Zahlungen belegen, ein Buchhaltungsprogramm für 20 000 Franken anschaffen, einen Treuhänder mit teuren Tagessätzen beschäftigen und «strategische und operative Ebene trennen». (So stieg ich zum Fachbeirat auf und versuche seither, für die Sitzungsgelder einen angemessenen Beitrag zu leisten.)

Die Firma meiner Frau war eine von nur sieben, die – zähneknirschend – sämtliche Anforderungen erfüllten. Die nächste Hürde nimmt das Unternehmen mit sechs stark beschäftigten Mitarbeitenden jetzt aber nicht mehr, und dies freiwillig: Die Stadt Zürich arbeitet nur noch mit Firmen, die sich vom Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik Integras zertifizieren lassen. Dort sitzt übrigens die ehemalige Fachstellenverwalterin aus dem Thurgau.

Anreize: Ja, meine Frau verdiente nach der Aufbauphase gut; in ihren letzten Jahren brauchte ich meinen ganzen Lohn, um unsere Steuern zu bezahlen. Aber sie bot den Gemeinden eine Leistung, die mit einer anderen Lösung deutlich mehr gekostet hätte. Um das Kindwohl musste sie gelegentlich mit den Verantwortlichen ringen. Jetzt blieben ihr solche Auseinandersetzungen erspart: Die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) fordern die (maximale) Leistung, die Gemeinden zahlen – ohne Mitspracherecht. Kein Wunder, dass die Sozialfirmen immer neue Bedürfnisse finden, die sie befriedigen können.

Meine Frau fuhr übrigens einen Volvo V50, Listenpreis: 36 400 Franken. Sie machte sich Sorgen, weil das Auto teurer aussah.

Mehr zum Thema: Seite 34



Engagiert fürs Gemeinwohl.

Personenkontrolle

Beglinger, Widmer-Schlumpf, Wasserfallen, Böhni, Auer, Christmann, Vatter

In der letzten Ausgabe berichtete die *Weltwoche* über den Werdegang von **Nick Beglinger**, dem Shootingstar der «grünen Wirtschaft» in der Schweiz. Er sei unter anderem als Unternehmensberater bei McKinsey und der Boston Consulting Group tätig gewesen. Dieses Detail ist Beglingers offiziellem Lebenslauf entnommen. Darin heisst es, der Gründer von Swisscleantech habe seine Karriere bei McKinsey begonnen und sei für das Beratungsunternehmen in China, Vietnam, Singapur und Abu Dhabi tätig gewesen. Das Unternehmen selber wollte eine frühere An-



McKinsey? Swisscleantech-Gründer Beglinger.

stellung Beglingers weder bestätigen noch dementieren. In der Zwischenzeit haben ehemalige McKinsey-Berater in der weltweiten Datenbank der aktuellen und früheren Mitarbeiter nach dem Namen Nick Beglinger geforscht – ohne Erfolg. (fsc)

Eveline Widmer-Schlumpf, alternativlose Bundesrätin der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP), hat soeben eine hochkomplexe Steuerreform vorgelegt, die in Fachkreisen bereits als weitsichtiges Vorwahlgeschenk an ihre nichtbürgerlichen Wähler der SP und der Grünen gedeutet wird, weil Widmer-Schlumpf neu eine Kapitalgewinnsteuer für die Reichen einführen will. Interessanterweise schickt die Finanzministerin ihr Paket in die Vernehmlassung, obschon sie es als «alternativlos» bezeichnet. Wozu eine Vernehmlassung, wenn es keine Alternativen gibt? Eine ähnlich ultimative Rhetorik pflegte die Bündnerin, als sie vor den Sommerferien letzten Jahres im Hauruckverfahren das Bankkundengeheimnis für ein Jahr ausser Kraft setzen wollte. Ebenso alternativ- wie erfolglos. Die Frau, zu der es in ihrer Partei keine Alternative gibt, hat vergessen, dass in einer Demokratie der Stimmbürger immer eine Alternative hat: Er kann nein sagen. (ww)



Öfter «liberal»: FDP-Politiker Wasserfallen.

Was ist liberal? Die Grünliberalen sind es jedenfalls nicht, wenn es nach **Christian Wasserfallen** geht. Der FDP-Energieexperte bekämpfte am Dienstag die Volksinitiative der Grünliberalen, die eine Energie- anstelle der Mehrwertsteuer fordert. Auf die Frage des Grünliberalen **Thomas Böhni** (TG), ob er es gut finde, dass die erneuerbare Stromproduktion in der Schweiz pro Jahr nur um 1,7 Prozent zunehme, antwortete der Berner, dass die Grimselstaumauer längst höher und das dritte Kraftwerk längst gebaut wäre, wenn es nach ihm ginge. Und konterte: Das L im Namen der GLP sollte öfter für «liberal» anstatt immer nur für «links» stehen: Einfach die Subventionskeule hervorheben und Steuern erheben habe mit liberal nichts zu tun. (cmu)

Hat die Schweiz zu viel direkte Demokratie? Nein, meint **Andreas Auer**, emeritierter Professor an der Uni Zürich, auf die Frage von *Horizonte*, dem Magazin des Nationalfonds. (Fand sich kein aktiver Professor für diesen Standpunkt?) **Anna Christmann** dagegen «würde Grenzen setzen»: Sie fordert eine «schärfere Prüfung von Initiativen» und eine «verbindliche Verfassungsgerichtsbarkeit». So weit so unoriginell, originell ist nur die Biografie der Demokratiebegrenzerin: Anna Christmann ist Deutsche, sie machte ihren Abschluss und grüne Politik an der Uni Heidelberg. 2008 kam sie als Doktorandin zu Professor **Adrian Vatter** nach Bern, ab 2012 forschte sie im Auftrag des Bundesamtes für Statistik am Zentrum für Demokratie Aarau. Jetzt arbeitet sie für die grüne baden-württembergische Landesregierung – und erklärt den Schweizern die angemessene direkte Demokratie. (sär)



«Grenzen setzen»: Politologin Christmann.

Nachruf



Alles für die Queen: Hutmacher Somerville.

Philip Somerville (1930–2014) — Die Männer, denen die Queen von England vertraut, lassen sich an zwei Händen abzählen: Es sind ihr Gatte Philip, ihre drei Söhne, ihre vier Enkel und ihr Hutmacher – ein Mode-Akrobat, der wie die meisten Inselbewohner seine Königin verehrte. Zwanzig Jahre lang war Philip Somerville für den Kopfschmuck von Elizabeth II verantwortlich, und er war wahrscheinlich der einzige Hofflieferant, der zu ihr Sätze sagen durfte wie: «O nein, diesen Look mag ich nicht.» Der Sohn eines Schusters versuchte sein Glück zunächst als Schauspieler – erfolglos – und eröffnete 1987, ähnlich handwerklich begabt wie der Vater, sein eigenes Hutatelier an der luxuriösen Bond Street in London. Das war der Beginn einer tiefen Verbundenheit zwischen dem Designer und der Queen. Was er so *amusing* an ihr fand? Dass sie seine Kreationen – vierzig bis fünfzig pro Jahr – auch wirklich trug. Sogar «austrug», wie er sagte.

«Die meisten Leute kaufen Hüte, um sie einmal aufzusetzen und dann in der Schachtel verstauben zu lassen», mokierte er sich. «Sie hingegen trägt die Hüte mindestens zehn Mal.» Kreationen mit nicht zu grossen Krempe, dafür in auffälligen Farben, damit man die zierliche Lady immer und von überall aus sehen konnte.

So wurde er zum Fastmitglied der Königsfamilie und «behütete» auch Prinzessin Diana und Herzogin Kate bis zum Ende seiner Schaffenszeit 2008. Nur eine kam nie in den Genuss seiner Kreationen: die von der Queen lange nicht sonderlich geschätzte Camilla – die zweite Frau von Sohnmann Prinz Charles. Da waren sich Hutmacher und Königin wohl einig. *Deborah Neufeld*

Rettet die Männer

Von *Gottfried Schatz* — Der Mann ist von verkümmerten Genen übersät. Die Schäden bekommt er mit voller Wucht zu spüren. Es ist zwecklos, die Macht über die Frauen zurückerobern zu wollen. Das Tierreich allerdings zeigt dem Mann auch Perspektiven.

Biologen warnen uns seit langem: Wir Männer sind eine bedrohte Spezies. Dass neugeborene Mädchen bessere Überlebenschancen als neugeborene Knaben haben, mag noch angehen. Dass sie dann später auch länger leben, ist schon bedenklicher. Dass Farbenblindheit, Hämophilie und andere Erbkrankheiten fast nur uns Männer beglücken, ist ein himmelschreiendes Unrecht. Und von unserem männlichen Y-Chromosom will ich lieber gar nicht reden. Seine Tage sind gezählt, denn es ist von verkümmerten Genen übersät und trägt nur noch etwa fünfzig intakte Gene – zwanzigmal weniger als ein normales menschliches Chromosom.

Frauen sind von diesem maroden Y-Chromosom verschont; alle ihre Chromosomen sind mit etwa tausend Genen bestückt und erst noch in doppelter Ausführung vorhanden. Geht mit einem Chromosom etwas schief, haben Frauen immer noch eine Back-up-Kopie, die ihnen aus der Patsche hilft. Deswegen sind Frauen – wertungsfrei ausgedrückt – das, was sie sind. Wir Männer haben von unserem Y-Chromosom – und auch noch von einem anderen Chromosom – nur ein einziges Exemplar, sodass wir Schäden an diesen zwei Einzelgängern mit voller Wucht zu spüren bekommen. Deswegen sind wir Männer – wertungsfrei ausgedrückt – so verletzlich, wandlungsfähig und grossartig.

Typische Blondinenfrage

Wo sind die Zeiten, als Blondinenwitze noch so herrlich macho waren? Heute gehen sie so: Eine Blondine geht im Wald spazieren, als ihr ein Polizist in den Weg tritt mit den Worten: «Bitte weisen Sie sich aus.» – «Was meinen Sie damit?», fragt die Blondine. «Typische Blondinenfrage», spöttelt der Polizist, «ich will etwas sehen, wo Ihr Bild drauf ist.» Die Blondine holt ihren Taschenspiegel aus der Handtasche und überreicht ihn dem Polizisten. Dieser sieht in den Spiegel und fragt: «Warum haben Sie nicht gleich gesagt, dass Sie ein Polizist sind?» – «Ironie ist die Waffe des Sklaven», wusste der römische Dichter Horaz. Er hatte leicht reden, denn seine Welt war noch in Ordnung.

All dies haben wir Männer nur uns selber zu verdanken. Genauer gesagt, unserem leichtsinnigen Geschlechtsgenossen, dem amerikanischen Reproduktionsmediziner Dr. Gregory Pincus, der im Jahre 1951 an einem Abendessen des reichen Geschäftsmannes Abraham Stone in Manhattan teilnahm. Pincus sass am Tisch neben Margaret Sanger, der Gründerin der amerikanischen Vereinigung für Geburtenkon-

trolle, und erzählte ihr, dass hohe Dosen weiblicher Sexualhormone Frauen vorübergehend unfruchtbar machten und deshalb zur Empfängnisverhütung eingesetzt werden könnten. Diese geschichtsträchtige Begegnung zeugte «die Pille», die sich zunächst nur verschämt als «Mittel gegen Menstruationsstörungen» in die Apotheken wagte und selbst 1968 noch nicht in allen Bundesstaaten der USA legal erhältlich war. Doch heute hat sie die westliche Welt – mit Ausnahme des Vatikans – erobert und Frauen die Entscheidung über ihre Fruchtbarkeit gegeben. Seither ist ihr Selbstbewusstsein in den Himmel gestiegen – und unseres in den Keller gefallen.

Aber vielleicht gibt es noch eine andere Hoffnung. Wissen Sie, was an uns Männern auf eine Frau am stärksten wirkt, wenn sie uns zum ers-

Ein Pharmakonzern müsste einen Duftstoff entwickeln, mit dem wir Frauen gefügig machen können.

ten Mal begegnet? Sie glauben, es wäre Ihr durchtrainierter Körper, Ihr Schlafzimmerschrank oder Ihr sündteurer Armani-Anzug? Sie irren sich: Es ist Ihr Geruch. Er sendet seine Botschaft nicht an die Denkkentren des modernen Grosshirns, sondern an einen altertümlichen Gehirnteil, in dem unsere Gefühle und Erinnerungen hausen. Deshalb können Gerüche so erotisch wirken und scheinbar längst vergessene Erlebnisse mit grosser Eindringlichkeit wiedererwecken.

Macht der Gerüche

Gerüche sind für menschliche Beziehungen viel wichtiger und heimtückischer, als man vermutet. Alle höheren Lebewesen senden Gerüche aus, mit denen sie ihre Artgenossen beeinflussen oder sogar zu ungewollten Affekthandlungen zwingen. Wir nennen diese Duftstoffe Pheromone. Ein Mottenweibchen kann über ihr Pheromon ein artgleiches Männchen aus einer Entfernung von einem Kilometer zur Audienz rufen und ein Mäuseweibchen über ihren Geruch interessierten Männchen ihr Menstruationsstadium verraten.

Auch bei uns Menschen spielen Gerüche eine wichtige Rolle. Wir Männer scheiden eine geruchlose Substanz aus, die chemisch mit dem männlichen Sexualhormon Testosteron verwandt ist und auf Frauen positiv und entspannend wirkt. Wir senden auch wahrnehmbare

Gerüche aus, die durch unser Immunsystem bestimmt werden. Berner Forscher liessen junge Männer zwei Tage lang das gleiche Unterhemd tragen und fragten dann junge Frauen, welches dieser getragenen Hemden für sie am angenehmsten roch. Wie erwartet, waren die Antworten sehr verschieden, denn über den Geschmack – oder in diesem Fall den Geruch – lässt sich bekanntlich nicht streiten. Die Frauen bevorzugten jedoch meist die Gerüche solcher Männer, deren Immunsystem sich von dem ihren besonders stark unterschied.

Die Individualität unseres männlichen Geruchs trägt also dazu bei, die genetische Vielfalt der menschlichen Rasse zu erhalten. Dafür sprechen auch Untersuchungen an den Hutterern, Mitgliedern einer fundamentalistischen religiösen Sekte, die im 16. Jahrhundert aus Tirol und Mähren über viele Zwischenstationen in die USA auswanderten und heute vorwiegend nahe der kanadischen Grenze in eigenen Dörfern leben. Hutterer heiraten fast nur ihresgleichen, lassen sich nie scheiden und führen über ihre Stammbäume genau Buch, sodass sie für genetische Untersuchungen ideale Voraussetzungen bieten.

Liebhaber im Taschenformat

Forscher der Universität Chicago fanden heraus, dass Hutterer vorwiegend genetisch andersartige Ehepartner wählen. Sehr wahrscheinlich treffen die Frauen diese Wahl unbewusst aufgrund des männlichen Geruchs. Sie vermeiden bei der Partnerwahl den Geruch des Vaters, suchen ihn aber wieder, wenn sie ein Kind erwarten. Dies kann für uns Männer durchaus fatale Folgen haben. Wenn nämlich eine Frau nach der Eheschliessung die Pille nimmt, gleicht sich ihr Hormonzustand dem einer schwangeren Frau an, sodass sie ihren Gatten vielleicht plötzlich nicht mehr riechen kann und die Nähe eines Mannes sucht, der den väterlichen Geruch verströmt. Was braucht es mehr, um brave Ehemänner zu verunsichern?

Doch unser Geruch könnte auch unsere grosse Chance sein: Ein Pharmakonzern müsste endlich einen Duftstoff entwickeln, mit dem wir Frauen gefügig machen können, ohne dass sie es bemerken. Das wäre doch einen Nobelpreis wert!

Die Tierwelt zeigt uns erbarmungslos, was uns Männern in Zukunft blühen könnte. Wenn das Weibchen gewisser Spinnenarten den Drang nach Zweisamkeit verspürt, lockt es mit seinem Pheromon ein Männchen an –



Frauen sind von diesem maroden Y-Chromosom verschont.

und wenn dieses so richtig in Schwung gekommen ist, beisst es ihm mitten im Liebespiel den Kopf ab. Für das Männchen ist dies ein ernstes medizinisches Problem, für das Weibchen aber offenbar ein Lustgewinn: Mit dem Kopf verliert das Männchen nämlich alle Hemmungen, sodass es erst im kopflosen Zustand alle Register zieht. Leider schneiden wir Menschenmänner schon jetzt schlechter ab als Spinnenmännchen: Wenn diese den Kopf verlieren, sind sie wenigstens am Ziel ihrer Wünsche – doch wie oft können wir dies von uns behaupten?

Das Tierreich zeigt uns Männern aber auch Perspektiven, die durchaus eine genauere Prüfung verdienen. Bei gewissen Tiefseefischen verbeisst sich das kleine Männchen in den Bauch des viel grösseren Weibchens, klinkt sich in dessen Blutkreislauf ein und lässt sich dann für den Rest des Lebens von ihm nicht nur herumtragen, sondern auch wie ein Embryo ernähren. Das Weibchen hat dafür einen oder gar mehrere Liebhaber im Taschenformat, die auf Abruf zur Stelle sind. Dies hat viel für sich, denn Fische haben es in der kalten, lichtlosen und oft sauerstoffarmen Tiefsee sehr schwer,

ihren Unterhalt zu bestreiten und Paarungspartner zu finden.

In unserer heutigen Gesellschaft ist es nicht viel anders. Vielleicht sollten wir Männer gar nicht erst versuchen, unsere Macht über die Frauen zurückzuerobern, sondern stattdessen ein sozial gesichertes Auskommen als verhätschelte *escorts* anstreben. Entscheiden Sie sich schnell – und vergessen Sie nicht: Wer sich nicht wehrt, landet am Herd.

Gottfried Schatz ist Biochemiker. Er war Professor an der Universität Basel und Präsident des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats (SWTR).

Späte Verweigerer

Von Henryk M. Broder — Mehr als nur Radikalpazifismus in Deutschland.



Die Deutschen, sagen die Historiker, seien eine «verspätete Nation». Sie haben die Kleinstaaterei erst überwunden, als andere Völker längst zu Nationen gereift waren. Sie leg-

ten sich als letzte europäische Grossmacht Kolonien zu, um mit Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden und Belgien gleichzuziehen. «Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne», erklärte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow im Reichstag am 6. Dezember 1897.

Auch die Demokratie konnte in Deutschland erst Fuss fassen, nachdem die Siegermächte kräftig nachgeholfen hatten. Und dann dauerte es noch einmal zwanzig Jahre, bis sich in der Bonner Republik eine «Friedensbewegung» etablierte. Parallel dazu nahm eine linke «Antifa» den Kampf gegen die Nazis auf. «Je länger das Dritte Reich tot ist, umso heftiger wird der Widerstand gegen Hitler und die Seinen», spottete der Journalist Johannes Gross noch in den neunziger Jahren.

Seitdem hat sich vieles getan. Unter anderem wurde die Wehrpflicht «ausgesetzt» – de facto abgeschafft. Niemand wird zum Militärdienst eingezogen, die neue Bundeswehr ist eine Berufsarmee, die wie ein Unternehmen geführt wird. Mit geregelten Arbeitszeiten, Sozialleistungen und einer Ministerin an der Spitze, die es sich vorgenommen hat, «die Vereinbarkeit von Dienst und Familie» zu verwirklichen.

Aber viele Deutsche trauen dem Frieden nicht. Bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden gehen «vermehrt Anfragen» ein, wie man den «Kriegsdienst» verweigern könnte, erzählte der «Friedensbeauftragte» der Evangelischen Kirche in Deutschland letzte Woche dem Evangelischen Pressedienst. Angesichts der zunehmenden Zahl kriegerischer Auseinandersetzungen wollten viele Menschen den Wehrdienst verweigern, obwohl sie gar nicht zur Bundeswehr müssten.

Darüber nachzudenken, wie man einen Militärdienst verweigern könnte, zu dem man nicht eingezogen werden kann, ist mehr als nur Radikalpazifismus. Es ist die hohe Kunst der Verspätung. Und die ist eine Meisterin aus Deutschland.

Jackpot-Kapitalisten

Von Silvio Borner — Während Lottomillionäre von Neid und Missgunst verschont bleiben, werden Banker und Manager als Wohlstandsvernichter gebrandmarkt. Das ist ungerecht.

Ähnlich wie beim Liberalismus gibt es auch beim Kapitalismus negativ besetzte Wortkombinationen wie etwa «Raubtier-Kapitalismus», «Mafia-Kapitalismus» oder «Kasino-Kapitalismus». Damit sind die Finanzmärkte und ihre Hauptakteure gemeint, bei denen bestenfalls aus Zufall und schlimmstenfalls mit Manipulation der Spielregeln unberechtigte Gewinne entstehen. Den Gewinnern des «Kasino-Kapitalismus» steht die grosse Masse der Verlierer gegenüber. Die gewöhnlichen Finanzkapitalmarkt-Teilnehmer wie Sparer oder Langfristinvestoren verlieren – gemäss dieser Sichtweise – viel mehr, als die glücklichen oder kriminellen Spekulanten einstreichen.

Kasinos im Sinne von Spielhöhlen oder Lotterien sind in der Tat volkswirtschaftliche Verlustzonen oder eben Negativ-Summen-Spiele. Will heissen, die Verluste der Spieler ohne Gewinne sind grösser als die ausbezahlten Gewinnsummen. Die Lottospieler insgesamt verlieren also immer, und das Kasino gewinnt immer. Ein Teil der Wetteinnahmen fliesst zur (grosszügigen) Kostendeckung an die Kasino-Betreiber, ein Teil derer Gewinne in zweifelhafte Lotteriefonds der Kantone. Diese sind für einmal echte Fonds mit verfügbaren Geldern, aber leider der rechtmässigen Budgetkontrolle entzogen. Faktisch sind diese Lotteriefonds daher *Sonderkässeli* für die Regierungsräte, um daraus Lieblingsprojekte mitzufinanzieren und sich dadurch Popularität zu verschaffen.

Im Visier: Vasella und Ebner

Natürlich gibt es für Vergabungen aus den Fonds zumindest auf dem Papier Bedingungen. Doch diese sind so schwammig und vielfältig, dass ein grosser Spielraum zum Verteilen von Geschenken besteht. Die Erwartung jedes Lotteriespielers ist deshalb negativ. Also sind die Spieler entweder nicht rational, haben Spass am Mitmachen an sich oder gewichten das hohe Risiko eines kleinen Verlustes weniger stark als die geringe Chance eines grossen Gewinns.

Trotzdem war im August der Jackpot von mehr als 47 Millionen Franken Top-News in allen Medien. Lottomillionäre werden bewundert und bleiben als Glückspilze von Neid und Missgunst verschont, obwohl sie zu hundert Prozent auf Kosten anderer gewonnen haben. «Niemand macht mehr Millionäre als wir», wirbt das Schweizer Zahlenlotto am Fernsehen.

Ehrlicher wäre wohl: «Nirgendwo sonst könnt ihr so sicher Geld verlieren wie bei Swisslos!»

Hedge-Fund-Manager, Investment-Banker oder auch ganz gewöhnliche Spekulanten gelten demgegenüber als «Abzocker» und somit als Wohlstandsvernichter. Und dies, obwohl sie im Normalfall ein Positivsummenspiel in Gang setzen, bei dem es mehr Gewinner als Verlierer gibt. Finanzmärkte erfüllen eben – im Gegensatz zu Kasinos – volkswirtschaftlich nützliche Funktionen der Kreditgewährung und Risikodiversifikation und tragen so viel zur Steigerung von Innovationstempo und Produktivitätswachstum bei.

Zumindest langfristig sind sie Wachstumsmotoren, was natürlich Fehler und Krisen nicht ausschliesst. Doch im Normalfall korrigieren die Finanzmärkte Fehlentwicklungen schnell und von selbst. Selbst der wohl berühmteste «Abzocker» der Schweiz, Daniel Vasella, hat mit der Fusion von Ciba-Geigy und Sandoz so-



wie der Abspaltung von Clariant und Syngenta in einem Ausmass neue Vermögenswerte und Arbeitsplätze in der Region Basel geschaffen, die seine Bezüge in ein ganz anderes Licht stellen. Auch der vielgeschmähte Martin Ebner hat mit seinen Mergers & Acquisitions, aber auch seiner Stärkung der Aktionäre in der Corporate Governance trotz des dadurch er-

zielten persönlichen Reichtums volkswirtschaftlich sehr viel Positives bewirkt. Ohne seine Bemühungen hätte es bei der UBS wohl noch viel mehr gekracht.

Finanzmärkte sind volatil und krisenanfällig, aber die grösste Gefahr für die Stabilität des Westens stellt die Nullzins-Politik der staatlichen Notenbanken in den USA und in Europa dar. Statt Investitionen in reales Produktivkapital zu finanzieren, werden dadurch spekulative Blasen gefüttert, die früher oder später die Finanzkrise von 2008 in den Schatten stellen werden. Überschuldet sind dann nicht private Hausbesitzer oder Kreditinstitute, sondern die öffentlichen Haushalte mit ihrer immer noch steigenden Staatsverschuldung. Die Europäische Zentralbank und das Federal Reserve Board als Kreditgeber für Staaten werden so gewissermassen zu Kasinos mit Negativsummenspielen. Nullzinsen vernichten die Sparkapitalien des kleinen Mannes genauso wie Inflation. Und beide vernichten unter dem Strich Wohlstand und Wachstum.

Perfides Albion

Von Hansrudolf Kamer — Beim Referendum in Schottland ging es nicht nur um die nationale Unabhängigkeit. Es war ein Instrument für den Wahlkampf und das Europaproblem der Tories.



Eigentlich haben die Schotten mit klarer Mehrheit entschieden, dass sie im Vereinigten Königreich bleiben wollen. Gewonnen haben jedoch David Cameron und die Tories: Wahlkampf herrscht.

Es war ein klares Re-

sultat – 55 gegen 45 Prozent der abgegebenen Stimmen bei hoher Beteiligung. Entgegen dem Medienhype und den Meinungsumfragen, die das Gegenteil suggerierten, ist Schottland zufrieden mit dem bestehenden Arrangement. Die Nationalisten und ihre Verbündeten waren zwar lauter, hatten aber nicht die Mehrheit.

Die schweigende Mehrheit spricht erst am Abstimmungstag. Deshalb ist auch die Stimmabgabe privat – ein Reduit der Freiheit. Es ging aber nie nur um die schottische Unabhängigkeit. Es ging und geht noch immer um die künftige politische Macht der Parteien im Vereinigten Königreich. Das Schottland-Referendum war ein Instrument für den Wahlkampf und das Europaproblem der Tories.

«Brot-und-Butter-Fragen»

Parteitaktik, die auch die Europafrage antreibt, bestimmt das Geschehen und wird es weiter bestimmen bis zu den Unterhauswahlen im Mai nächsten Jahres. Kurz nach Bekanntwerden des Resultats erklärte Premierminister Cameron in Downing Street, die vor dem Urnengang Schottland versprochenen Autonomie-Kompetenzen (inzwischen als «the vow» romantisiert) müssten ausbalanciert werden mit solchen für England, Wales und Nordirland.

Das sei ein Paket: «English votes for English laws!» oder kurz: EVEL. Das englische Wort *evil* ist lautlich verwandt. 85 Prozent der Wähler wohnen in England. Diese Rechnung ist relativ einfach, doch dann wird es komplex. Ein Paket von Verfassungsänderungen: Grossbritannien hat keine geschriebene Verfassung, sondern regelt die Dinge durch Gewohnheitsrecht und parlamentarische Souveränität, mit einigen Retuschen. Das gibt Raum für Flexibilität und verhindert allzu komplizierte Festlegungen, schafft aber auch Probleme im Verhältnis zur EU. Parlamentarische Souveränität besagt, dass ein neues Parlament neu beschliessen kann und im Prinzip nicht an die Beschlüsse des alten gebunden ist.

So werden nun die kritischen Autonomiefragen Gegenstand der Kampagne für die Unterhauswahlen. Bereits dominiert das Äquivalent einer Dolchstosslegende die Szene. Das von den drei britischen Parteiführern und dem früheren Premierminister Brown in aller Panik kurz vor der Entscheidung abgelegte Autonomiegelübde droht im Wahlkampfstrudel unterzugehen. Der Führer der schottischen Nationalisten, Alex Salmond, spricht von Betrug.

Das im *Daily Record* publizierte «Versprechen» ist tatsächlich eher vage. Es ist die Rede von extensiven neuen Befugnissen in Steuer- und sozialen Wohlfahrtsfragen für das schottische Parlament und die Regierung, ausserdem von einer Vereinbarung, das Ganze so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen.

Der frühere konservative Parteiführer und Aussenminister William Hague, der nicht mehr für Westminster kandidiert, leitet das Vorhaben. Bis «Burns Night» am 25. Januar zu Ehren des Nationaldichters sollen Details vorliegen. Man darf gespannt sein.

Die faire Verteilung politischer Macht auf die Regionen in einem Land der pragmatischen Traditionen und rechtsstaatlichen Gebräuche ist so kompliziert, dass wohl eine schriftliche Verfassung oder etwas Ähnliches her müsste. Das wollen die Liberaldemokraten und einige Labour-Abgeordnete. Die Briten wollen das ver-

mutlich nicht. Sie sind (noch) keine Amerikaner, die sich ständig mit Verfassungsfragen herumschlagen und Armeen von Juristen beschäftigen. Boris Johnson, der selbständig denkende Bürgermeister von London, argumentiert klar für eine Form «englischer Rechte». Es sei absurd, wenn schottische Abgeordnete in Westminster über die Einführung von Studiengebühren an englischen Universitäten bestimmen könnten, englische Parlamentarier aber nicht über solche in Schottland.

Parteitaktisch ist Cameron im Vorteil, weil die Tories in Schottland nichts zu verlieren haben (sie haben gerade noch einen Abgeordneten). Ausserdem hat er die United Kingdom Independence Party rechts überholt und die Rebellen im eigenen Lager vorerst ruhiggestellt. Labour dagegen ist mit seinen vierzig schottischen Members of Parliament in der Zwickmühle. Sollten die englischen Abgeordneten in Westminster gleiche Rechte wie die schottischen in Edinburg erhalten, hätte Labour kaum mehr Möglichkeiten, eine parlamentarische Mehrheit in Westminster für wichtige Fragen wie etwa das Budget zusammenzuschustern.

Es ist gut möglich, dass nicht Europa oder das Verfassungsproblem, sondern «Brot-und-Butter-Fragen» wie die Wirtschaftsentwicklung, die Einwanderung oder der Nationale Gesundheitsdienst wahlentscheidend sind. Der Labour-Führer Ed Miliband, der auch in der Partei selber als schwache Nummer gilt, hatte sich aber von Cameron und dem liberalen Führer Nick Clegg dazu verleiten lassen, dem sogenannten «vow» kurz vor dem Schottland-Referendum zuzustimmen. Nun muss er gegen Autonomie-Rechte für England, aber für solche für Schottland argumentieren. Das wird ihn wohl überfordern.



Äquivalent einer Dolchstosslegende: britischer Premier Cameron.

Unökonomie einer Abwahl

Von Christoph Mörgeli

Mit guten Gründen hat unser Souverän die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates jeweils auf die erste Session nach den Parlamentswahlen angesetzt. Und zwar alle vier Jahre. Diese sinnvolle Regelung hätte eigentlich das Ziel, die Regierungszusammensetzung gemäss dem Volkswillen zu gestalten. Wie andernorts in jeder anständigen Demokratie. Doch hierzulande ist den Anständigen die Demokratie egal.

Und so fantasieren die Landolts, Levrats, Bäumles und Darbellays in jeder Sonntagszeitung von abenteuerlichsten Formeln für die Zusammensetzung des Bundesrates. Fünfzehn Monate vor den nächsten Bundesratswahlen gilt das ermüdende Ritual einem einzigen Ziel: Das Mitte-rechts wählende Volk soll sich frühzeitig an einen Mitte-links stehenden Bundesrat gewöhnen.

Selbstverständlich eilen auch die Journalisten den Feinden der Demokratie zu Hilfe. Aus ökonomischen Gründen. Patrick Feuz, designierter Chefredaktor des *Bunds*, propagiert die Wiederwahl der Vertreterin einer Fünf-Prozent-Partei wörtlich wie folgt: «Es wäre unökonomisch, eine gut eingearbeitete Bundesrätin abzuwählen.» Zum Brüllen. Eveline Widmer-Schlumpf – von Feuz einst als «Anti-Blocher-Heldin» geadelt – verdient ihre Wiederwahl aus ökonomischen Gründen. Die Abwahl des gut eingearbeiteten Christoph Blocher fand der Superökonom Patrick Feuz allerdings noch durchaus ökonomisch: «Nach seiner Abwahl als Bundesrat hoffte man, der Blocher-Krampf löse sich.»

Reizvoll wäre eine Analyse, was am Werkeln und Wühlen der BDP-Frau eigentlich «ökonomisch» sein soll. War das von ihr verantwortete Explodieren der Asylgesuche ökonomisch? Ist ihr chronischer Personalverschleiss inklusive Abgangsentschädigungen ökonomisch? Ist ihr horrendes Ausgabenwachstum ökonomisch? Ist die zusätzliche jährliche Milliarde für Bundespersonalkosten seit ihrem Amtsantritt ökonomisch? Ist die von ihr geplante Kapitalgewinnsteuer ökonomisch? Ist ihre selbstmörderische Finanzmarktstrategie ökonomisch? Ist ihr chronischer Steuerhunger ökonomisch?

Wer das Wort «Widmer-Schlumpf» mit dem Wort «ökonomisch» gleichsetzt, kann auch einen Löwen mit einem Vegetarier gleichsetzen. Im Zusammenhang mit dem Bundesratssitz einer politischen Winzlingspartei wäre für einmal nicht Ökonomie, sondern Ökologie gefragt: Man sollte den BDP-Sitz endlich kompostieren. Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Carlos, Geri und die Eritreer

Von Peter Bodenmann — Die Jagd auf die Randständigen und Schwachen ist eröffnet.



Geprügelt wie ein rädiger Hund: Medienopfer Geri Müller.

Die Jagdsaison hat begonnen. Geschossen wird auf alle, die sich nicht oder nur schlecht wehren können. Je mehr Probleme jemand hat, desto leichter wird er zu Beute.

Vermisst wird zurzeit der böse «Carlos». Er hat sich in den letzten Monaten offenbar nichts zuschulden kommen lassen. Obwohl ein grüner Polizeidirektor unter dem Druck der Medien – die *Weltwoche* machte eine Ausnahme – den ohnmächtig Jähzornigen zu Unrecht eingesperrt hatte. Und ihn erst das Bundesgericht befreite. Vielleicht war das etwas teure Sonder-setting gar nicht so schlecht. Warten wir ab.

Der arme Geri Müller ging auf die Reise mit einer über dreissigjährigen Gymnasiallehrerin. Sie tauschten Kriminalfantasien und Fotos aus. Irgendwann geriet die rein private Geschichte ausser Kontrolle. Der grüne Stadtpräsident und Nationalrat wurde von rechten und linken Sitzenwächtern und Moraltanten medial geprügelt wie ein rädiger Hund.

Die Chefredaktorin des *Sonntagsblicks* stellte die Frage: Wer diesem Geri Müller wohl noch einen Occasionswagen abkaufen werde? In den Schulstuben meiner Jugend hingen Bilder des Papstes und des ersten katholischen Präsidenten der USA, John F. Kennedy. Der Katholik hatte im Wahlkampf dem schlechtrasierten Protestanten Richard Nixon die politisch alles entscheidende Frage gestellt: «Würden Sie von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?»

Fast zu schön, um wahr zu sein: Kennedy hat nach gewonnener Wahl aus dem Weissen Haus ein quietschfideles Mafia-Swinger-Stübli gemacht. Der Mythos von John F. Kennedy ist ungebrochen, Müller nach wie vor ein Aussätziger, obwohl Geri im Vergleich zu John F. brav wie Anton aus Olten ist.

Zurzeit läuft in den Medien die Parade der SVP-Gemeindepräsidenten, die wegen überhöhter Sozialausgaben Zetermordio schreien. Einzelfälle werden genüsslich aufgeblasen.

Die Fakten: Von hundert Franken des Bruttoinlandsprodukts geben wir nicht einmal fünfzig Rappen für die Sozialhilfe aus. Das ist volkswirtschaftlich bedeutungslos. Nur weil es in gewissen SVP-Kantonen in Sachen Sozialhilfe keinen funktionierenden Finanzausgleich zwischen den Gemeinden gibt, kommen einige wenige Gemeinden finanziell ins Schwitzen. Jede richtige Kampagne würde die wahren Schuldigen für diese offensichtlichen Missstände beim Namen nennen.

Und gleichzeitig jene Konzerne durch das Unterholz hetzen, die jungen Menschen aus Eritrea keine Arbeit geben und stattdessen die Zuwanderung fördern.

Absch(l)ussfrage: Was macht Roger de Weck publizistisch? Ist er noch Generaldirektor der SRG?

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Lampenberg und Lampedusa

Von Kurt W. Zimmermann — Die Ausland-Berichterstattung erlebt eine spektakuläre, aber auch bittersüsse Renaissance.

Einmal im Jahr fliegen die Auslandskorrespondenten des *Tages-Anzeigers* zu einem Treffen in Zürich ein. Sie kommen aus Washington oder Johannesburg oder Mexiko. Zuerst reden sie über den Job. Dann folgt der fröhliche Teil.

Die Zeitung zahlt ihnen Flug und Hotel.

Es ist im Grunde wundersam, dass das Treffen der Korrespondenten bis heute überlebt hat. Im Hause Tamedia wurden in letzter Zeit sonst alle entbehrlichen Kosten gestrichen.

Nun, Tamedia hat Glück gehabt.

Wenn es in den Medien einen aktuellen Megatrend gibt, dann ist es die spektakuläre Wiedergeburt der Auslandberichterstattung. Islamischer Staat, Ukraine, Lampedusa, Irak, Syrien und Gaza. Internationale Politik, mit all ihrem Erklärungsbedarf, ist das journalistische Thema der Gegenwart.

Das Gezeter von Levrat, Darbellay und Brunner ist im Vergleich zu Putin, Abu Bakr al-Baghdadi und Abbas von marginaler Relevanz.

Leser, Hörer und Zuschauer, so sagen mir derzeit übereinstimmend Presse- und Rundfunkjournalisten, wollen heute ungleich tiefer über die Welt informiert werden. Sie wollen wissen, wie sehr ihr Leben durch Kiew und Bagdad fremdbestimmt werden kann. Sie haben ein zunehmend globalisiertes Informationsbedürfnis.

Auslandberichterstattung hat dadurch in den Medien merklich an Stellenwert zugelegt. Das ist neu. Lange galt das Ausland auf vielen Redaktionen als wenig attraktives Genre. Im «Ausland», anders als in Ressorts wie «Inland», «Wirtschaft» und «Region», konnte man nie mit Exklusivität und Enthüllung brillieren.

Zudem waren die Korrespondenten enorm teuer. Es musste ihnen das Haus bezahlt werden, das Auto, das Büro und die internationale Schule für die Kinder. Auch die Steuerdifferenz zwischen der Schweiz und ihrem fiskalisch höher belasteten Einsatzort wurde ihnen zurückerstattet.

Als nach dem Jahr 2000 in den Verlagen die massiven Sparrunden einsetzten, wurde darum im Ausland gehörig abgeholt. Die grossen Regionalblätter wie *Aargauer Zeitung*, *Berner Zeitung* und *Basler Zeitung* beschäftigen heute nur noch einen einzigen Auslandredaktor. Hauseigene Korrespondenten haben sie nicht mehr. Jeweils fünf oder sechs der Regionalblätter leisten sich gemeinsam ein paar freie Journalisten in London, Berlin und Washington, die sie schlecht bezahlen.



Spesen inklusive: Tagi-Korrespondent Dieterich.

Nun rächt sich dieser Sündenfall. Die Welt dreht sich wie verrückt, doch die neunzig Prozent der Schweizer Leser, die eine Regionalzeitung lesen, bekommen im Auslandteil nur noch ein Informationsangebot im unteren Mittelmass.

Es gibt in der Deutschschweizer Presse nur noch zwei Auslandsredaktionen, die so bestückt sind, dass sie echte Qualität liefern können. Der Leuchtturm bleibt die NZZ. Hier arbeiten zwölf Redaktoren in der Zentrale und 39 Korrespondenten rund um die Welt. Beim *Tages-Anzeiger* sitzen fünf Leute am Desk, und es liefern siebzehn festangestellte Korrespondenten.

Auch der Staatsfunk ist im Ausland erfreulich gut bestückt. Die SRF-Radios aus den drei Landesteilen haben weltweit neunzehn feste Korrespondenten im Einsatz. Bei den drei TV-Landessendern sind es insgesamt 24.

Die letzten fünfzehn Jahre waren in der Presse die Periode der Provinzialisierung. Die Verlage setzten auf das Prinzip der Nähe. Sie investierten in regionale Zeitungsabteiler und regionale Redaktionen. Sie suchten den Erfolg in Lampenberg BL, Unterkulm AG und Gais AR und nicht in Lampedusa, der Ukraine und in Gaza.

Nichts gegen Lampenberg. Aber die Zukunft Europas, und damit auch die Zukunft unserer Medien, entscheidet sich wohl eher in Lampedusa.

Body-Check

Von Beatrice Schlag — Variationen der Körpersprache.

Angesichts der Massen von tätowierten Menschen überrascht es gelegentlich, mit welcher Verwesich Nichttätowierte darüber aufregen können, dass andere sich ihre Haut buntstechen lassen. «Man will sich gar nicht vorstellen, wie das aussieht, wenn die siebzig sind», sagen Sie angewidert und den Kopf schüttelnd.



Will man sich ausdenken, wie eine Dreissigjährige mit prallem Silikonbusen im Alter dastehen wird, wenn ihre Brüste wie Tennisbälle aus dem Körper ragen? Nein, will man nicht. Aber im Unterschied zu den Tattoos ist das selten ein Thema. Denn was viele daran aufregt, ist deren gewollte Sichtbarkeit. Der gestochene Körper hat Wörter oder Bilder und meist Farben und fordert die Aufmerksamkeit der Umwelt: «Schau her, das bin ich.» Es ist praktisch unmöglich, nicht hinzuschauen, wenn einem ein Mensch im T-Shirt mit tätowierten Armen gegenübersteht. Von Verzierungen am Hals und im Gesicht nicht zu reden. Das empfinden viele als einen lästigen Exhibitionismus von Selbstverliebten, dem man sich nicht entziehen kann.

Vermutlich ist es nicht unwesentlich für den Unmut, dass sehr viel mehr Männer als Frauen überreich tätowiert sind. Frauen neigen in der Mehrzahl eher zu verschämt kleinen Zeichen auf der Schulter, am Oberarm oder am Knöchel. Naserümpfen erregen bei Frauen fast nur noch die Arschgeweihe, die sich hinten aus Bikinihose oder Slip emporranken, im Alltag aber gar nicht zu sehen sind.

Dabei wird doch Frauen eigentlich sehr viel mehr Exhibitionismus unterstellt als Männern. Aber im Fall der Tattoos sind es ausgerechnet die Männer, die unverhohlenen Blicke einfordern. Unvergesslich der Aufmarsch tätowierter Fussballer bei der letzten WM. Vier Jahre zuvor waren es noch vor allem die Frisuren und Haarfarben, mit denen Spieler aufzufallen versuchten. Inzwischen ist der männliche Mut zur individuellen Optimierung deutlich bunter geworden. Noch sind tätowierte Zungen oder keilförmig eingeschnittene Ohrmuscheln, die mit der Zeit zu Spitzohren zusammenwachsen, nicht mehrheitsfähig. Aber das ist eine Frage der Zeit. Gewöhnen Sie sich daran. Sie haben keine Wahl.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man an seinem letzten Arbeitstag dem Chef sagen, wie sehr man ihn verachtet hat?

Fabio Armbruster

Davon ist dringend abzuraten. Verachtenswert sind dann nur Sie selber. Entweder haben Sie dem Chef schon während Ihres Arbeitsverhältnisses gesagt, dass Sie wenig von ihm halten. Dann haben Sie Courage gezeigt. Oder Sie sagen es ihm erst am letzten Arbeitstag. Dann sind Sie ein Waschlappen.

Kurt W. Zimmermann

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Wie lange noch folgen politische und wissenschaftliche Führungskräfte den verhänglichen Cleantech-Flötentönen?» *Benjamin Zingg*

Das Ende des Märchens

Nr. 38 – «Eine schwindelerregende Biografie»; Markus Schär über Nick Beglinger

Wie lange noch folgen politische und wissenschaftliche Führungskräfte den verhänglichen Cleantech-Flötentönen des schweizerischen Rattenfängers von Hameln? Der Ausgang der Sage ist für die Verführten nicht besonders erfreulich. *Benjamin Zingg, Horn*

Den Beweis gleich selbst geliefert

Nr. 38 – «Mobbing in La Chaux-de-Fonds»; Alex Baur über Jean-Charles Legrix

Dem Autor gelingt das Kunststück, mit seinen interessanten Ausführungen seine eigene Meinung zu widerlegen, dass der Fall Legrix mit dem Fall Geri Müller vergleichbar sei. Legrix geriet wegen Gemunkels da und Gemunkels dort, das mit böartigen Unterstellungen angereichert war, urplötzlich in Ungnade. Zwar wurden die Vorkommnisse untersucht, aber aufgrund der Inkompetenz der «Expertin» konnte ihm nie etwas nachgewiesen werden. Im Gegenteil darf Legrix heute wieder auf eine Zeit unbescholtenen Waltens zurückblicken. Anders liegt der Fall Geri Müller. Dieser hat die Beweise für seine «Untaten» gleich selbst geliefert. Strittig ist allein, ob mit der Offenlegung derselben durch mediale Kräfte seine Privatsphäre verletzt worden ist oder nicht. In Anlehnung an das lateinische Sprichwort «Quod licet Iovi non licet bovi» ist dazu nur festzuhalten: «Was dem Privatmann Geri Müller erlaubt ist, ist dem Stadtmann von Baden noch lange nicht erlaubt.» Und wenn ein Magistrat dies nicht zu erkennen vermag, ist er seines Amtes unwürdig. Kritikwürdig ist das Verhalten des übrigen Stadtrates nur insofern, als er nicht mit einem Rücktritt in corpore die Nagelprobe durch Neuwahlen erwirkt. *Hans Christian Müller, Zürich*

Neue Feindschaft

Nr. 38 – «Putin und das Comeback des Wodka-Russen»; von Helmut Scheben

Als Kind wunderte ich mich über die Fernsehbilder von den Olympischen Spielen in Moskau, die gar keine «bösen Russen», sondern ganz normale Europäer zeigten. Diese Erfahrung prägt meinen Umgang mit der veröffentlichten Meinung bis heute. Im Kalten Krieg konnte man dieses Russlandbild unserer Medien noch mit dem Antikommunismus erklären, der den deutschen Kulturraum seit Bismarcks Zeiten prägt. Heute rätselt man über die Gründe der neuen Feindschaft, ist doch Pu-

tins Russland kapitalistischer als viele «westliche» Länder, denen der Teufelskreis Arbeitslosigkeit-Sozialwucherung-Steuerexplosion-Investitionsrückgang droht.

Die neutrale und offene Schweiz profitiert von Russlands Freundschaft, haben wir doch ein Gegengewicht zur EU und zu den USA, die uns nicht immer freundlich gesinnt sind. Die Schröder-Putin-Pipeline wird von der in Zug domizilierten Nord Stream AG verwaltet, was Einnahmen bringt. *Markus Alder, Zofingen*

Zu Lasten der Steuerzahler

Nr. 38 – «Berufsziel Selbstmordattentäter»; von Allan Guggenbühl

Die Attraktivität von Gewalt innerhalb und ausserhalb von Gefängnissen hat zugenommen, seit Therapien eingeführt wurden, die solchen Jugendlichen auf der Suche nach ihren seelischen (Islam-)Landschaften zu Lasten unserer Steuerzahler aufoktroiert wurden.

Peter Gysin, Winterthur

Die Abschreiber vermehren sich

Nr. 38 – «Unter ferner liefen: die Schweizer»; Philipp Gut über die Universität Zürich

Als ich studierte, hatten wir einen Professor, der jeweils sagte: «Die Geisteswissenschaftler sind diejenigen, welche aus zwölf Büchern ein dreizehntes konstruieren.» Die Abschreiber vermehren sich leider wie Sand am Meer, so dass man sagen muss: «Man ist viel, viel besser dran, wenn man mit der Mehrheit irrt, als wenn man alleine Recht behält.» Diese Weisheit stammt nicht von mir, sondern von John Kenneth Galbraith. Diejenigen, die Recht haben, müssen zuerst sterben, bevor sie akzeptiert werden, wie zum Beispiel Robert Koch, der Entdecker von krank machenden Bakterien.

Johanna Haidvogel-Werder, Gelterkinden

Hundertmal sicherer

Nr. 38 – «Ratlose Trümmerfrauen»; Peter Bodenmann über Stromkonzerne

Unsere Kernkraftwerke sind alles andere als «vor sich hin alternde Rostlauben». Dank regelmässiger Erneuerungen sind sie blitzblank und moderne Hightech-Anlagen, die im EU-Stresstest ein erstklassiges Rating bekommen haben und zu den sichersten der Welt gehören. Sogar das älteste Kernkraftwerk der Welt, Beznau, ist heute hundertmal sicherer als bei seiner Inbetriebnahme. Ja, der Umbau und die Anpassung der Stromkonzerne an die aktuell widrigen Marktbedingungen und die

– übrigens noch nicht direktdemokratisch legitimierte – energiepolitische Marschrichtung des Bundesrates sind nicht einfach. Wer das anpackt, der verdient Respekt. Ich habe den Eindruck, die Sache wird mit viel Verantwortungsbewusstsein angegangen, dem Land und nicht zuletzt den Arbeitnehmern gegenüber – einem Verantwortungsbewusstsein, das man andernorts vermisst. In einem Punkt hat Bodenmann Recht: Marktverzerrende Subventionen sind immer ein Unsinn, weil sie Ineffizienz fördern und letztlich nur zu Lasten der Bürger gehen. *Ruth Schmid, Habsburg*

Grenzen der «humanitären Tradition»

Nr. 37 – «Herzlich willkommen im Schweizer Sozialstaat»; Alex Baur und Markus Schär über die Zuwanderung

Gut, dass sich die *Weltwoche* immer wieder kritisch mit der aus dem Ruder laufenden Schweizer Asylpolitik auseinandersetzt. Der anhaltende Zustrom von Menschen aus Eritrea, die sich kaum integrieren lassen, ist beängstigend. Die vielzitierte «humanitäre Tradition der Schweiz» hat ihre Grenzen. Die Aufnahme von monatlich bis zu tausend Asylbewerbern aus Eritrea, wo notabene kein Bürgerkrieg wütet, erfordert griffige Massnahmen. Die Leistungen für diese illegalen Einwanderer müssen drastisch gekürzt wer-

den. Der im Vergleich zu den Nachbarländern hohe Asylstandard stellt immer mehr Gemeinden vor kaum lösbare Probleme. Der Kinderreichtum der eritreischen Familien, der Familiennachzug von ganzen Sippen und die äusserst schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt rufen nach einem entschlossenen Handeln. Je mehr Leute aus Eritrea in der Schweiz leben, desto mehr Landsleute werden den schnellsten Weg in die Schweiz suchen. Dieses Muster kennen wir bereits von früheren Einwanderungswellen aus Sri Lanka und dem Kosovo.

Friedrich Kugler, Bronschhofen

Grossartig! So geht der Sozialmafia die Arbeit nie aus. Professionelle Gutmenschen und Multikulti-Illusionisten mit Helfersyndrom finden immer mehr Posten, in denen sie sich wichtigmachen können. Der Grossteil der Einwanderer ist aus religiösen Gründen sehr fruchtbar, was sich als grosser Vorteil erweist: Je mehr Kinder sie bekommen, desto weniger kann man sie zurückschicken. Dass diese Kinder sehr oft bildungsresistent sind und trotz intensiven und entsprechend teuren Therapien zu guter Letzt wohl auf die schiefe Bahn geraten, scheint Politikern egal zu sein. Von den Unsummen, die so in den Sand gesetzt werden, könnten Tausende bedürftige Schweizer – ohne Migrationshintergrund –

monatlich einen berechtigten kleinen Zustupf erhalten.

Irene Probst, Luzern

Korrigenda

Im Kommentar «Schritt in die Zweiklassenmedizin» (Nr. 37/14) ist eine Zahl falsch. Die Anzahl der Ärzte im ambulanten Sektor stieg pro 100 000 Einwohner (und nicht wie fälschlicherweise geschrieben pro 1000 Einwohner) von 153 im Jahr 1990 auf 210 im Jahr 2012. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

MEHR

TREUE MEHR EXTRAS

Buchen Sie Flüge, Hotels oder Ferien und sichern Sie sich mit unserem neuen Treueprogramm bis zu **5% Cash-Guthaben**, sofort einlösbar für Hotelübernachtungen. Jetzt Mitglied werden und profitieren.

EXTRA
GUTHABEN

CHF **25.-**
Bei Flugbuchung bis 31. Oktober*

ebookers
BONUS+
TREUEPROGRAMM

ebookers.ch
mehr reisen. mehr wert

Wie eine raffsüchtige Gottheit

Jean-Claude Juncker will die Kommission zur schlagkräftigen Schaltzentrale und die EU zum globalen Machtfaktor machen. Für die Schweiz ist das eine schlechte Nachricht. Ein Blick hinter die Kulissen einer unheimlichen Grossmacht. *Von Wolfgang Koydl*



Machiavelli aus Luxemburg: EU-Kommissionspräsident Juncker.



Oval Office für die EU: Berlaymont-Gebäude in Brüssel.

Falls Jean-Claude Juncker einmal niedergeschlagen sein sollte und der Aufmunterung bedarf, so muss der künftige Präsident der EU-Kommission nur ans Fenster seines Büros im 13. Stock des Berlaymont-Gebäudes treten und auf die andere Strassenseite blicken. Dort erhebt sich das Justus-Lipsius-Haus, das Hauptquartier der europäischen Staats- und Regierungschefs, die im Allgemeinen oft das letzte Wort in Europa haben. Von seiner Warte in der obersten Etage aus aber ist der Kommissionspräsident ihnen nicht unterlegen. Von hier aus kann Juncker auf die Machtrivale hinabblicken.

Für den scheidenden Präsidenten José Manuel Barroso mag dieser Blick nicht mehr als ein moralischer Seelentröster gewesen sein, ohne Bezug zur Realität. Denn unter seiner Ägide wurde die Kommission von den Regierungschefs systematisch kastriert, der Portugiese verkam zum besseren Frühstücksdirektor Angela Merkels, François Hollandes und der anderen nationalen Führer. Doch Juncker, der Machiavelli aus Luxemburg, ist angetreten, aus der Kommission eine durchsetzungsfähige und schlagkräftige Macht- und Schaltzentrale zu schmieden. Gleichsam nebenbei soll die Europäische Union erstarken: Aus der heimlichen Grossmacht soll eine unheimlich starke globale Macht werden. Das hat Folgen für die Schweiz, wie wir im zweiten Teil dieser Serie zeigen werden: Der widerspenstige Kleinstaat kann auf noch weniger Aufmerksamkeit, geschweige denn Sympathien zählen als bisher.

Unverhohlener Machtanspruch

Schon bei seiner Antrittsrede vor dem Europaparlament im Frühsommer liess Juncker keinen Zweifel an seinem Machtwillen: Er

fühle sich weder als «Diener» des Parlaments noch als «Sekretär» der Staats- und Regierungschefs, verkündete er. Mit anderen Worten: Er sieht sich und seine Behörde über den beiden anderen europäischen Institutionen. In der Kommission sollen Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden. «Anders als Amerika hat die EU kein Oval Office», bemerkt der langjährige britische Europa-Beobachter Paul Adamson spöttisch. «Ausser vielleicht dem Büro von Angela Merkel in Berlin.» Mit Juncker soll die Machtzentrale nach Brüssel heimkehren.

Wie eine Kommandobrücke schwebt die oberste Etage des Berlaymont, die ausser den Büros des Präsidenten noch das Restaurant «La Convivialité» beherbergt, über dem Ge-

«Seht her, wie gross wir schon sind – vom Nordkap bis vor die Küsten Afrikas.»

bäude. Der ganze Bau mit seinen vier unterschiedlich langen, kreuzförmig angeordneten Flügeln ähnelt überhaupt einem Science-Fiction-Gefährt, und wie eine Raumstation würde auch das Berlaymont besser ins Weltall passen – weil dort die Grössenverhältnisse stimmen. Hier aber wirkt es, als ob die «Enterprise» sich in ein eng bebautes Innenstadtkvartier gequetscht und alle anderen Bauwerke brutal an den Rand gedrückt hätte.

Architektonisch verkörperte die Zentrale der Eurokraten schon immer unverhohlen den Machtanspruch dieser Kaste. Mehr als 3000 Männer und Frauen arbeiten auf einer Bürofläche von 240 000 Quadratmetern, 42 Lifte und 12 Rolltreppen verbinden die insge-

samt 18 Stockwerke, wenn man die unterirdischen mitrechnet. Abweisend und unnahbar erheben sich die sternförmig ausgreifenden Stahl- und Glasfassaden. Der einzige Farblecks sind die in europäischem Blau mit gelben Sternen gehaltenen übermannshohen Eingangstüren. Sie öffnen und schliessen sich wie gierige Schlünde, die alle, die dort eingehen, verschlucken.

Wie eine raffsüchtige Gottheit hat sich auch der europäische Staatenverbund stets aufgeführt. Ein Land nach dem anderen hat er sich einverleibt, seine Grenzen wurden stetig ausgeweitet. Sicher, die meisten Länder baten darum, aufgenommen zu werden. Aber man hätte ja auch einmal nein sagen können. Doch der Wachstumsimpuls war stärker, und es wäre schon sehr erstaunlich, wenn nicht auch ein Eurokrat beim Blick auf die Landkarte vom wohligen Schauer eines Eroberers erfasst würde: «Seht her, wie gross wir schon sind – vom Nordkap bis vor die Küsten Afrikas.»

Anschaulich demonstriert ein Exponat im sogenannten Parlamentarium in Brüssel diesen ausgreifenden Drang. Das Parlamentarium ist eine arg bemühte und gekünstelte Ausstellung, mit der sich das Europäische Parlament dem Wähler, jenem unbekanntem Wesen, näherbringen möchte. Nicht nur das Wort erinnert an «Planetarium», auch die Ausstellung vermittelt streckenweise den Eindruck, als ob hier eine

Eine ehrliche Analyse des Zustandes der Schweiz



144 Seiten, gebunden, CHF 34.–
978-3-7272-1420-2

«Trotz allem statistischem Wachstum schrumpft die Substanz dieses Landes, die sich – bei aller Schelte gegen den Sonderfall im öffentlichen Diskurs – von anderen Ländern unterscheidet.» Peter Ruch

Erhältlich bei:
www.staempfliverlag.com
oder in jeder Buchhandlung

Stämpfli
Verlag

ferne Galaxie Kontakt zu gewöhnlichen Erdlingen aufnehmen will.

Ein in grellem Lila ausgeleuchteter Gang verfolgt die Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaft von 6 auf heute 28 Mitglieder. Vor allem aus Schweizer Sicht entpuppt sich der latent bedrohliche Charakter dieser Entwicklung. War die Eidgenossenschaft zu Beginn nur auf drei Seiten von der Gemeinschaft umschlossen, so wurde sie bald zu einer Insel in einem europäischen Meer. Mit jedem Erweiterungsschritt wich das Festland weiter und weiter zurück. Das letzte Tableau zeigt denn auch eine einheitlich lilafarbene Fläche mit einem kleinen, schweizförmigen Flecken mittendrin.

Dass die EU sich expansionistisch verhält, wird von Beamten und Diplomaten in Brüssel freilich heftig bestritten. «Die Ausdehnung der EU war eher ein Zufallsprodukt», meint ein Diplomat mit unschuldigem Augenaufschlag. Wie viele Gesprächspartner in der belgischen Hauptstadt will auch er seine Identität nicht veröffentlicht sehen. Die Zusicherung tönt freilich so überzeugend wie die Beteuerung eines Hundehalters, dass seine 100-Kilo-Dogge doch nur spielen wolle. Denn die EU ist kein harmloses Schosshündchen: Immerhin handelt es sich um die grösste Volkswirtschaft und den grössten Binnenmarkt der Welt, nach dessen Verordnungen und Bestimmungen sich der Rest des Globus immer häufiger richten muss.

«Ein nebulöses Konstrukt»

Dennoch versucht man allenthalben, die Union kleinzureden. Von einem «nebulösen Konstrukt» spricht die langjährige Brüssel-Korrespondentin Cornelia Bolesch, einem recht wackeligen Bauwerk, das angewiesen sei auf den Konsens von Rat, Kommission und Parlament. Gerade die Schweiz, so sekundiert ein Brüsseler Beamter, müsse dies doch eigentlich am besten verstehen, schliesslich sei die Eidgenossenschaft recht ähnlich aufgebaut mit ihren 26 Kantonen und der politischen Konsensmaschine in Bern.

Nur mit dem Unterschied, dass die Schweiz seit 500 Jahren keine lüsternen Blicke mehr über ihre Grenzen gerichtet und versucht hat, die Aussenwelt an ihrer Lebens- und Wesensart genesen zu lassen. Die EU aber blickt immer nach draussen, zuletzt wieder auf die Ukraine, an der sie sich allerdings allem Anschein nach beim ersten Anlauf verschluckt zu haben scheint. Darüber hat man oft den Blick auf die innere Verfassung der Union vergessen, was sich in der zunehmenden Verdrossenheit von Europas Bürgern über ihre Konsensmaschine in Brüssel niederschlägt.

Seit Jahren fliessen zudem Gelder eher hinaus in die neuen Mitgliedstaaten, auf Kosten der Gründungsmitglieder als hinein. Wenig illustriert diesen traurigen Zustand besser als eine Zugfahrt von Strassburg nach Brüssel.



Fürsprecher der Osteuropäer: Ratspräsident Tusk.

Knapp sechs Stunden braucht die Eisenbahn laut Fahrplan für die 400 Kilometer zwischen den beiden Europa-Metropolen, doch mit der fest eingeplanten Verspätung werden schnell sieben Stunden daraus – in einem Zug ohne Klimaanlage und Speisewagen mit lediglich zwei funktionierenden WCs. Nicht nur das Rollmaterial könnte aus einem Nachfolgestaat der UdSSR stammen, auch die Landschaft draussen erinnert eher an den Donbass als an

Kein Staat, kein Grossunternehmen, keine NGO kann es sich leisten, hier kein Büro zu unterhalten.

ein Stück Kerneuropa: verfallene Fabrikrüinen, ärmlich-graue Dörfer und Horden von Pendlern mit müden Gesichtern, die im steuergünstigen Luxemburg zu- und im belgischen Arlon wieder aussteigen.

Kontakt zur irdischen Realität verloren

Den Abgeordneten des Europaparlaments und ihrem Tross, die jeden Monat diese Reise unternehmen müssen, bleibt dieser Anblick freilich erspart: Sie nehmen einen exklusiven Sonder-TGV über Paris, der die Elendsregion grossräumig umfährt. Und auch das Europaviertel von Brüssel ist wie ein Raumschiff, dessen Insassen den Kontakt zur irdischen Realität verloren haben. In den Büros und Bistros rings um den Rond-Point Schuman trifft sich eine neue europäische Elite. Ihre Angehörigen sind überwiegend jung, stammen aus gemischtnationalen Ehen, wuchsen mit mindestens drei Sprachen auf und studierten in Paris, Perugia und Oxford, gerne abgerundet mit einem Diplom der renommierten Kaderschmiede des Collège



Alter Kumpel: Parlamentspräsident Schulz.

d'Europe in Brügge. Mit Europas Durchschnittsbürgern verbindet sie wenig. Darum verstehen sie auch nicht, warum die Geert Wilders wählen und Marine Le Pen, die AfD oder die italienischen «Grillini».

Wenn die EU wirklich keine Weltmacht ist, sondern eine Art von gross geratener Schweiz, dann hat sie allerdings vergessen, diese Tatsache der Welt mitzuteilen. Denn die drängt mit aller Macht nach Brüssel. Kein Staat, kein Grossunternehmen, keine NGO kann es sich leisten, hier kein Büro zu unterhalten: Die USA, China und Russland sind ebenso vertreten wie Grönland und die Färöer-Inseln, die Regierung von Hongkong und die Freie Hansestadt Bremen. Mehr als 10 000 Lobbyisten schnüren durch Abgeordneten- und Beamtenbüros, über 1200 fest akkreditierte Journalisten berichten über Duschkopfgrossen, Doppelbesteuerungsabkommen und Drohgebärden gegen Russland. Nicht einmal die Weltkapitale Washington kommt auf solche Zahlen.

An der Spitze der Machtpyramide stehen die EU-Kommissare. Wahrscheinlich ist es kein Zufall, dass man diesen Titel gewählt hat, der an sowjetische Volkskommissare, nationalsozialistische Reichskommissare und postkolonialistische Hochkommissare erinnert – allesamt Würdenträger ohne erkennbare demokratische Legitimation. Auf seinem Feld kann ein EU-Kommissar mehr Macht ausüben als ein US-Präsident, etwa wenn der Wettbewerbskommissar Weltunternehmen wie Google oder Microsoft das Fürchten lehrt, der Währungskommissar gleichberechtigt neben IWF-Chefin Christine Lagarde und diversen Nationalbankpräsidenten sitzt oder der Erweiterungskommissar das politische und soziale Leben ganzer Staaten umkrepelt.

Zunehmend ergänzt die Union ihre ökonomische Macht mit politischem und sogar militärischem Einfluss. Ihre Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und Moldau enthalten wie selbstverständlich Passagen über militärische Zusammenarbeit. Die Präsidenten von Kommission und Rat nehmen nicht weniger selbstverständlich an Nato-Gipfeltreffen teil, als ob die Union Teil des Militärbündnisses sei. Wurden die neutralen Schweden, Finnen, Österreicher und Iren je gefragt, ob sie damit einverstanden sind?

Teilen und herrschen

Irgendwann im November wird Jean-Claude Juncker in sein neues Büro in der 13. Etage des Berlaymont einziehen. Es wäre fatal, ihn zu unterschätzen, sagt jemand aus seinem engen Umfeld. Er wurde verspottet als Mann von gestern, als Mann mit einem Alkohol- und Ni-

Juncker ist gut darin, Rivalen gegeneinander auszuspielen.

kotinproblem. Er hat alles geschluckt, aber nichts vergessen. Jetzt schlägt seine Stunde. Selbst Gegner gestehen dem langjährigen Luxemburger Premier die Fähigkeit zu, Konsens zu stiften, indem er Gegensätze miteinander versöhnt. Dieses Talent kann man freilich auch anders werten: Juncker ist gut darin, Rivalen gegeneinander auszuspielen.

Erste Pflöcke hat er schon eingeschlagen: Keiner der alten, mächtigen Mitgliedstaaten hat einen der neuen, mächtigen Vizepräsidentenposten erhalten. Dafür wurde mit dem Polen Donald Tusk als Ratspräsidenten ein Fürsprecher der Osteuropäer auf den zweitwichtigsten Posten der EU gehievt. Kleine, neue Mitglieder gegen grosse, alte Staaten – dies ist eine der Frontlinien, entlang deren Juncker teilen und herrschen will. Ausserdem arbeitet er mit seinem alten Kumpel, dem Parlamentspräsidenten Martin Schulz, an einer Achse. An einer gemeinsamen Front aus Kommission und Parlament würden sich die Regierungschefs, so sein Kalkül, wohl oft die Köpfe einrennen. Und: Die neun ehemaligen Ministerpräsidenten oder Vizepremiere, die Juncker als Kommissare in sein Kabinett berufen hat, verfügen über genügend Selbstvertrauen, um ihren amtierenden Kollegen aus den Mitgliedsländern auf Augenhöhe entgegenzutreten.

Juncker indes kann ja auf sie hinunterblicken. Nicht nur vom Bürofenster aus.

Lesen Sie kommende Woche: Die Schweiz und die Weltmacht EU. Warum der schleichende Beitritt längst vollzogen ist und warum die Schweiz nur verlieren kann – egal, was sie tut.



IHR ZENTRUM FÜR BRUSTKREBSCHIRURGIE

BRUSTKREBS: BRUSTERHALTUNG ODER BRUSTENTFERNUNG? NEUES AUS DER REKONSTRUKTIONSSCHIRURGIE

Datum: Donnerstag, 6. November 2014, 19.00–20.30 Uhr, anschliessend Diskussion und Apéro

Ort: Kongresshaus Zürich, Kammermusiksaal, Eingang Gotthardstrasse 5

Brustkrebs ist mit über 5000 Neuerkrankungen pro Jahr auch in der Schweiz die häufigste Krebsart der Frau. Dank des heute besseren Verständnisses der Tumorbiologie kann inzwischen mehrheitlich brusterhaltend behandelt werden. Trotzdem ist die Entfernung der Brust (sog. Mastektomie) bei ungefähr einem Drittel aller Brustkrebspatientinnen unumgänglich. Kommt es so weit, ist die Frage der Rekonstruktion – sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt – von zentraler Bedeutung. Dank optimierten Bestrahlungsverfahren, wirksameren Medikamenten und Fortschritten bei den Rekonstruktionsmethoden gehört der sofortige Wiederaufbau heute zu den Optionen der ersten Wahl.



Der führende Wiederherstellungschirurg und international tätige Brustkrebspezialist, PD Dr. med. Jian Farhadi (Facharzt FMH für Plastische, Wiederherstellende und Ästhetische Chirurgie), stellt Ihnen die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Brustrekonstruktion vor. Sie erfahren, welche Optionen im Fall einer Brustkrebserkrankung bestehen und welches das ideale Vorgehen ist.

Über Ihre Teilnahme freuen wir uns. Anmeldung erforderlich – Eintritt kostenlos. Anmeldung unter Telefon 044 388 15 15 oder info@pyramide.ch



KLINIK PYRAMIDE  SPITZE FÜR SIE

BELLERIVESTRASSE 34, CH-8034 ZÜRICH, TELEFON +41 44 388 15 15
WWW.PYRAMIDE.CH, INFO@PYRAMIDE.CH

Stöcklis blinder Fleck

Sein Ruf als erfolgreicher Bieler Stadtmanager trug Hans Stöckli bis in den Ständerat. Doch die Sozialhilfe in der Uhrenstadt ist ausser Rand und Band.

Von Christoph Landolt und Joschi Herczeg (Bild)

Navyblauer Anzug, dicke braune Aktentasche, strammer Marschschritt. Hans Stöckli eilt aus dem Bieler Hauptbahnhof mit seiner Tempelfassade. Für die vielen Gestalten, die ihr Zuviel an Zeit lungern am Bahnhofplatz verbringen, hat er kein Auge. Der Politiker geht stracks auf das «Brésil» zu, dessen bemalte Fassade – aufgemalte Mulattinnen mit knappen Bikinis und prallen Lippen – wohl nur deshalb keine Sexismusproteste auslöst, weil sie blättert. Innen ist das «Brésil» kein exotisches Etablissement, sondern ein ordinäres Café. Hier kennen ihn die Gäste noch immer. «Grüessechwou, Herr Stöckli.»

Zwanzig Jahre lang hat der Sozialdemokrat als Stadtpräsident über Biel/Bienne geherrscht, gemäss Eigenwerbung «die grösste zweisprachige Stadt der Schweiz, Uhren-Weltmetropole und Kommunikationsstadt zugleich». Als er vor vier Jahren abtrat, erntete er überall nur lobende Worte. Das *Bieler Tagblatt* bezeichnete ihn als Visionär und «Chrampfer», der eine grosse Lücke hinterlassen werde. Von einer «goldenen Stöckli-Ära» war die Rede. Der Ruf als fähiger Stadtmanager trug ihn in den Nationalrat und sogar noch weiter. Bei den Wahlen 2011 verdrängte er SVP-Ständerat Adrian Amstutz scheinbar spielend («Hans ins Stöckli»).

Doch während Stöckli im Bundeshaus politisiert, geht es seiner Stadt schlecht. Biel schreibt rote Zahlen, das Eigenkapital schmilzt dahin. Negative Schlagzeilen bringt vor allem die Sozialquote, die von Jahr zu Jahr neue Höhen erklimmt. 11,7 Prozent, also bald jeder achte Bewohner, leben von der Fürsorge. Das Sozialamt floriert und sperrt sich gegen jegliche Reform (*Weltwoche* Nr. 35/14). Biel ist zum abschreckenden Beispiel für eine Stadt geworden, in der die Sozialhilfe aus dem Ruder läuft. Eine Stadt, die es ihren Bewohnern zu einfach macht, von den Steuern der andern zu leben. Die Fürsorgeausgaben übertreffen die Steuereinnahmen der natürlichen Personen.

Welche Verantwortung trägt der Langzeitpräsident dafür? Immerhin hiess es lange, dass alles, was in Biel passiere, über sein Pult gehe. Am Telefon sagt Stöckli, er habe sich einmal geschworen, seinem Nachfolger nicht hineinzureden. Doch der 62-Jährige weiss um seine Mitverantwortung für die heutige Lage. Unter der Bedingung, sich nicht zu den aktuellen Geschehnissen im Sozialamt äussern zu müssen, erklärt er sich zu einem Gespräch mit der *Weltwoche* bereit.

1990, als er sein Amt angetreten habe, habe totaler Stillstand geherrscht, erzählt Stöckli. Keine Investoren, zehn Prozent Arbeitslosigkeit, kein Eigenkapital, sondern Schulden. Der Wirtschaftsförderer, den Stöckli ins «Brésil» mitgenommen hat, überreicht ein dickes Heft zur Stadtentwicklung, Stand August 2014. Ein Grossteil des Stadtgebiets ist schraffiert, ein «strategischer Entwicklungsschwerpunkt» reiht sich an den anderen, alle tragen sie glanzvolle Namen wie «Esplanade», «Beau-Rivage» oder «Agglolac». Es mache ihn stolz, zu sehen, wie Grossprojekte verwirklicht würden, die alle in seiner Amtszeit angestossen worden seien, sagt Stöckli.

Zweifellos: Biel hat unter Stöckli ein wahres Bauwunder erlebt. Das hat längst nicht nur mit der Expo 02 zu tun, durch die der Bieler Stadtpräsident landesweit bekannt wurde. Er

Als er vor vier Jahren abtrat, erntete er überall nur lobende Worte.

holte das Bundesamt für Kommunikation und den neuen Campus der Fachhochschule nach Biel, siedelte Firmen an, weihte eine Wohnüberbauung nach der anderen ein, setzte Parkhäuser, Warenhäuser, Kongresshäuser durch, liess Stadien errichten, weibelte für einen Autobahnanschluss, kämpfte für die Ausbauprojekte der Uhrenkonzerne Swatch und Rolex.

Vom «Wägelimaa» zum Stadtpräsidenten

Auch wenn sein Engagement wirtschaftsfreundlich war, musste sich Stöckli dafür nicht verbiegen, denn ein Klassenkämpfer war er nie. Als Wirtschaftsgymnasiast hing er nicht bei den 68ern rum, sondern trat der *Commercia Biennensis* bei, einer urbürgerlichen Studentenverbindung, bei der sich alles um Bier

und patriotische Lieder dreht. Brav leistete er auch seinen Militärdienst.

Stöckli lernte von Kind an, das Geld zu schätzen. Als der kleine Hans zwei Jahre alt war, verliess der Vater die Familie; Mutter Stöckli brachte ihre drei Kinder fortan mit ihrem Verkäuferinnenlohn alleine durch. Während des Jus-Studiums verdingte sich Hans Stöckli als «Wägelimaa» bei der Eisenbahn – eine Verkaufsschule. «Wenn du zu rascheln anfängst mit deinen Gipfeli, deinem Krug, dann mit dem Geld, dann steigerst du die Aufmerksamkeit der übrigen Reisenden», so eine seiner Lektionen, die einem Buch des Lokalchronisten Werner Hadorn zu entnehmen sind, das zu Stöcklis Abschied als Stadtpräsident erschien.

Als junger Jurist absolvierte er ein Praktikum bei der *Weltwoche*. Hier kam er mit der Bundespolitik in Berührung. Obwohl der damalige Chefredaktor Hans O. Staub ihm ein verlockendes Angebot machte, wollte Stöckli nicht in den Journalismus einsteigen. «Ich wollte nicht über andere schreiben, sondern wollte, dass andere über mich schreiben müssen.» Es zog ihn in die Politik. Ein Bieler Journalist, ein gewisser Frank A. Meyer, riet ihm, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten. Mit 26 Jahren gründete Stöckli nicht nur seine eigene Kanzlei, er wurde für die SP auch ins Stadtparlament gewählt. Mit 38 war er im Blöschhaus, in der Villa, in der der Maire von Biel residiert, angekommen. Beim steilen Aufstieg geholfen hat ihm sein Ruf als pragmatischer Macher, dem linke Ideologie fremd ist. Sein Wahlmotto «Rote Politik mit schwarzen Zahlen» klang nicht nach Marx und Lenin, sondern nach Willi Ritschard («Ein armer Staat kann kein sozialer Staat sein»).

Kaum im Amt, wirbelte und weibelte er. Sechsmal wurde Stöckli wiedergewählt, ernsthafte Rivalen stellten sich ihm nie entgegen. Der scheinbare Erfolg gab dem Sozialdemokraten recht. Fast eine halbe Milliarde Franken wurden während der Stöckli-Ära in Biel investiert. Die Zeitungen überschlugen sich mit Lobeshymnen. «Biel ist ein Musterbeispiel für erfolgreiche Stadtentwicklung», rühmte die *NZZ*. «Biel boomt wie lange nicht mehr», stellte der *Tages-Anzeiger* fest. «Der Aufschwung hat einen Namen», verkündete der *Bund*: «Hans Stöckli.» Linke wie Bürgerliche sind sich einig, dass Stöckli das Gesicht der Stadt zum Positiven verändert hat. Nach Jahrzehnten des Schwunds wuchs die Bevölkerung wieder, die Arbeitslosigkeit ging zurück. 2006





«Ich wollte, dass andere über mich schreiben müssen»: ehemaliger Bieler Stadtpräsident Stöckli.

vermeldete Biel die tiefste Arbeitslosenquote aller bedeutenden Schweizer Städte. Stadtpräsident Stöckli feierte den vermeintlichen Meilenstein mit einer grossen Party.

Moeschler liess er gewähren

Doch 2007 «kam die Ernüchterung», wie Stöckli erzählt. «Wir mussten feststellen, dass wir zwar ein starker Wirtschaftsstandort waren und endlich weniger Arbeitslose hatten, dass die Fürsorgequote aber nicht runtergegangen war.» Man sei, erklärt Stöckli, stets davon ausgegangen, dass sich die Sozialhilfequote parallel zur Arbeitslosenquote bewege. Diese Korrelation habe sich als «zu undifferenziert» herausgestellt.

Die Erklärung erstaunt, denn es ist nicht so, dass die Sozialhilfequote im Jahr 2007 einen plötzlichen Sprung gemacht hätte. Der Sozialhilfe-Negativrekord ist eine Katastrophe mit Ansage. Bezogen 1998 noch 5,1 Prozent aller Bieler Sozialhilfe, waren es 2006 bereits 10,5 Prozent. Im Jahr darauf wuchs die Quote im üblichen Tempo auf 11 Prozent an.

An den Schaltstellen des Fürsorgesystems sassen in dieser Zeit lauter Sozialdemokraten: Der Berner Gesundheitsdirektor Samuel Bhend setzte 2002 ein neues Sozialhilfegesetz

durch, das fatale Fehlanreize setzt. Pro hundert Fürsorgefälle bekommt eine Gemeinde vom Kanton einen Sozialarbeiter bezahlt. Durch die engere Betreuung sollte die Zahl der Fälle zurückgehen, so die Hoffnung. Durch einen komplizierten Lastenausgleich muss Biel seine Fürsorgekosten von zurzeit 107 Millionen Franken nicht selbst bezahlen, stattdessen wird der Kanton belastet. Der ehemalige Bieler Stadtpräsident, der, wo immer möglich, Kosten auf den Kanton oder den Bund überwälzte, begrüsst dieses System. Doch wenn der Kanton Bern serbelt, kann auch Biel nicht gedeihen.

Mitverantwortlich ist auch Pierre-Yves Moeschler, der von 2005 bis 2012 die Bieler Sozialdirektion führte. Wie die *Berner Zeitung* vorrechnete, stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter dem Romand um 16 Prozent, die Fürsorgeausgaben aber um 28 Prozent. Die Stellenzahl der Sozialarbeiter explodierte derweil von 22,4 auf 45,3 Vollzeitstellen.

Kenner der Bieler Politik halten dies für den grössten Fehler, den Stöckli in zwanzig Jahren als Stadtpräsident begangen hat: dass er seinen Genossen Moeschler gewähren liess.

Stöckli, der begabte Rhetoriker, der mit einer auf Podiumslautstärke getrimmten

Stimme und ausladenden Handbewegungen einen Raum wie das «Brésil» alleine auszufüllen vermag, hält inne. «Ich muss ehrlich sagen, dass mein Engagement auf die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft und der Entwicklung der Stadt fokussiert war.» Mit dem Vorwurf, Moeschler nicht entgegengetreten zu sein, müsse er leben, gesteht Stöckli ein. «Auch wenn ich ihn nur teilweise nachvollziehen kann.» Wie er nach mildernden Umständen sucht, wirkt er zerknirscht: «Ich war verantwortlich für die Stadtentwicklung und die Finanzen. Herr Moeschler war gewählter Gemeinderat.» Einem Sozialdirektor könne man nicht einfach reinreden. Allerdings ist Stöckli nicht dafür bekannt, dass er nicht seinen Willen durchgesetzt hätte.

Wie geht er damit um, dass das Sozialhilfedebakel ihn nun einholt, seinen Ruf als erfolgreicher Stadtmanager beschmutzt? Wieder zögert Stöckli. Moeschler habe ja auch bezahlt, indem er, anders als angestrebt, nicht zu seinem Nachfolger geworden sei. Stöckli weiss: Er hat zwar einen Boom aus Beton, Stahl und Glas entfacht. In seiner Amtszeit wurden aber auch die Grundlagen für den nächsten Niedergang gelegt. Stöcklis blinder Fleck wächst sich zum schwarzen Loch für Biel aus. ○

Mehr Lohn, weniger Geist

Schweizer Universitäten und Hochschulen zahlen weltweit die höchsten Professorenlöhne. Man könne deshalb die besten Köpfe anlocken, jubelt der Bund. Die Realität sieht anders aus: Die Leistungen bleiben trotz Spitzensalären im internationalen Vergleich bescheiden. Von Philipp Gut

Ein junger Professor an der Universität Bern beginnt mit einem Einstiegssalär von 173 000 Franken. Sein Lohn steigt bis maximal 240 000 Franken an. Ausserordentliche Professoren, also solche, die keinen Lehrstuhl innehaben, verdienen auf dem Gipfel ihrer Laufbahn ebenfalls über 200 000 Franken. Dozenten, die keinen Professorentitel besitzen, kommen auf einen Lohn von bis zu 182 000 Franken.

Ähnlich sind die Verhältnisse an anderen Schweizer Universitäten. An der Universität Zürich sind die ordentlichen Professoren in der Lohnklasse 27 eingestuft und verdienen zwischen 166 700 und 243 400 Franken Grundgehalt. Zusatzleistungen sind möglich, so etwa die sogenannte Stufenbeförderung oder Einmalzulagen bis zu 8000 Franken pro Jahr.

Die Universität St. Gallen entlohnt ihre ordentlichen Professoren von 183 748 Franken an aufwärts, auf der obersten Lohnstufe erhält ein HSG-Professor 225 339 Franken.

Noch besser zahlt der Bund seine Wissenschaftler. Die ETH Zürich richtet für ordentliche Professuren Löhne zwischen 209 000 und 275 000 Franken aus. Einzelne Professoren liegen sogar über diesem Maximum. Ihnen gewährt die ETH einen «Lohnzusatz» von zehn Prozent gegenüber dem eigentlichen Höchststand.

Zwischenfazit: Der Durchschnittslohn ordentlicher Professoren liegt in der Schweiz jenseits der 200 000-Franken-Grenze. Das ist international top, in keinem Land der Welt verdienen Professoren und andere Hochschullehrer mehr.

In Deutschland variiert das Grundgehalt für die angesehenste Professorenklasse – die sogenannte W-3-Professur – zwischen 61 055 Euro in Berlin und 73 551 Euro in Bayern. Samt Zuschlägen, in Akademikerkreisen «Weihnachtsgeld» genannt, erreichen aber auch erfahrene Professoren umgerechnet kaum mehr als 100 000 Franken. Das ist nur knapp die Hälfte dessen, was Kollegen in der Schweiz verdienen.

Oxford und Cambridge chancenlos

In Grossbritannien erhalten ordentliche Professoren etwas mehr als in Deutschland, aber immer noch deutlich weniger als in der Schweiz. Selbst Eliteuniversitäten wie die University of Oxford oder die University of Cambridge können den Schweizer Hochschulen punkto Lohn nicht das Wasser reichen. Die Einstiegssaläre für ordentliche Professoren

(«full professor») betragen in Oxford rund 65 000 und in Cambridge 69 000 Pfund, was gut 100 000 Franken entspricht. Damit liegen sie um Längen hinter der Schweiz zurück, wo die Startsaläre, wie gesagt, um die 170 000 Franken betragen.

Schliesslich zeigt ein Blick in die Vereinigten Staaten, die die grösste Dichte an herausragenden Universitäten aufweisen, dass die Schweiz auch ihnen gegenüber die Nase vorn hat. Professoren an amerikanischen Universitäten erhalten im Schnitt rund 138 000 Dollar, was beim derzeitigen Wechselkurs knapp 130 000 Franken entspricht. Einzig einige private US-Top-Universitäten können im Vergleich zur Schweiz konkurrenzfähige Löhne bieten, im

Gerade die Geistes- und Sozialwissenschaften können mit den Besten nicht mithalten.

Allgemeinen haben die amerikanischen Hochschulen indes keine Chance gegen das Akademikerparadies Schweiz.

Diese Zahlen, die auf aktuellen Statistiken beruhen, bestätigen eine internationale Studie, welche die NZZ am Sonntag vor zwei Jahren in Auftrag gegeben hat. Schon damals zeigte sich, dass die Schweiz weltweit die höchsten Professorenlöhne zahlt. Kaufkraftbereinigt und vor Steuern haben hiesige Professoren gemäss NZZ jeden Monat mehr als 7000 Franken mehr zur Verfügung als ihre Kollegen in Deutschland und rund 10 000 Franken mehr als gleichrangige *collègues* in Frankreich.

Das wäre eigentlich eine komfortable Ausgangslage für den Bildungs- und Forschungs-

standort Schweiz. Tatsächlich frohlockte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation kürzlich, die Schweiz befinde sich in einer Top-Position, um weltweit die «hellsten Köpfe» anzuheuern.

Ausser der ETH: nur Mittelmass

Doch wer genau hinschaut, ist ernüchtert. Die Schweizer Universitäten schaffen es trotz solcher Attraktivitätsvorteile nur bedingt, herausragende Forscher und Lehrer zu verpflichten und sich an der Weltspitze zu etablieren.

Im aktuellen QS-University-Ranking, das über 800 Universitäten von Südafrika bis Schanghai vergleicht, liegen nur die beiden ETH in Zürich und Lausanne in der erweiterten Spitzengruppe, nämlich in den Rängen zwölf und siebzehn. Die übrigen Universitäten sind bestenfalls Mittelmass: Die Universität Zürich belegt den Rang 57, die Universität Genf den Rang 85, die Universität Lausanne den Rang 105. Noch weiter zurück liegen die Universität Basel (116), die Universität Bern (145) und die Universität St. Gallen (zwischen Rang 421 und 430).

Tatsache ist: Gerade die Geistes- und Sozialwissenschaften, die das Selbstverständnis so traditionsreicher Universitäten wie Basel und Zürich wesentlich mitprägen und die auch für Studenten ungebrochen attraktiv bleiben, können trotz Spitzensalären mit den Besten ihres Fachs bei weitem nicht mithalten. Das QS-University-Ranking ermöglicht auch einen Vergleich der Fakultäten und Fächer – wobei die hiesigen Geisteswissenschaftler erstaunlich schlecht abschneiden. Im Bereich «Arts and Humanities» lautet die Rangierung der Schweizer Unis: Zürich 103, Genf 166, Lausanne 183, Basel 193, Bern 240.

Deutsche schlagen Schweizer

Ein solcher Leistungsausweis ist international beschämend. Nicht nur im Vergleich mit den Spitzenuniversitäten Harvard, Oxford und jenen in Cambridge, Berkeley und Stanford, die im Ranking der geisteswissenschaftlichen Fakultäten die ersten Plätze belegen. Schon der Blick auf das Nachbarland Deutschland fällt für die Schweiz ernüchternd aus. Während sich keine einzige Schweizer Uni in den Top 100 bewegt, befinden sich zwei deutsche Universitäten in diesem Fakultätsranking unter den ersten 25 (die Humboldt-Universität und die Freie Universität, beide Berlin, belegen die Ränge 23 und 25). Dabei ist der Lohn der Berli-





Einstiegslär von 173 000 Franken: Universität Bern.



Spitzenplatz mit gut 100 000 Franken: Universität Cambridge.

ner Historiker, Philosophen oder Germanisten einer der tiefsten in Deutschland und nur knapp halb so hoch wie derjenige ihrer Schweizer Kollegen.

Mit der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (Rang 36) und der Ludwig-Maximilians-Universität München (37) sind überdies zwei weitere deutsche Unis in den Geisteswissenschaften unter den besten 50 positioniert. Tübingen (67) und Freiburg (94) folgen ebenfalls noch vor der gesamten Schweizer Konkurrenz.

Angesichts dieser Fakten lohnt es sich, nicht gleich zur Tagesordnung überzugehen und

stattdessen ein paar Fragen zu stellen. Die Universität Zürich feierte sich nach Bekanntgabe des Rankings zwar stolz als nationale «Nummer eins» im Bereich Geisteswissenschaften. Doch was ist damit gewonnen? Unter Blinden ist der Einäugige König.

Mit Blick auf das internationale Abschneiden drängt sich die Feststellung auf: Mehr Geld und mehr Lohn bedeuten offenbar nicht automatisch auch mehr Geist.

Der wichtigste Bestandteil im QS-Ranking ist das Renommee, das eine Hochschule oder Fakultät bei der sogenannten Peergroup be-

sitzt – mit andern Worten: das Ansehen bei den Kollegen. Dieses wiederum hängt davon ab, wie präsent und innovativ die einzelnen Wissenschaftler in der *scientific community* sind. Ein Naturwissenschaftler kann eine aufsehenerregende Entdeckung machen, Geisteswissenschaftler fallen in erster Linie durch ihre Publikationen auf. Oder eben auch nicht.

Die geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Schweizer Universitäten haben hier ein

Eine Figur wie der emeritierte Germanist Peter von Matt bleibt eine Ausnahme.

Problem. Ihre Professoren publizieren wenig in international angesehenen Fachzeitschriften, den sogenannten *peer reviewed journals*. Selbst in deutschen Journalen, die eher als zweitrangig gelten, finde man Beiträge von in der Schweiz tätigen Geisteswissenschaftlern selten, sagt ein Schweizer Professor, der an einer der weltbesten Universitäten im angelsächsischen Raum lehrt.

Weiter bekunden viele Professoren offensichtlich Mühe, ihre Studien in internationalen Publikumsverlagen unterzubringen. Eine Figur wie der emeritierte Germanist Peter von Matt, dessen Bücher bei Hanser in München erscheinen und der auch jenseits der Grenze ein grösseres Publikum erreicht, bleibt da eine Ausnahme. Es dominieren lokale Verlage, die von Subventionen leben und nicht selten sogar auf ein ordentliches Lektorat verzichten. In diesem Zusammenhang macht das Wort von blossen «Kopieranstalten» die Runde.

Die höchsten Saläre, aber nur mässiger Erfolg: Die Wurzeln dieser Misere reichen indes noch tiefer. Die Vermutung drängt sich auf, dass oft nicht die Besten geholt werden, sondern diejenigen, die den tonangebenden Leuten in den Berufungskommissionen bekannt und genehm sind. Das Mittelmass produziert Mittelmass. *Affaire à suivre*.

Nächste Ausgabe: Wie man in der Schweiz Professor wird. Die sonderbaren Kriterien der Berufungskommissionen.

Mittendrin statt irgendwo.



Die neue Residenz GUSTAV bietet in 74 Mietapartements Wohnen und Lebensqualität der Extraklasse an. Interessiert? Vereinbaren Sie einen Termin für den Besuch unserer Musterwohnung!

Residenz GUSTAV

Exklusives Wohnen im besten Alter



Beliebte Adresse für Schlepper: Afrikaner am Hauptbahnhof in Milano.



«Kleinlich»: Justizministerin Sommaruga.

Kreativer Umgang mit der Wahrheit

Italien verweigert faktisch die Rückübernahme von Asylbewerbern. Noch im Juni lobte Bundesrätin Simonetta Sommaruga den südlichen Nachbarn als «lösungsorientierten Partnerstaat». Inzwischen lässt sich das Dublin-Lügenreich nicht mehr aufrechterhalten. *Von Peter Keller*

Wer in Milano Centrale umsteigt, muss etwas Geduld mitbringen. Nicht nur wegen der Verspätungen, auch die Perronnummern werden erst kurz vor Abfahrt der Züge bekanntgegeben. So versammeln sich vor diversen Bildschirmen ganze Trauben von Reisenden, um den gewünschten Anschluss in Erfahrung zu bringen. Auch ich wartete Ende Juli auf meine Verbindung in Richtung Tessin. Just im Moment, als auf der Anzeige die Perronnummer aufleuchtete, tippte eine Hand auf den Bildschirm. Der Mann trug eine Umhängetasche, dicht bei ihm standen zwei kleine, hagere Schwarzafrikaner.

Offensichtlich hatte das ungleiche Trio dasselbe Reiseziel wie ich. Vor einem der Waggons blieben die Männer schliesslich stehen. Der Anführer drückte seinen Begleitern je ein Bahnticket in die Hand und schien letzte Anweisungen zu geben. Die zwei Schwarzafrikaner nickten und traten ein. Ein paar Minuten später setzte sich der Regionalzug in Bewegung. Nach einigen Zwischenhalten auf italienischem Staatsgebiet überquerten wir ohne Kontrolle die Grenze und hielten in Chiasso. Die beiden Afrikaner stiegen aus, liefen dem Geleise entlang, wo sie von Schweizer Grenzpolizisten in Empfang genommen wurden.

Wie sich später zeigte, stammen die beiden Asylbewerber aus Eritrea. Sie sind ins Tessin eingereist, ohne in Italien registriert worden zu sein. Damit entfällt auch die Möglichkeit einer

Rückübernahme, wie sie der Dublin-Vertrag vorsieht. Was sich an diesem frühen Sommerabend abspielte, ist kein Einzelfall. Allein Chiasso verzeichnete im letzten Jahr 3998 Gesuche von Asylbewerbern. Nicht wenige davon reisten bequem und organisiert mit dem Zug in die Schweiz ein – und sie können auf eine dauerhafte Aufnahme hoffen. Überstellungen nach Italien sind praktisch zum Erliegen gekommen, wie die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) am vergangenen Montag erstmals im Parlament zugab.

Panik im Bundesamt für Migration

Auslöser war ein Vorstoss der Berner SVP-Nationalrätin Nadja Pieren in der Fragestunde. Sie wollte von der Justizministerin wissen, ob das Dublin-Abkommen überhaupt noch funktioniert, nachdem medial bekanntgeworden war, dass Italien nur mehr einen Teil der ankommenden Flüchtlinge in die zentrale Fingerabdruck-Datenbank Eurodac, das Herzstück des Dublin-Systems, einträgt. Pierens Frage löste im Bundesamt für Migration (BfM) einige Panik aus: Denn bis dato wurde von offizieller Seite die Zusammenarbeit mit Italien stets gelobt – entgegen allen Fakten.

Bereits in der Sommersession äusserte Nationalrat Heinz Brand (SVP) den Verdacht, dass der südliche Nachbar die übers Mittelmeer anlandenden Personen nicht korrekt erfasse und

diese deshalb nicht mittels Dublin-Abkommen rücküberführt werden könnten. Sommaruga bestritt «einen direkten Zusammenhang zwischen der Anzahl der Anlandungen und der Anzahl der Dublin-Verfahren mit Italien». Man sei zwar in Kontakt mit den italienischen Behörden, es sei aber festzuhalten, dass die Zusammenarbeit «mit unserem wichtigsten Dublin-Partnerstaat» insgesamt «gut und lösungsorientiert» verlaufe. Ein zumindest kreativer Umgang mit der Wahrheit.

Die Dublin-Fassade bröckelt schon länger, was Simonetta Sommaruga bisher jedoch in Abrede stellte. «Dublin zu kritisieren, ist bei gewissen Politikern sehr beliebt», putzte die Justizministerin noch im Juni sämtliche Fragen und Einwände ab. Dafür wolle sie sich im Rahmen des Dublin-Systems für «eine Verteilung der Asylsuchenden» einsetzen. Eine auf den ersten Blick bestechende Idee: Damit Italien aufgrund seiner geografischen Lage nicht die ganze Hauptlast zu tragen hat, sollten die Flüchtlinge auf die Dublin-Staaten verteilt werden.

Der scheinbar gerechte Ansatz entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ziemlich faktenfrei: 2013 wurden in Italien rund 28000 Asylgesuche gestellt, was etwa 470 Gesuchen pro Million Einwohner entspricht. Im ganzen EU-Raum wurden pro Million Einwohner jedoch 860 Gesuche gestellt. Obwohl Italien ein Land an der Schengen-Aussengrenze ist,

kommt es nur auf rund die Hälfte Asylgesuche pro Kopf. In der Schweiz wurden im gleichen Zeitraum rund 2600 Anträge pro Million Einwohner registriert – fünfmal mehr als in Italien. Mit anderen Worten: Bei einem «gerechten» Verteilschlüssel, wie ihn die Bundesrätin vorschlug, müsste Italien doppelt so viele Asylverfahren betreuen wie heute und wäre somit wohl kaum an einem Systemwechsel interessiert. Den entsprechenden Hinweis tat Sommaruga noch im Juni als «kleinlich» ab. Inzwischen hat die Justizministerin eine Pirouette vollzogen. Sie spricht jetzt von «gemeinsamen Lösungen» mit anderen europäischen Mitgliedstaaten, «um das Dublin-System zu stabilisieren» und Italien «zu unterstützen».

Im Juni 2013 stimmte die Schweizer Bevölkerung mit 78 Prozent einer Verschärfung des Asylgesetzes zu. Die links-grünen Gegner konnten nicht einmal ihre eigene Klientel mobilisieren. Nach der Annahme sollte unter anderem Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Flüchtlingsgrund anerkannt werden. Die Änderung zielte auf die grosse Gruppe von Eritreern ab, die mit Hilfe von Schlepperorganisationen vorzugsweise in die Schweiz kamen und hier erfolgreich um Asyl nachsuchten.

Wie die *Basler Zeitung* kürzlich aufzeigte, steigt die Zahl der eritreischen Flüchtlinge trotz Volksverdikt. Bis Ende August stellten 4823 Personen aus Eritrea ein Asylgesuch. Mehr

als die Hälfte der Gesuche wird positiv beurteilt (58,3 Prozent). Wesentlich dafür verantwortlich ist eine seit Frühling geänderte Bundesgerichtspraxis, gemäss der faktisch alle in die Schweiz gelangenden Eritreer als Flüchtlinge anerkannt werden müssen, wenn sie ihr Land illegal verlassen haben – was auf fast alle Fälle zutrifft. Ein weiteres Beispiel, wie sich Richter über einen klaren Volkswillen hinwegsetzen, obwohl Artikel 3 des Asylgesetzes neu festhält, dass Wehrdienstverweigerer

Allein Chiasso verzeichnete im letzten Jahr 3998 Gesuche von Asylbewerbern.

und Deserteure keine Flüchtlinge seien, selbst wenn sie «ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind oder begründete Furcht haben, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden».

Auf Nachfrage erklärt das Bundesamt für Migration, dass Deserteure und Wehrdienstverweigerer in Eritrea ohne Gerichtsverfahren von Militärkommandanten brutal bestraft würden. Da diese Bestrafungen «grundsätzlich aus politischen Gründen» (wegen staatsfeindlicher Haltung) erfolgten, würden diese für die Beurteilung der Flüchtlingseigenschaft relevant. Damit läuft die Praxis auf eine Blanko-Anerkennung heraus, obschon sich die Mehr-

heit von Parlament und Volk 2013 exakt gegen diesen Mechanismus ausgesprochen hat. Vollends grotesk wird die Situation beim Vergleich mit anderen Dublin-Staaten: Dort tauchen Eritreer, wenn überhaupt, erst weit hinten in der Asylstatistik auf. Offensichtlich herrschen hier dehnbare Interpretationen, was relevante Flüchtlingseigenschaften sind und was nicht.

Das hochprofitable Asylschlepperwesen sucht sich gezielt die geeigneten Adressen aus. In der Schweiz wartet ein üppiger Sozialstaat. 87 Prozent der erwerbsfähigen anerkannten Flüchtlinge aus Eritrea gehen keiner Arbeit nach. Die Familie in Hagenbuch ZH, deren Betreuung insgesamt rund 60 000 Franken im Monat ausmacht, ist sicher ein Extrembeispiel. Aber Justizministerin Sommaruga sorgt im Verbund mit den Bundesrichtern dafür, dass jährlich Tausende neue Sozialfälle ins Land geschleust werden: dank eines pervertierten Asylwesens und eines Dublin-Abkommens, das nur noch auf dem Papier besteht. Italien verschlampt gezielt die Registrierung der ankommenden Flüchtlinge und verweigert zusätzlich deren Rückübernahme. Im Monat August konnte die Schweiz gerade einmal 61 Personen in Richtung Rom überstellen – bei total 1635 Dublin-Verfahren mit Italien.

Peter Keller ist Nationalrat der SVP.

Mehr zum Thema: Seite 32



Es gibt nicht den Auftrag.
Es gibt nicht das KMU.

Jedes Unternehmen ist einzigartig. Deshalb bieten wir Ihnen Dienstleistungen, die genau zu Ihnen passen. Wir helfen mit, die Gesundheit Ihrer Mitarbeitenden zu verbessern, Kosten und Absenzen zu reduzieren – und zu verhindern.

Lassen Sie sich von uns beraten per Telefon 058 277 18 00 oder auf www.css.ch/unternehmen. **Ganz persönlich.**



Sabotage von oben

Seit Jahren versuchen Gesetzgeber und Verwaltung, die Zuwanderung kaum integrierbarer Familien aus Entwicklungsländern in den Sozialstaat einzudämmen. Doch linke Asylrichter hintertreiben diese Bemühungen systematisch. *Von Alex Baur*



Viele Wege führen in die Schweiz: Afrikanische Immigranten erhalten richterliche Unterstützung.

Berichte über Fürsorge-Familien aus Entwicklungsländern, die kaum integrierbar sind und die Sozialbudgets der Gemeinden sprengen, sorgen seit Wochen für Schlagzeilen. So berichtete auch die *Weltwoche* kürzlich über eine 33-jährige abgewiesene Asylbewerberin aus Somalia, die im Mai 2012 sechs Kinder mit deren Grossmutter in die Schweiz nachkommen liess («Tickende Sozialbomben», Nr. 37/14). Der Bund übernahm im besagten Fall sogar die Reisekosten für die Nachzügler – und dies, obwohl die Frau nur «vorläufig» aufgenommen wurde (weil man sie nicht in ihre Heimat zurückschaffen konnte). Sie war nicht einmal in der Lage, für die drei Kinder zu sorgen, die sie zwischenzeitlich in der Schweiz zur Welt gebracht hatte. Die Familie, die bislang jeden Integrationsversuch erfolgreich abgeblockt hat, wird die Gemeinde voraussichtlich Millionen kosten. Wie ist das möglich?

Im konkreten Fall verschanzen sich die involvierten Behörden hinter dem Amtsgeheimnis. Grundsätzlich gilt aber: Gemäss Artikel 85 des seit 2005 gültigen Ausländergesetzes ist ein Familiennachzug bei einer vorläufigen Aufnahme (Bewilligung F) nur statthaft, wenn der Betreffende über gesicherte Einkünfte und über eine geeignete Wohnung verfügt. Doch die Gesetze sind nur so gut, wie sie angewendet werden. Gerade im Ausländerrecht haben es innovative Richter immer wieder geschafft, Gesetze, oft mit Verweis auf internationales Recht, auszuhebeln und umzudeuten.

Zuwanderungswelle aus Eritrea

So setzte die damalige Asylrekurskommission (heute Bundesverwaltungsgericht) mit dem Urteil vom 7. März 2006 das eben eingeführte Ausländergesetz bezüglich Familiennachzug gleich wieder ausser Kraft. Im Fall eines vorläu-

fig aufgenommenen Ägypters, der mit einer Landsfrau eine arrangierte Heirat in seiner Heimat eingegangen war, wurde der Familiennachzug bewilligt. In der Öffentlichkeit gab die Anerkennung der Fernvermählung nach den Regeln der Scharia so viel zu diskutieren, dass der wohl verheerendere Aspekt völlig unterging: Unter Berufung auf die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) hatten die Richter die vorläufig Aufgenommenen faktisch den anerkannten Asylsuchenden gleichgestellt.

Das war just die Zeit, als die höchsten Asylrichter Militärdienstverweigerung als Asylgrund für Eritreer anerkannten. Sie lösten damit eine Zuwanderungswelle aus Eritrea aus, die bis heute anhält und die Sozialämter vor gewaltige Probleme stellt. Dass die Ostafrikaner meist schwer integrierbar sind und grossmehrfach in der Sozialhilfe hängenbleiben, war schon damals bekannt. Darüber hinaus zogen sie ihre Familien nach. Dienstverweigerung wurde zwar nach jahrelangem Tauziehen offiziell als Asylgrund aus dem Gesetz gekippt, doch die Eritreer blieben trotzdem, zwar nicht mehr als Flüchtlinge im eigentlichen Sinn, sondern als vorläufig Aufgenommene, weil sie nicht zurückgeschafft werden können. Für die meisten Betroffenen war das einerlei.

Zwar wurde in der Zwischenzeit der Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene wieder erschwert. Doch das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) öffnete flugs eine neue Hintertür, mit welcher der Wille des Gesetzgebers umgangen wird: Die betroffenen Nachzügler konnten einen Asylantrag aus dem Ausland stellen. Zwar gilt es als notorisch, dass Eritreer kaum Asyl bekommen, seit die Dienstverweigerung kein Asylgrund mehr ist. Trotzdem liess das BVGer eine ganze Reihe von Nachzüglern in die Schweiz einreisen, um hier ein ordentliches Asylverfahren durchzuführen. Dieses führte dann zwar, wie absehbar, in aller Regel zu einem negativen Asylentscheid – doch die Betroffenen blieben als vorläufig Aufgenommene, weil man sie eben nicht ausweisen konnte.

Da wäre zum Beispiel das Urteil E-1165/2009 der drei Richterinnen Christa Luterbacher (SP), Nina Spälti Giannakitsas (SP) und Gabriela Freihofer (SVP): Eine Eritreerin, die als anerkannter Flüchtling in Äthiopien lebt, darf mit ihren Kindern zu ihrem Gatten in die Schweiz kommen. Zwar reiste der Mann, obwohl er in der Schweiz Sozialhilfe bezieht, mehrmals nach Äthiopien, wo er offenbar eines der Kinder zeugte. Der abgewiesene Asylbewerber hätte



Walter Stöckli, SP.

also auch gefahrlos zu seiner Familie ziehen können, wenn es ihm allein darum gegangen wäre. Doch diese Möglichkeit zogen die Richterinnen gar nicht erst in Betracht. Wegen der Gefahr sexueller Übergriffe erachteten sie den Aufenthalt für die Frau im äthiopischen Flüchtlingslager als

nicht zumutbar und liessen sie zwecks Asylverfahren einreisen.

Fürsorgeempfänger auf Heimatbesuch

Dass vorläufig Aufgenommene gerne in ihre Heimatregion reisen, dort heiraten und Kinder zeugen, davon berichtet auch das Urteil D-4952/2011 der Richterinnen Contessina Theiss (Grüne) und Muriel Beck Kadima (Grüne). In jenem Fall wurde neben denkbaren sexuellen Übergriffen auf alleinstehende Mütter die schlechte medizinische Versorgung in Äthiopien als Fluchtgrund angenommen. Auch hier wurde nicht einmal in Betracht gezogen, dass der in der Schweiz lebende Gatte offenbar problemlos nach Äthiopien reisen konnte. Genau gleich entschied das rot-grüne Richterinnen-Trio Beck Kadima, Theiss und

Luterbacher im analogen Fall E-4417/2011.



Christa Luterbacher, SP.

Mit dem Urteil E-8213/2010 holten die Richter Regula Schenker (SP), Walter Lang (parteilos) und Markus König (SP) zwecks Asylverfahren eine Eritreerin mit vier Kindern zu ihrem Mann in die Schweiz. Die Frau lebte im Sudan, nicht in einem Lager notabene,

sondern bei Verwandten. Doch gemäss Urteil leidet sie an wirtschaftlicher Not und könnte ohne die Überweisungen ihres Gatten aus der Schweiz im Sudan kaum überleben. Dass der Unterhalt der Familie in der Schweiz um ein Vielfaches teurer ist, zog das Gericht nicht in Betracht. Schliesslich kommt nun das Sozialamt in einer Schweizer Gemeinde für die sechsköpfige Familie auf.

Im Urteil E-1339/2010 stösst Richter Walter Stöckli (SP) auf das grüne Duo Theiss/Beck Kadima. Es geht um einen vorläufig aufgenommenen Afghanen, der seine Frau mit vier Kindern nachkommen lassen will. Er macht nicht einmal geltend, seine Angehörigen würden verfolgt, sondern verlangt einen Familiennachzug. Leider lebt der Mann aber von der Sozialhilfe, er erfüllt die Bedingungen also nicht. Das linke Richtertrio findet einen Ausweg: Weil der Afghane ein hauptsächlich psy-



Contessina Theiss, GP.

chisches Leiden geltend macht, wird er kurzerhand einem Invaliden gleichgesetzt. Zwar erhält er keine IV-Rente, doch nach Ansicht der Richter wäre es im Sinne der EMRK diskriminierend, wenn ihm als faktischem Invaliden der Familiennachzug verweigert würde, zumal der

Afghane gemäss eigenen Angaben arbeitswillig wäre, aber leider keine Arbeit finde.

Über den Buchstaben des Gesetzes setzen sich die Richter Bendicht Tellenbach (SP), Walter Stöckli (SP) und Yanick Felley (SVP) auch im Urteil D-44428/2013 hinweg. Es geht um eine Frau aus Eritrea, die beim Schwager im Sudan lebt und mit ihren vier Kindern zu ihrem Gatten in die Schweiz ziehen möchte. Weil der Mann nicht arbeitet und auch keine geeignete Wohnung hat, sind die Bedingungen für den Familiennachzug leider nicht erfüllt. Deshalb reicht die Frau am 11. Oktober 2012 ein Asylgesuch aus dem Ausland ein. Begründung: Wegen Republikflucht ihres Mannes sei sie in Eritrea von den Behörden belästigt worden, sie kriege in ihrer Heimat kein Kindergeld mehr und habe schliesslich eine Busse von 50 000

Nakfa (umgerechnet rund 3000 Franken) zahlen müssen.



Muriel Beck Kadima, GP.

Ob man das nun als Asylgrund betrachten will oder nicht – Tatsache ist, dass ihr Gesuch zu spät kam. Denn seit dem 28. September 2012 ist das neue Asylgesetz in Kraft, und dieses besagt schwarz auf weiss: Asylgesuche aus dem Ausland werden nicht mehr behandelt. Doch mindestens

zwei der drei Richter foutierten sich um das Gesetz und liessen die Frau mit ihren vier Kindern in die Schweiz einreisen. Was danach passierte, ist geheim. Doch aller Wahrscheinlichkeit nach wurde ihr Asylgesuch abgelehnt; da die sechsköpfige Familie aber nicht ausgeschafft werden kann, wurde sie «vorläufig» aufgenommen – und lebt nun in irgendeiner Gemeinde auf Kosten der Allgemeinheit.

Die erwähnten BVGer-Entscheide wurden in den letzten drei Jahren gefällt. Eine Durchsicht der Entscheide zeigt, dass im selben Zeitraum gerade bei Eritreern in vielen Fällen der Familiennachzug oder die Einreise zwecks Asylverfahrens auch abgewiesen wurde. Oft bleibt schleierhaft, warum in analogen Fällen positiv oder negativ entschieden wurde. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass die Angaben zu den Flücht-



Bendicht Tellenbach, SP.

gründen meist rudimentär sind, stereotyp anmuten und die Bedrohung vor Ort von einem Schweizer Bürostuhl aus schwer einzuschätzen ist: Hält man sich an die Angaben der Flüchtlingshilfe, lauern die Gefahren überall; die Spezialisten des Bundes schätzen die Lage etwas nüchterner

ein. Tendenziell lässt sich sagen: Je schlechter die sozialen Verhältnisse, desto besser die Aussichten auf eine Einreise in unseren Sozialstaat.

Das verwundert wiederum nicht, wenn man sich die Zusammensetzung der Gremien anschaut: Bei allen Entscheiden zugunsten der Emigranten waren linke Richter in der Mehrheit. Das lässt sich nicht nur aus der Parteizugehörigkeit ableiten. Bendicht Tellenbach (SP) verdiente sich seine Sporen bei Amnesty International, Walter Stöckli (SP) und Contessina Theis (Grüne) bei der Flüchtlingshilfe, Muriel Beck Kadima (Grüne) war Menschenrechtsbeauftragte beim Evangelischen Kirchenbund, und Christa Luterbacher (SP) begann ihre Karriere als Heilpädagogin. Was mit den Migranten nach ihrer Einreise in der Schweiz passiert, interessiert diese Richter nicht. ○

Schweizerzeit

Riskanter Mindestkurs des Frankens zum Euro – droht nun der Crash unserer Altersvorsorge?

Lesen Sie es in der aktuellen «Schweizerzeit»!

Jetzt die «Schweizerzeit» abonnieren für jährlich 70 Franken (Online-Abo: 30 Franken) und restliche Ausgaben 2014 gratis erhalten.
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
abonnement@schweizerzeit.ch
www.schweizerzeit.ch

Asozialer Sozialstaat

Eine eritreische Flüchtlingsfamilie in Hagenbuch, ZH, hat eine landesweite Debatte ausgelöst. Recherchen zeigen: Kein anderer staatlicher Bereich läuft so aus dem Ruder wie die Sozialhilfe. Sie produziert absurde Kosten ohne Erfolgskontrolle. Am Ende gibt es nur Verlierer. *Von René Zeyer*

In den Medien hat in den letzten Wochen eine eritreische Flüchtlingsfamilie eine erregte Debatte ausgelöst. Inwieweit Selbstverschulden vorliegt, soll hier nicht Thema sein. Es sei unterstellt, dass die Mutter mit ihrer siebenköpfigen Kinderschar sich gar nicht darüber im Klaren ist, dass für sie insgesamt mehr als 60 000 Franken im Monat ausgegeben werden. Klar ist aber: Die Familie ist Opfer aus dem Ruder laufender Sozialdienste. Klar ist ebenfalls, wer das berappt: Hagenbuch ZH (1084 Einwohner) und somit jeder, der dort Gemeindesteuern zahlt. Doch wer sind die Schuldigen? Da erhebt sich die Gegenfrage, ob man überhaupt von Schuld sprechen darf, wenn es doch um die selbstverständliche Verpflichtung einer wohlhabenden Gesellschaft gegenüber Hilfsbedürftigen geht.

Entmündigt

Cui bono, wem nützt es – dies identifiziert die Verursacher dieser aus jedem Rahmen fallenden Zahlungen. Die Flüchtlingsfamilie selbst bezieht monatlich 2600 Franken Sozialhilfe, dazu wird ihr die Wohnungsmiete in der Höhe von 1500 Franken bezahlt. Der Steuerzahler übernimmt ebenfalls die Kosten der Krankenkasse. Es wird zumindest von niemandem bestritten, dass zusätzliche monatliche Kosten von 36 000 Franken für vier in Heimen platzierte Kinder und rund 20 000 Franken für allgemeine Betreuungsleistungen von ihm beglichen werden.

Wer ist dafür verantwortlich? Für mindestens 36 000, eher wohl 56 000 Franken die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Als Nachfolgerin der Vormundschaftsbehörde soll sie seit dem 1. Januar 2013 mehr Professionalität, mehr Rechtsgleichheit und somit auch mehr Gerechtigkeit in einen Bereich bringen, in dem es immerhin um Einschränkungen der Handlungsfreiheit erwachsener Menschen, Heimverbringung von Kindern oder gar Entmündigung geht. Entstanden ist ein weiterer Kopf eines Sozialsystems, das Verantwortlichkeiten aufhebt, den Zahlungspflichtigen jede Mitbestimmung verwehrt, die Betroffenen tatsächlich entmündigt, indem es ihnen jede Chance zur Eigenverantwortung nimmt, und nur segensreich für eine Dienstleistungsgattung ist: die Sozialhilfemaschinerie. Diese wird häufig als Sozialindustrie bezeichnet, obwohl der Begriff falsch ist: Hier wird keine Wertschöpfung geschaffen, sondern Geld umverteilt. In erster Linie in die eigene Tasche.

Natürlich handelt es sich bei der mutmasslich eritreischen Flüchtlingsfamilie um einen

Extremfall. Aber dieser ist kein Einzelfall. Zudem steht er exemplarisch für ein Systemversagen. In diesem konkreten Beispiel erbringt die Firma Solidhelp staatlich finanzierte Dienstleistungen für 20 000 Franken im Monat. Es handelt sich um eine private Aktiengesellschaft, die für die Bemühungen ihrer Mitarbeiter (darunter Putzen, Kochen, Einkaufsbegleitung) 135 Franken aufwärts pro Stunde in Rechnung stellt. Genauer für «45 Minuten Präsenzzeit beim Klienten», die automatisch um 15

Minuten «klientenzentrierte Hintergrundarbeiten» verlängert wird, zu denen auch «Telefonate» mit den Betreuten gehören können. Obwohl sich Solidhelp selbst als «transparent» beschreibt, war die Firma nicht bereit, auf einen ausführlichen Fragenkatalog zu antworten.

Unter anderem hätte uns interessiert, wer der oder die Besitzer der AG mit einem Stammkapital von 150 000 Franken sind, welche Begründung es für eine unlängst erfolgte völlige Neubesetzung des Verwaltungsrats gibt und



Extremfall – aber kein Einzelfall: eritreische Flüchtlingsfamilie in Hagenbuch ZH.

welches Salär der Geschäftsleiter Christoph Bänziger oder ein durchschnittlicher Mitarbeiter bezieht. Im *Blick* liess sich Bänziger mit dem Satz zitieren, bei einer solchen Fallbetreuung «braucht es Profis». Welche professionelle Qualifikation alle fünf «Sozialbegleiterinnen in Ausbildung» besitzen, die die Solidhelp-Abteilung «Soziale Familienbegleitung Stadt Zürich» bilden, mochte die Firma nicht beantworten. Auch auf eine Erklärung für seinen Satz: «Ohne uns würde sie [die Familie] in den Abgrund fallen», verzichtete Bänziger. Stattdessen wurde eine allgemeine «Pressemitteilung» zugesandt, aus der ohne Autorisierung nicht auszugsweise zitiert werden darf und die keine der konkreten Fragen beantwortet.

Als Dienstleistungsanbieter ist die Solidhelp AG daran interessiert, Einnahmen zu generieren, Aufträge an Land zu ziehen, und man kann ihr, ausser mangelnder Transparenz, wenig



vorwerfen. Am wenigsten, dass sie nicht zugeben mag, 20 000 Franken im Monat seien für begleitende Sozialmassnahmen in einem einzigen Fall doch zu viel. Ein solches Verhalten wäre geradezu widernatürlich.

12,7 Milliarden für Sozialleistungen

Wer ist aber für die Gesamtkosten von 60 000 Franken im Monat verantwortlich, wer entscheidet das? Die häufigste Antwort bei der Recherche war: «Das ist kompliziert.» Es ist nicht kompliziert, es ist schlimmer als in einem Albtraum von Kafka. Und schwierig, daraus zu erwachen, aber versuchen wir es. Am Anfang steht die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Dieser Fachverband, der sich aus Vertretern des Staates auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sowie rund «150 privaten Organisationen des Sozialbereichs» zusammensetzt, hat die Deutungshoheit darüber, was Sozialhilfe zu leisten hat und woraus sie besteht.

Das fängt mit dem Existenzminimum an. Also mit dem, was ein Mensch braucht, um zu überleben. Dazu gehören Wohnen, Essen, Kleidung, ärztliche Versorgung sowie Erfüllung der obligatorischen Schulpflicht von Minderjährigen und Betreuungsdienste bei Gebrechlichen. Selbstverständlich bilden chronisch Kranke, Alte, geistig oder körperlich Behinderte eine Sondergruppe mit weiteren berechtigten Bedürfnissen. Das Bundesgericht legte das absolute Existenzminimum auf 12 Franken pro Tag (also 360 Franken im Monat) plus Erstattung der Kosten für Wohnung und obligatorische Krankenversicherung fest. Die Skos braucht 177 Seiten, um von diesem Existenzminimum über den Begriff «materielle Grundversicherung» zum «sozialen Existenzminimum» und schliesslich zum «Grundbedarf für den Lebensunterhalt» zu gelangen, woraus sich eine «Pauschale» von aktuell 986 Franken statt 360 Franken für eine alleinstehende Person ergibt.

Dazu kommen aber noch «situationsbedingte Leistungen» und «Integrationszulagen». Bei langfristig Unterstützten gehören auch Urlaub oder «Erholungsaufenthalte» zu den vom Steuerzahler übernommenen Leistungen. Das läppert sich und kann nicht nur in diesem extremen Fall, sondern immer häufiger dazu führen, dass die gesamten Leistungen das Schweizer Durchschnittseinkommen übertreffen. Begründet wird das mit dem Satz: «Soziale Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenwürde sind Grundlagen eines modernen Verständnisses von Sozialhilfe.»

In absoluten Zahlen bedeutet das, dass 2012 insgesamt 12,7 Milliarden Franken für «bedarfsabhängige Sozialleistungen» ausgegeben wurden. Für rund 660 000 Sozialhilfebezüger im weiteren Sinn. Zahlmeister sind die Gemeinden, doch wer entscheidet über die Zummessung dieser Gelder, über das «individuelle Unterstützungsbudget», wie das die Skos nennt? Das ist kompliziert. Die Herren des

Geldhahns sind die Sozialämter, das Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB), die KESB und einige mehr. Viele mehr. Die Infostelle der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) verzeichnet über 3000 Einträge von «öffentlichen, privaten und kirchlichen Organisationen, die im Kanton Zürich im Sozialbereich tätig sind». Solidhelp befindet sich also in einem scharfen Konkurrenzkampf.

Will man wissen, wie viele Staatsangestellte allein im Kanton Zürich sich dem Thema Sozialbereich widmen, ist die Antwort überraschungsfrei: «Das ist kompliziert.» Das kantonale Sozialamt verfügt über rund 170 Vollzeitstellen, teilt aber auf die Frage, wie viele es insgesamt seien, mit, dass man für weitere Auskünfte «bei allen 170 Zürcher Gemeinden vorstellig werden» müsse. Auch das AJB sagt, dass das kompliziert sei, weil man zwar wisse, dass in 14 Kinder- und Jugendhilfzentren «116 Voll-

Es ist schlimmer als in einem Albtraum von Kafka. Und schwierig, daraus zu erwachen.

zeitstellen» mit Sozialarbeitern besetzt seien, dazu noch Inhaber von 50 Vollzeitstellen für «Erziehungsberatung» sowie «Väter- und Mütterberatung» arbeiten. Andererseits binden aber Mandatsarbeiten für Gerichte und die KESB «den grössten Teil der Personalressourcen», während Aufträge an private Dienstleister outgesourct werden. Alle weiteren von anderen Ämtern eingeholten Antworten lassen sich mit «Es ist kompliziert» zusammenfassen.

In der Schweiz gibt es leicht zugreifbare Statistiken über fast alles, über die Anzahl diplomierter Krankenschwestern, Coiffeure, Hotelbetriebe, Kühe. Aber es existiert nicht einmal eine Erhebung, wie viele Sozialarbeiter es gibt. Der Dachverband Avenir Social zählt rund 3800 Mitglieder und schätzt, dass das 20 Prozent aller im Sozialbereich Tätigen seien. Das wären dann 19 000. Aber auch diese Zahl ist nicht verlässlich, denn wir sprechen hier nur von diplomierten Fachkräften. Begriffe wie Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge sind nicht gesetzlich geschützt und können von jedem verwendet werden.

Nun dürfte man hoffen, dass die am Fall der Flüchtlingsfamilie Hagenbuch beteiligte Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Winterthur, eine von dreizehn KES-Behörden des Kantons, sachdienliche Angaben machen könnte. Sie verweigert aber jede Auskunft zu konkreten Fragen und beruft sich auf die Schweigepflicht. Es ist zu vermuten, dass die KESB Winterthur der Mutter einen Beistand zur Seite gestellt hat, der über alle Massnahmen entscheiden kann. Hingegen ergriff die Vizepräsidentin der KESB Dietikon in der Presse das Wort: «Viele Kinder benötigen eine Therapie – und das alles kostet. Wenn uns die Kinder das nicht mehr wert sind, müssten wir zum Verdingkindersystem zu-

rückkehren – aber wollen wir das wirklich?» Sie will das zwar nicht auf den aktuellen Fall bezogen wissen, veröffentlichte aber dieser Tage die Unterstellung, dass jede Kritik an monatlichen Kosten von 36 000 Franken für Heimunterbringung von Kindern einer einzigen Familie die Forderung nach Rückkehr in diese schlechten alten Zeiten beinhalte.

«Die Partei bekämpft die Armen»

Längst wird auch parteipolitisch Stellung bezogen. Der BDP-Nationalrat Lorenz Hess warnt: «Wir müssen aufpassen, dass wir keine Armenjagd einführen.» Die Solothurner SP-Nationalrätin Bea Heim nimmt sich die SVP, die an einem Vorstoss zur Neuordnung der Sozialhilfe arbeitet, zur Brust: «Statt die Armut zu bekämpfen, bekämpft die Partei die Armen.» Nun haben wir alle nötigen Aufwachhilfen beisammen, um aus diesem kafkaesken Albtraum zu erwachen und zur Analyse zu schreiten.

Sozial bedeutet zuerst und vor allem, anderen nicht zur Last zu fallen. Umso kleinteiliger die Sozialkontrolle ist, umso besser funktioniert es mit der Sozialhilfe. Denn sie beruht darauf, dass die Gemeinschaft Mitgliedern materielle Hilfe zur Verfügung stellt, die aus welchen Gründen auch immer nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Wer weiss und spürt, dass sein Auskommen von der ihn umgebenden Gemeinschaft durch deren Leis-

tung, letztlich Steuergelder, finanziert wird, ist am ehesten bereit, dieser so schnell wie möglich nicht mehr zur Last zu fallen. Selbstverständlich nur, wenn ihn Minderjährigkeit, Alter, mentale oder physische Gebrechen nicht daran hindern. In allen anderen Fällen muss aber statt «Fördern und Fordern» gelten: «Befehlen und Bestrafen». Stattdessen sind die Gemeinden weiterhin die Zahlungspflichtigen, aber Richtlinien der Skos und die Schaffung der KES-Behörden sowie das Walten kantonaler Ämter haben ihnen jede Einflussmöglichkeit bei der Zumessung von Sozialleistungen genommen. Das kann im Extremfall dazu führen, dass ein einziger Sozialfall in Gestalt einer Grossfamilie Folgekosten in Höhe von 25 Prozent der gesamten Gemeindesteuern bewirkt.

Wo sich das finanzielle Ausmass der Verpflichtungen der Einflussmöglichkeit einer Gemeinschaft entzieht, entsteht Unbehagen. Wird die selbstverständliche Pflicht jeder Gemeinschaft, Mitmenschen in Not zu unterstützen, mit diffusen Slogans wie «Soziale Gerechtigkeit» oder gar «Recht auf Teilnahme am sozialen Leben» ins beliebig Interpretierbare verschoben, entsteht Unmut. Wird vergessen, dass mit dem Recht auf Unterstützung die Pflicht zum schnellstmöglichen Verzicht darauf einhergeht – und dies das alleinige Ziel jeder Sozialhilfe sein muss –, entsteht Protest. Wird eine staatliche Verwaltungsbürokratie



Totschlagargumente: SP-Nationalrätin Heim.

durch die Tätigkeit von Privatfirmen ergänzt, die in unüberschaubarer Vielzahl, oft ohne Qualitätsausweis, ohne Zielvorgaben und Leistungskontrolle grosse Summen kassieren, wird die Situation unhaltbar. Insbesondere, wenn alle an der Zumessung und dem Kassieren dieser Gelder Beteiligten jede Auskunft verweigern.

Jede Amtsstelle, jede Firma in der Privatwirtschaft hat das Anliegen, sich selbst nicht überflüssig zu machen, neue Betätigungsfelder zu erschliessen. Auf keinem Gebiet ist das so einfach wie im «Sozialen». Denn jede Kritik kann mit Totschlagargumenten wie inhumana-

Abstimmungs-Sonntag

Eidgenössischer Abstimmungs-Sonntag mit zwei Vorlagen: Initiative zur Einheitskrankenkasse und Initiative zur MwSt.-Diskriminierung des Gastgewerbes. Dazu gibt es spannende kantonale Entscheidungen. Radio Central bringt die Resultate und wie gewohnt Stimmen von Befürwortern und Gegnern aus dem ganzen Sendegebiet. **Infos auf radiocentral.ch**



So empfangen Sie Radio Central: Oberer Zürichsee, Linthgebiet 91.3; 89.4 • Schwyz 102.6; 97.7; 93.2 • Glarus 92.1; 97.7; 89.3; 88.7 • Oberiberg, Hoch-Ybrig 107.1 • Unteriberg, Euthal, Studen 94.4 • Rothenthurm 106.9 • Ob- und Nidwalden 101.8; 103.0; 100.4; 99.0 • Uri 103.0; 101.8; 102.2; 97.7 • Luzern 100.1 • Willisau 94.8 • Wolhusen 88.6 • Sursee 93.0 • Region Triengen 97.5 • Engelberg 107.6 • Zug 99.2 MHz oder Kabelnetz • CentralWebplayer • Digitalradio DAB+ • Central-App • www.radiocentral.ch



«Keine Armenjagd»: BDP-Nationalrat Hess.

ner Gleichgültigkeit gegenüber Erniedrigten, Bedürftigen, Kindern, menschenverachtendem Zynismus oder das sei ein «Kampf gegen die Armen» niedergebügelt werden.

Begriffszoo von Hilfsbedürftigkeiten

Der Kanton Zürich reagiert nun so, wie es sich für eine Staatsbehörde gehört. Während immer mehr Gemeinderäte wie der Gemeindepräsident von Buckten BL, Peter Riebli, warnen: «Ein einziger Sozialfall kann uns ruinieren», ist die Zürcher Antwort: Dann werden die Kosten nicht gesenkt, sondern auf mehrere Schultern

verteilt. Der kantonale Sozialamtsvorsteher Ruedi Hofstetter bestätigt, dass die «Kosten für Heimplatzierungen rückwirkend ab 1. 1. 2013» übernommen werden, im Fall Hagenbuch ebenfalls für Sozialhilfe und Familienbegleitung. Allerdings nur für eines der vier Kinder im Heim, die anderen drei «wurden aus schulischen Gründen platziert, damit ist die Schulgemeinde zahlungspflichtig». Welche Kosten dem Kantonalzürcher Steuerzahler daraus erwachsen, unterliegt «dem Amtsgeheimnis». Wenn also der Leidensdruck durch absurde Zahlungen an Sozialhilfeempfänger lokal zu gross wird und zu Protest führt, dann werden die Zahlungen nicht etwa reduziert, sondern einfach per «Lastenausgleich» noch mehr vergesellschaftet.

Am schlimmsten aber ist: Der gesunde Menschenverstand wird völlig ausgeschaltet. Er ist offensichtlich bei allen an diesem Fall von Hagenbuch beteiligten Ämtern, Amtsträgern, Fachleuten, Fallmanagern bis hinunter zu Sozialbegleitern durch Betriebsblindheit ersetzt worden. Sonst wäre diesen sofort klar, dass eine monatliche Unterstützung in der Höhe von mehr als 60 000 Franken nicht nur völlig asozial gegenüber den Hagenbuchern ist, die ungefragt dafür aufkommen müssen. Sondern dass auch das Ziel, die möglichst rasche Entlassung aus der Sozialfürsorge, damit nie erreicht wird.

Gleichzeitig kann kontinuierlich ein ganzer Begriffszoo von neuen Hilfsbedürftigkeiten

erfunden werden, denen natürlich Abhilfe geschaffen werden muss, etwas, zu dem Privatfirmen gerne Hand bieten. Indem sie Berufsbezeichnungen wie «Sozialbegleiter» erfinden. Dieser Titel wird prompt mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis geadelt; aber als ungeschützte Bezeichnung kann er auch ohne ein solches geführt werden.

Kein anderer staatlich verwalteter Bereich ist dermassen aus dem Ruder gelaufen wie die Sozialhilfe. Sie produziert absurde Kosten, unterliegt keiner Erfolgskontrolle und hat einen Wildwuchs von gewinnorientierten Privatunternehmen geschaffen, während diejenigen, die diese Amok laufenden Sozialdienste staatlicher und privater Natur mit ihren Steuern unterhalten, keinerlei Mitspracherecht haben.

Deshalb produziert dieses System nur Verlierer. Angefangen bei dieser Flüchtlingsfamilie und allen Sozialhilfeempfängern, die in unverschuldeter oder selbstverschuldeter Abhängigkeit und Unmündigkeit gehalten werden, über alle Beteiligten, die zumeist wirklich nur helfen wollen, bis zu uns allen, sofern wir Steuern zahlen. Es ist dringlich geboten, zur Kleinteiligkeit und zu einer akzeptablen Definition des Begriffs Sozialhilfe zurückzukehren.

René Zeyer ist Publizist. Er hat vor kurzem das Sachbuch «Armut ist Diebstahl. Warum die Armen uns ruinieren» (Campus) veröffentlicht.



Ruf Lanz

Manche angesagten Heizsysteme haben so ihre Tücken. Heizen Sie besser mit Öl.

Auf eine moderne Ölheizung ist in jeder Situation Verlass. Der eigene Tank macht Sie unabhängig und schützt vor Versorgungs-Unterbrüchen. Eine moderne Ölheizung überzeugt aber auch hinsichtlich Kosten, Effizienz und Umwelt.

Weitere Informationen über die raffinierte Energie: Gratistelefon 0800 84 80 84 oder www.heizoel.ch

HEIZEN MIT ÖL
Die raffinierte Energie

Sparen? Unmöglich!

Das Parlament verlangt vom Bundesrat, beim Personal 300 Millionen Franken weniger auszugeben. Dies sei «nicht verantwortbar», stellt sich die Regierung quer. Eine Analyse zeigt jedoch, dass wesentliche Streichungen ohne negative Auswirkungen realisiert werden können. *Von Christian Mundt*

Der Bund muss seine Aufgaben auf ihre Wirksamkeit hin prüfen. Dies fordert die Bundesverfassung in Artikel 170. Ein erstes Konsolidierungsprogramm mit achtzig Massnahmen legte der Bundesrat im April 2010 vor. Das Parlament lehnte das Programm im Frühjahr 2011 ab, beauftragte den Bundesrat allerdings damit, bis Ende 2012 ein neues (Spar-)Paket vorzulegen, das den Bundeshaushalt «längerfristig substanziell entlastet». Im Dezember 2012 hat der Bundesrat darum das sogenannte KAP, das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket, vorgestellt. Dieses sah Entlastungen in der Höhe von 700 Millionen Franken vor – wobei nicht von Sparen, sondern lediglich von einer minimalen Bremse des Ausgabenwachstums gesprochen werden kann: Die Entlastungen orientieren sich beim KAP am Finanzplan des Bundes. Gemäss diesem steigen die Bundesausgaben jedes Jahr um rund 2,5 Prozent an. 2,5 Prozent sind bei Gesamtausgaben von 65 Milliarden Franken (2013) mehr als 1,6 Milliarden zusätzliche Ausgaben pro Jahr. Damit wird klar, dass es beim KAP nicht um Sparen, sondern höchstens um eine leichte Dämpfung des Ausgabenwachstums geht: Die Ausgaben würden nämlich immer noch jedes Jahr um 900 Millionen Franken ansteigen.

Vorbild Privatwirtschaft

Mit diesem Argument hat der Nationalrat das KAP abgelehnt und an den Bundesrat zurückgeschickt. Auftrag diesmal: die Personalkosten der Bundesverwaltung auf maximal drei Milliarden Franken zu beschränken, wobei beispielsweise Ämter mit Globalbudget ausgenommen sind. In den vergangenen zehn Jahren haben die Kosten für die Bundesangestellten um mehr als ein Viertel zugenommen (siehe Grafiken auf der nächsten Seite). Der Nationalrat will, dass sie um 250 Millionen Franken oder rund sechs Prozent gesenkt werden. Am vergangenen Freitag hat der Bundesrat seine Vorschläge präsentiert, wie er das umzusetzen gedenkt, sollte das Parlament an seiner Forderung festhalten. Die Botschaft der Landesregierung ist klar: Die Vorschläge gehen zu weit. Sparen beim Bund? Das ist offensichtlich ein Ding der Unmöglichkeit.

Um die Massnahmen umzusetzen, so der Bundesrat, «sind tiefgreifende Aufgabenverzicht und ein erheblicher Leistungsabbau notwendig». Die «Aufgabenerfüllung des Bundes in verschiedenen Bereichen wäre gefährdet», schreibt er weiter. Aus diesem Grund erachtet es



Bloss kein verunsichertes Personal: Finanzministerin Widmer-Schlumpf.

die Regierung als «nicht verantwortbar», wenn sie ihrem Auftrag nachkommen und beim Personal 250 Millionen Franken sparen müsste. Darum beantragt die Landesregierung, dass das Parlament den Auftrag zurückzieht und sich auf das ursprüngliche Paket, das beschriebene KAP mit Entlastungen von knapp 700 Millionen, beschränkt. Denn dieses «genügt aus heutiger Sicht, um den Bundeshaushalt auf Kurs zu halten», so der Bundesrat.

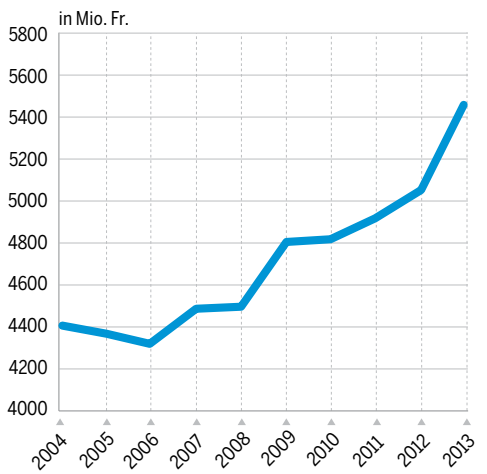
Die bundesrätliche Argumentation gegenüber dem Parlament erstaunt: Einsparungen beim Personal in der Höhe von 6 Prozent werden in grösseren Unternehmen problemlos durchgezogen. Gemäss Botschaft des Bundesrats entspräche das rund 2000 Stellen, die eingespart werden müssten – knapp sechs Prozent der 34 000 Vollzeitstellen, die die Eidgenossenschaft derzeit bietet. Dieser Abbau wäre nicht einzig über die natürliche Fluktuation machbar, schreibt der Bundesrat weiter. Dies, obwohl die Fluktuation beim Bund in den vergangenen Jahren deutlich über sechs Prozent

lag. Kündigungen oder vorzeitige Pensionierungen von Personal wären die Folge, wenn die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt würden. «Aus Sicht des Bundesrates birgt allein schon eine öffentliche Diskussion über die vorliegenden Massnahmen erhebliche Risiken», schreibt die Landesregierung, «denn diese führt zu Verunsicherung beim Personal.» Mit anderen Worten: Der Bundesrat will allfällige Personalentlassungen gar nicht erst diskutieren. Was in der Privatwirtschaft – insbesondere in Grosskonzernen – selbstverständlich ist, nämlich die Schliessung von unrentablen Abteilungen, darf es beim Bund offensichtlich nicht geben. Selbst wenn die Wirksamkeit einzelner Aufgaben als nicht gegeben eingestuft wird, will der Bundesrat keinen Personalabbau.

Trotzdem muss der Bundesrat dem Parlament aufzeigen, wo eingespart würde, falls das Parlament an seiner Forderung festhält. Der Blick auf einige dieser Sparvorschläge lässt Zweifel darüber aufkommen, ob der Leis-

Personalaufwand

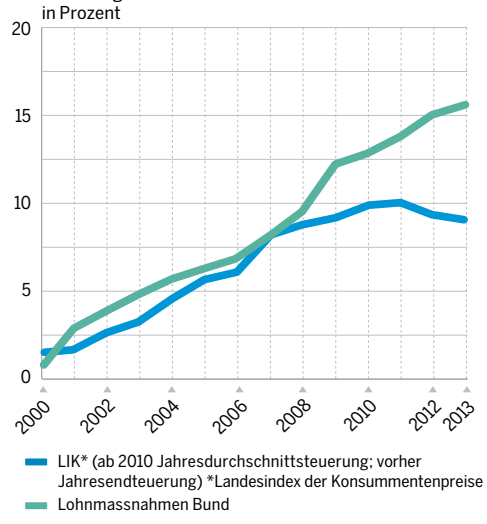
Entwicklung der Personalausgaben des Bundes 2004 bis 2013



QUELLE: EFD/EPA

Lohnentwicklung Bundesangestellte

Entwicklung der Beamtenlöhne und der Teuerung 2000 bis 2013



QUELLE: EFD/EPA

von 6,5 Millionen Franken und 42 Stellen möglich, wenn einer der drei Standorte geschlossen würde. Dadurch würden aber «Effizienz- und Qualitätsfortschritte in der Land- und Ernährungswirtschaft gebremst», warnt der Bundesrat. Zehn Stellen könnten gemäss den Vorschlägen des Bundesrats gestrichen werden, wenn im Medienzentrum und bei der Bundesanwaltschaft die Anmeldeloge aufgehoben würde. Wäre es wirklich «nicht verantwortbar», dass die Bundeshausjournalisten künftig die Türe ins Medienzentrum selber öffnen müssten? Und auch ohne Loge kann niemand unbefugt bis zum Bundesanwalt vordringen: Schon heute hat es Einzelschleusen und Eingangskontrollen.

Sorge um den Wirtschaftsstandort

Wenn der Preisüberwacher seine Dossiers reduziert und die Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen keine Konsumentenschutzorganisationen mehr unterstützt, würden mehr als zwei Millionen Franken und neun Stellen eingespart. 38 Stellen wären von der Schliessung der Direktion für Standortförderung betroffen, einer Massnahme, die Einsparungen 120 Millionen Franken brächte. Warum dadurch «die Rahmenbedingungen und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz» beeinträchtigt würden und durch die Streichung von Subventionen «die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Branchen und Regionen» verringert würde, bleibt allerdings das Geheimnis des Bundesrats. Fünf Stellen und 0,8 Millionen könnten eingespart werden, wenn das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) nicht mehr als eigenes Amt geführt würde – negative Auswirkungen einer solchen Massnahme erkennt auch der Bundesrat nicht.

Würde im Bundesamt für Energie die Sektion Innovation abgebaut, verzichtete man zwar auf die «Weiterentwicklung und Umsetzung von Forschungskonzepten» – der Steuerzahler müsste dafür aber für 41 Stellen weniger aufkommen mit dem Effekt, 25 Millionen Franken zu sparen. 21 Stellen und 3,5 Millionen Franken könnten beim Astra, dem Bundesamt für Strassen, mit dem Verzicht auf die Fachstelle Archäologie sowie jenem auf die Einführung neuer Motorradführerausweise, mit dem Weglassen der «Ausführungsverordnungen zu den Via-Sicura-Massnahmen Blackbox und Alkoholverkehrssperre» und der Vollzugshilfen im Bereich Langsamverkehr eingespart werden.

All diese Beispiele nimmt der Bundesrat als Beweis dafür, dass beim Personal nicht gespart werden könne. Aber auch dann bliebe dem Bundesrat noch eine weitere Möglichkeit, die Personalausgaben zu reduzieren: bei den Löhnen, die in den meisten Fällen über denjenigen der Privatwirtschaft liegen. Doch dies will er nicht: «Lohnkürzungen stehen aus Sicht des Bundesrates nicht im Vordergrund.» ○

tungsabbau wirklich «erheblich» und «tiefgreifend» wäre. So könnten beispielsweise 19 Stellen und 3,4 Millionen Franken eingespart werden, wenn die Anzahl von Schweizer Vertretern in multinationalen Organisationen wie Uno-Unterorganisationen verringert würde. 6,5 Millionen und 64,5 Stellen würden eingespart, wenn die Bundesreisezentrale und der Kurierdienst an «bundesexterne Dienstleister» ausgelagert würden. In der Landwirt-

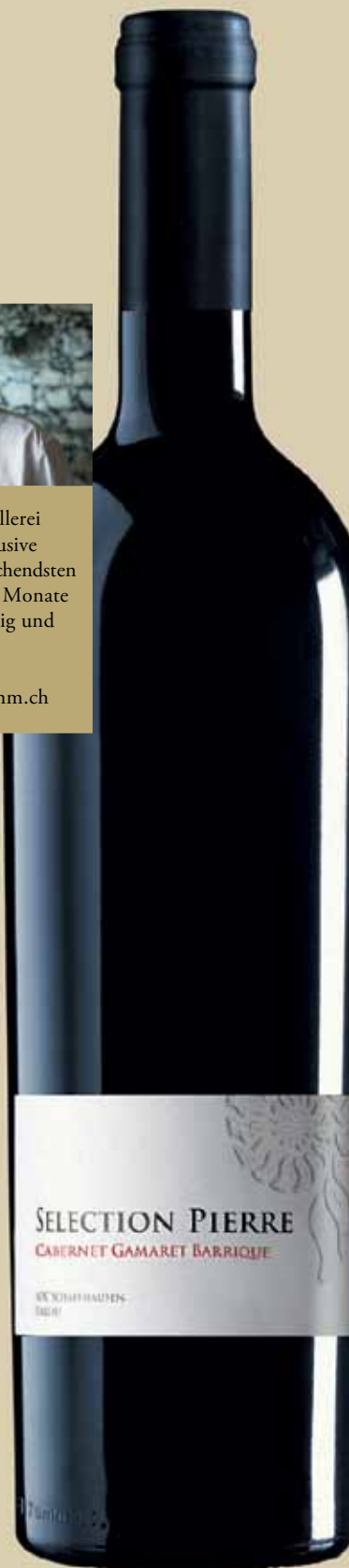
«Allein schon eine öffentliche Diskussion» birgt für den Bundesrat «erhebliche Risiken».

schaft könnten drei Stellen und 0,7 Millionen gespart werden, wenn die «Bewilligungspflicht für das Inverkehrbringen von serienmässigen Aufstellungssystemen und Stall-einrichtungen» aufgehoben würde. Beim landwirtschaftlichen Forschungsinstitut Agroscope wären gemäss Bundesrat Einsparungen

EINE NEUE TROUVAILLE AUS DEM SCHAFFHAUSER BLAUBURGUNDERLAND.



Peter Rahm, Weinkellerei Rahm, Hallau: «Exklusive Cuvée der vielversprechendsten neuen Rebsorten, 16 Monate im Fass gereift. Kräftig und voller Genuss.»
CHF 28.– (75 cl)
www.weinkellerei-rahm.ch



SCHAFFHAUSER
**BLAU
BURGUNDER
LAND**

www.blauburgunderland.sh



Einladung: Swisscleantech-Präsident Beglinger.



Vorzugsbehandlung: Umweltministerin Leuthard.

In der Gunst der Bundesrätin

Pflegen die Chefin des Infrastrukturdepartements und der Präsident von Swisscleantech eine enge Beziehung? Die Bundesrätin bestreitet es. Dabei lässt sich leicht zeigen: Nick Beglinger bekam vor allem dank Doris Leuthard seinen fragwürdigen Einfluss auf die Schweizer Politik. Von Markus Schär

«Wie kommen Sie zu solchen Behauptungen?», fragt Dominique Bugnon, der Informationschef von Bundesrätin Doris Leuthard (CVP). «Mit Erstaunen» stelle er fest, dass die *Weltwoche* einmal mehr eine «enge Verbindung» zwischen der Chefin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) und dem Präsidenten des Verbands Swisscleantech herbeischreibe. Weshalb habe die *Weltwoche* in der letzten Ausgabe die Bemerkung gemacht, Doris Leuthard stehe Nick Beglinger so nahe, dass sie in Energie- und Klimafragen töne, als läse sie aus einem Manuskript von ihm ab?

«Unter der Wüstensonne von Abu Dhabi»

Die Antwort lässt sich leicht geben: Die *Weltwoche* und andeutungsweise auch andere Blätter schreiben über die Verbindung zwischen Doris Leuthard und Nick Beglinger, weil diese nicht zu übersehen ist. Der Informationschef gibt dagegen vor, die Bundesrätin begegne zwar dem Cleantech-Lobbyisten «hin und wieder» bei öffentlichen Anlässen, aber nur «wie auch anderen Vertretern aus Industrie, Verbänden oder Kantonen».

Das ist, zurückhaltend ausgedrückt, nicht die ganze Wahrheit. Mit zahllosen Belegen lässt sich zeigen: Seit Nick Beglinger in der Schweiz als Prophet von Cleantech auftritt,

geniesst er die Gunst von Doris Leuthard. Sie begegnet ihm nicht wie allen anderen Interessenvertretern, sondern gewährt ihm eine Vorzugsbehandlung; sie hört ihn nicht an, sondern spannt mit ihm zusammen – ohne die Bundesrätin gäbe es Swisscleantech wohl gar nicht. Diese Liaison aber könnte für die Schweiz zu Milliardenkosten und Standortnachteilen, gefährdeter Versorgungssicherheit und verminderter Lebensqualität führen. Im Landesinteresse drängt sich deshalb auf die Anfrage aus dem Uvek eine öffentliche Antwort auf:

Doris Leuthard machte Nick Beglinger zum Propheten von Cleantech. «Das Schweizer Lobbying-Powerhouse entstand unter der Wüstensonne von Abu Dhabi», schreiben Matthias Daum, Ralph Pöhner und Peer Teuwsen in ihrem eben erschienenen Buch «Wer regiert die Schweiz?». «Im September 2007 reiste Bundesrätin Doris Leuthard in den Nahen Osten. Sie beauftragte die Botschaft, ihr einen Besuch im Ökostadtprojekt Masdar zu vermitteln. Die Energieministerin [Leuthard war damals noch Wirtschaftsministerin; Anm. der Red.] wusste, dass dort ein Schweizer Unternehmer an der Spitze steht: Nick Beglinger.»

Die Bundesrätin riet dem selbsternannten Cleantech-Spezialisten, seine Expertise in die Schweiz zu bringen. Sie stiess Energieminister

Moritz Leuenberger (SP) an, den Berater zum World Future Energy Summit in Abu Dhabi mitzunehmen. Und sie brachte den Gründer von Swisscleantech mit dem ehemaligen Uvek-Informationsschef Hugo Schittenhelm zusammen: Der Konsulent zog für Nick Beglinger die Fäden im Bundeshaus.

Daran änderte sich nichts, als das Projekt für ein Swiss Village in Masdar kläglich scheiterte – im Gegenteil. Vor dem Wechsel ins Uvek regte die Wirtschaftsministerin im November 2009 noch an, «die Exporte von nachhaltig handelnden Unternehmen zu koordinieren» und dafür mit Swisscleantech zu lobbyieren. «Doris Leuthard», schrieb Steffen Klatt, der PR-Mann von Beglinger, «freut sich auf den neuen Verband.»

Im April 2010 führte Doris Leuthard Nick Beglinger beim U.S.-Swiss Dialogue on Cleantech in Washington vor: Der Gründer des vier Monate alten Grüppchens mit einem Promille der Mitglieder von Economiesuisse hielt das Hauptreferat. Und im November 2010 liess die Umweltministerin die Missionare der «sauberen Technik» jubeln: «Während ihrer Medienkonferenz zum Cleantech-Masterplan des Bundesrates hält Bundespräsidentin Doris Leuthard die nur einen Monat früher veröffentlichte Cleantech-Strategie von Swisscleantech in die Kamera.» Wundersamerweise

deckten sich die Vorstellungen weitgehend, wie danach auch beim Klimagesetz, beim Atomausstieg oder bei der Zwangsbegründung der Wirtschaft.

Doris Leuthard spannte bei der Energiewende mit Nick Beglinger zusammen. «Trotz starkem Gegenwind schaffte es Swisscleantech, die Argumente der nachhaltigen Wirtschaft effektiv in den öffentlichen Diskurs einzubringen», schrieb das Lobbygrüppchen im Jahresbericht für 2011. Die Bundesrätin sorgte dabei für kräftigen Rückenwind: Ihre Argumente tönnten gleich wie jene von Nick Beglinger egal, ob sie in der «Arena» wie er für den Atomausstieg warb, mit ihm bei der CVP des Kantons Bern von den «Chancen für eine nachhaltige Schweiz» schwärmte oder für ihn als Rednerin am Swiss Equity Cleantech Day um Risikokapital warb. «Doris Leuthard: Banken sollen endlich Geld für Investitionen rausrücken», schrieb die SDA.

«Swisscleantech gewann erneut an politischem und medialem Gewicht», freute sich der Verband denn auch im Jahresbericht für 2012. «Ebenso wurden wir, als wichtiger Stakeholder, zur Mitwirkung in zahlreiche Arbeitsgruppen der Bundesämter und des Bundesrates eingeladen.» Diese Bedeutung zeigte das TV-Nachrichtenmagazin «10 vor 10», indem es Nick Beglinger am 8. Juni 2012, «unterwegs für eine grüne Wirtschaft», folgte: Der Lobby-

ist fährt vom Bundeshaus zum Swiss Economic Forum in Interlaken, redet dort vor der Kamera auf Doris Leuthard ein (sie sagt: «Momoll») und trifft sich danach mit Walter Steinmann (SP). Der Direktor des Bundesamtes für Energie preist ihn: «Er ist der, der die Wirtschaft vertritt.»

Doris Leuthard zog Nick Beglinger den wahren Vertretern der Wirtschaft vor. Nicht nur der Direktor des Bundesamtes für Energie dachte so;

Vertreter von Economiesuisse beklagen, sie fänden bei Leuthard kaum noch Gehör.

als Vertreter der einzig zukunftsfähigen Schweizer Wirtschaft feierten den Swisscleantech-Chef der Chor der Medien, die grosse Koalition der Profiteure im Bundeshaus, gerade auch die Umwelt- und Energieministerin, die mit einem Karrierehöhepunkt in der Privatwirtschaft liebäugelt.

Seit Doris Leuthard das Uvek führt, beklagen sich die Vertreter von Economiesuisse, sie fänden bei der Ex-Wirtschaftsministerin kaum noch Gehör, nicht erst seit der Energiewende, sondern schon zuvor beim Kampf um das Klimagesetz. Und sie verbreiten Gerüchte – als harmlosestes den Verdacht, Nick Beglinger infiltriere mit Swisscleantech das Departement

für Infrastruktur und das Bundesamt für Energie. Der Günstling der Bundesrätin dementiert: Er verkehre mit Doris Leuthard per Sie.

Profiteure der Energiewende

Doch die Gunsterweisung lässt sich nicht verleugnen. Nick Beglinger trat 2012 als offizieller Schweizer Delegierter an der «Rio+20»-Konferenz auf – dank einer Einladung von Doris Leuthard. Und er fuhr 2013 auch mit der offiziellen Schweizer Delegation an die Klimakonferenz in Warschau – im Gegensatz zu den Experten von Economiesuisse. Beim Uno-Gipfeltreffen in New York vom letzten Dienstag reichten als Entourage der Bundesrätin sechs Bundesbeamte, für die Klimakonferenz in Lima im Dezember steht gemäss Departement die Delegation noch nicht fest; Nick Beglinger dürfte aber wieder dazu zählen.

Zur Erinnerung: Der Dachverband Economiesuisse vertritt 100 000 Unternehmen mit zwei Millionen Beschäftigten – die Lobbygruppe Swisscleantech gut 300 Firmen und Organisationen, davon die Hälfte reine Interessenvertreter, also Profiteure der Energiewende. Ihr unangemessenes Gewicht in der Schweizer Politik verdankt sie vor allem einer Fürsprecherin: Doris Leuthard. Nicht die *Weltwoche* sollte also Fragen zu ihrer «engen Verbindung» mit Nick Beglinger beantworten, sondern die Ministerin. ○



Familienfilz in der Genossenschaft

Die Wohnbaugenossenschaften verlangen immer mehr staatliche Förderung. Doch wer entscheidet, wie der günstige Wohnraum verteilt wird? Ein Beispiel aus Zürich zeigt: Die Genossenschaften sind gegen Vetternwirtschaft nicht gefeit. *Von Christoph Landolt*

Die Nachfrage nach Wohnraum ist gross. Die Mieten in der Schweiz sind in den letzten zehn Jahren um 28 Prozent gestiegen, wobei das Wohnen in einzelnen Regionen gar noch teurer wurde. Viele wünschen sich deshalb eine Wohnung, die günstig – sprich: unter ihrem tatsächlichen Wert – vermietet wird. Günstige Wohnungen gelten mehr und mehr als Zaubermittel gegen allerlei Übel, etwa: die Verarmung des Mittelstands, Gentrifizierung in den einen, Gettobildung in den andern Quartieren, ja sogar den zunehmenden Individualismus und die Entsolidarisierung in der Gesellschaft.

Wo so hohe Werte auf dem Spiel stehen, sind Politiker nicht weit. Links-grüne Städte wie Zürich und Bern richten traditionell mit der grossen Kelle an, wenn es darum geht, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Doch die Forderung nach günstigen Wohnungen ist bis weit in die politische Mitte hinein populär geworden. Im Kanton Zürich wird am 28. September über eine Vorlage abgestimmt, die Gemeinden ermöglichen soll, Mindestquoten für preisgünstige (also direkt oder indirekt subventionierte) Wohnungen zu diktieren. Alle Parteien bis auf FDP und SVP stimmen zu.

Vor kurzem hat die CVP Schweiz unter dem Titel «Faires Wohnen für alle» einen 18-Punkte-Plan vorgestellt, der darauf hinausläuft, dass der Markt landesweit eingeschränkt wird: in Sachen öffentliches Bauland für Projekte von Genossenschaften, Bevorzugung von Genossenschaften bei der Höhe von Gebäuden. Zudem sollen SBB, Post und Armee Land vergünstigt abtreten, damit darauf gemeinnützige Wohnungen gebaut werden können. Die Wohnbaugenossenschaften sollen es also richten. Doch die Zuteilung durch angeblich nicht gewinnorientierte Funktionäre bringt neue Probleme mit sich, insbesondere das Risiko von Korruption und Vetternwirtschaft.

Vier Zimmer für 1200 bis 1400 Franken

Das Ehepaar Zurbrügg* wohnt in einer Genossenschaftssiedlung an privilegierter Hanglage in der Stadt Zürich. Nachdem die beiden Kinder aus der Familienwohnung ausgezogen waren, verkleinerten Philip Zurbrügg und seine Gattin den Haushalt nicht etwa auf angemessene drei Zimmer – sie zogen in eine frischrenovierte Vierzimmerwohnung im gleichen Haus, die gemäss einer Insiderin zwischen 1200 und 1400 Franken kostet.

In Zürich gibt es Tausende Familien, die weit gingen, um eine solche Wohnung zu ergattern.



Unter der Hand: Genossenschaftswohnungen.

Ihre Bewerbung hätte allerdings keine Chance, denn Philip Zurbrügg ist Präsident der Wohnbaugenossenschaft, in deren Besitz die Siedlung ist. Unter seiner Ägide wurde die Regelung abgeschafft, wonach eine Wohnung nur ein Zimmer mehr haben darf, als Bewohner drin leben. Das war Voraussetzung, damit die betagte Mutter von Philip Zurbrügg alleine eine Dreizimmerwohnung beziehen durfte.

Von Zurbrüggs Status profitiert nicht nur er, sondern auch Familie und Freunde. Einer befreundeten Gymnasiallehrerin vermittelte er vor einigen Jahren eine rund 1200 Franken günstige Dreizimmerwohnung in der Siedlung. Der ältere der beiden Söhne des Ehepaars Zurbrügg wohnte selbstverständlich auch in der Siedlung. Als dieser selbst eine Familie gründete, war in der väterlichen Genossenschaft zwar gerade keine Vierzimmerwohnung vorhanden – eine benachbarte Genossenschaft schuf aber Abhilfe. Gemäss einer Insiderin, die vertiefte Einblicke in die Vorgänge hinter den Kulissen hat, ist er als Mieter gesetzt, wenn eine grosse Familienwohnung frei wird. Die Genossenschaft hat einen Anmeldestopp bis 2017 verhängt – erst dann bekommen externe Bewerber wieder einen Platz auf der Warteliste.

Präsident Zurbrügg gebietet über die Genossenschaft offenbar wie über eine Familien-

pfründe. In den Gremien der Genossenschaft stellte sich ihm niemand entgegen, so die Insiderin. Das habe auch damit zu tun, dass die Kommissionsmitglieder selbst vom Klientelismus profitierten.

So hat ein anderes Kommissionsmitglied selbst versucht, einem volljährigen Kind die genossenschaftseigene Zweizimmerwohnung zuzuschancen, die frei wurde, weil der ältere Sohn des Ehepaars Zurbrügg auszog. Der Plan, so die Insiderin, sei nicht aufgegangen, weil Präsident Zurbrügg interveniert habe – allerdings nicht, weil er die Vetternwirtschaft unterbinden wollte, sondern weil sein zweiter Sohn auch noch eine Bleibe suchte und den Vorzug bekam. Die Genossenschaftswohnung als Erbstück.

Vom Staat protegert und subventioniert

Die Genossenschaften betonen immer wieder ihren Rechtsstatus als private Organisationen, die tun und lassen dürfen, was sie wollen. So wie ein privater Hauseigentümer einquartieren dürfe, wen er wolle, dürften auch sie bei sich aufnehmen, wen sie möchten. Das ist juristisch zwar korrekt, greift aber zu kurz, denn die Wohnbaugenossenschaften werden vom Staat protegert und subventioniert. Wie viele öffentliche Mittel in die Genossenschaften fliessen, weiss niemand genau, denn die Subventionen kommen gut getarnt als günstiges Darlehen oder als billiges Baurecht daher. Doch die Tendenz ist eindeutig: Genossenschaften sind immer seltener die Selbsthilfeorganisationen, als die sie sich ausgeben. Sie werden zu einem Vehikel der Wohnbaupolitik.

Wenn mit dem Geld der Allgemeinheit einzelne Glückliche (oder eben: Gutvernetzte) bevorzugt werden, tut eine strenge Kontrolle not. Gemäss dem Zürcher Finanzvorsteher Daniel Leupi (Grüne) achtet die Stadt in letzter Zeit bei der Vergabe von städtischen Baurechten vermehrt auch darauf, dass Belegungs- und Einkommensvorschriften eingehalten werden. Eine Kontrolle aber gibt es nicht. Freisinnige Vorstösse, um Transparenz in die Genossenschaften zu bringen, scheiterten im Stadtparlament am Widerstand von Rot-Grün. Doch die Weigerung hinzuschauen löst das Problem nicht. Wird ein knappes Gut unter dem Marktpreis verteilt, sind Klientelismus und Korruption die logische Folge. Die Prognose sei gewagt: Es wird in Zukunft mehr solche Fälle geben.

* Name geändert



VIP-Gala-Vorstellung

«Brilliant Conelli» – Manege frei!

Erleben Sie die Gala-Vorstellung des Circus Conelli als Ehrengast – und lassen Sie sich mit einem 4-Gang-Menü und einem vorgängigen Manegen-Apéro verwöhnen.

In Zürich gibt immer wieder die neuste Festbeleuchtung an der Bahnhofstrasse zu reden. Doch etwas bleibt seit über zwanzig Jahren gleich romantisch: das funkelnde Conelli-Zelt auf dem Bauschänzli beim Stadthausquai. Der erste Weihnachtzirkus der Schweiz gehört während der Adventszeit fest zum Stadtbild. 2004 wurde er mit einem «Ehren-Prix Walo» ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung im Schweizer Unterhaltungsgeschäft; 2007 kam der «Züri-Leu in Gold» der Stadt Zürich dazu.

Als Weltwoche-Abonnenten haben Sie am 8. Dezember Gelegenheit, als Ehrengast die Gala-Vorstellung «Brilliant Conelli» mit exquisitem 4-Gang-Menü und vorgängigem Manegen-Apéro zu erleben. Es erwartet Sie ein funkelndes Show-Feuerwerk an Top-Akrobatik, extravaganten Kostümen, verträumter Poesie und musikalischen Leckerbissen, live

begleitet von der traditionellen Big Band mit Kapellmeister Alex Maliszewski. Bei Conelli wird aber auch gelacht: Seien Sie gespannt auf die tollpatschigen Hausclowns Gaston & Roli und weitere Comedy-Acts.



Platin-Club-Spezialangebot

Montag, 8. Dezember 2014:
Gala-Abend «Brilliant Conelli» 2014
mit exquisitem 4-Gang-Menü.
VIP-Manegen-Apéro um 17.30 Uhr

Leistungen:

- Apéro mit Perrier-Jouët-Champagner
- Köstlicher Fingerfood aus dem Hause Hiltl
- Gala-Vorstellung mit 4-Gang-Menü
- Gästegarderobe und Programmheft

Bedingungen:

Dieses Angebot gilt nur für Weltwoche-Abonnenten. Bitte Kundennummer angeben.

Kosten:

Fr. 239.– pro Person, exkl. Getränke

Reservation:

Tel. 079 407 45 65 oder office@circus-conelli.ch

Veranstalter:

Circus Conelli, Conny-Land AG
8564 Lipperswil, www.circus-conelli.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Die neue Weltunordnung

Es mottet und brennt. An den Rändern Europas lodern die Konflikte. Noch nie seit dem Ende des Kalten Kriegs war die Stimmung so geladen. Bis jetzt fehlt dem Westen die Klarheit, wie er der neuen Situation begegnen soll. *Von Michael Ignatieff*

Als am 17. Juli 298 Flugzeuginsassen tot vom Himmel fielen und dann weit verstreut auf ostukrainischen Feldern lagen, unbestattet und beklagenswert, schien dem Schweigen Klarheit zu folgen. Man erinnerte sich an das Gedicht «Soonest Mended» des einflussreichen amerikanischen Autors John Ashbery, in dem es heisst:

«... War es doch ein Schock, als dir fast ein Vierteljahrhundert später / Die Klarheit der Regeln erstmals bewusst wurde. / Sie waren die Spieler, und wir, die wir uns abgemüht hatten, / Waren bloss Zuschauer...»

Heute geht es nicht mehr darum, ob Präsident Putin diejenigen, die das Flugzeug abgeschossen haben, direkt dazu ermuntert oder ihnen Waffen geliefert und damit die Situation rücksichtslos verschärft hat. Mit seiner bekräftigten Unterstützung der Separatisten hat er seine Entscheidung getroffen, und nun muss der Westen Position beziehen. Es ist nicht mehr wichtig, ob der Westen durch die aggressive Nato-Erweiterung zu diesem neuen Russland beigetragen hat. Jetzt kommt es auf eine eindeu-

Der «autoritäre Kapitalismus» ist der grösste Konkurrent der liberalen Demokratie geworden.

tige Haltung an, damit klar wird, wo die politische Verantwortung liegt, damit Handeln nicht folgenlos bleibt, damit den exponierten Verbündeten an den russischen Grenzen glaubwürdige Sicherheitsgarantien gegeben werden können. Es kommt darauf an, dass wir illusionslos, aber auch ohne Panik verstehen, in welche Welt wir durch die Annexion der Krim und den Abschuss der Maschine MH17 geraten sind.

Der IS ist etwas nie Dagewesenes

Der Horror in der Ukraine ist nicht der einzige Schock, der eine klare Haltung von uns erfordert. Mit der Errichtung eines terroristischen Kalifats beiderseits der syrisch-irakischen Grenze nähert sich die Auflösung der staatlichen Ordnung, die im Sykes-Picot-Abkommen von 1916 geschaffen wurde, ihrem blutigen Endpunkt. Der sogenannte Islamische Staat (IS) ist etwas Neues, nie Dagewesenes: terroristische Extremisten, die über Panzer, Ölfelder und eigenes Territorium verfügen und mit ihren Gräueltaten ausserordentlich wirkungsvoll Propaganda betreiben. In Ostasien belauern sich amerikanische, japanische und chinesische

Kriegsschiffe. China sucht in umstrittenen Gewässern nach Öl, rüde Beschuldigungen gehen zwischen den Hauptstädten hin und her.

Wir spüren, dass all diese Konflikte miteinander zu tun haben, aber es wäre allzu einfach, dieses Tohuwabohu der hilflosen Politik Präsident Obamas zuzuschreiben. Das hiesse ja, dass eine klügere Politik die tektonischen Platten einer Weltordnung, deren eruptive Verwerfungen von

Gewalt und Hass verursacht werden, hätte zusammenhalten können. Nach dem Abschuss der Maschine MH17 und dem Aufstieg des Kalifats müssen wir erneut darüber nachdenken, was dies zusammengehalten hat. Solange die Hoffnungen des arabischen Frühlings noch nicht zerstört waren, glaubten die gemässigten, globalisierten Mittelschichten dieser Region, die Kräfte religiöser Wut an den Rand drängen zu können.



Macht und Märkte: Präsidenten Putin, Xi Jinping im Mai in Schanghai.

Angesichts von Internet, globalem Flugverkehr, Gucci in Schanghai und BMW in Moskau müssen wir geglaubt haben, dass die Welt zusammenwächst. Wir erlagen der Illusion, wie schon die Generation von 1914, dass die Ökonomie mächtiger sei als die Politik und dass die Globalisierung die Rivalitäten der Grossmächte eindämmen werde.

Doch es zeigte sich, dass der Kapitalismus politisch bindungslos ist. Statt sich zur Freiheit zu bekennen, ging er genauso bereitwillig mit dem Autoritarismus ins Bett. Tatsächlich verschärfte die wirtschaftliche Integration den Konflikt zwischen offenen und geschlossenen Gesellschaften.

Von der polnischen Grenze bis zum Pazifik, vom Polarkreis bis zur afghanischen Grenze hat sich ein neuer politischer Konkurrent heraus-

gebildet – autoritär in seiner politischen Form, kapitalistisch in seiner Wirtschaftsorganisation und nationalistisch in seiner Ideologie.

Dieser «autoritäre Kapitalismus» ist dank Globalisierung der grösste Konkurrent der liberalen Demokratie geworden. Ohne Zugang zu den globalen Märkten hätten Russland und China ihre kommunistische Planwirtschaft nicht über Bord werfen und gleichzeitig an ihrer kommunistischen Politik festhalten können.

Beide Länder sind offen für den Konkurrenzdruck globaler Preissysteme, aber die Frage, wie die Profite verteilt werden – wer reich wird und wer arm bleibt –, wird noch immer weitgehend durch einen Staatsapparat bestimmt, der in den Händen des Präsidenten und seiner Freunde liegt.

Russland und China sind «extraktive» Oligarchien, in denen – bis auf eine Handvoll Insider – praktisch alle von den Früchten ökonomischer und politischer Macht ausgeschlossen werden. In beiden Gesellschaften existieren der Rechtsstaat und eine unabhängige Justiz nur auf dem Papier. Oligarchen und Dissidenten wissen, dass sie mit Hilfe der Justiz fertig-

Der Präzedenzfall Kosovo lieferte Putin die Rechtfertigung für die Annexion der Krim.

gemacht werden, sollten sie auf die Idee kommen, politischen Widerstand gegen das Regime zu organisieren. Russland und China haben eine Wahrheit erkannt, die sie künftig noch enger aneinanderbinden wird: Sie haben gelernt, dass ihre Oligarchien nur dank kapitalistischer Marktwirtschaft die politische Macht aufrechterhalten können.

Nur noch Freunde

Je mehr private Freiheit die Bürger geniessen, desto geringer ist das Risiko, dass sie politische Freiheit verlangen. Mit der Gewährung privater Freiheiten – Kaufen und Verkaufen, Erben, Reisen, Murren im Privaten – lässt sich Unzufriedenheit eindämmen. Diese private Freiheit ermöglicht ausserdem ein Wachstum, das in einem System zentralistischer Planwirtschaft nicht möglich wäre.

Und nun, nach dem Abschuss der Maschine MH17 und der Annexion der Krim, muss sich die «autoritäre Internationale» entscheiden, ob sie mit dem Westen kooperieren oder ob sie die Globalisierung gefährden will.

In der neuen Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens will kein Staat Hard- oder Software von der anderen Seite kaufen, um seine Verteidigungs- und Nachrichtensysteme nicht zu gefährden. In diesem Streben nach Sicherheit wollen Verbündete nur noch mit Freunden Handel treiben. Die Amerikaner und Europäer werden ihr Freihandelsabkommen möglichst schnell unter Dach und Fach bringen wollen, um ihre Abhängigkeit von den neuen autoritären Staaten zu reduzieren. Putin und Xi Jinping haben unlängst einen Energie- und Infrastrukturvertrag unterzeichnet, der eine dreissigjährige strategische Allianz besiegelt.

Andererseits will niemand zum Kalten Krieg zurückkehren, zumal die Russen und die Chinesen, die die Weltwirtschaft für ihr Wirtschaftswachstum brauchen und nur so die innenpolitischen Konflikte eindämmen können.

Ihre alten Grenzstreitigkeiten liegen seit 2005 auf Eis, und Russland, das den Fernen Osten so lange vernachlässigt hat, akzeptiert heute de facto die chinesische Hegemonie im pazifischen Raum. Stabilität gewinnt dieses autoritäre Bündnis dadurch, dass Peking den



überlegenen Partner gibt, während Moskau die entsprechende Ideologie beisteuert.

Was Putin in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringt, sind Ressentiments gegenüber dem «liberalen Leviathan», den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten, von denen er sich umzingelt wähnt. China ist ihm darin ein verständnisvoller Partner. Während die Krim-Krise und der Abschuss der Maschine MH17 aus westlicher Sicht der Moment waren, in dem die seit 1989 bestehende internationale Ordnung zerbrach, kam es aus russischer und chinesischer Sicht schon fünfzehn Jahre früher zu diesem Bruch, als Nato-Kampffjets Belgrad bombardierten und dabei die chinesische Botschaft trafen.

Das schmiedete Chinesen und Russen auf der internationalen Bühne zusammen. Der Präzedenzfall Kosovo – einseitige Sezession, ohne Uno-Billigung, von einer Grossmacht inszeniert – lieferte Putin die Rechtfertigung für die Annexion der Krim, die in Peking auf vorsichtige Zustimmung stiess.

Russland und China werden ihre Macht im Sicherheitsrat gewiss dazu nutzen, den syrischen Diktator weiterhin zu verteidigen und multilaterale humanitäre Interventionen zu verhindern, wo immer ihre Interessen direkt betroffen sind.

Beide Staaten sind strategische Nutzniesser misslungener amerikanischer Operationen im Nahen Osten, und wenn wir noch mehr Gewalt und Chaos in der Region vorhersagen können, dann deswegen, weil es beiden nützt, als Spiel-

Putin scheint erkannt zu haben, wo seine Grenzen liegen.

verderber präsent zu bleiben, für den Zerfall der staatlichen Ordnung von Tripolis bis Bagdad jedoch Amerika verantwortlich zu machen.

Die zentrale Frage ist nun, ob die neuen autoritären Regime stabil sind und ob sie Expansionsgelüste haben. Autoritäre Oligarchien können rasch Entscheidungen treffen, während Demokratien mit juristischen Hindernissen, der Kritik einer freien Presse und der Öffentlichkeit zu kämpfen haben. Autoritäre Staaten können auch sehr schnell nationalistische Gefühle in aussenpolitische Unternehmungen lenken.

Geschickt gelöster Widerspruch

Sie sind aber zugleich in einer schwierigen Lage. Sie müssen alles kontrollieren, sonst werden sie bald nichts mehr zu kontrollieren haben. Der kapitalistische Autoritarismus muss den Menschen ein gewisses Mass an privater Freiheit zugestehen. Mit einer wachsenden Mittelschicht werden zunehmend auch Forderungen nach politischer Mitsprache laut, die das System durchaus gefährden können. Die neuen autoritären Staaten sind



In welche Welt sind wir geraten? Trümmer der über der Ukraine abgeschossenen MH17, Juli 2014.

stabil, und die Annahme, sie würden unter dem Gewicht des Widerspruchs zwischen privater Freiheit und diktatorischem Staatsapparat zerbrechen, ist allzu bequem. Bislang ist dieser Widerspruch so geschickt gelöst worden, dass die Herrscher die Macht haben und das Volk Wohlstand geniesst.

Die globalen Ambitionen der Chinesen werden dadurch eingeschränkt, dass im Innern unablässig für Ruhe und Ordnung gesorgt werden muss. Abermillionen armer Bauern müssen in eine moderne Volkswirtschaft integriert werden. Bis sich das Pro-Kopf-Einkommen einem westlichen Niveau nähert, werden noch Jahrzehnte vergehen.

Auch Putin weiss, wie arm die ländliche Bevölkerung nach fünfzehn Jahren seiner Herrschaft noch immer ist. Im Ergebnis bedeutet das, dass weder China noch Russland aus der globalisierten Welt aussteigen und mehr anstreben können als eine Hegemonie in ihren jeweiligen Regionen.

Es stellt sich jedoch die Frage, was diese beiden Mächte als ihre Region, als ihre exklusive Einflussphäre, ansehen. Vor allem Putins Vorgehen legt nahe, sich dringend mit diesem Thema zu beschäftigen. Als ehemaliger KGB-

Agent in Dresden, dessen dunkelster Moment das Verbrennen sowjetischer Dokumente im Garten der KGB-Villa im November 1989 war, dürfte er nostalgisch an die Zeiten zurückdenken, als die Sowjetunion ihren in- und ausländischen Feinden Angst machen konnte. Putin ist in seinem Element, wenn er einschüchtern kann, aber jeder wahre Meister in der Kunst der Einschüchterung weiss, wie weit er gehen darf. Putin scheint erkannt zu haben, wo seine Grenzen liegen.

Seine strategischen Ziele mögen den traditionellen russischen Vorstellungen entsprechen, aber genau das erfüllt die Ukrainer mit Sorge. Vor dem Abschuss der Maschine MH17, bevor er die Separatisten im Osten der Ukraine verstärkt unterstützte, konnte man annehmen, dass er begrenzte strategische Ziele verfolgte und die Ukraine destabilisieren wollte, ohne sich die vielen Probleme des Landes zu eigen machen zu müssen. Und man konnte annehmen, dass es ihm recht gewesen wäre, wenn die Bürde, die katastrophale ukrainische Wirtschaft wieder flottzumachen, der EU zugefallen wäre.

Nach dem Abschuss der Maschine MH17 und nachdem ukrainische Truppen Donezk eingekesselt und die Aufständischen von ihren russischen Nachschubwegen abgeschnitten haben, ist eine Prognose über Putins Politik sehr viel schwieriger geworden. Er hat sich selbst in eine Situation hineinmanövriert, in der man annehmen könnte, dass es vernünftiger wäre, Frieden zu suchen, aber in Sachen Ukraine agiert Putin eben nicht rational.

Provokateure gibt es keineswegs nur auf russischer Seite. Einige ukrainische Nationalisten taten nichts lieber, als den russischen Bären zu provozieren. Es braucht inzwischen



nur einen Funken, dann steht die Ukraine in Flammen, und diesmal würden russische Streitkräfte offen einmarschieren, um ethnische Russen zu «schützen» und im Osten des Landes einen Rumpfstaat an der russischen Grenze zu errichten.

«Mehr Europa»

Eine kluge westliche Politik muss dafür sorgen, dass dieses Pulverfass nicht explodiert, indem man der Ukraine hilft, die Sezession so rasch wie möglich niederzuschlagen. Dann ist Versöhnung möglich, und der Westen kann seinen Einfluss geltend machen, damit die ukrainischen Extremisten gezähmt werden, die unbedingt einen karthagischen Frieden haben wollen.

Mit Hilfe westlicher Verfassungsrechtler sollte die Ukraine ein Dezentralisierungsmodell entwickeln und der russischsprachigen Bevölkerung uneingeschränkte politische Mitsprache garantieren. Europa sollte der Ukraine langfristig einen Zeitplan für einen EU-Beitritt anbieten. Internationale Finanzorganisationen sollten Kredite unter der Bedingung bereitstellen, dass die korrupte politische Elite ihr Haus in Ordnung bringt.

Als die Ukraine 1994 ihre Atomwaffen aufgab, waren Amerika und Grossbritannien nicht bereit, Sicherheitsgarantien zu leisten. Angesichts der bedrohten Souveränität der Ukraine wird die Nato diese Garantien nunmehr geben müssen. Eine Finnlandisierung (sprich Neutralität) der Ukraine ist keine praktikable Option, solange die Annexion der Krim fort dauert und das Risiko der Errichtung einer weiteren russischen Enklave in der Ostukraine besteht.

Es wird schwierig sein, der besorgten, aber zutiefst kriegsmüden europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit das alles schmackhaft zu machen. Die Ukraine in die EU aufzunehmen und durch die Nato zu beschützen – mit anderen Worten «mehr Europa» –, ist eine enorme Herausforderung in einer Zeit, in der viele Europäer weniger Europa wollen.

Doch ein unwilliges Europa, vor dessen Haustür Nationen wie die Ukraine aufgerieben werden, ist ein Rezept für Bürgerkrieg und russische Expansion. Vor dem Abschuss der MH17 war es schwer, die Europäer davon zu überzeugen, seitdem ist es leichter geworden.

Es müssen Sanktionen gegen Russland verhängt werden, ohne dass Moskau dadurch in die Arme der Chinesen getrieben wird. Den Dialog mit beiden autoritären Staaten weiterhin zu führen und das eine Regime den Preis für MH17 und die Krim bezahlen zu lassen, verlangt Klugheit und Augenmass.

Es geht nicht nur darum, autoritären Wettbewerbern ausgewogene Signale zu senden. Bei dem Zuschnitt der Sanktionen steht die Zukunft der Globalisierung auf dem Spiel – ob sich die Weltwirtschaft zu einer grösseren

Offenheit entwickelt oder wieder zurückkehrt zu mehr Abschottung.

Ein solcher Rückschritt muss unbedingt vermieden werden, besonders in einem Klima von aufgepeitschten Emotionen und Beschuldigungen. Eine offene Weltwirtschaft, in der Kapitalmärkte nicht politisiert sind und freie Völker mit unfreien interagieren, ist im Grossen und Ganzen gut für alle, selbst wenn das bedeutet, dass autoritäre Regime ihre «extraktive» Herrschaft auf diese Weise absichern können.

Bei dem Zuschnitt der Sanktionen steht die Zukunft der Globalisierung auf dem Spiel.

Die einzige globale Ordnung, die den Frieden bewahren kann, ist eine pluralistische, die akzeptiert, dass es offene und geschlossene, freie und autoritäre Gesellschaften gibt. Pluralistisch ist eine Ordnung, in der wir es mit Politikern zu tun haben, die wir kaum ertragen, und mit Gesellschaften, deren Prinzipien wir aus gutem Grund verachten.

Wetten auf Amerikas Niedergang

Die Macht der USA ist im Grossen und Ganzen glaubwürdig, wenn sie mit Augenmass und Bedacht eingesetzt wird. Das eigentliche Problem sind die dysfunktionalen Verhältnisse in Amerika – das Patt zwischen Kongress und Regierung, die realitätsferne Polarisierung der politischen Debatte, die Macht des Geldes in der Politik und die wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung.

Wenn Wladimir Putin und Xi Jinping – oder der IS – auf einen Niedergang Amerikas wetten, machen sie sich etwas vor. Allerdings hat Richard Haass, der Präsident des Council on Foreign Relations, zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Aussenpolitik, die imstande wäre, Antworten auf den neuen Autoritarismus und den neuen Extremismus zu geben, zunächst einmal im eigenen Land mit ernsthaftem *nation building* beginnen müsste.

Nach dem Abschuss der MH17 und Krim-Annexion, Islamischem Staat und den wachsenden Spannungen im Chinesischen Meer brauchen wir keine neuen kriegerischen Abenteuer, geschweige denn leere Worte. Wir brauchen ein Europa und ein Amerika, wo die Menschen wieder an ihre Institutionen und deren Reformfähigkeit glauben und aufs Neue beweisen, dass sie stärker sind als ihre autoritären und extremistischen Gegner.

Michael Ignatieff, 67, zählt zu den einflussreichsten Denkern Kanadas. Er ist Historiker, Autor und Politiker. Von 2008 bis 2011 war er Vorsitzender der Liberalen Partei. Vor seinem Einstieg in die Politik lehrte er an den Universitäten Cambridge, Oxford, Harvard und Toronto.

© Copyright: *The New York Review of Books*
Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Clever sparen!

Jetzt nur 450.–/Monat

Wir könnten unsere Preise auch auf 650.–/Monat erhöhen. Wollen wir aber nicht!

220'000
Impressions pro Monat



Das marktführende Stellenportal für IT-Spezialisten

200'000
Impressions pro Monat



Das Stellenportal für Medical-Stellen

180'000
Impressions pro Monat



Das Schweizer Stellenportal für Handwerker

300'000
Impressions pro Monat



Das Schweizer All-Branchen Portal



Testen Sie uns:
info@stellen-anzeiger.ch

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80



«Schlimmer als unter Achmadinedschad»: Grab des Hafis in Schiras.

Zwischen Himmel und Hölle

Die westlichen Sanktionen haben Irans Wirtschaft verkrüppelt, doch in die Knie gezwungen haben sie die stolze Nation nicht. Viele Iraner suchen Trost bei Dichterpriester Hafis. Wirtschaftsberater Rocky Ansari prophezeit eine goldene Zukunft. *Von Urs Gehrig*

Ich habe eine gute und eine schlechte Nachricht aus dem Iran. Die gute Nachricht (aus westlicher Sicht) lautet: Die Sanktionen haben der Islamischen Republik bis ins Mark zugesetzt. Eine Kostprobe davon habe ich bereits vor meiner Abreise erhalten, als eine Transaktion des Arbeitgebers auf mein Schweizer Konto mit dem Vermerk «Spesenvorschuss Dienstreise Iran» von der Bank blockiert wurde. Ein kleines Ärgernis, das in keinem Verhältnis zum Alltag der Iraner steht.

Letztes Jahr schrumpfte die iranische Wirtschaft um fünf Prozent. Irans Währung ist dramatisch eingebrochen. Sein Ölhandel liegt im Keller. Hundert Milliarden Dollar, Erlöse aus dem Ölverkauf, sind auf Konten im Ausland eingefroren. Viele iranische Unternehmen sind bankrott. Die Arbeitslosenrate liegt bei



zwanzig Prozent. Der Iran – stolze Kultur, an Schätzen reich – wurde durch die Sanktionen zum Krüppel geschlagen.

Die schlechte Nachricht: Selbst dieses drakonische Strafregime hat den Iran nicht in die Knie gezwungen.

Zweck von Sanktionen ist es, dem politischen Widersacher einen Kurswechsel zu diktieren. Im Fall des Irans lautet das offizielle Ziel: verhindern, dass das Land eine Atombombe baut.

Gute Karten im Atompoker

Zwar hat der Sanktionsdruck den Kurs Teherans aufgeweicht. Letzten November erklärte sich der neue Präsident Hassan Rohani im Genfer Interimsabkommen bereit, Teile des nationalen Atomprogramms vorübergehend

einzufrühen. Die Anreicherung von Uran wurde bei fünf Prozent gedeckelt. Dennoch hat der Iran im Atompoker die bessere Hand.

Blicken wir den Iranern nüchtern in die Karten: Verfügte das Land 2006 über 1000 Zentrifugen, besitzt es heute rund deren 19 000. Die Urananreicherung, die der Westen dem Iran einst komplett untersagen wollte, hat Teheran sukzessive vorangetrieben. Bis auf zwanzig Prozent erhöhte es die Uranaufbereitung, von wo es nur noch ein kleiner Schritt ist hin zur Produktion von waffenfähigem Material. Ausserdem steigerte der Iran Zahl, Reichweite und Technik seines Arsenal an Trägerraketen. Kurz: Die Sanktionen haben das iranische Atomprogramm nicht geschwächt. Im Gegenteil. Das Land hat die Fähigkeiten zielstrebig vergrößert, die ihm dereinst ermöglichen könnten, eine Atombombe zu bauen.

Ich habe noch eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht (aus Sicht der iranischen Regierung) lautet: Präsident Hassan Rohani macht einen bemerkenswerten Job. Er hat die Inflation innert eines Jahres von 40 auf 22 Prozent halbiert. Unermüdlich kämpft er für die Aufhebung der Sanktionen. Die Geschäftswelt im In- und Ausland wittert Morgenluft.

Die schlechte Nachricht: Die Menschen draussen im Land spüren kaum etwas davon.

«Bestes Kabinett seit der Revolution»

Neulich war ich am Grab des Hafis in Schiras, 700 Kilometer südlich von Teheran. Gemäss einer alten Tradition suchen Verliebte die Gedenkstätte des persischen Meisterpoeten auf, um sich, Hand in Hand über der speckigen Grabplatte liegend, ewige Treue zu schwören. Heute wiegen sich die üppigen Rosen um das Mahnmal einsam im Wind. Junge Leute können sich die Reise zum Dichturfürsten nicht mehr leisten. Die Wohnungspreise haben sich vervielfacht. Die Nachwuchsrate ist seit der Islamischen Revolution von 3,6 auf 1,8 Kinder pro Paar geschrumpft.

Die Provinz Schiras wurde von den Sanktionen besonders hart getroffen. Die Schirasi, bekannt für ihre joviale Gelassenheit, wirken aufgekratzt. Beim Rundgang durch den Basar wird lamentiert. «Noch schlimmer als unter Achmadinedschad» laufe das Geschäft. Die meisten sind sich einig, dass das Regime in Teheran die Wurzel des Übels sei. Uneins sind sie sich einzig darin, wie jenem beizukommen sei. Während sich ein paar den Sturz mit Hilfe ausländischer Gewalt wünschen, meint die Mehrheit, die Iraner sollten es selber richten, auch wenn dies noch Jahre in Anspruch nehmen könnte.

Im Wechselbad der Gefühle zwischen dem Himmel zaghafter Hoffnung und der Hölle der Sanktionen sucht mancher Trost bei Hafis' bittersüßem Vers: «Glück auf! – dir, der gedul-

dig trug, die man ihm schlug, die Wunden.» Etwas profaner, aber mit Daten und Tabellen untermauert, beschwört der pfiffige Landsmann Rocky Ansari den Aufbruch. Niemand ventiliert Hoffnung eloquenter als Dr. Rocky. In seinem Büro hoch über den Dächern Teherans berät Ansari internationale Firmen wie die Lufthansa und auch viele Schweizer Unternehmen. Seine hochgeschossene Eleganz und sein distinguiert englischer Akzent heben sich wohltuend ab von den dicklippigen Klerikern mit ihren anklagenden Brillengläsern und tumben Durchhalteparolen.

Europäische Firmen würden eifrig im Land sondieren, um sofort zur Stelle zu sein, wenn die Sanktionen dereinst fallen, sagt Ansari. Er ist voller Zuversicht, dass Präsident Rohani der Befreiungsschlag für den Iran gelingt. Er nennt drei Gründe dafür.

1—Rohanis Aktionsplan: Noch bevor er sein Amt antrat, habe Rohani die Weichen gestellt. Er habe grosse Mengen an landwirtschaftlichen und pharmazeutischen Produkten importieren lassen, um die dringendsten Nöte der Gesellschaft zu lindern. Seit Rohanis Intervention hat sich die Währung stabilisiert. «Die jüngsten Zahlen der Zentralbank zeigen, dass wir die Talsohle durchschritten haben», sagt Ansari.

2—Rohanis Team: Gemäss Erhebungen iranischer Experten war die Misere in der Schlussphase von Achmadinedschads Präsidentschaft lediglich zu dreissig Prozent auf die Sanktionen zurückzuführen. Siebzig Prozent der Krise seien hausgemacht gewesen, durch eigenes Missmanagement und Unfähigkeit. Rohani hat reagiert, indem er eine Mannschaft ausgewiesener Experten zusammenstellte. «Wir haben heute das beste Kabinett seit der Revolution», so Ansari. Westliche Diplomaten in Teheran teilen diese Meinung.

3—Rohanis Netzwerk: Der 65-jährige Rechtsgelehrte mit dem religiösen Titel Hodschatoleslam und einem Uni-Abschluss aus dem schottischen Glasgow wird gerne mit dem Reformier-Präsidenten Chatami (1997–2005) verglichen. Ansari relativiert. Anders als «Philosophenkönig» Chatami verfüge Rohani über eine breite Erfahrung. Er war stellvertretender Heerführer während des Kriegs gegen den Irak, sass im Parlament, und auch mit dem Klerus ist er bestens vernetzt. Im Gegensatz zum Schöngest Chatami, der oft die rote Linie überschritten habe, sei Rohani ein Mann des Konsenses. «Er ist ein pragmatischer Realist, der weiss, wie man Unterstützung aus allen Lagern beschafft.»

Ansari und weite Teile der iranischen Geschäftswelt sind zuversichtlich, dass Rohanis Team bis am 24. November – der Deadline für die Nuklearverhandlungen – ein Abkommen unterzeichnen wird, das den Atomkonflikt dauerhaft beilegt. Zur Not, so liess Rohani verlauten, werde er sich persönlich in den Endspurt der Verhandlungen einschalten.

Und wenn die Apostel der guten Hoffnung letztlich falschliegen? Wenn die Verhandlungen scheitern und die Sanktionen wie ein Sargdeckel auf das Volk drücken? Werden sich die Heerscharen der Embargo-Geplagten dann vielleicht doch erheben, eine neue Revolution anzetteln, um die Mullahkratie zu stürzen?

Genau dies, nicht bloss die Eindämmung des Atomprogramms, ist das langjährige Ziel einiger Hardliner im westlichen Sanktionsbündnis. Ob ihr Wunschscenario angesichts der epochalen Umbrüche im Mittleren Osten heute eine gute Nachricht wäre, ist allerdings eine andere Frage.

Nächste Ausgabe: Sucht, Ablenkung, Körperkult – eine psychologische Tiefenforschung unter Irans schweigender Mehrheit.



Erfolgreich in die Zukunft

Florastrasse 44 | CH-8008 Zürich

T +41 (0)44 420 11 11

info@businessbroker.ch

Grosshändler von medizintechnischen Prod.	Druckerei im Bereich Prägetechnik	Handelsfirma im Bereich Nahrungsmittel
Umsatz: EUR 600'000.– Umsatzwachstum von 35%	Umsatz: CHF 1'230'000.– Preis: CHF 1'300'000.–	Umsatz: CHF 3'500'000.– Preis: CHF 2'500'000.–
Gebäudereinigungsfirma in Baden/Zürich	Attraktives Sanitärunternehmen	Profitable Werbe- und Produktionsagentur
Warenlager: CHF 1'000'000.– Preis: CHF 1'300'000.–	Umsatz: CHF 5'643'000.– Preis: CHF 850'000.–	Umsatz: CHF 1'400'000.– Preis: CHF 900'000.–
Kinderkrippe mit grossem Einzugsgebiet	Blumengeschäft an bester Lage	Firma Bereich Industrie-Engineering
Umsatz: CHF 340'000.– Preis: CHF 170'000.–	Umsatz: CHF 1'200'000.– Preis: CHF 650'000.–	Umsatz: EUR 2'240'000.– Preis: EUR 1'400'000.–
Regional etablierte Druckerei	Produzent v. Patientenumlagerungssysteme	Rentable Handelsfirma mit Elektroprodukten
Umsatz: CHF 188'000.– Preis: CHF 90'000.–	Umsatz: CHF 150'000.– Preis: CHF 350'000.–	Umsatz: CHF 1'500'000.– Preis: CHF 950'000.–

www.businessbroker.ch

Liebste Julia



Dein Romeo

Loblied auf al-Qaida

Mit einem Dokumentarfilm verherrlicht der Islamische Zentralrat Schweiz den Dschihad in Syrien. Im arabischen Begleitgesang wird für al-Qaida geschwärmt.

Von Kurt Pelda

Der Islamische Zentralrat Schweiz (IZRS), das radikale Konvertiten-Organ, verurteilt jede Form von Gewalt und Terrorismus – offiziell. So schreibt Qasim Illi, Sprecher des Islamrats auf Twitter von einem verstörenden Video, das die Folter von gefangenen Kämpfern der Terrorbewegung Islamischer Staat (IS) durch «die vom Westen unterstützte irakische Armee» zeige. Tatsächlich ist das Video abstoßend. Zu sehen ist wie ein gepanzertes Humvee-Fahrzeug einen Menschen über eine Strasse schleift. Doch leider spricht Illi nie im selben Ton von den perversen Grausamkeiten der IS-Dschihadisten oder anderer Terroristen, im Gegenteil. Als der IS dem amerikanischen Journalisten James Foley kürzlich den Kopf absäbeln liess, schien Illi schon fast zu frohlocken: «Jetzt rollen wieder amerikanische Köpfe im Irak», zwitscherte der Islamrat-Propagandist und USA-Hasser.

Religiöser Kitsch

Offiziell will der Islamrat nichts mit Terrororganisationen wie dem IS oder der Nusra-Front (Unterstützungsfrent), der syrischen al-Qaida, zu tun haben. Inoffiziell und zwischen den Zeilen sieht es aber ganz anders aus. Seit längerem flirtet der Islamrat und vor allem dessen 23-jähriger Generalsekretär Naim Cherni mit der radikalen syrischen Rebellenbewegung Ahrar asch-Scham. Diese ist heute zwar eine Gegnerin des IS, doch unterscheiden sich die Ideologien nur um Nuancen. Zudem unterhält Ahrar asch-Scham Kontakte zu al-Qaida. Letztes Jahr, als der etwas unbedarfte Cherni schon einmal nach Syrien reiste, liess er sich auf einer von Rebellen eroberten Luftwaffenbasis in Kampfjahren und vor einer Fahne von Ahrar asch-Scham ablichten.

Vor kurzem fuhr Cherni wieder nach Syrien, doch ging er zumindest mit Bildern diesmal vorsichtiger um. Unter anderem liess er einen Film von sich drehen, der ihn mit Mudschahedin (Kämpfern im Heiligen Krieg) in der ausgebombten Metropole Aleppo zeigt. Der Generalsekretär des Islamrats stapfte dort in Segeltuchschuhen und weissen Socken durch die Trümmer. Die Hosenbeine hatte er aufgekremgelt, wie das die Dschihadisten und Islamisten lieben. Doch anders als im letzten Jahr verzichtete er vor der Kameralinse zumindest auf Bekleidungsstücke, die entfernt an Militär erinnern.

Dafür versuchte sich Cherni bei seiner Selbstbeweihräucherung in kitschigen Bildern: «Melonen wachsen aus den Trümmern. Dies ist wahrlich ein gesegnetes Land.» Mit dem gesegneten Land meint Cherni «Bilad asch-Scham»,



Flirt mit den Radikalen: IZRS-Generalsekretär Cherni auf Youtube.

was frei übersetzt Grosssyrien bedeutet. Er spielt damit auf die Hadithe (Überlieferung von Mohammeds Aussprüchen) an, in denen der Prophet das Land Scham unter anderem als «Hochburg der Gläubigen» bezeichnet. Es sind genau solche Überlieferungen, die auch die IS-Propaganda benützt, um Dschihadisten für den Endkampf gegen die Ungläubigen in Syrien und im Irak zu begeistern.

Ritter für Meerjungfrauen

Am verräterischsten sind aber nicht die Bilder, sondern die religiösen Begleitgesänge auf Arabisch. Da ist die Rede von Mudschahedin, die sich in Sachen Mut einen Wettlauf lieferten, einen Wettlauf in den Himmel. Im Heiligen Krieg seien sie wie Dämonen, und sie verliebten sich in den Rhythmus der Gewehrschüsse. Und dann folgt gar ein Loblied auf Dschabhat an-Nusra, die Unterstützungsfrent und offizielle Al-Qaida-Filiale in Syrien. Cherni hat sich eben erst vor einem Sandsackverhau filmen lassen, im Hintergrund Gewehrfeuer, wie im Begleitgesang erklingt: «Gott hat das Erscheinen einer Dschabhat an-Nusra gebilligt. Sie wird nie zerbrechen, denn der Tod liegt vor ihr. Sie bringt Ritter hervor, für die schönen Meerjungfrauen, Ritter welche die Erde mit Gräbern übersät haben.»

Die Dschihadisten von al-Qaida – unter ihnen befinden sich auch junge Männer aus

der Schweiz – sind also Kämpfer im Heiligen Krieg. Auf die Frage, ob er auch die IS-Terroristen für Mudschahedin hält, verweigert Cherni die Antwort beharrlich.

Daneben gibt Cherni im Film auch den humanitären Helfer. Zur Feier am Ende des Fastenmonats Ramadan lässt er – mitten in der Erntezeit – die vom IZRS in der Schweiz gesammelten Spenden, insgesamt 26 500 US-Dollar, in Form von importierten Nahrungsmitteln an angeblich Bedürftige verteilen. Es sind keine Bewohner eines der vielen syrischen Flüchtlingslager. Hätte der Islamrat die Summe als Bargeldhilfe in einem Zeltcamp zum Kauf syrischer Nahrungsmittel verteilen lassen, gäbe es kaum Kritik. Doch Essen aus dem Ausland im ländlichen Sarakeb zu verteilen, wo im Sommer keine Nahrungsmittelknappheit herrscht, ist mehr als unprofessionell. Oscar Bergamin, ehemaliges Islamrat-Mitglied, geht sogar noch weiter: Es sei alles nur eine grosse Show, wenn sich der IZRS in Syrien humanitär engagiere. Gratisnahrungsmittel in der Erntezeit zu verteilen, mache die lokalen Marktmechanismen kaputt, das sei Basiswissen in der humanitären Hilfe. Bergamin, der sich im türkisch-syrischen Grenzgebiet aufhält, weiss, wovon er spricht. Als Präsident der Hilfsorganisation Ash-Sham Care International ist er täglich mit den schwierigen Bedingungen für Helfer in Syrien konfrontiert. ○

«Imperialer Kollaps»

Seit dem Zerfall der Sowjetunion fühlt sich Russland vom Westen bedrängt, sagt Serhy Yekelchuk. Der ukrainische Historiker über Wladimir Putins Motive, die Provokationen des Westens und das politische Chaos in Kiew. Von Pierre Heumann

Derzeit führen mehrere Nato-Staaten in der Ukraine Manöver durch. Weshalb willigt Kiew in diese Provokation Russlands ein?

Diese gemeinsamen Militärübungen gibt es bereits seit Mitte der 1990er Jahre. Seither macht die ukrainische Armee regelmässig bei Nato-Manövern in der Region mit. Damit soll dem russischen Einfluss entgegengewirkt werden.

In der momentanen Lage ist Kiews Kooperation mit der Nato freilich riskant, ein Affront für Moskau.

Bisher haben alle Präsidenten an diesen Nato-Manövern festgehalten, sowohl die prorussischen als auch die prowestlichen.

Wäre denn ein Beitritt zur Nato bei den Ukrainern populär?

Früher war das nicht der Fall. Jetzt hingegen unterstützen laut Umfragen mehr als die Hälfte der Ukrainer einen Beitritt zur Nato.

Weshalb bemüht sich Kiew denn nicht gleich um eine Mitgliedschaft in der Nato?

Der Westen ist nicht bereit, sich gegenüber der Ukraine zu verpflichten. Präsident Poroschenko weiss inzwischen, dass er vom Westen keine militärische Unterstützung erwarten kann.

Einen Konfrontationskurs steuert Kiew auch mit der EU. Die beiden haben soeben ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Der Präsident des EU-Parlaments lobte es als «Sternstunde der Demokratie».

Das Abkommen ist eine symbolische Geste. Die Symbolik beinhaltet freilich Sprengstoff.

Es ist ja nur sehr vage gehalten. Es soll Europas Bereitschaft zeigen, die Ukraine als Partnerin zu akzeptieren – aber nur, falls sich die Ukraine ändert. Die EU will die Ukraine auf ihrem Weg in die Demokratie und in die Marktwirtschaft unterstützen – mehr steckt nicht dahinter. Um von den wirtschaftlichen Möglichkeiten profitieren zu können, müssten ukrainische Produkte erst europäischen Standards entsprechen. Das ist ein weiter Weg.

Immerhin: Dieses «symbolische Angebot» hat in der Ukraine Ende 2013 eine Revolution ausgelöst und Moskau auf den Plan gerufen!

Die EU hatte nicht realisiert, welche revolutionären Folgen der an sich unverbindliche Assoziierungsvorschlag haben würde.

Brüssel bemüht sich trotzdem weiter um die Ukraine. Ist das lediglich ein politisches Signal, das Moskau beeindrucken soll?

Vielleicht. Aber realistisch ist eine Aufnahme der Ukraine als Vollmitglied der EU wohl nicht. Die Union durchläuft jetzt gerade selber eine sehr schwierige Phase, und die Idee, die Gemeinschaft auszudehnen, ist in Brüssel deshalb zu Recht umstritten. Die Integration der Ukraine wäre für die EU eine noch stärkere Belastung als die Aufnahme der Türkei.

Weshalb?

Das Land, grösser als Frankreich, leidet an allen wirtschaftlichen Problemen, die Sie sich denken können, und zudem ist es ausserordentlich korrupt. Die EU weiss, dass sie eine Aufnahme der Ukraine kurz- und mittelfristig nicht verkraften könnte.

Sie spielen die Brüsseler Avancen herunter. Moskau muss nach dem Assoziierungsabkommen doch befürchten, dass die EU die Ukraine an sich binden will. Aus der Sicht Moskaus gehört die Ukraine indes zur russischen Interessensphäre.

Dies ist nicht nur in Moskau, sondern auch im Westen eine weitverbreitete Idee – aber sie ist falsch. Denn das ökonomische Profil der Ukraine hat sich seit ihrer Unabhängigkeit massiv verändert. Die Ukraine hat sich gegenüber dem Westen und der Welt geöffnet. Der Handel mit Russland macht jetzt nur

noch zwanzig Prozent des ukrainischen Aussenhandels aus.

Die Wirtschaft ist das eine, die nationale Identität das andere.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion fühlt sich Moskau vom Westen bedrängt. Das westliche Buhlen um die Ex-UdSSR-Staaten begann bereits in den 1990er Jahren, als sich der Westen um Litauen bemühte – obwohl Litauen, schrieben damals die russischen Medien empört, doch zum Interessensbereich Russlands gehöre. In der Tat gibt es in Litauen eine recht grosse russische Bevölkerung, vor allem an der Grenze zu Russland. Zudem war Litauen immer schon Teil des russischen Imperiums.

«Die Ukraine hat es versäumt, die korrupten Eliten aus den Ämtern zu entfernen.»

Um so schmerzlicher war für Moskau der Verlust Litauens, auch wenn es noch so klein ist. Denn seit zehn Jahren ist Litauen nicht nur Teil der EU, sondern auch Nato-Mitglied, also für die Russen unantastbar.

Das ist doch der springende Punkt. Russland fühlt sich vom Westen eingekesselt und beansprucht Gebiete wie den Donbass oder die Krim, die immer schon russisch waren.

Da muss ich Ihnen widersprechen. Es ist problematisch, das russische Imperium mit dem heutigen Russland gleichzusetzen. Im russischen Imperium gab es keine klare Vorstellung von einer ethnischen Identität. Man war dem Zaren verpflichtet, ihm gegenüber loyal – aber nicht gegenüber Russland. Also war die Krim nicht «immer schon» russisch, sondern lediglich ein Teil des russischen Imperiums, zuvor hatte sie zum Osmanischen Reich gehört. Auch Teile der Ukraine waren während mehr als eines Jahrhunderts zwar Bestandteile des russischen Imperiums, nicht aber russisch im ethnischen Sinn.

Auf der Krim leben heute aber viele Russen.

Richtig. Für einen grossen Teil der Bevölkerung war es deshalb kein Problem, als die Krim plötzlich zu Russland gehörte. Das ist denn auch eine bequeme Argumentation für die russischen Medien. Sie rechtfertigen die Einnahme der Krim mit der russischen Identität. Russland und die Krim seien Teile derselben ethnischen Nation, behauptet Putin. Er argumentiert mit dem Vermächtnis des russischen Imperiums unter dem Zaren und





«Symbolische Geste»: Historiker Yekelchyk.

mit der Sowjetunion. Mit dem eigentlichen Russland hat das wenig zu tun.

Wollen Sie Putin vorschreiben, wie er die russische Geschichte zu lesen hat?

Nein. Aber er verwechselt – wohl bewusst – imperiale Strukturen und ethnische Einheit. Russland ist nämlich mit dem Problem eines Imperiums konfrontiert, das im-

plodiert ist, und Putin behauptet jetzt, dass es sich bei der Bevölkerung dieses auseinandergefallenen Imperiums um ein einziges Volk handle. Der Zusammenbruch begann bereits in den 1990er Jahren, doch inzwischen ist die Lage für Moskau dramatischer geworden.

Wie denn?

Der imperiale Kollaps wird durch den Umstand akzentuiert, dass die neue Weltordnung nur noch aus einer Grossmacht besteht. Das gibt den Russen ein ungemütliches Gefühl. Sie müssen sich nicht nur damit abfinden, kein Imperium mehr zu haben, sondern auch damit, dass die USA die Weltherrschaft übernommen haben. So zumindest wird dies in den russischen Medien dargestellt. Somit begründet Russland den eigenen Imperialismus in der Nachbarschaft mit demjenigen der USA, was freilich eine sehr sonderbare Rechtfertigung ist. Das zeigt übrigens auch, wie tief der Konflikt mit dem Westen geht.

Die Ukraine wurde zwar mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion unabhängig. Aber sie blieb so korrupt, dass sie für Russland eine leichte Beute werden könnte. Wie kommt es, dass andere Länder des ehemaligen Sowjetblocks, wie Polen oder Tschechien, erfolgreicher waren?

Die Ukraine hat es, anders als Polen oder Tschechien, versäumt, die alten korrupten Eliten aus der Sowjetzeit aus den Ämtern zu entfernen. Die Führungsriege des alten Regimes blieb im postkommunistischen System im Zentrum der ökonomischen und politischen Macht.

Warum gelang den Polen und den Tschechen, was die Ukrainer nicht einmal ansatzweise versuchten?

Die Ukraine wurde sozusagen über Nacht ein unabhängiger Staat. Sie war darauf nicht vorbereitet. Während die Polen und die Tschechen früher schon für die Freiheit gekämpft und den Aufstand gegen die Sowjets gewagt hatten, fiel den Ukrainern die Unabhängigkeit sozusagen in den Schoss. Das ging ihnen einfach zu schnell.

Nach geordneten Verhältnissen sieht es immer noch nicht aus. Erneut belagern Demonstranten das Parlamentsgebäude in Kiew. Sie werfen Präsident Poroschenko vor, den Donbass an Russland zu verschenken.

Poroschenko weiss, dass es für den Konflikt im Donbass keine militärische Lösung gibt. Sobald er mehr Panzer und Soldaten dorthin schickt, wird Russland dasselbe tun. Die Radikalen, die jetzt vor dem Parlament demonstrieren, akzeptieren Poroschenkos Angst vor einer Eskalation nicht. Aber sie sind mit ihrer Haltung nicht in der Mehrheit.

Rechnen Sie mit weiteren Unruhen in Kiew?

Die ukrainische Demokratie bleibt zerbrechlich, und die nationale Politzene bleibt chaotisch. Ob sich das je ändern kann, könnten die Parlamentswahlen im Oktober zeigen.

Serhy Yekelchyk ist Professor an der University of Victoria in British Columbia, Kanada. Er hat sechs Bücher über die ukrainische Geschichte geschrieben, darunter «Ukraine: Birth of a Modern Nation» (Oxford University Press).

Die deutsche Supernova

Man nennt die Alternative für Deutschland (AfD) eine Protestpartei und glaubt damit etwas Abfälliges über sie zu äussern. Das Gegenteil ist der Fall. Wir protestieren gegen einen Politikbetrieb, der seine Interessen über die der Bürger stellt. *Ein Erfahrungsbericht von Partei-Mitgründer Konrad Adam*



Gespür für das Fadenscheinige und Verlogene: Autor Adam (l.) und Parteichef Lucke.

Die Alternative für Deutschland (AfD), der neue Stern am deutschen Parteienhimmel, ist nicht die erste Partei, der ich angehöre; die erste allerdings, die ich mitbegründet und in der ich es zu etwas gebracht habe. Wie Bernd Lucke, Alexander Gauland und viele andere, die in der AfD das Sagen haben, war ich lange Zeit Mitglied der CDU. Und ähnlich wie diese beiden, darüber hinaus aber auch zahllose andere, hatte ich jahrelang darunter gelitten, dass die Union unter Angela Merkels planloser Führung kopf- und zahnlos geworden war. Helmut Kohls Grundsatz, alles beiseitezuräumen, was der eigenen Machtstellung gefährlich werden konnte, ist von seiner Nachfolgerin perfektioniert worden; mit dem Ergebnis, dass die CDU als eine Partei dasteht, die auf Kommando in jede beliebige Richtung marschiert – Hauptsache, die Truppe bleibt beieinander. Was zu Adenauers Zeiten als Witz kursierte, die Parole «Augen zu, CDU!», ist zum Marschbefehl einer Partei geworden, die ausser Machtgewinn und Machterhalt nichts zu bieten hat.

Alternativlose Politik ist schlechte Politik

In einer solchen Partei wollte ich nicht mitmachen. Mein Damaskus-Erlebnis hatte ich dann, als – in einer Mai-Nacht des Jahres 2012 – sämtliche Versprechen, die uns die Machthaber als Garantie für einen Euro angedient hatten,

der an Härte hinter der D-Mark nicht zurückbleiben würde, von heute auf morgen nichts mehr wert waren. Begleitet von der windigen Behauptung Christine Lagardes, man habe die Verträge brechen müssen, um den Euro zu retten, sollte nun das Gegenteil von dem gelten, was jahrelang gegolten hatte. Was mich und viele Wähler fragen liess, ob es denn umgekehrt nicht besser gewesen wäre: die Verträge zu retten, um einen missratenen Währungsverbund zu beenden. Warum Vertrauen in Politiker setzen, die des Vertrauens nicht wert sind? Wozu

Wozu Politiker wählen, die aus der kalkulierten Lüge ein politisches Prinzip machen wollen?

Politiker wählen, die aus der kalkulierten Lüge ein politisches Prinzip machen wollen? «Wenn es ernst wird, muss man lügen», hatte der Zyniker Jean-Claude Juncker bemerkt. Und damit, wie es schien, die Wahrheit gesagt.

Ein gutes Jahr nach jener verhängnisvollen Nacht kam mir ein Schriftstück in die Hände, mit dem das mir nicht näher bekannte «Bündnis Bürgerwille» dazu aufrief, gegen die fatale Euro-Rettungspolitik um jeden Preis Widerspruch zu äussern. Zu den Erstunterzeichnern gehörte Bernd Lucke, ein Name, mit dem ich

ebenso wenig verband wie mit dem Bündnis Bürgerwille. Als ich mich umhörte, wer das denn sei, wurde mir versichert, das sei ein guter Mann, da könne ich getrost unterschreiben; das tat ich dann auch. Einige Wochen später erhielt ich einen Anruf aus Paris. Am Telefon war eine helle Stimme zu hören: «Hier Bernd Lucke.» Wir sprachen über dies und das, verständigten uns über das meiste und waren uns einig im Urteil über den Ernst der Lage. Noch etwas war uns auf Anhieb klar: dass eine alternativlose Politik in jedem Falle eine schlechte Politik sei, weil Politik von der Alternative nun einmal lebe. Wir sehnten uns nach einer neuen, mutigen, unverbrauchten Partei – für die jedoch, wie Lucke etwas traurig einwarf, «zwei zu wenig sind».

So versuchten wir es zunächst einmal mit einem Kompromiss und gründeten zusammen mit ein paar anderen die «Wahlalternative 2013». In Absprache mit den «Freien Wählern», die über eine zwar chaotische, aber immerhin existierende Organisation verfügten, wollten wir zur nächsten Landtagswahl in Niedersachsen antreten. So geschah es denn auch, Bernd Lucke stand an dritter Stelle auf der Landesliste; doch das Ergebnis war eine riesige Enttäuschung. Am Wahltag hatten wir uns in Hannover versammelt, um über das weitere Vorgehen zu beraten und zu beschliessen. Und schon damals, am 20. Januar, warben einige, allen voran Frauke Petry, dafür, es jetzt mit einer eigenen Partei zu versuchen. Ich war skeptisch.

Konkurrenten totschiweigen

Aber schon zwei Wochen später, am 6. Februar 2013, war es dann so weit. Nach endlosen Debatten war die Partei gegründet, der Name gefunden, die Satzung beschlossen und waren die ersten Ämter vergeben worden. In diesem Tempo ging es weiter: Auftaktveranstaltung in Oberursel mit mehr als 1200 Teilnehmern; erster Parteitag in Berlin mit dem Beschluss, zur Bundestagswahl im Herbst des Jahres anzutreten; erste Pressekonferenzen, Berichte und Kommentare in den Medien. Nur wenige Wochen später hatten wir eine Geschäftsstelle in Berlin, waren sechzehn Landesverbände gegründet, die Zulassung zur Bundestagswahl beantragt und erteilt worden. Die neue Partei war da.

Einstweilen hielten die Altparteien still, versuchten den neuen Konkurrenten totzuschweigen, kleinzureden oder zu belächeln. Dass das nur Maske war und es hinter den Kulissen ganz anders zuging, wurde mir klar, als ich, auf dem Sprung nach Berlin, einem mit mir seit langem

bekannt, ja befreundeten Bundestagsabgeordneten der CDU mitteilte, dass ich demnächst aus Gründen, die er ja wohl kenne, in der Hauptstadt sein werde – ob wir uns bei dieser Gelegenheit nicht einmal wiedersehen wollten? Die Antwort kam prompt. Innerhalb von zwei Minuten las ich auf dem Display meines Mobiltelefons: «Wenn du für die AfD etwas machst, will ich dich niemals wiedersehen.» Das war natürlich schade, freute mich aber auch, weil ich es jetzt ja sozusagen amtlich hatte: Man nahm uns ernst.

Als Korrespondent einer grossen Tageszeitung hatte ich den parteipolitischen Alltag lange genug beobachtet, um auf verlegene und feindliche, ja gehässige Reaktionen gefasst zu sein. Zweierlei hat mich dennoch überrascht: einmal die Primitivität der verbalen Abwehrkämpfe, die über den Gebrauch von Allerweltswörtern wie «populistisch», «rechtsradikal» oder «neofaschistisch», bis heute nicht hinausgekommen sind. Dann aber auch die brutale Gedankenlosigkeit, mit der die Altparteien ihren Beuteanteil gegen Mitbewerber zu verteidigen suchten. Eine Kampfhenne aus dem Saarland tat sich dabei besonders hervor, indem sie sich allen Ernstes zu der Anregung verstieg, die AfD vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Allein dafür hätte sie ihrerseits Beobachtung verdient.

Das Ganze zeigt, dass die immer noch Volksvertreter Genannten den Kontakt zum Volk weitgehend verloren haben. Denn das Volk, das Wahlvolk, auch das Parteivolk denken anders als die herrschende Klasse, die sich ja nicht zufällig selbst so nennt. Das lässt sich nicht nur aus den Wahlen erschliessen, bei denen die AfD ein ums andere Mal besser abschneidet als von ihr selbst erwartet. Die Erfahrungen, die ich als Kandidat einer nichtetablierten Partei beim Einsammeln der notwendigen Unterstützungsunterschrif-

ten machen konnte, deuten in die gleiche Richtung. Ich musste auf die Leute zugehen, sie ansprechen, erklären und bitten; und dabei habe ich eine ganze Menge über die Stimmung im Lande gelernt, die eben doch ganz anders ist, als von den Parteigewaltigen und den Massenmedien selbstbewusst verkündet. Immer wieder traf ich auf Leute, die bekannten, Mitglieder der CDU oder Stammwähler der SPD zu sein, es aber gut und richtig fanden, dass die Wahlmöglichkeiten durch uns, die AfD, erweitert werden sollten. Und deshalb unterschrieben. Tatsächlich habe ich dann als Direktkandidat des Hochtaunuskreises auf Anhieb 7,2 Prozent der Stimmen

«Wenn du für die AfD etwas machst, will ich dich niemals wiedersehen.»

erhalten, das beste Einzelergebnis in ganz Hessen. Das Volk scheint reifer zu sein als seine Vertreter, die Bürger klüger als die Parteien, die Wähler weiter als die Gewählten: Daran krankt die Demokratie in Deutschland.

All das erklärt den Erfolg einer neuen Partei wie der AfD. Sie spricht Themen an und greift Fragen auf, die den Menschen «draussen im Lande», wie sie im verräterischen Jargon der Grossparteien heissen, auf den Nägeln brennen: die Sorge um die innere Sicherheit; den Verfall des Schulwesens; den Ärztemangel auf dem Lande; das Hinsterben ganzer Landstriche, das in den östlichen Bundesländern ein Ausmass angenommen hat, vor dem die Altparteien kapitulieren. Wenn wir, die AfD, diese traurige Entwicklung nicht immer nur mit weiteren Einwanderungshilfen, sondern mit einer Sozialpolitik beantworten wollen, die den all-

gemeingültigen Grundsatz «Besteuerung nach Leistungsfähigkeit» auch auf Familien anwenden will, wird uns ausgerechnet von der CDU Eingriff und Gängelei unterstellt: als ob das bestehende Steuer- und Abgabenrecht nicht längst schon Gängelei betriebe, in abenteuerlichem Ausmass sogar, nur eben in die falsche Richtung: von Familien mit Kindern zu Pärchen oder Singles ohne Kinder. Seit mehr als fünfzig Jahren betreibt Deutschland überaus erfolgreich Bevölkerungspolitik mit umgekehrtem Vorzeichen. «Nie wieder Deutschland», der Schlachtruf des roten, grünen oder schwarzen Mobs, hat die Regierungsebene erreicht. Aber was kümmert das Leute, die selbst keine Kinder haben?

«Gefühlte» Unsicherheit

Die Klagen über die Raubzüge wohlorganisierter Diebesbanden, die Nacht für Nacht über die unbewachte Grenze kommen und alles mitgehen lassen, was nicht niet- und nagelfest ist, glaubte die Brandenburger SPD mit der Bemerkung beschwichtigen zu können, die Bürger litten statt unter realer bloss unter «gefühlter» Unsicherheit: dies aus dem Mund von Leuten, die in gepanzerten Limousinen unterwegs sind, rund um die Uhr Personenschutz geniessen und in Gegenden wohnen, wo die Polizei Präsenz zeigen muss. Die Linkspartei, Koalitionspartner der SPD im Landtag von Potsdam, setzte noch einen drauf, als sie den Leuten empfahl, privat für Sicherheit zu sorgen. Ob das als Einladung zur Gründung von Bürgerwehren und zur Selbstbewaffnung zu verstehen war? Man denkt an Hobbes, den Lobredner des Leviathan, der von den Bürgern unbedingten Gehorsam verlangte, sie für den Fall aber, dass der Souverän sie nicht mehr schützen konnte oder wollte, von der Gehorsamspflicht allerdings entband.

Statistiken sind mit Vorsicht zu gebrauchen, in Grenzen aber lehrreich, zumindest dann, wenn sie sich mit der eigenen Erfahrung decken. Und das tun sie, wenn sie dartun, dass enttäuschte CDU-Wähler unter den AfD-Überläufern den ersten Rang besetzen. Gleich danach kommen, zumindest in den neuen Bundesländern, abtrünnige Wähler von der Linken – auch sie sind also Rechtsradikale, Rechtspopulisten und so weiter, wenn man der eigenwilligen Rhetorik unserer Wahlforscher folgen will. Den stärksten Zulauf erfährt die AfD allerdings von ehemaligen Nichtwählern. Tatsächlich kam mir kurz nach der letzten Bundestagswahl, bei der die AfD nur knapp an der Sperrklausel gescheitert war, ein alter Bekannter auf der Strasse mit dem Ruf entgegen: «Wie gut, dass es euch gibt! Zum ersten Mal seit Jahren bin ich wieder zur Wahl gegangen!»

Wenn es noch eines Beweises für die Lebensferne des Parteipersonals bedürfte, würde ihn die Einfallslosigkeit liefern, mit der es sich an einer Sitzordnung festklammert, die spätestens in der Weimarer Republik ihre Brauchbarkeit



Hauptsache, die Truppe bleibt beieinander: Kohl, Merkel.

verloren hatte. Schon damals gab es ja die linken Leute von rechts genauso wie die rechten Leute von links; und schon Hitler wusste, dass er aus einem kleinbürgerlichen Sozialdemokraten oder einem beschränkten Gewerkschaftsbonden nur schwer einen guten Nationalsozialisten machen könnte, «aus einem Kommunisten aber immer». Wofür es zahlreiche Belege gibt, bis heute. Ob die Altparteien wirklich glauben, die Wähler, die ihnen von der Fahne gegangen sind, dadurch zurückzugewinnen, dass sie sie als radikale Dummköpfe diffamieren? Der AfD kann das nur recht sein, weil ihr die Altparteien mit dieser Art von Ab- und Ausgrenzungspolitik absichtslos zuarbeiten.

Eingemauert und abgeschirmt

Auch wenn sie im Einzelnen nicht durchblicken und mehr ahnen als wissen: Die Leute haben ein Gespür für das Fadenscheinige und Verlogene des laufenden Betriebs und wissen sich zu wehren. Sie reagieren mit Desinteresse oder Schadenfreude, Misstrauen, Häme oder Widerspruch, je nach Lage und Temperament. Die Machthaber, eingemauert und abgeschirmt in ihrer Sonderwelt, kriegen das nicht mit; und wenn, dann wissen sie damit nichts anzufangen. Sie leben vom bürgerlichen Alltag viel zu weit entfernt, um die Entfernung noch zu spüren. Wahrscheinlich glauben sie den Unfug, den sie und ihre Spindoktoren in die Welt set-

zen, den esoterischen Quark von asymmetrischer Demobilisierung und wie die politischen Wundermittel sonst noch heissen; und fallen damit in die Grube, die sie für andere ausgehoben haben. Edmund Burke, der grosse Theoretiker der parlamentarischen Demokratie, hielt es für die erste Pflicht des Abgeordneten, sich

Die Abgeordneten schauen dem Volk nur aufs Maul, um es ihm gründlich zu stopfen.

mit den Lebensumständen des von ihm vertretenen Volkes wohlvertraut zu machen. Davon kann mittlerweile keine Rede mehr sein. Die Abgeordneten nennen sich Volksvertreter, sind aber keine und schauen dem Volk nur aufs Maul, um es ihm gründlich zu stopfen.

Man nennt die AfD eine Protestpartei und glaubt damit etwas Abfälliges über sie zu äussern. Das Gegenteil ist der Fall. Wir protestieren in der Tat: gegen einen Politikbetrieb, der seine Interessen über die der Bürger stellt; der sich den Staat zur Beute genommen hat; der Ämter zu Pfründen für Parteisolddaten macht und aus Mandaten Sinekuren für Absolventen der mit Recht so genannten Ochsentour. Thüringen gibt ein abstossendes Beispiel für den erbärmlichen Zustand ab, in den die Parteien den Staat versetzt haben. Dort hatte sich der Vorsitzende

der Linkspartei schon vor der Wahl zum neuen Ministerpräsidenten ausgerufen. Den Königsmacher darf die SPD spielen, dieselbe Partei, der die Wähler in hellen Scharen davongelaufen waren. Als alte und leider wohl auch neue Regierungschefin agiert eine Frau, die mit einer mehr als wackligen Koalition vorliebnehmen muss, weil ihr die Parteizentrale in Berlin verboten hat, die Zusammenarbeit mit der AfD auch nur zu versuchen. So sieht real existierender Föderalismus deutscher Bauart aus.

Erst das Land, dann die Partei, das hört man hundertmal am Tage. In Wahrheit läuft es umgekehrt: erst die Partei, dann lange gar nichts – und ganz am Ende dann das Land. Das wollen die Bürger nicht länger hinnehmen; die AfD auch nicht. Deswegen wirbt sie dafür, die parlamentarische Demokratie, die die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, vielleicht sogar schon überschritten hat, durch Bürgerbegehren, Volksentscheide und Referenden nach Schweizer Muster zu ergänzen. Vielen scheint das einzuleuchten. Sie erinnern sich an Bert Brecht, der seinerzeit dem Volk empfohlen hatte, sich eine neue Regierung zu wählen, bevor die Regierung auf den Gedanken kommt, sich ein neues Volk zu wählen.

Konrad Adam war von 1979 bis 2007 Feuilletonredaktor der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* und von 2000 bis 2007 Chefkorrespondent der *Welt*. Seit 2013 ist er Sprecher der Alternative für Deutschland (AfD).

OPTIMALE KRANKENKASSE FINDEN!

Sie möchten bei Unfall und Krankheit optimal versichert sein? Mit dem unabhängigen Krankenkassenrechner von MyLibery berechnen Sie einfach und schnell die Grundversicherungsprämien. **Vergleichen Sie neu auch die Leistungen der Zusatzversicherungen aufgrund Ihrer Bedürfnisse.** So finden Sie die Krankenkasse, die wirklich zu Ihnen passt.

Interessieren Sie sich für andere Themen? Gerne berät Sie MyLibery auch zu den Themen Vorsorge, Wohnen und Steuern.



Welttheater im Selbstbildnis

Für eine Gesellschaft, die den Tod weitestgehend verdrängt, ist das Selfie ein attraktiver Weg zur Unsterblichkeit – egal, ob glamourös, selbstironisch indiskret inszeniert.

Von Tom Kummer

Noch nie war ein kulturelles Phänomen so einleuchtend einfach zu kapieren und doch so unheimlich komplex und tief – wie ein finsterner Abgrund.

Ja, die Welt der Selfies ist die grossartigste Bühne der Selbstinszenierung. Jeder flüchtige Gesichtsausdruck, jeder noch so schwer fassbare Moment des Glücks, der Ausgelassenheit und der Peinlichkeit wird eingefroren in der Zeit. Für eine Gesellschaft, die den Tod weitestgehend verdrängt, ist das grandios inszenierte Selfie ein attraktiver Weg zur Unsterblichkeit – egal, ob ernsthaft glamourös, selbstironisch, harmlos doof oder fatal indiskret inszeniert.

Niemand soll nun behaupten, dass ihn die Repräsentation des Privaten auf seinem Handybildschirm nicht interessiert: Schliesslich geht es um die fantastischen Masken des Menschen. Alle haben diese Masken schon irgendwann erfahren und genutzt – die Magie des Selfies: als Quelle der Selbstbewunderung oder als dankbaren Gegenstand der Beobachtung des Lebens und der Reflexion.

Anzeichen von Egozentrik

Mit jedem Selfie wird uns ein faszinierendes Panoptikum stilisierter Lebenskonzepte angeboten – wer sie zu ernst nimmt, wird bald vom Neid gequält oder wegen ungläubigen Kopfschüttelns erkranken. Wer Selfies ignoriert, scheut sich vor dem Zeitalter des Narzissmus – und ist bald nicht mehr gesellschaftsfähig.

Es gibt vier populäre Arten, sich zu präsentieren:

— **Die Weitwinkelvariante**, bei der der ausgestreckte Arm des Fotografen im Bild zu sehen ist;

— **Ein Schnappschuss** des eigenen Spiegelbilds;

— **Extreme Nahaufnahmen** des Gesichts, der Augen und des Mundes;

— **Ein Gruppenbild**, das von jemandem aus dem Kreis der versammelten Gemeinschaft geschossen wird.

Jedes dieser Selfies generiert ein Selbstwertgefühl, das mit der Bewunderung steht und fällt. Kalt lässt ein Selfie niemanden. Selfies gelten auch als Gegengift gegen die Leere, bieten Hoffnung auf das Mehr im Leben – auch wenn es bloss ein kleiner Strandausschnitt von der letzten Thailand-Reise ist. Schon der Schriftsteller Arthur Schnitzler, der das Leben als schwer empfand und es

nicht leicht hatte mit sich selbst, brachte es Ende der zwanziger Jahre auf den Punkt: «Es gibt eben kaum etwas, was tiefer bewegt als das eigene Leben.»

Auf der Online-Plattform Instagram sind über 190 Millionen Aufnahmen mit den Schlagwörtern «selfie» oder «me» markiert. Dass dabei die eigene Person prominent ins Bild gerückt wird, muss aber noch lange nicht ein Anzeichen von Egozentrik sein. Viele Selfie-Protagonisten sind sich ihres Inszenierungscharakters bewusst, heben bewusst die



Gegengift gegen die Leere: Lady-Gaga-Selfie.

Grenze zwischen Sein und Schein auf, brechen augenzwinkernd mit Konventionen – und fotografieren sich über Monate nackt vor dem Badezimmerspiegel.

Dass exzentrische Selfie-Auftritte von Prominenten zur Botschaft mit Supersprengkraft mutieren, kann niemanden überraschen. Justin Bieber, Lady Gaga, Mark Zuckerberg, Hillary Clinton, Roger Federer – alle zücken irgendwann in einer starken oder schwachen Minute das Smartphone für ein Selfie. Die Frage ist bloss: Wird der Stoff auch veröffentlicht?

Viele Promis in den USA lassen mittlerweile ihre Twitter- oder Facebook-Auftritte von Ghostwritern entwerfen – um sich vor narzisstischen Dummheiten zu schützen. Werden sie dann beim Posten von leichtfertig-

indiskreten Instagram-Selfies erwischt, ist das meistens nur auf den ersten Blick peinlich und Grund zur Schadenfreude – es ist auch anrührend, bewegend und hochexplosiv, wie vielleicht einst die Ekstase von Jerry Lee Lewis an einem Klavier in Birmingham, Alabama. Wenn nämlich die Geri Müllers der Menschheit tragikomische Entscheide treffen, dann ähnelt die scheinbare Sinnlosigkeit des Selfies auch der Sinnlosigkeit des Rock'n'Rolls, der auf die spiessige Gesellschaft der finsternen fünfziger Jahre prallte – und damit verbunden: Sex auf Verwirrung, Zorn auf Verletzlichkeit, Kraft auf Aufruhr, Hirn auf Geschlechtsteil.

Flüchtig besuchtes Exil

Das Selfie begeistert die Macher immer – so wie die Ramones ihren harmonie- und strukturlosen Rock'n'Roll eigentlich nur für sich selbst spielten. Das Selfie will von einer gewaltigen Sehnsucht nach der unmittelbaren Form des Ausdrucks erzählen, überhaupt die Authentizität von Gefühlen repräsentieren – dabei ist die Nähe zu wahren Dingen und richtigen Menschen für Selfie-Existenzen oft bloss noch ein flüchtig besuchtes Exil.

Wie heftig die Selfie-Kultur unseren Alltag in Zukunft bewegen wird, ist noch schwer abzusehen. Dass Hemmungen und Tabus selbst

«Es gibt eben kaum etwas, was tiefer bewegt als das eigene Leben.»

in angesehensten Zirkeln der Gesellschaft gefallen sind, ist keine «Grüsel-Entwicklung», sondern Teil der i-Revolution, an deren Anfang wir immer noch erst stehen. Selfies werden, historisch gesehen, immer wertvoll, wie vielleicht die gefälschten Tagebücher von Adolf Hitler oder die Enthüllungen zum Selbstmord von Marilyn Monroe. Es ist zu vermuten, dass die Selfie-Kultur eine noch viel grössere Machtstellung einnehmen wird, als sagen wir mal, die «Selfies», die Hans Holbein im 16. Jahrhundert von Heinrich VIII. gemalt hatte.

Was beim Welttheater der Selbstbildnisse jedoch eher beunruhigt: In der aktuellen Selfie-Kultur steuern immer öfter jene die Wahrheit und die neue Wirklichkeit, die am stärksten von sich selbst besessen sind. Die Gewinner im Netz sind die Fanatischen.

Konkordanz lernt man am Jasstisch

Der Jass ist kein Schweizer Spiel. Dennoch stiftet er mehr Identität als Franken, Cervelat und SBB zusammen. Das beweist die Sendung «Samschtig-Jass» im Schweizer Fernsehen.

Von Rolf Hürzeler

Der Appenzeller Dani Müller trägt neuerdings ein Tattoo am Bein – eine kunstvolle Mischung aus Schilten- und Rosen-Ass. Es erinnert ihn an die 750. Ausgabe des «Samschtig-Jass», der ältesten Unterhaltungsshow des Schweizer Fernsehens, die kürzlich über den Sender ging. Müller hat allen Grund, das Kartenspiel auf seiner Haut zu verewigen, denn er ist der Schiedsrichter im «Samschtig-Jass» und verkörpert somit eine Art Jass-Bundesrichter. Was Müller sagt, das gilt, zumindest in der Sendung – da kann nicht einmal Strassburg intervenieren. Dabei hat er im Vergleich zu seinen Schiedsrichterkollegen in den Fussballstadien einen einfachen Job. Denn beim TV-Jassen geht es fast immer friedlich zu. Als ob das Siegen peinlich wäre.

«Mein Vater war mir zu vergiftet»

Der legendäre Fernsehmann Kurt Felix hatte 1968 die Idee zu dieser Sendung, in einer Zeit, als die meisten seiner Berufskollegen Jassen für ein Fremdwort hielten. Seither steht das Kartenspiel im TV-Programm – Woche für Woche. Irgendwie verständlich, denn das potenzielle Publikum ist riesig: Rund drei Millionen Schweizerinnen und Schweizer können jassen, das schätzt zumindest der Bereichsleiter Comedy und Quiz, Rolf Tschäppät. Damit wissen

wahrscheinlich mehr Leute mit «Stöck – Wys – Stich» etwas anzufangen als mit der Offside-Regel im Fussball. Und das Publikum ist heterogener, als man glaubt: Die Vorstellung, nur stumpfenrauchende Opel-Fahrer schauten die Sendung, ist falsch. Denn anscheinend ist die Schweizer Jassgemeinde so vielfältig wie die Nation. Das zeigte schon die 750. Sendung, in der die Liste der Spieler und Gäste von einer schwarzen Lehrerin über einen Piercer bis hin zu einer Puffmutter reichte – Jasser allesamt.

Zum Beispiel Mathias Zopfi, grüner Landrat im Kanton Glarus und gleichzeitig Präsident des Jassclub Tödi. Zopfi hat das Verbindende des Kartenspiels entdeckt und achtet darauf, dass der Tödi-Vorstand jeweils nach der Konkordanz zusammengesetzt ist – von der SVP bis zur SP. «Beim Jassen lernt man den Gegner als Partner kennen und kann gleichzeitig seine Taktik durchschauen.» Er meint das sowohl spielerisch wie politisch.

Zopfi ist mit dem Jassen aufgewachsen; vor allem mit seinen Grosseltern habe er als Kind viel gespielt: «Mein Vater war mir zu vergiftet beim Spiel», erinnert er sich. Der Tödi-Club nimmt das Spiel dennoch ernst: So nimmt man regelmässig an der Glarner Jassmeisterschaft teil und besucht Spielkollegen in benachbarten Kanto-

nen – eine gemeinsame Projektionsfläche über gesellschaftliche Grenzen hinweg.

Was ist die Faszination dieses Spiels? Für Zopfi ist es «die Kombination von Glück und Können». Der Spieler muss sich immer neu einstellen, «denn es gibt Millionen von Möglichkeiten». Das sieht «Samschtig-Jass»-Moderatorin Monika Fasnacht ähnlich: «Mit dem Telefonjasser kann der Zuschauer zu Hause indirekt mitspielen und sich Varianten ausdenken, um seine eigenen Jassfähigkeiten zu testen.» Das ist interaktives Fernsehen *avant la lettre* und für Monika Fasnacht «der Erfolg der Sendung». Denn eigentlich, das muss gesagt sein, gibt es nichts Langweiligeres, als bei einem Spiel zuzuschauen, das man schon kennt.

Viel besser ist es, selbst mitspielen zu können: Fasnacht hat das Geschäftspotenzial des Jasses erkannt und organisiert regelmässig Jassreisen, zum Beispiel auf die Balearen im Mittelmeer. Die ersten Teilnehmer packen die Karten bereits um zehn Uhr morgens aus – gespielt wird, solange man mag. Über das Spiel entdecken die Jasser Gemeinsamkeiten: «Freundschaften entstehen», so Fasnacht, sie freut sich über zahlreiche Stammkunden auf ihren Reisen.

Denn ob Spielernatur oder nicht – die Sehnsucht nach einem geordneten Umgang miteinander scheinen die Menschen zu teilen. So vergleicht die deutsche Konrad-Adenauer-Stiftung die «Funktionen der Wirtschaftsordnung» mit einem Kartenspiel: «Sie basieren auf Regeln, deren konkrete Ausformung den Spielverlauf und damit indirekt die Spielergebnisse massgeblich bestimmen.» Das Regelwerk eines Spiels «findet in der Wirtschaft sein Pendant in der Ordnung». Und die Schlussfolgerung: «Die Wirtschaftsordnung umfasst damit die Gesamtheit der bewusst gesetzten und der spontan durch die Marktteilnehmer vereinbarten Regeln des Wirtschaftens einer Gesellschaft.»

Spielen hält das Gehirn jung

Gibt es keine Regeln, herrscht Chaos; sind sie zu eng, geht der Spass und damit der Erfolg verloren – so einfach kann Wirtschaftswissenschaft sein. Wesentlich komplizierter sind dagegen die zahlreichen Ansätze der Spieltheorie: So ordnen sie beispielsweise jedem möglichen Spielausgang eine Auszahlungsfunktion zu – zum Beispiel Geld oder Wählerstimmen.

Der Mitspieler kann den Erfolg mit individuellen Fähigkeiten wie einem perfekten Erinnerungsvermögen und/oder einer raffinierten Strategie beeinflussen. Wer also weiss, welche



Gibt es keine Regeln, herrscht Chaos: Jassen während des Ersten Weltkrieges.



Eine Art allgemeinverständliche Hochsprache: «Samschtig-Jass» im Schweizer Fernsehen.

Karten bei einem Jass noch im Spiel sind, hat einen wesentlichen Vorteil gegenüber den Konkurrenten. Solche Denkübungen sind übrigens gut für die Gesundheit. Hinweise darauf finden sich zumindest in der Grundlagenarbeit der deutschen Neurobiologin Siegrid Löwel von der Universität Göttingen: «Wir haben anhand von Mäusen nachgewiesen, dass spielerische Aktivitäten das Gehirn jung halten», sagt sie. Ihres Erachtens ist es zulässig, dieses Ergebnis auf den Menschen zu übertragen – etwa beim

Ist der Jass also ein schweizerisches Gesellschaftsspiel für die Ewigkeit?

Kartenspiel. Im Einzelfall lassen sich damit sogar die Risiken eines Schlaganfalls reduzieren. Was sich wissenschaftlich nüchtern liest, kann jedoch selbst spirituell ausgeprägt sein. So hat der Zürcher Pfarrer Jürg Birnstiel von der Freien Evangelischen Gemeinde (FEG) das Jassen entdeckt, um seine Schäfchen im Gehege zu halten. «Wir treffen uns regelmässig zum Jassen, das fördert den Gemeinschaftssinn und dient der Beziehungspflege», sagt Birnstiel, der

eine FEG-Jassgruppe führt. «Kennen die Jungen die Regeln nicht mehr, bringe ich sie ihnen eben bei.» Birnstiel sieht im Spiel keinen Verstoß gegen das biblische Gebot, wie das vor 400 Jahren üblich war und in konservativen Kreisen noch immer verbreitet ist. Birnstiel kann indes gut verstehen, dass Gläubige das Kartenspiel am heiligen Sonntag ablehnen.

Kartengraben und Sprachgrenze

Tatsächlich galt das Spielen als frivol, als niederländische Söldner den Jass vor 400 Jahren in die Schweiz brachten. Die legendären Basler Karten aus dem 16. Jahrhundert stammten zwar aus einem reformierten Ort, doch gerade die rigiden Protestanten taten sich schwer mit dem Spiel. Erst 300 Jahre später fand der Jass weite Verbreitung, wie so viele folkloristische Eigenarten, die man heute als «typisch schweizerisch» versteht, etwa die Landtrachten oder das Jodellied. Aber trotz der Forschung bleibt vieles im Dunkeln: zum Beispiel die Frage, weshalb der Kartengraben nicht der Sprachgrenze entlang verläuft, sondern etwas weiter östlich. Rolf Tschäppät vom Schweizer Fernsehen konstatiert, dass in den grenznahen Gebieten «eher französische Karten» üblich sind.

Doch auch diese Regel kennt Ausnahmen. Im Kanton Thurgau sind zwar französische und deutsche Karten verbreitet, nicht aber in St. Gallen, das nur «deutsch» spielt. Wenn der Jass in einer Beziehung typisch schweizerisch ist, dann in dieser: Die Karten halten sich weder an Sprach- noch an Kantonsgrenzen – so wenig wie die konfessionellen Präferenzen oder die Verteilung des Wohlstands. Und doch hat sich ein Common Sense beim Spiel durchgesetzt. So ist der in der Fernsehshow «Samschtig-Jass» gespielte «Differenzler» zwar im Alltag weniger üblich als der «Bieter» oder der «Coiffeur». Aber der «Differenzler» wird als eine Art allgemeinverständliche Jass-Hochsprache akzeptiert – regionale Eigenheiten bei den Spielregeln hin oder her.

Ist der Jass also ein schweizerisches Gesellschaftsspiel für die Ewigkeit? Vielleicht, aber man sollte sich nicht täuschen lassen. Kartenspiele sind der Mode unterworfen. Im 19. Jahrhundert war Faro, ein Spiel, das französische Emigranten im 18. Jahrhundert mitgebracht hatten, in den Vereinigten Staaten am weitesten verbreitet. Heute spielt kaum mehr jemand Faro, weder in Frankreich noch in den USA – der Poker hat sich durchgesetzt. ○

Ökonomie des frühen Eingreifens

Die Familie ist laut Wirtschaftsnobelpreisträger James J. Heckman entscheidend für späteres Glück oder Unglück. Kinder aus schwierigen Verhältnissen müsse man darum früh staatlich betreuen. Denn wenn ihre Gehirnzellen nicht stimuliert werden, entwickeln sich diese kaum. *Von Christine Brinck*

James Heckman, Professor in Chicago, erhielt im Jahre 2000 den Nobelpreis für Ökonomie. Seine Spezialität: die Entwicklung von Theorien und Methoden zur Analyse selektiver Stichproben. Ihn interessierte der Nutzen von Bildung bei grossen Bevölkerungsgruppen. Im Laufe seiner Forschung erkannte er den grössten Bildungsvorteil im frühzeitigen Eingreifen bei Kindern aus widrigen Verhältnissen. So kam es, dass der Volkswirtschaftler und Statistiker sich vermehrt mit Kindererziehung und Frühbildung auseinandersetzte.

Ein Paukenschlag war sein Meinungsartikel «Catch'em Young» im *Wall Street Journal* vor acht Jahren. «Fang sie früh ein!», hiess es, gemeint waren die Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen. Freilich redet Heckman nicht der flächendeckenden Frühverkrüppung das Wort, sondern der frühen Intervention bei ebendiesen armen Kindern. Diese habe eine doppelte Rendite: Sie «zeitigt soziale Gerechtigkeit und fördert zugleich die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft».

«Die Hauptquelle von Not im Leben eines Kleinkindes ist mangelnde Stimulation.»

Inzwischen hat dieses Prinzip den höchsten staatlichen Segen bekommen – in seiner jüngsten «State of the Union»-Rede nahm Obama die Frühbildung in sein «Fix it first»-Programm auf, weil «arme Kinder die Hilfe am nötigsten haben». Wenn sie schon ganz früh abgehängt werden, kann der Mangel «den Rest ihres Lebens überschatten». Nun ist Obama nicht der erste Präsident, der Vorschulbildung als wichtig erkennt. Ähnliches lief als «Head Start» (Vorsprung) in der Ära Johnson in den Sechzigern an. Bei George W. Bush hiess es «No Child Left Behind».

«Unfall der Geburt»

Gutgemeinte Versuche sind sie alle, auch nicht ohne Erfolg, doch Heckman hat anderes im Sinn. Gut gemeint sei nicht gut genug. Für die Frühbildung bei Kindern aus prekären Verhältnissen reiche eine Satt-und-sauber-Versorgung nicht. Und: Je früher die Frühbildung beginne, desto grösser seien die Langzeiterfolge, gemessen an mehr Schulabschlüssen und mehr Einkommen, weniger Kriminalität und Drogen, mehr Ehe und ehelichen Geburten.

Die Familie ist entscheidend bei Heckman – für späteres Glück und Unglück. Er spricht vom «Unfall der Geburt», der lebenslange Konsequenzen habe. Eine frühe nachteilige Umgebung ist das grösste Risiko des Versagens im erwachsenen Leben. Es fängt sehr früh an: «Die Hauptquelle von Not und Widrigkeit im Leben eines Kleinkindes ist mangelnde Stimulation.» Wie dieses Manko sich auswirkt, zeigte das Schicksal von Abertausenden von rumänischen Waisenhauskindern drastisch – untergewichtige, schielende, stumme Kinder, die immer in

der gleichen Position an ihre Bettchen gefesselt waren, mit denen niemand redete, deren Schicksal fast allen egal war.

Die Kinder, die in unseren Grossstädten in prekären Verhältnissen leben, mögen keine Waisen sein, doch sie werden oft misshandelt und nie gefördert. Mit ihnen wird nicht gesungen, gereimt, gespielt – sie werden gern vor dem Fernseher geparkt. Der kommuniziert nicht.

Mangelnde Anregung, Hinwendung und Liebe lassen die Sprache verkümmern – ein



«Fang sie früh ein!»: US-Präsident Obama.

Schaden, der sich später kaum beseitigen lässt. «Nicht nur wissen wir, dass das frühe bereichernde Umfeld, ob durch die Eltern oder andere Quellen, sprachliche Fähigkeiten befördert. Wir wissen auch», betonte Heckman in einem Interview, «wenn dieser Prozess nicht in Gang gesetzt wird, ist das sehr schwer zu reparieren.» Studie um Studie zeigt: Je früher die Bildungsintervention einsetzt, desto besser kommen die Kinder im weiteren Leben zurecht. Wenn die Gehirnzellen kleiner Kinder nicht stimuliert werden, können sie auch nicht benutzt werden. Hirnregionen liegen dann brach oder entwickeln sich kaum.

Heckman redet nicht dem Abbruch der Förderung von Teenagern und jungen Erwachsenen das Wort. Seine Forschung hat nur ergeben, dass späte Massnahmen nicht annähernd so erfolgreich sind wie die frühen. Systematische Frühförderung ist freilich weder billig noch einfach. Heckman hat sich lange mit der



Perry-Vorschulstudie beschäftigt, die man auch in Deutschland kennt. Die Langzeitstudie begann vor fast fünfzig Jahren mit benachteiligten Kindern von drei und vier Jahren. Die Investition von 7000 Dollar in gute Vorschulen erbrachte eine märchenhafte Rendite für die Kids wie für die Gesellschaft. Die hat später die vielfach höheren Beträge für Arbeitslosigkeit, Gefängnis und staatliche Fürsorge eingespart. Die jährliche Rendite betrug heuschreckenverdächtige sieben und ansteigend über die Jahrzehnte gar vierzehn Prozent.

In seiner eigenen Forschung hat Heckman herausgefunden: Je früher das Eingreifen, desto höher der volkswirtschaftliche Gewinn. Dagegen ist die Rendite für späte Sprachkurse oder aktive Arbeitsbeschaffungsmassnahmen negativ: hohe Kosten, niedrige Wirkung. Am meisten hat Heckman der Langzeiteffekt der Früherziehung verblüfft. Was ganz unten zum Guten angerührt wird, hält ein ganzes Leben lang.

Emotionaler und sozialer IQ

Was genau passiert? Der IQ verbessert sich nicht immer dauerhaft, auch bei «Head Start» und «No Child Left Behind» war dies nicht der Fall. Doch verbessert die Frühbildung die nichtkognitiven Fähigkeiten, den «emotionalen» oder «sozialen IQ»: sich konzentrieren, stillsitzen, zuhören, abwarten, durchhalten, auf andere zugehen. Kurz: Die Impulskontrolle wurde gesteigert, was auch die niedrigeren Kriminalitätsraten im späteren Leben erklärt. Es ist Heckmans Verdienst, den Blick von den Intelligenzgewinnen weg und hin zu den Gewinnen bei den Soft Skills gerichtet zu haben.

Der Ökonom Heckman betont immer wieder die Win-win-Situation. Das Kind verbessert seine Lebenschancen, die Gesellschaft erwirtschaftet aus dem Erwerbsleben des einstigen Zöglings Gewinn, statt Geld etwa im Justizvollzug zu versenken. Freilich müssen auch die Eltern ins Boot geholt werden. Es reicht nicht, die Kinder täglich einige Stunden lang mit vorzüglichen Pädagogen in kleinen Gruppen zusammenzuführen, wenn sie hinterher wieder in die alten Defizite zurückfallen. Es gehört auch eine «Elternschule» dazu, wo die Erzeuger einige Stunden in der Woche von Sozialarbeitern eine Art Unterricht bekommen.

Wie sollen Eltern, die selber in Schwierigkeiten stecken, etwas über Erziehung wissen? «Wer sein Leben nicht versteht, kann keine Kinder erziehen», notierte Heckman in einem Interview. Den Eltern muss also gleichzeitig geholfen werden.

Da die Mittel- und die Oberschicht grundsätzlich hohe Investitionen in ihre Kinder tätigen, die Unterschicht das aber weder kann noch will, ist Heckman kein Freund von uni-

versellen (Umsonst-)Programmen für alle. Sein Fokus bleiben die unteren fünfzehn bis zwanzig Prozent, die Benachteiligten, die ihre Kinder benachteiligen und den Staat viel kosten: an Transfers, Suchtbekämpfung und Justizvollzug.

Die Konzentration in der Armutsdebatte auf Einkommen oder Einkommensverbesserungen geht nach Heckmans Ansicht an dem wirklichen Problem vorbei. Die Frage für ihn ist vielmehr, welchen Schaden die prekäre Familie, das prekäre Umfeld anrichtet. «Als ob

«Als ob wir der Familie nur weitere tausend Dollar geben müssten – das ist verrückt!»

wir der Familie nur weitere tausend Dollar geben müssten – und das soll's gewesen sein. Das ist verrückt!», kommentierte Heckman in einem Gespräch mit *Children of the Code*. Eine Strategie, die ein grösseres Augenmerk auf die elterlichen Fähigkeiten in den frühen Jahren richtet, würde Problemen vorbeugen, statt dass man sie später mit Fördermassnahmen behandeln muss.

Woran es wohl liegt, dass ausgerechnet ein Ökonom und Statistiker der Frage auf den Grund geht, warum der Einfluss der Schule auf die frühen Leistungsunterschiede so gering ist, ganz gleich wie viel Förderstunden sie anbietet? Er ist kein von Ideologie getriebener Sozialingenieur. Wie ein guter Naturwissenschaftler beobachtet er genau und sieht nach Auswertung aller Daten, dass die Entwicklung in der frühen Kindheit vom familiären Umfeld abhängt. Wenn das defizitär ist, dann bleibt aus menschlichen wie volkswirtschaftlichen Gründen nur eines: Frühintervention so früh wie möglich. ○

DOPPELT ODER MEHR?



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuthco.ch), wie Sie in Ihrer Vosorge dank Steuervorteilen mit weniger Risiken bessere Resultate erzielen.»

Remy Reichmuth, CFA

PRIVATBANKIERS
REICHMUTH & CO

INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 29
CH-8002 ZÜRICH TÖDISTRASSE 63 +41 44 299 49 49
www.reichmuthco.ch



Verkommenheit der Gesellschaft: Der verurteilte Oscar Pistorius verlässt das Gericht, 12. September 2014.

Freispruch für die Korruption

Oscar Pistorius symbolisiert die Verkommenheit von Gesellschaft und Politik in Südafrika. Das milde Urteil gegen den Sportstar zerstört die Hoffnung, dass wenigstens die Justiz funktioniert. *Eine Betrachtung des südafrikanischen Bestseller- und Krimiautors Mike Nicol*

An dem Tag, als Richterin Thokozile Masipa ihren Urteilsspruch im Pistorius-Prozess verkündete, gab es abends unter meinen Gästen kein anderes Gesprächsthema. Eine Frau regte sich furchtbar auf: «Er ist schuldig. Er hat sie umgebracht. Ich bin so was von wütend. Vermutlich wird er nicht einmal ins Gefängnis müssen.» Und etwas leiser dann: «Glaubt ihr,

dass die Richterin bestochen wurde? Ist das die Erklärung?»

Diese Sichtweise war in unterschiedlichen Varianten im Radio zu hören und in Zeitungen und sozialen Medien zu lesen. Die Öffentlichkeit war empört. Die meisten Leute hielten Oscar Pistorius für schuldig, seine Freundin Reeva Steenkamp getötet zu haben. Davon

waren sie überzeugt, weil sie einen Sündenbock brauchten. In einem Land, in dem Täter allzu oft straffrei ausgegangen sind, wollten sie, dass ein Verbrechen bestraft wird. Die Richterin hatte sie enttäuscht.

Und weil sie enttäuscht waren und weil Korruption in Südafrika heutzutage so verbreitet ist, musste jemand die Richterin bestochen haben.



den männlichen Krieg gegen Frauen. Im Grunde symbolisierte er alles Schlechte im Land. Die Nation sehnte sich nach Heilung. Weil prominente Politiker und Geschäftsleute sich ungestraft Bestechung, Korruption und Betrug erlauben können (Präsident Zuma waren siebzig Fälle von Korruption, Betrug und Geldwäscherei vorgeworfen worden), musste jemand für seine Taten zur Rechenschaft gezogen werden. In einer Zeit, die keine ethischen Werte mehr kannte, sollte Recht gesprochen werden.

Immer mehr Morde

Hinzu kommt, dass der Staatsapparat kaum noch funktioniert. Kein Angehöriger der Mittelschicht würde etwa ein staatliches Krankenhaus aufsuchen. Lieber lässt man sich für exorbitante Summen in einem Privathospital behandeln, wo es Betten und saubere Laken gibt und alle Apparate funktionieren. Oder nehmen wir das Bildungssystem, mit dem es stetig bergab gegangen ist. Oder die Arbeitslosigkeit, die offiziell bei 25 Prozent liegt, angesichts des wachsenden informellen Sektors aber weit höher sein dürfte. Hinzu kommen die korrupte Polizei, Streiks, die die Wirtschaft an den Rand einer erneuten Rezession gebracht haben, und gewalttätige Proteste gegen unzureichende öffentliche Dienstleistungen, was dazu führt, dass wichtige Strassen oft gesperrt sind. Die Menschen fühlen sich bedroht. Nach der neuesten Kriminalitätsstatistik, die kürzlich veröffentlicht wurde, gibt es gute Gründe für diese Angst. Immer mehr Morde werden verübt, es gibt immer mehr Mordversuche, Raubüberfälle und Einbrüche.

Im Fall Pistorius dachte die Nation, dass eine Verurteilung wegen Mordes zeigen würde, dass zumindest die Justiz funktioniert und der Gewalt etwas entgegengesetzt würde. Doch dann sprach die Richterin nicht mehr von vorsätzlicher Tötung, so dass das ganze Thema Gewalt gegen Frauen wegfiel. Der Mordvorwurf wurde fallengelassen. Das Urteil war natürlich sehr umstritten. Als Pistorius viermal auf die Toilettentür schoss, muss ihm klar gewesen sein, dass er die Person, die er dahinter vermutete, töten würde. Viele Juristen hielten die Argumentation der Richterin für falsch. Vielleicht war das so. Vielleicht hatte sie angesichts der generellen Gewalt und Angst in der Gesellschaft Milde walten lassen. Vielleicht hatte sie gedacht, Pistorius müsse einen Grund für seine Schüsse gehabt haben, weil Einbrüche im heutigen Südafrika an der Tagesordnung sind.

Wie dem auch sei, das Urteil stiess auf so viel Empörung, dass es bald persönliche Angriffe auf die Richterin hagelte, die daraufhin Personenschutz erhielt. Auch das zeigt, wie es um Südafrika bestellt ist.

Auch wenn die Erwartungen an den Schuldspruch ziemlich gut die Stimmung im Land spiegeln, der Prozess war eine Anomalie. An dem Tag, an dem Pistorius die tödlichen Schüsse auf Steenkamp abfeuerte, gab es, statistisch gesehen, 39 weitere Morde. Diejenigen Täter, die überhaupt angeklagt worden wären und nur minimalen Rechtsbeistand gehabt hätten, wären rasch verurteilt worden.

Weil Pistorius aber eine prominente Figur ist, genoss sein Prozess weltweites Aufsehen, und Südafrika konnte zeigen, dass das Verfahren absolut korrekt war. Es bewies auch, dass zwanzig Jahre nach Ende der Apartheid eine schwarze Richterin über einen weissen Südafrikaner zu Gericht sitzen konnte.

Beweismittel verschlampt

Das war zwar interessant, aber hier ging es nicht um die Hautfarbe. In diesem Prozess ging es nicht zuletzt um die Inkompetenz der Ermittlungsbehörden. Beweismittel waren verschlampt worden, Beamte hatten am Tatort Wertgegenstände mitgehen lassen, und bald kam heraus, dass der Chefermittler des versuchten siebenfachen Mordes verdächtigt wurde. Der Mann quittierte wenig später den Dienst.

Natürlich stand die Unfähigkeit der Polizei nicht zum ersten Mal im Licht der Öffentlichkeit. Die Kriminologin Liza Grobler weist in ihrem jüngsten Buch, «Crossing the Line. When Cops Become Criminals», einer Untersuchung über Korruption im Polizeiapparat, darauf hin, dass gegen fünfhundert Beamte wegen Mordes, Vergewaltigung und Tötlichkeiten ermittelt wurde. Grobler spricht von

mangelnder Professionalität der Polizei und wirft ihr vor, im Schatten der massiven Kriminalität selbst Verbrechen zu verüben, weil es keine Korruptionsbekämpfung gebe. Und dann kommt sie zum Kern der Sache: «Es ist inakzeptabel, dass der Polizeichef ein Politiker ist und viele füh-

rende Positionen im Polizeidienst von Politikern bekleidet werden. Es wird immer die Gefahr von politischem Appeasement bestehen, verschärft durch fehlende Fachkenntnisse und ein mangelndes Verständnis der komplexen Organisation.»

Zwischen der Inkompetenz der Polizei und der hohen Kriminalität besteht natürlich ein



«Ist das die Erklärung?»: Richterin Masipa.

Wut und Enttäuschung gingen weit über den Pistorius-Prozess hinaus. Pistorius stand für die Verkommenheit der Gesellschaft. Der «Blade Runner» mochte eine Sportlegende sein, aber er war auch arrogant, gewalttätig und rücksichtslos. Es war bekannt, dass er in Restaurants und durch das geöffnete Schiebedach eines Autos geschossen hatte. Dass er eine Frau getötet hatte, war unstrittig.

In einem Land mit einer Mordziffer, die im letzten Jahr um 3,5 Prozent auf eine Rate von 32 pro 100 000 Einwohner gestiegen ist (das ist das Fünffache des globalen Durchschnitts), wo 56 Prozent der Morde an Frauen von ihrem Partner verübt und statistisch gesehen in jeder Stunde sechs Frauen vergewaltigt werden (täglich 3600 Fälle), symbolisierte Pistorius



Was ausserhalb des Gerichtssaals passierte: Anwesen des südafrikanischen Präsidenten.

Zusammenhang. Es ist auch kein Zufall, dass die Kriminalität unter Präsident Zuma zugenommen hat. Beim organisierten Verbrechen, unter Gangstern, unter Beamten und Politikern herrscht die Haltung vor, dass man mit allem durchkommt. Nehmen wir nur den gegenwärtigen Skandal um Zuma – konkret den Ausbau seiner Privatvilla auf Staatskosten.

An dem Freitag, als Richterin Masipa Pistorius vom Mordvorwurf freisprach, wurde im Parlament ein Bericht eingebracht. Dieser Bericht war viel wichtiger im politischen Leben Südafrikas als das Gerichtsurteil, aber auf den Titelseiten der Zeitungen wurde er nicht erwähnt. So wie am Tag zuvor ein Brief Zumas an die staatliche Ombudsfrau, den die Zeitungen irgendwo im Mittelteil versteckt hatten. Am Donnerstag ging es ausschliesslich um Pistorius.

Zumas private Bau-Exzesse

Der mit Spannung erwartete Bericht an das Parlament resümierte eine Untersuchung über den Ausbau von Zumas Privatvilla. Anfang des Jahres hatte die Ombudsfrau Thuli Madonsela festgestellt, dass Präsident Zuma persönlich von den Kosten in Höhe von 250 Millionen Rand profitiert habe, und ihn aufgefordert, einen Teil zurückzuzahlen. Daraufhin liess der Teflon-Präsident die Angelegenheit von einer parlamentarischen Kommission untersuchen.

Am Freitag, während Pistorius von Richterin Masipa der fahrlässigen Tötung für schuldig befunden wurde, hätte sich jeder Leser des Abschlussberichts der Untersuchungskommission über den Zeitpunkt der Veröffentlichung gewundert. Die Bauexzesse wurden, nicht ganz unerwartet, drei ehemaligen Generaldirektoren und dem Projektleiter an-

gelastet. Aus den Aussagen der Beamten ging auch deutlich hervor, dass sie sich verpflichtet gefühlt hatten, den Wünschen des Präsidenten nachzukommen. (Keiner von ihnen hatte finanzielle Vorteile.) Wie der Projektleiter Sam Mahadeo erklärte: «Dies war eine ganz besondere Situation mit einem besonderen Auftraggeber, daher agierten wir auf besondere Weise.» Zwei Männer glaubten, sie würden ihren Job verlieren, wenn sie nicht mitmachten. Abschliessend wird im Bericht festgestellt, dass fünfzehn Mitarbeiter des Bauministeriums und der Architekt Minenhle Makhanya die Verantwortung trügen. Die Untersuchungskommission hatte gegen den Architekten sogar schon Schadenersatz in Höhe von 155 Millionen Rand geltend gemacht. Den Präsidenten traf natürlich keine Schuld. Die Ombudsfrau hatte sich geirrt. Es war ein Fall von Amtsmissbrauch, für den auf den Titelseiten der Zeitungen aber kein Platz war.



Zunehmende Kriminalität: Präsident Zuma.

So wie am Vortag kein Platz für Zumas Brief an Madonsela gewesen war. Sie hatte im August bei ihm angefragt, wann er auf ihren Bericht über seine Villa reagieren werde. Seine Antwort, am zweiten Tag der Urteilsverkündung im Pistorius-Prozess, beschränkte sich auf die Feststellung: «Die Rolle des Public Protector entspricht der einer Ombudsperson und nicht der eines Gerichts. Stellungnahmen seitens des Public Protector sind daher keine bindenden Gerichtsurteile, sondern sinnvolle, mitunter nachdrückliche Hilfsinstrumente im demokratischen Prozess.» Faktisch war das eine Kritik an der Ombudsfrau, die damit zum Abschluss freigegeben wurde.

Der stellvertretende Verteidigungsminister Kebby Maphatsoe hatte sie ohnehin schon beschuldigt, eine CIA-Spionin zu sein (am Ende musste er seine Bemerkung zurücknehmen). Die beiden höchsten Mitarbeiter ihres Amtes traten zurück, während allgemein spekuliert wurde, die Männer seien durch die politischen Angriffe auf ihr Amt eingeschüchtert worden. Da das Amt des Public Protector von der Verfassung geschützt wird, konnte man den Eindruck gewinnen, der ANC habe sich im Interesse des Präsidenten über die Verfassung hinweggesetzt.

Das war der politische Hintergrund während des Pistorius-Prozesses. All das hätte uns beschäftigen sollen. Stattdessen starrten wir auf Oscar Pistorius, den wir uns als Sündenbock wünschten. Und als klar war, dass das nicht passieren würde, waren wir empört, viel zu empört, um zu sehen, was ausserhalb des Gerichtssaals passierte.

Der südafrikanische Bestsellerautor **Mike Nicol** schrieb mehrere historische Romane und Kriminalthriller.

Aus dem Englischen von **Matthias Fienbork**

Bis zu 82% Rabatt!

Jetzt Probe lesen, sparen und gewinnen!

Beim grossen Special der Verlage profitieren Sie gleich doppelt! Sie lesen Ihren Wunschtitel zum Vorzugspreis und gewinnen vielleicht schon bald eines von insgesamt fünf iPad mini. Wir wünschen Ihnen viel Glück!

Grosser Wettbewerb
5x je ein iPad mini,
16 GB, Wi-Fi + Cellular
– ohne SIM-Lock.



www.abo24.ch

 <p>58% sparen</p> <p>Wissen, was wichtig ist. 10 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 48.–*</p>	 <p>16% sparen</p> <p>Das überraschende Umwelt- und Wissensmagazin. 3 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 23.70*</p>	 <p>41% sparen</p> <p>Das führende Magazin für Bio- und Naturgarten. 3 Ausgaben für nur Fr. 15.– statt Fr. 25.50*</p>	 <p>58% sparen</p> <p>Das Schweizer Magazin für Mode, Schönheit und Kultur. 6 Ausgaben + 1x BoleroMen für nur Fr. 25.– statt Fr. 59.–*</p>	 <p>25% sparen</p> <p>Das Magazin für Fitness und Ausdauersport. 3 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 26.70*</p>	 <p>46% sparen</p> <p>Unterhaltsam, spannend, nützlich. 12 Ausgaben für nur Fr. 25.– statt Fr. 46.80*</p>	 <p>33% sparen</p> <p>Geniessen mit Annemarie Wildeisen's KOCHEN. 4 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 30.–*</p>	 <p>44% sparen</p> <p>Das Magazin für ganzheitliches Leben. 4 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 35.60*</p>
 <p>29% sparen</p> <p>Update für Ihr Computerwissen. News, Tests, Kaufberatung, Tipps&Tricks. 6 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 28.20*</p>	 <p>37% sparen</p> <p>Tipps für den Umgang mit PC, Smartphone und Tablet. 6 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 31.80*</p>	 <p>58% sparen</p> <p>Schweizer Magazin für Wohnen, Architektur und Design. 5 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 47.50*</p>	 <p>50% sparen</p> <p>Die meistgelesene Zeitschrift der Welt. 6 Ausgaben für nur Fr. 19.90 statt Fr. 40.20*</p>	 <p>32% sparen</p> <p>Das beliebte Kochmagazin der Schweiz. 6 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 29.40*</p>	 <p>64% sparen</p> <p>Das meistgelesene People-Magazin der Schweiz. 11 Ausgaben + 3x SI Style für nur Fr. 25.– statt Fr. 70.40*</p>	 <p>28% sparen</p> <p>Das Magazin über das gute Leben auf dem Land. 3 Ausgaben für nur Fr. 15.– statt Fr. 21.–*</p>	 <p>39% sparen</p> <p>Das grösste Celebrity- & Fashion-Magazin der Schweiz. 6 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 33.–*</p>
 <p>52% sparen</p> <p>Relevante News und intelligente Unterhaltung. 10 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 42.–*</p>	 <p>82% sparen</p> <p>Die grösste abonnierte Tageszeitung der Schweiz. 30 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 109.50*</p>	 <p>67% sparen</p> <p>Die Schweizer Zeitschrift für Tier und Natur. 12 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 60.–*</p>	 <p>52% sparen</p> <p>Lesegenuss für Weinliebhaber und Weinexperten. 3 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 41.40*</p>				
 <p>30% sparen</p> <p>Für tierliebende Menschen. Informiert, klärt auf, regt an und bewegt. 3 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 28.50*</p>	 <p>41% sparen</p> <p>Voller Einsatz für eine weltoffene und unabhängige Schweiz. 5 Ausgaben für nur Fr. 25.– statt Fr. 42.50*</p>	 <p>39% sparen</p> <p>Das Magazin für Mütter und Väter in der Schweiz. 4 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 32.80*</p>	 <p>33% sparen</p> <p>Das Magazin für Menschen mit Lebenserfahrung. 5 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 30.–*</p>				

Ihr Profitier- und Gewinncoupon

Ja, ich möchte folgende/n Titel zur Probe lesen und dabei bis zu 82% sparen. Zusätzlich nehme ich automatisch am Gewinnspiel um ein iPad mini teil!

Bitte gewünschte/r Titel ankreuzen:

- | | | |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> Beobachter | <input type="checkbox"/> Online PC Magazin | <input type="checkbox"/> Sonntagszeitung |
| <input type="checkbox"/> BeobachterNatur | <input type="checkbox"/> PCtipp | <input type="checkbox"/> Tages-Anzeiger |
| <input type="checkbox"/> Bioterra | <input type="checkbox"/> RAUM UND WOHNEN | <input type="checkbox"/> Tierwelt |
| <input type="checkbox"/> Bolero | <input type="checkbox"/> Reader's Digest Schweiz | <input type="checkbox"/> VINUM – Europas Weinmagazin |
| <input type="checkbox"/> FIT for LIFE | <input type="checkbox"/> Saisonküche | <input type="checkbox"/> Welt der Tiere |
| <input type="checkbox"/> Glückspost | <input type="checkbox"/> Schweizer Illustrierte | <input type="checkbox"/> Weltwoche |
| <input type="checkbox"/> KOCHEN | <input type="checkbox"/> Schweizer Landliebe | <input type="checkbox"/> wir eltern |
| <input type="checkbox"/> natürlich | <input type="checkbox"/> SI Style | <input type="checkbox"/> Zeitlupe |

Ich wähle 2 Probeabos und erhalte somit einen **10-Fr.-Gutschein** von (bitte nur ein Kreuz): Migros Orell Füssli

Vorname

Name

Strasse, Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail



Oder schneller gehts unter:

www.abo24.ch

Coupon einsenden an: abo24, Leserservice, Postfach, 8099 Zürich

Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich künftig abo24.ch oder die beteiligten Verlage via E-Mail über weitere interessante Angebote informieren.

Teilnahmebedingungen: Jeder Coupon nimmt an der Verlosung teil. Die Teilnahme ist unabhängig von einer Bestellung. Nur Wettbewerbs-telnahme kostenlos unter www.abo24.ch. Teilnahmechluss ist der 16.12.2014. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Preise werden nicht bar ausgezahlt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.

*Im Vergleich zum Einzelkauf. Gilt nur für Neuabonnenten in der Schweiz. (Preis inkl. MwSt. und Versandkosten.)





Täuschend echt: Cara Delevingne und Kate Moss.



Bring Back Our Girls!

Von Daniele Muscionico

Sie kann, wie sie will. Das Mädchen links im Bild hat das Glück, dass alles in Erfüllung geht, was sie sich zu wünschen nie wagte. Zumindest erzählt sie das der Presse, und die verdient mit jedem Satz, den sie über das Mädchen links im Bild abdrucken darf, Unsummen. Noch mehr verdient sie allerdings mit einem Bild des Mädchens links im Bild – darum glaube keiner, dieses Foto sei bloss irgendein Selfie. Von den Models Cara Delevingne und Kate Moss der Welt kostenlos zur Verfügung gestellt auf dem Fotonetzwerk Instagram. Das aus jedem Schnappschuss ein vergilbtes Kunstwerk mit Schmusezertifikat macht. Wer's glaubt.

Wer's nicht glaubt, weiss: Das ist ein wohlkalkuliertes Werbebild des Modefotografen Mario Testino, aufgenommen anlässlich einer Kampagne für den Duft eines britischen Trenchcoatherstellers gleichen Namens. Dass virtuell behauptete Gefühle möglicherweise das Gegenteil von Gefühlen sind, nämlich gewerbsmässiger Gefühlsmissbrauch, das braucht man heute keinem mehr beizubringen. Oder bloss jenen, die keine Digital Natives grossgezogen haben, also digitale Ureinwohner, lies: mit digitaler Technologie in der Wolle feingewaschene Kinder, zum Beispiel.

Wir anderen, das sind die Digital Immigrants, die digitalen Einwanderer, und in Wirklichkeit sind wir nicht nur die schweigende Mehrheit, weil lesende Minderheit, in Wirklichkeit sind wir in der Überzahl. Noch sind wir sie, die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung, die Mehrheit der Leserinnen, Konsumenten, Endverbraucher. Der Dummen, die glauben, was sie sehen.

Und das Mädchen links im Bild? Sie lässt nicht nur Männer rätseln, was sie wohl unter ihrem Mantel trägt ... Erst im Mai liess sich Cara Delevingne nämlich auch auf Instagram blicken, damals mit tiefschwarz geschminkten Augen und kunstvoll vernachlässigten Strähnen. Vor der Brust hielt sie einen Zettel mit der Forderung: «Bring Back Our Girls». Und? Die nigerianischen Mädchen sind noch immer nicht frei, fünf Monate nach ihrer Verschleppung. Die Internetkampagne mit prominenter Unterstützung «Bring Back Our Girls» war so schnell vergessen, wie sie geschrieben war.

Wieso wir hier nicht ein Bild der entführten Schülerinnen zeigen? Weil wir fürchten, das Unglück der vielen sei ansteckend. Wir sonnen uns lieber im Glück der wenigen. Im Glück der Glücklichen, die einen Namen haben und ein Gesicht.

Bestseller

Belletristik

- 1 (-) **Ken Follett:** Kinder der Freiheit
(Bastei Lübbe)
- 2 (1) **Lori Nelson Spielman:** Morgen kommt ein neuer Himmel (Fischer Krüger)
- 3 (2) **Bernhard Schlink:** Die Frau auf der Treppe (Diogenes)
- 4 (3) **Guillaume Musso:** Vielleicht morgen (Pendo)
- 5 (-) **Paulo Coelho:** Untreue (Diogenes)
- 6 (4) **Charles Lewinsky:** Kastelau (Nagel & Kimche)
- 7 (7) **Daniel Glattauer:** Geschenk (Zsolnay)
- 8 (10) **Wolf Haas:** Brennerova (Hoffmann und Campe)
- 9 (6) **Karin Slaughter:** Bittere Wunden (Blanvalet)
- 10 (5) **Petra Ivanov:** Hafturlaub (Appenzeller)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (Ullstein)
- 2 (2) **Guinness World Records 2015**
(Hoffmann und Campe)
- 3 (7) **Peter Scholl-Latour:**
Der Fluch der bösen Tat (Propyläen)
- 4 (4) **Colleen Dorsey:** Rubberband-Schmuck (Scorpio)
- 5 (5) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (Insel)
- 6 (-) **Aicha Laoula Schmocker:** Verkauft!
(Cameo)
- 7 (3) **Brigitte Trümpy-Birkeland:**
Sternenkind (Wörterseh)
- 8 (6) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung
(Bibliographisches Institut GmbH)
- 9 (9) **Hans Küng:** Glücklich sterben
(Piper)
- 10 (8) **Charlotte Link:**
Sechs Jahre (Blanvalet)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Sexismus

Die Uno-Gleichstellungsbehörde hat ein neues Problemfeld entdeckt: die Diskriminierung von Frauen in Spielfilmen. Nur ein Drittel der Sprechrollen seien mit Frauen besetzt, heisst es in einem Uno-Bericht. Rollen mit angesehenen Berufen wie Rechtsanwälten oder Professoren gingen fast ausschliesslich an Männer. «Diese Studie ist ein Weckruf, der zeigt, dass die Filmindustrie noch einen weiten Weg zu gehen hat», sagt die Direktorin der Uno-Gleichstellungsbehörde UN Women, Phumzile Mlambo-Ngcuka. Noch nicht zu Wort gemeldet hat sich der Uno-Männerbeauftragte, falls es so einen überhaupt gibt. Auch er hätte allen Grund, einen Weckruf zu lancieren: Bösewichte werden zu geschätzten 99 Prozent mit Männern besetzt. Was für eine Diskriminierung! (rb)

Film

«Tom Cruise war sehr glücklich»

Vor 15 Jahren starb Stanley Kubrick, einer der grössten Regisseure Hollywoods. Sein engster Mitarbeiter, Jan Harlan, erzählt von der tiefen Angst des Meisters vor dem Mittelmass. Von Rainer Praetorius

Herr Harlan, Sie waren als Executive Producer dreissig Jahre lang eine der wichtigsten Bezugspersonen Kubricks. Wie ist es dazu gekommen?

Kubrick war mit meiner Schwester verheiratet, so haben wir uns kennengelernt. Ich hatte Anfang der sechziger Jahre noch nichts mit dem Filmbusiness zu tun. Wir trafen uns privat, spielten mit den Kindern, assen abends häufig zusammen – und redeten über Musik. Das war das einzige Thema, bei dem ich ungefähr auf der gleichen Ebene mitreden konnte.

Noch bevor Sie beruflich miteinander zu tun hatten, haben Sie Kubricks Meilenstein «2001: A Space Odyssey» (1968) an einer berühmten Stelle beeinflusst.

Ja, ich war oft auf dem Set von «2001» und habe mir die Dreharbeiten angeguckt. Da war dieser schwarze Monolith – ich habe überhaupt nicht kapiert, was das werden sollte. Kubrick rief mich an und sagte, er suche noch ein letztes Musikstück für den Film, etwas Pompöses, Grossartiges, das aber schnell zu einem Ende komme. «When you come, bring all your LPs and make some suggestions», sagte er mir. Ich brachte ihm einen Stoss von Bruckner, Mahler, Wagner, Sibelius, Holst und Strauss. Bei Richard Strauss' «Also sprach Zarathustra» gefiel ihm bereits der Titel. Er hörte sich das Stück an – und war begeistert. Dieses Bom, Bom, Bom, Bom! Da das Stück weniger als zwei Minuten dauert, konnte er «Zarathustra» am Anfang des Films in voller Länge einbauen. Durch den Film ist das Stück sehr berühmt geworden.

Wann wurde aus dem privaten Verhältnis eine berufliche Beziehung?

Wir haben uns immer mal wieder in London getroffen. 1969 hat er mich gefragt, ob ich mit ihm ein Jahr lang zusammenarbeiten wolle. Aus dem Jahr wurden drei Jahrzehnte. Irgendwann habe ich nebst beruflichen Angelegenheiten auch seine persönlichen Verwaltungssachen übernommen: Ich habe für ihn alles geregelt, was mit Finanzen und Steuern zu tun hatte. Ich war auch die Verbindungsperson zwischen ihm und der Produktionsgesellschaft Warner Brothers.

Haben Sie auch Einfluss auf die künstlerische Ausrichtung der Filme genommen?

Ich hatte eine dienende Funktion, wie alle anderen um ihn herum auch. Die entscheidenden Personen bei einem Film sind der

Autor und der Regisseur. Alle anderen sind ersetzbar, selbst die grössten Schauspieler. «2001: A Space Odyssey» bedeutete für Kubrick den Durchbruch. Die Reaktionen auf den Film waren anfangs verhalten.

Pauline Kael von der Zeitschrift *New Yorker* gehörte damals zu den einflussreichsten Filmkritikerinnen. Sie fand «2001» so ziemlich das Langweiligste, was sie je gesehen hatte. Viele andere Kritiker folgten ihr in dem Urteil. Wirklich begeistert waren die Teenager. In einer Phase, in der man alles negativ empfindet – also die Eltern sind blöd, die Schule ist blöd, et cetera –, ist Kubricks Verneigung vor dem Unbekannten auch ein

«Er war sehr streng mit sich, hat hemmungslos Szenen gestrichen, die er am Vortag noch gut fand.»

Ausdruck des freien, schrankenlosen Denkens. Die Jugendlichen haben den Film zu einem riesigen Erfolg gemacht.

Solche ambivalenten Reaktionen hat es eigentlich bei allen Filmen von Stanley Kubrick gegeben. Wie ist er damit umgegangen?

Er hat sich kaum zu Kritiken geäussert. Einmal ging ich wütend mit einem Verriss über «Full Metal Jacket» [Kubricks Vietnam-Film, Anm. d. Red.] in sein Büro und sagte, dass ich mit diesen Zeitungsleuten reden werde. Er hielt mich davon ab: «Bloss nicht! Du wirst die nie wieder los.» Die britische Presse hat Kubrick immer miserabel behandelt. Er hat dann auch vierzig Jahre lang nicht mehr mit den Leuten geredet.

Auch das Verhältnis zum US-Militär war seit Kubricks Antikriegsfilm «Dr. Strange-



love or: How I Learned to Stop Worrying and Love the Bomb» mehr als gespannt.

Mit der US Army konnten wir nicht mehr arbeiten. Wir brauchten aber für die Dreharbeiten zu «Full Metal Jacket» drei Panzer, wie sie damals in Vietnam eingesetzt worden waren. Wir mussten ausserhalb der amerikanischen Armee danach suchen. Fündig wurden wir in Flandern. Die belgische Armee hatte noch drei davon, die Panzer waren inzwischen unbrauchbar geworden, technisch total überholt. Ich bin nach Antwerpen gefahren und habe mich bei dem entsprechenden Offizier vorgestellt. Er kannte Kubrick, wir sprachen über «2001» und andere seiner Filme. Auf offiziellem Weg gab es keine Möglichkeit für ihn, Panzer für Filmaufnahmen ins Ausland zu vermieten. Aber plötzlich sagte er: «Look, just bring them back. – Bring sie einfach wieder zurück.» Ich habe sie umsonst gekriegt.

Eine ungewöhnliche Entscheidung war auch, in «Full Metal Jacket» die Rolle des Rekrutenschinders Sergeant Hartman mit Lee Ermei zu besetzen – der Mann war gar kein Schauspieler.

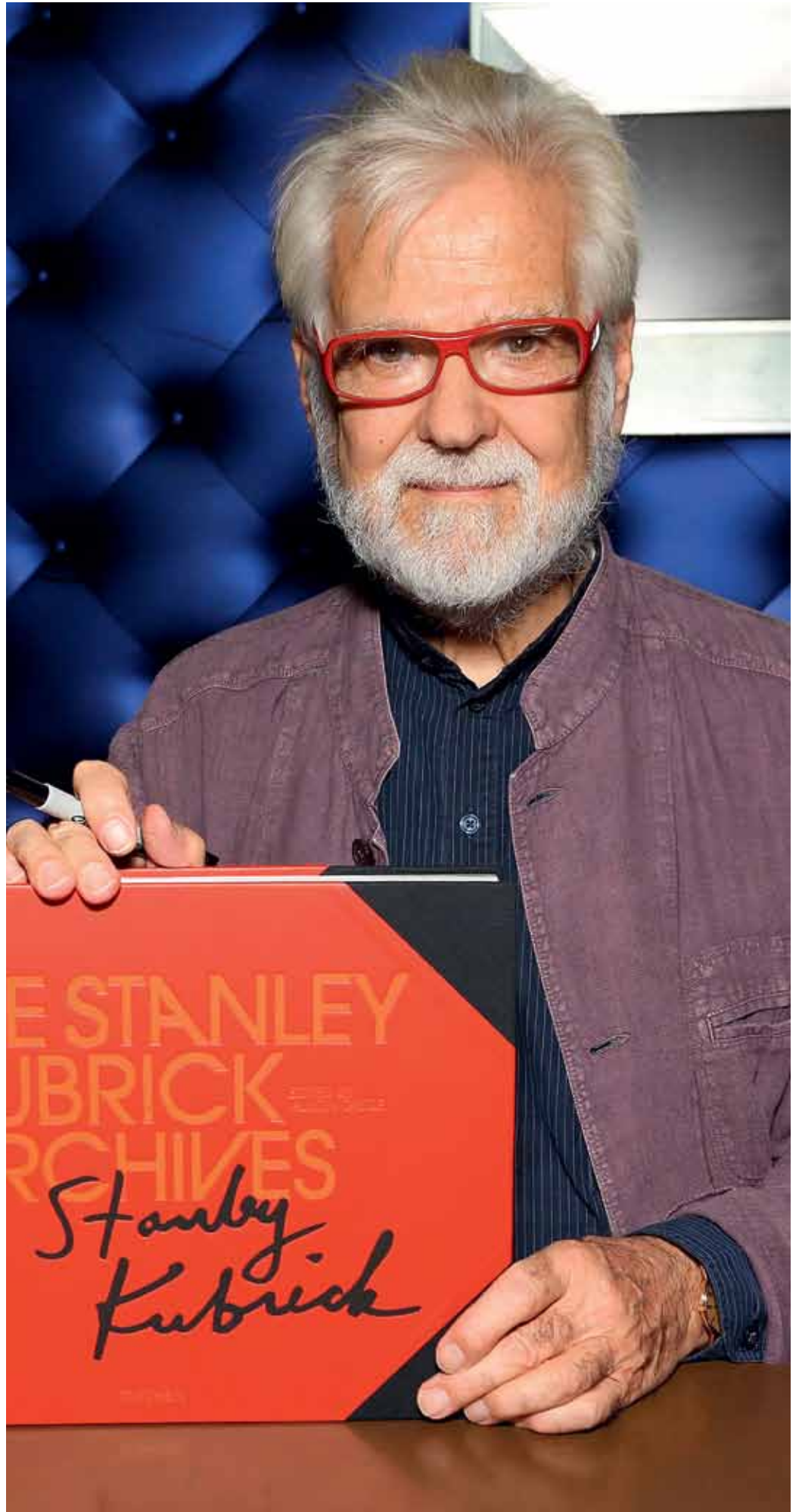
Er war ein ehemaliger Rekrutenausbilder, unter anderem auch in Vietnam. Wir wussten ja nicht, wie man mit Gewehren umgeht, wie man die auseinandernimmt. Auch wie sich Militärs verhalten, war uns fremd. Also haben wir Lee Ermei als technischen Berater engagiert. Unter anderem half er dabei, die richtigen Schauspieler auszusuchen. Er schrie die Leute beim Casting an, als sei er noch Drill-Instruktor in Vietnam. Die jungen Männer waren verblüfft. Aber sie wollten den Job. Dann sagte Stanley zu Ermei: «Lee, ... did you really say that?» – «Did I say what, Sir!», schrie er zurück – dermassen überzeugend, dass wir uns dazu entschlossen, ihn zu engagieren. Als Schauspieler.

Kannte Kubrick so etwas wie Selbstkritik?

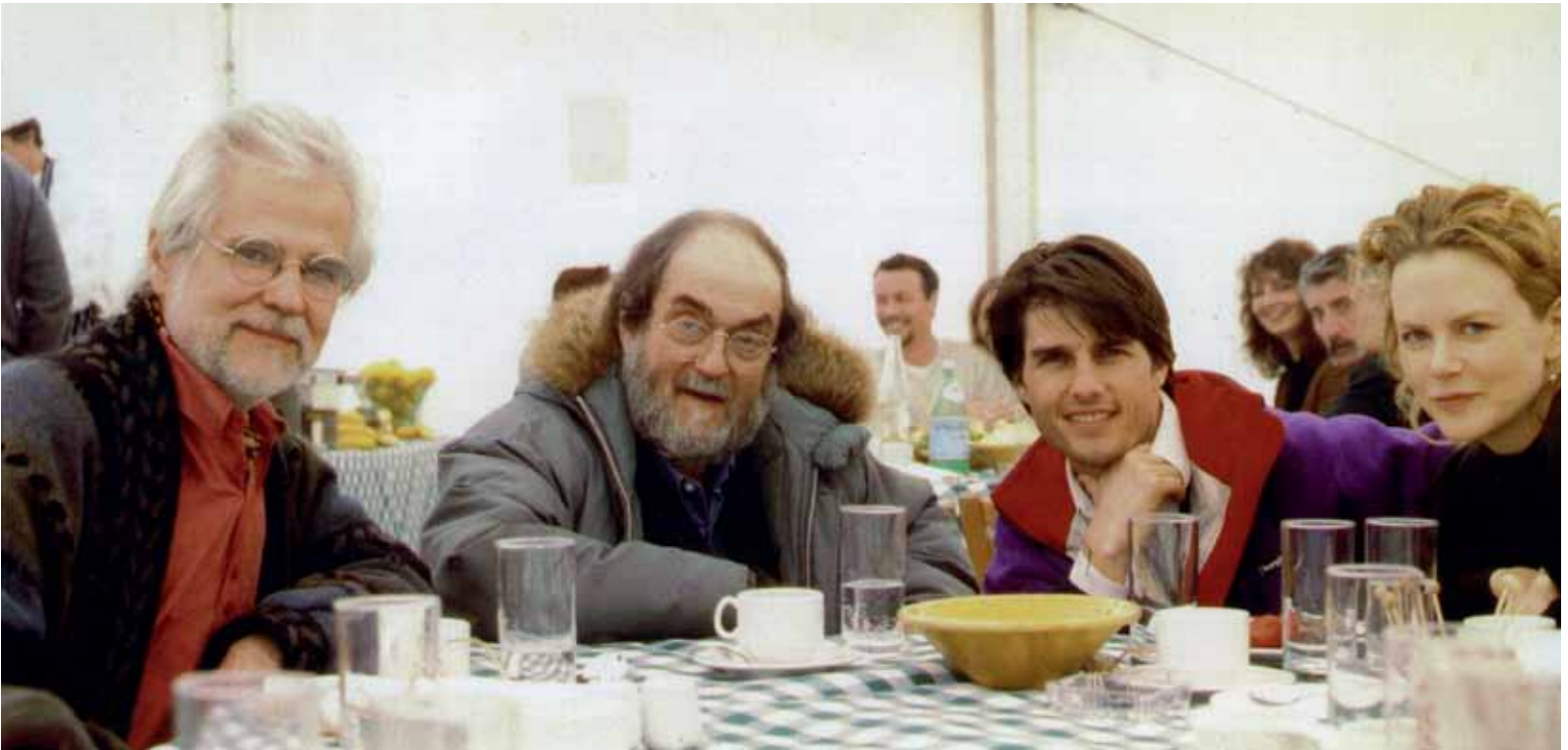
Er war sehr streng mit sich. Und hat hemmungslos Szenen gestrichen, die er am Vortag noch gut fand. Da hatte er überhaupt keine Hemmungen.

Zum Beispiel?

Für «Eyes Wide Shut» [Kubricks letzten Film, Anm. d. Red.] haben wir einen ganzen Tag lang eine Szene mit Harvey Keitel gedreht, die im Badezimmer eines reichen Mannes spielte. Am nächsten Tag fand Kubrick das Badezimmer plötzlich schrecklich: «Das ist niemals das Haus eines Multimillionärs in New York! Das ist viel zu geschmackvoll. Das stimmt einfach nicht.» Wir waren ratlos. Ich konnte doch den Hauptdarsteller Harvey Keitel nun nicht zehn Wochen warten lassen, bis wir ein neues Badezimmer gebaut hatten! Das wäre viel zu teuer gewesen. Folglich muss-



Eine dienende Funktion: Kubrick-Assistent Harlan.



Ohne das übliche Macho-Getue: Harlan (l.) und Kubrick mit Tom Cruise und Nicole Kidman auf dem Set von «Eyes Wide Shut».



Antikriegsfilm: «Dr. Strangelove».



Meilenstein: «2001: A Space Odyssey».



Vietnamfilm: «Full Metal Jacket».

ten wir jemand anderes engagieren. Die Rolle hat dann Sydney Pollack übernommen.

Hat sich Kubrick – der berühmte Perfektionist – auch Fehler erlaubt?

In «Barry Lyndon» [Kubricks Historienfilm von 1975, Anm. d. Red.] kommt im Soundtrack ein Schubert-Trio vor. Das Stück wurde erst dreissig Jahre nach dem Zeitpunkt komponiert, in dem der Film spielt. Stanley war sich dessen voll bewusst. Er fand dieses Schubert-Trio aber so toll, dass er es unbedingt haben wollte. Er meinte: «Ah, who knows? You know, it's lovely ... I love it.»

Welche Regiekollegen mochte er besonders?

Er war ein grosser Verehrer von Ingmar Bergman. Stanley war auch begeistert von Edgar Reitz. 1984 war er vollkommen hingekissen von dessen Filmreihe «Heimat». Die hat er geradezu aufgesogen. Ich kann mich noch genau erinnern, wie wir uns den Film zusammen ansahen. Während einer Szene meinte Kubrick, so etwas habe er sein ganzes Leben noch nie gesehen.

Kubrick war mit dem amerikanischen Regisseur Steven Spielberg befreundet. Die beiden machten fundamental unterschiedliche Filme.

Auch ihre Arbeitsweisen waren gänzlich verschieden. Kubrick arbeitete mit wenigen Menschen und ganz langsam. Steven Spielberg hat einen riesigen Apparat, arbeitet sehr effizient und schnell. Die Dreharbeiten von «A.I.» [Ein Filmprojekt, das Kubrick an Spielberg abgegeben hat, Anm. d. Red.] dauerten 22 Wochen! Wir haben ein Jahr gebraucht, um einen Film nur schon ansatzweise vorzubereiten. Wir waren ganz wenige

Leute, jeder musste alles machen. Die ganzen Schauspielermasken für «Eyes Wide Shut» zum Beispiel habe ich persönlich in Venedig gekauft.

Ist das die Aufgabe eines Executive Producers?

Normalerweise nicht. Aber wir hatten niemand anderes, die Kostümtante musste ja wegen der Dreharbeiten in London bleiben. Ich flog viermal nach Venedig und kaufte die ganzen Dinger ein. Das war unsere Arbeitsweise. Und das machte auch Spass: Alles war sehr improvisiert, mit einem Minimum an Personen. Wir hatten vier Büros und einen Fotokopierer.

«Kubrick brauchte ein Jahr zum Drehen. Und dann noch einmal ein Jahr zum Schneiden.»

Stanley Kubrick hat nur wenige Filme gedreht. Wieso dauerte es immer mehrere Jahre, bis ein neuer Film in die Kinos kam?

Allein die Vorbereitungen dauerten ein Jahr. Dann hat Kubrick unter Umständen das ganze Projekt wieder abgesagt – und das Jahr war damit verloren. Dann brauchte er ein weiteres Jahr zum Drehen. Und dann noch einmal ein Jahr zum Schneiden. Das ist schon sehr ungewöhnlich. Aber er konnte nicht anders. Er ging immer auf Nummer sicher mit seinen Einstellungen und drehte deshalb sehr viel. Oft hatten wir 300 Kilometer Film – der fertige Film braucht nur vier. Einen Editor zu engagieren, der parallel zu den Dreharbeiten schneidet, wäre viel effizienter gewesen, das wusste er auch. Aber er



Endlich eine Verliererrolle: Tom Cruise.

wollte nicht abgelenkt werden. Er wollte sich immer auf den nächsten Drehtag konzentrieren.

Auch «Eyes Wide Shut» – Kubricks letzter Film – uferte zeitlich aus.

Die Arbeiten für «Eyes Wide Shut» zogen sich viel länger hin als geplant. Dadurch liefen die Kosten aus dem Ruder. Das mochte er gar nicht. Warner Brothers schenkte ihm aber volles Vertrauen und gab ihm alle Freiheiten. Dies wollte er nicht missbrauchen. Es war ihm sehr wichtig, dass Warner Brothers das Geld wieder einspielte.

Solche Arbeitsbedingungen sind einmalig in der Filmgeschichte.

Ja, man hat ihn immer machen lassen. Terry Semel, damals Boss bei Warner Brothers, sagte: «Es hat keinen Sinn, jemanden wie Kubrick zu engagieren – der so ein sorgfältiger und pedantischer Perfektionist ist – und dann zu versuchen, ihm reinzureden.»

Kubrick starb völlig überraschend im Jahr 1999 – kurz nach der Fertigstellung von «Eyes Wide Shut».

Als die Verantwortlichen von Warner Brothers nach den vielen Verzögerungen endlich den Film gesehen hatten und begeistert waren, fiel eine grosse Last von seinen Schultern. Er starb eine Woche später.

Wie zufrieden war Kubrick mit seinen beiden Hauptdarstellern, Nicole Kidman und Tom Cruise?

Er war sehr glücklich mit Tom Cruise. Den fand er genau richtig. Und Cruise war glücklich, endlich einmal eine Verlierer-

rolle spielen zu dürfen, eine schwache Figur, ohne das übliche Macho-Getue. Nicole Kidman kam erst viel später dazu. Wir wollten eigentlich kein Ehepaar haben. Deshalb hatten wir sie zunächst gar nicht im Blickfeld. Dann sahen wir aber einen Film mit ihr, «To Die For». Nicole spielte darin eine Wetteransagerin. Da sah man, wie fantastisch diese Frau ein Close-up hält – ohne Schnitt. Kubrick war sehr angetan von ihr. Er fragte

«Er wollte auf gar keinen Fall Mittelmässiges anbieten, davor fürchtete er sich wirklich.»

Tom: «Hast du etwas dagegen, wenn wir deine Frau fragen für die Rolle?» Dieser antwortete: «Nein, wunderbar, wir arbeiten gern zusammen! Toll!» Und so kam das zustande.

Wovor fürchtete sich Stanley Kubrick am meisten?

Wollen Sie eine freche Antwort hören? Davor, nach der Bedeutung des «2001»-Schlussteils gefragt zu werden. Ernsthaft würde ich aber sagen: vor dem Mittelmass. Er wollte auf gar keinen Fall Mittelmässiges anbieten, davor fürchtete er sich wirklich. Und das hat er auch geschafft.

Ein solcher Anspruch bereitet ja schon bei der Themensuche Probleme. Wie schwer tat sich Kubrick damit, einen geeigneten Filmstoff zu finden?

Es hat jeweils sehr lange gedauert, bis er sich dazu entschlossen hat, einen Film zu machen. Denn er wusste: Wenn diese Entscheidung getroffen ist, dann nimmt dies zwei oder drei Jahre seines Lebens in Anspruch. Diese lange Zeitspanne kann man nur mit starker Leidenschaft durchstehen. Für ihn war entscheidend, dass er sich in ein Projekt verlieben konnte! Das ist etwas, was ich wirklich von Kubrick gelernt habe: Ohne Passion und ohne die Liebe für eine Geschichte ist man nicht in der Lage, etwas hervorzubringen, was aus der Masse herausragt. Es ist einfach, einen Film zu machen. Einen guten Film zu machen, ist schwierig. Einen guten Film zu machen, der auch noch erfolgreich ist – das ist fast schon ein Wunder.

Jan Harlan, 1937 in Karlsruhe geboren, war der Schwager und dreissig Jahre lang Executive Producer des amerikanischen Meisterregisseurs Stanley Kubrick («2001: A Space Odyssey», «A Clockwork Orange», «Eyes Wide Shut», u. a.). Vor seinem Ableben 1999 ernannte der Regisseur Harlan zu seinem Testamentsvollstrecker. Zusammen mit seiner Schwester Christiane Kubrick kümmert sich Harlan um den umfangreichen Nachlass.

Jazz

Dada-Jazz oder ein Spass à la française

Von Peter Rüedi

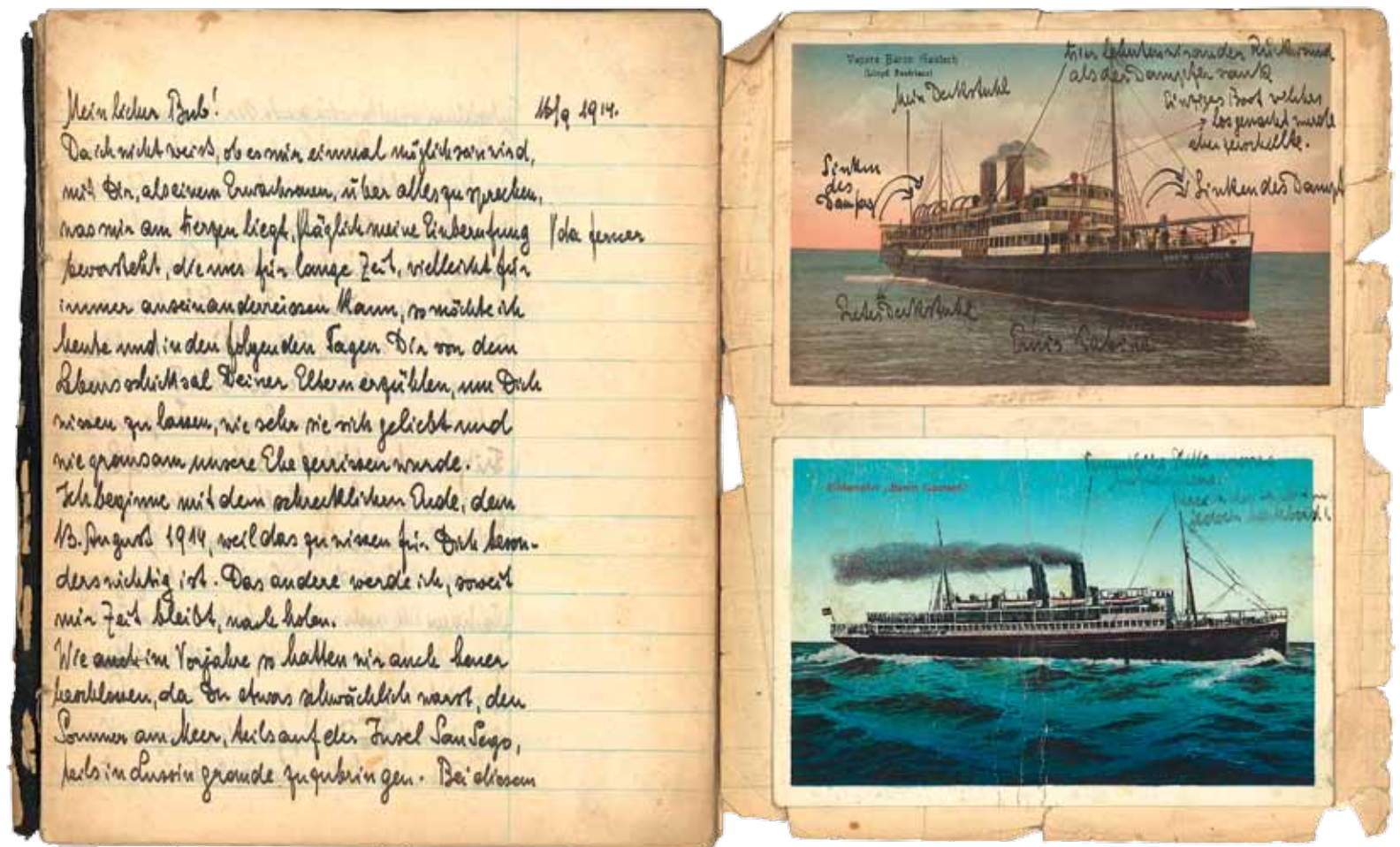
Was ist der Stand des Jazz? Auf feste Koordinaten ist er jedenfalls nicht festzunageln. Die Basis hat sich so verbreitert, dass orthodoxe Deutungsmonopole aller Art längst obsolet geworden, stimmige Definitionen aber so weit sind, dass sie nichts mehr sagen. Sicher hat das Gefälle zwischen einem US-amerikanischen Zentrum und Jazzszenen querweltein abgenommen, Jazz ist eine «Weltmusik» geworden, im Sinn ernsthafter Auseinandersetzungen mit allen denkbaren anderen Musiken. Also auch mit europäischer Volks- und Kunstmusik. Der Jazz ist europäischer geworden (wie er asiatischer oder afrikanischer geworden ist). Das heisst auch, dass sich das Verhältnis von Improvisation und Komposition verschoben hat. Nie war so viel von *instant composing* die Rede wie heute, und nie haben kollektive Kompositionsvorgänge eine solche Rolle gespielt. Der Franzose Emile Parisien, Saxofonist mit Jahrgang 1982, ist der Musterfall dieses neuen Typus eines europäischen Jazzmusikers, dem alles bedenkenwert und nichts heilig ist, und das gilt für die Geschichte der abendländischen Konzertmusik ebenso wie für die Jazzgeschichte im engeren Sinn. Ausgebildet ist er in beiden Lagern. Sein erstes eigenes Quartett spielte schon im Jahr 2000 eine Musik, die den Umgang mit Berlioz oder Strawinsky ebenso reflektierte wie den mit der schwarzen Jazztradition. Die Formation von 2000 mit Julien Touery (Piano), Ivan Gélugne (Bass) und Sylvain Darrifourcq (Schlagzeug) ist noch immer die seiner jüngsten CD. In einem Duktus der gespreizten Melodiosität, kunstvoll vorgeführter rhythmischer Brüche (manchmal mit Effekten wie bei vom Stroboskop geblitzten Bewegungen), einer fragmentierten Kontinuität, in der Kleinteiligkeit auch einer Comic-Dramaturgie voll witziger ironischer Glanzlichter ist sie eine sehr gestische, theatralische, verspielte Musik mit manchmal etwas dadaistischem oder leicht zickigem Einschlag. Wie der Soundtrack zu einem Trickfilm, nur umgekehrt: Wir müssen uns den Film nach der Musik selbst erfinden. Ein Spass mit dem und für das Publikum, virtuos vorgeführt. Sehr europäisch. Sehr französisch.



Emile Parisien Quartet (Julien Touéry, Ivan Gélugne, Sylvain Darrifourcq): Spezial Snack.
ACT 9575-2

Die «Titanic» der Adria

Vor hundert Jahren sank die «Baron Gautsch». Es war ein düsteres Omen des kommenden Untergangs der Habsburgermonarchie. Von Oliver vom Hove



«Ein Donnerschlag, der durch den mächtigen Schiffskörper fährt»: Tagebuch von Hermann Pfeiffer.

Der Kapitän und die Mannschaft verliessen als Erste das sinkende Schiff. Der Dampfer war zu nahe an der Küste mitten in die Katastrophe navigiert worden. Weder der Kapitän noch der Erste Offizier hatten sich auf der Kommandobrücke aufgehalten. So wurden alle Warnungen ob des halsbrecherischen Kurses ignoriert. Als dann das Unglück eintrat, überliessen sie die 240 Passagiere ihrem Schicksal und suchten nur die eigene Haut zu retten.

Nein, nicht vom rücksichtslosen Verhalten unverantwortlicher Schiffsführer in jüngster Vergangenheit wird hier berichtet. Vor hundert Jahren, am 13. August 1914, sank in der Adria der k. k. Passagierdampfer «Baron Gautsch», und schon damals war die Schiffsmannschaft als Erste im Rettungsboot. Durch die Nachlässigkeit der Schiffsführung war der 84 Meter lange und 12 Meter breite Luxusdampfer in ein von der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine gelegtes Minenfeld gelaufen und – zwei Jahre nach dem Untergang der «Titanic» – innerhalb von sieben Minuten gesunken. 147 Menschen kamen dabei ums Leben.

Das alles wäre längst mitsamt dem Schiff in den Adria-Fluten des Vergessens versunken, wäre nicht gerade jetzt, hundert Jahre nach der Katastrophe, das ebenso aufschlussreiche wie erschütternde Dokument aus der Feder eines Geretteten erstmals publiziert worden. Der Grazer Arzt und Universitätsprofessor Hermann Pfeiffer hatte Mitte September 1914, vier Wochen nach dem schrecklichen Ereignis, seine Wahrnehmungen und Erlebnisse in zwei Schulheften zu Papier gebracht – für seinen gleichfalls geretteten dreijährigen Sohn Ernst –, falls der Vater aus dem soeben begonnenen Weltkrieg nicht zurückkehren würde. Die Niederschrift sollte dem Söhnchen später Aufschluss darüber geben, wie seine Mutter Grete ums Leben gekommen war. Noch hundert Jahre später liest sich die dramatische Schilderung dank der Wortgewalt des Berichterstatters mit erdrückender Spannung.

Der 37-jährige Pathologe Hermann Pfeiffer hatte mit seiner jungen Familie wie schon im Vorjahr den Sommerurlaub auf der damals österreichischen Insel Lussin (heute Losinj) an

der dalmatinischen Küste angetreten, als sich die unbeschwerte Ferienstimmung durch den Kriegsausbruch am 28. Juli 1914 jäh verdüsterte. In leuchtenden Farben ruft sich der Berichterstatter diese Vorkriegs-Feriedidylle in Erinnerung, um den Absturz in die von ihm trotz allem begrüßte Kriegswirklichkeit umso krasser wirken zu lassen.

Ungewöhnlich nahe am Ufer

Am 8. August traf die Nachricht ein, dass Britannien vier Tage zuvor Deutschland den Krieg erklärt hatte. Alles drängte nun zur Heimreise. Am 13. August nahm das Linienschiff «Baron Gautsch» der renommierten Reederei «Österreichischer Lloyd» von Losinj aus Kurs auf Triest, von wo die Pfeiffers mit der Bahn nach Graz zurückkehren wollten. Bei klarer See geht es an der Südspitze von Istrien entlang in Richtung des k. k. Kriegshafens Pola (heute Pula). Doch vor den Brioni-Inseln nimmt der Grazer Arzt mit Besorgnis wahr, dass der Dampfer ungewöhnlich nahe am Ufer fährt: «Laufen wir hier keine Gefahr in ein Minenfeld

zu geraten, welches unzweifelhaft um Pola herum gelegt sein konnte?», geht ihm durch den Kopf. «Ist unser Kurs nicht unvorsichtig gewählt?»

Seine Bedenken vermag Pfeiffer nur kurz zu verscheuchen. Denn knapp nach halb drei Uhr nachmittags tritt die Katastrophe ein. «Ein Donnerschlag, der durch den mächtigen Schiffskörper fährt», beschreibt er später die Explosion, «ein übermächtiger Stoss, ein Klirren und Prasseln, Schreien, Heulen, Kreischen, Hasten, Toben, Splintern von Holz und Eisenteilen, die von oben her durch die Luft fliegen, ein Regen von Glasscherben, der sich auf uns ergiesst.» Die Seemine, die von der eigenen k.k. Kriegsmarine gelegt wurde, hat ein Loch in den Rumpf der «Baron Gautsch» gerissen. Rasch neigt sich das Schiff.

Die Pfeiffers sind an Deck, als es zur Explosion kommt. Das Kind schläft in der Kabine. Was tun? «Das Kind!», rufen sie: «beide mit einem Athem fast», und «fliegen über die Stiegen hinab zur Kabine 24, die unser Alles barg.» Vor der Nachbarskabine müssen sie mit ansehen, wie ein verzweifelter Vater erfolglos versucht, die fest verschlossene Tür zur Kajüte seiner Kinder aufzubrechen. «Ich habe den Mann nicht wiedergesehen. Es wird ihn wohl dort der Tod ereilt haben, ihn und seine beiden Kinder!»

Den Pfeiffers gelingt es, ihren Buben «durch eine rasend gewordene, gänzlich kopflos sich balgende, sich niedertretende Menge zum Promenadendeck hinauf zu tragen». Oben angelangt, können sie gerade noch an Rettungsgürtel gelangen, dann «legte sich der Dampfer so rasch zur Seite, dass ich an der Reling mich nicht mehr halten konnte und über die glatten Planken gegen die Wand des Rauchsalons glitt, wo neben mir Grete lehnte». Die Mutter vermag ihr Kind noch einmal zu küssen. «Ich hab dich so sehr lieb», ruft Pfeiffer seiner Frau zu, und «Ich hab dich ...», erwidert sie, aber: «Sie konnte nicht vollenden! Ein jäher, gellender, ohrenzerreissender Schrei zerreisst auf einmal die Luft. Ein Grauen, eine Verzweiflung liegt in ihm, wie ich's noch nie gehört. Ich werde ihn nie



«*Letzter Liebesdienst*»: Vater Hermann, Sohn.

aus den Ohren und aus dem Herzen kriegen ... Ich sehe über der senkrechten Verdeck-Mauer weissen Gischt und Schaum dringen und sehe, fühle, höre von allen Seiten die Flut auf uns niederstürzen. Es wird Nacht um mich!»

Die Wassermassen schleudern Vater und Sohn gegen die Wände des Promenadendecks. Der glitschige Körper des Buben droht zu entgleiten, doch der eine Kinderschuh, den Grete Pfeiffer ihrem Sohn in der Kabine noch anziehen konnte, gibt dem Klammergriff des Vaters Halt. «Deiner Mutter letzter Liebesdienst hat Dir so das Leben gerettet», schreibt er später verzweifelt dem Kind ins Stammbuch.

Im Gegensatz zur Mutter, die von den Wassermassen verschlungen wird, gelangen Hermann Pfeiffer und sein Sohn an die Wasseroberfläche. Dort umgibt sie «ein entsetzliches Ringen und Balgen, wahnsinniges Schreien, Fluchen, Beten, Röcheln Ertrinkender, Sterbender – vom Dampfer keine Spur mehr. Fern ein gekentertes Boot! Mehr sehe ich nicht.» Als sich aus der Tiefe vier Hände an seine Fussknöchel klammern und ihn mit dem Kind erneut tief unter Wasser ziehen, tritt der Vater in Todesnot so lange nach unten, «bis es ruhig wurde unter mir. Ich habe bewusst zwei Menschen getötet, um unseres, Deines zu erhalten», bekennt Pfeiffer und vermerkt voll Skrupel: «Heute noch rinnt's mir bei dem Gedanken eiskalt über den Rücken und wenn ich vor dem Spiegel stehe, überkommt mich ein Grauen darüber, dass ich es tun musste!»

Völlig am Ende seiner Kräfte, vermag sich der ums Überleben für zwei Kämpfende an einem Ruder festzuhalten, das im ölverseuchten Wasser treibt. Ein heillos überfülltes Rettungsboot verweigert ihm und dem Kind die Aufnahme, erst ein zweites bringt die beiden in Sicherheit.

«Wo ist die Mami?», lautete die erste Frage des geretteten Buben. Dem bedrückten Vater, Professor für Gerichtsmedizin, blieb der Gang in die Leichenhalle nicht erspart. Nach langem Suchen vermochte er die sterblichen Überreste seiner Frau zu identifizieren. Am Eingang der Halle lagen, noch ungeordnet, die ertrunkenen Kinder. Von den unmündigen Passagieren der «Baron Gautsch» hatte einzig Ernst überlebt.

Die Fama der serbischen Höllenmaschine

Der Untergang der «Baron Gautsch» kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs wirkt im Rückblick wie ein düsteres Omen der kommenden Niederlage der Habsburgermonarchie. Dass ein österreichisches Passagierschiff aus pflichtvergebenem Leichtsinne der Besatzung Opfer der eigenen militärischen Verteidigungsstrategie werden konnte: diese schmachvolle Tatsache durfte unter der Kontrolle der Zensur im Krieg vorerst nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Also erfand man vorübergehend die Fama von einer serbischen «Höllmaschine», die das Schiff angeblich in die Luft fliegen liess.

Doch die Überlebenden liessen aus Empörung über das Fehlverhalten der Mannschaft nicht locker. So ging Hermann Pfeiffer, wie er berichtet, in Graz persönlich zum Chefredaktor einer Zeitung, um eine Richtigstellung zu erwirken. Ihm wurde nur die eingeschränkte publizistische Freiheit bestätigt.

Der Kapitän der «Baron Gautsch», Paul Winter, und sein Erster Offizier Josef Luppis wurden vor ein See-Gericht gestellt. Winter hatte in seiner Kabine geschlafen, Luppis war vorschriftswidrig von der Kommandobrücke abgetreten, um sich zum Mittagessen zu begeben.

Sowohl der Prozessverlauf wie das Urteil blieben wegen der Kriegszensur geheim. 1920 indes waren die beiden schon wieder im Marineinsatz: als Kommandanten von Transatlantiklinern des Lloyd Adriatico.

Die Hinterbliebenen klagten vergebens auf Entschädigung. Teils fielen die Akten in Wien dem Justizpalastbrand 1927 zum Opfer, teils wurden sie in der Reichspogromnacht 1938 bei der Plünderung der Kanzlei des beauftragten jüdischen Anwalts vom Mob zerstört.

Hermann Pfeiffer, der in Graz zweimal Dekan der medizinischen Fakultät gewesen war, starb bereits 1929, erst 52-jährig. Auch das Leben seines Sohnes Ernst blieb von den traumatischen Ereignissen des Jahres 1914 überschattet. Das berichtet seine Tochter Ingrid Pfeiffer im Vorwort des Bandes, mit dem sie nun das private Tagebuch ihres Grossvaters zugänglich gemacht hat.



«*Das Kind!*»: Hermann und Grete Pfeiffer.



Hermann Pfeiffer: Halte Dich dicht an mich und eile! Der Untergang der «Baron Gautsch». Braumüller. 156 S., Fr. 29.90

Top 10

Knorrs Liste

1	Il capitale umano	★★★★★
Regie: Paolo Virzi		
2	Gemma Boverly	★★★★☆
Regie: Anne Fontaine		
3	The Wind Rises	★★★★☆
Regie: Hayao Miyazaki		
4	Monsieur Claude und seine...	★★★★☆
Regie: Philippe de Chauveron		
5	Guardians of the Galaxy	★★★★☆
Regie: James Gunn		
6	Der Kreis	★★★★☆
Regie: Stefan Haupt		
7	The Railway Man	★★★★☆
Regie: Jonathan Teplitzky		
8	Lucy	★★★★☆
Regie: Luc Besson		
9	Der Koch	★★★★☆
Regie: Ralf Huettner		
10	Sin City 2	★★★☆☆
Regie: Frank Miller/R. Rodriguez		

Kinozuschauer

1 (1)	Sex Tape	25 940
Regie: Jake Kasdan		
2 (2)	Qu'est-ce qu'on a fait au ...	19 801
Regie: Philippe de Chauveron		
3 (-)	Sin City: A Dame to Kill for	7008
Regie: Frank Miller, Robert Rodriguez		
4 (6)	Maya the Bee Movie	6600
Regie: Alexs Stadermann, Simon Pickard		
5 (3)	Guardians of the Galaxy	6426
Regie: James Gunn		
6 (5)	Lucy	5479
Regie: Luc Besson		
7 (4)	Hercules (3-D)	5276
Regie: Brett Ratner		
8 (-)	Der Kreis	3665
Regie: Stefan Haupt		
9 (-)	If I Stay	3524
Regie: R. J. Cutler		
10 (7)	Der Koch	3450
Regie: Ralf Huettner		

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	The Amazing Spider-Man 2 (Sony)
2 (2)	Noah (Rainbow)
3 (3)	Divergent (Ascot Elite)
4 (-)	Homeland Season 3 (Fox)
5 (4)	Sabotage (Impuls)
6 (9)	Die Schadenfreundinnen (Fox)
7 (7)	The Lego Movie (Warner)
8 (-)	Sons of Anarchy – Staffel 4 (Fox)
9 (6)	The Return of the First Avenger (Disney)
10 (-)	Bibi und Tina, Kinofilm (Tudor)

Quelle: Media Control



Anti-Adonis und Westernheld: Audie Murphy (r.) mit Gia Scala in «Ride a Crooked Trail».

DVD

Ein Kolibri im Sattel

Wer kennt Audie Murphy? Im Zweiten Weltkrieg war er der höchstdekorierte Soldat und in über vierzig Western ein ungewöhnlicher Held. Von Wolfram Knorr

Am 26. Januar 1945 geriet in der Nähe von Holtzwihr im Elsass die Kampftruppe von Lieutenant Audie Murphy in Bedrängnis. Sechs deutsche Panzer, begleitet von Infanteristen, näherten sich und setzten einen US-Panzerzerstörer in Flammen. Murphy sprang tollkühn auf, krallte sich das Maschinengewehr und beharkte halsbrecherisch die Gegner. Viele Landser kamen in seinem Kugelhagel um – und die deutschen Panzer zogen sich zurück. Eine typische Macho-Angeber-Szene aus einem Hollywood-Kriegsfilm? Die Rambo-Nummer aus einem brodelnden Karacho-Reisser? Weder noch, sondern pure Wirklichkeit.

Sein Ausdruck genügte

Für den aberwitzigen Einsatz, dem fünfzig deutsche Landser zum Opfer gefallen waren, erhielt der Lieutenant die «Medal of Honor», die höchste Tapferkeitsauszeichnung der USA. Es war nicht die einzige Medaille, die seine Uniform schmückte. Bald hingen 33 Orden an seinem Jackett! Er ging als höchstdekoriertester US-Soldat aus dem Zweiten Weltkrieg hervor, aber entsprach ganz und gar nicht dem Klischee eines Helden. Weder war er eine Kompaktkarosserie à la Arnold Schwarzenegger noch ein kantiger Bürstenhaarschnitt-recke à la Burt Lancaster. Audie Murphy mass gerade mal 1,65 Meter, hatte ein Knabengesicht und einen Körper, dem sich alles andere nachsagen

liess, nur nicht, als «definiert» bezeichnet zu werden. Und dennoch wurde aus dem Anti-Adonis auch noch ein Westernheld!

1924 in Kingston, Texas, geboren, drückte er gerade mal fünf Jahre die Schulbank, meldete sich nach dem Angriff auf Pearl Harbor freiwillig zur Armee, wurde wegen seines Alters erst mal abgelehnt, dann aber doch akzeptiert, und zeigte erstmals 1943 auf Sizilien seine Tollkühnheit. Er liebte Patrouillengänge, Anschließereien an den Feind. Kollegen machten einen Bogen um ihn, wenn er sich freiwillig meldete und Begleitung verlangt wurde. Seine Rückkehr wurde zum Triumph; er eilte von Ehrung zu Ehrung und landete auf dem Cover von *Life*. Neugierig auf den merkwürdigen Kerl, lud Hollywood-Grösse James Cagney ihn ein und war entsetzt, als er den grössten Helden des Zweiten Weltkriegs am Flughafen empfing: «Sein Teint», so Cagney, «ist bläulichgrau.»

Wovon die Öffentlichkeit nichts wusste und auch nicht wissen sollte, waren die posttraumatischen Störungen, die ihn heimsuchten. Sie quälten ihn; ohne Licht überstand er keine Nacht, er zitterte und reagierte auf unerwartete Geräusche mit Panik. Hinter der Fassade war er ein psychisches Wrack, aber für die Traumfabrik, geeicht auf Fassaden, ein gefundenes Fressen. Auch wenn er für den *frontier*-Mythos nicht gerade dem idealen Erscheinungsbild entsprach, war das für Hollywoods

Zauberer kein Problem. Das Babyface wurde als Kontrast zu den King-Lear-haften Nussknackern à la John Wayne positioniert. Die Universal Studios, die Murphy unter Vertrag nahmen, verpflichteten ihn in B-Produktionen, kostengünstigen, rigoros runtergezählten Geschichten. Die dauerten gerade mal zwischen siebzig und neunzig Minuten, wurden gerne in Doppelprogrammen der «Revolverkinos» eingesetzt und hatten etwas «Volkstheaterhaftes». Murphy gehörte nicht zu den Lee-Strasberg-Mimen, auf deren Gesichtern freudsche Spektakel stattfanden. Er hatte einen Ausdruck, und der reichte.

In über vierzig Western spielte er, und sie waren keineswegs nur von minderer Qualität. Sein unpräzises lakonischer Stil mit einer Prise Selbstironie hatte durchaus Charme. Es gab anspruchsvolle Regisseure wie John Huston («The Unforgiven», 1960) oder Joseph L. Mankiewicz (im Politthriller «The Quiet American», 1958), die Murphys Potential erkannten und richtig einzusetzen wussten. Aber auch B-Film-Routiniers wie Jesse Hibbs, R. G. Springsteen, Jack Arnold verstanden es, Murphy ohne psychologische Fisimatenten in ihren puren funktionalen Storys aufblühen zu lassen. Wenn er nach einem scharfen Ritt vom Sattel glitt wie ein Kolibri von einer Zaunlatte und die Knarre schneller zog als alle anderen, war er eben der Kriegsheld. Bei seinen Verträgen war leider nicht er, sondern das Studio tollkühn. Es zog ihn über den Tisch. Auch in der Ehe hatte er wenig Glück, und beim Zocken auch. Er blieb ein Getriebener, der wie Joseph Conrads Held aus «Herz der Finsternis» einen Ort nicht loswird, aus dem die Klage widerhallt: «Das Grauen, das Grauen.» Dass er in seinen Rollen diese inneren Probleme total verdrängte, hatte fast auch wieder etwas Draufgängerisches.

Eine soeben erschienene Audie-Murphy-DVD-Box (zweispachig) bietet schönste Nostalgie. Vier Western umfasst sie, jede Hülle in Gestalt eines alten Filmplakats der fünfziger

und sechziger Jahre. Alle Filme wurden digital renoviert und stammen, das gibt ihnen den besonderen Reiz, aus der Ära vor der kopernikanischen Realismuswende à la Sam Peckinpah. Wenn hier einer stirbt, stirbt er noch sauber, und die Hemden bleiben frisch gebügelt. Seinen letzten Auftritt als Westerner hatte Audie Murphy, dessen verfilmte Kriegserinnerungen («To Hell and Back», 1955) zum grössten Kassenschlager der Universal Studios wurden (vor «Jaws»), 1969 in «A Time for Dying». Der Titel wirkt im Nachhinein makaber: Zwei Jahre später starb Audie Murphy bei einem Flugzeugabsturz in den Bergen von Virginia. ★★★★★

Das US-Filmbusiness hat seit je die Angewohnheit, erfolgreiche Werke aus nichtamerikanischen Ländern in eigenen Versionen neu zu drehen. Bei den TV-Serien ist das nicht anders. So geschehen mit der überragenden dänischen Krimiserie «Kommissarin Lund» und der nicht weniger brillanten dänisch-schwedischen «Die Brücke». Die US-Versionen «The Killing» und «The Bridge» können sich sehen lassen, auch wenn ihnen die depressiv-bohrende Intensität der Originale abgeht. Beide US-Versionen sind beeindruckend, weil sie die sehr skandinavischen Storys perfekt auf US-Verhältnisse übertragen. Besonders toll bei «The Bridge»: Da wird die mexikanisch-amerikanische Region zum Albtraum. ★★★★★



Beeindruckend: «The Killing».

Fragen Sie Knorr

In den nächsten Tagen startet wieder das Zürcher Filmfestival, das im Stadtbild nicht zu übersehen ist. Muss Zürich auch ein Filmfestival haben? Gibt es nicht schon genügend?



W. B., Zürich, per E-Mail

Sie sind doch aus Zürich. Seien Sie doch froh, dass derartige Anlässe Filme in die Stadt holen, von denen unter normalen Umständen viele nicht in die hiesigen Kinos finden. Natürlich kann man sich angesichts der Schwemme von Filmfestivals fragen, ob das auch noch in Zü-

rich sein muss. Da kann man auch die Gegenfrage stellen: Warum denn nicht? Alle international attraktiven Städte, von New York über Rom bis München, haben ihre eigenen Filmfestspiele, die das kulturelle Stadtleben beleben und illuminieren. Warum soll dann ausgerechnet die Stadt Zürich sich in kleinkarierte Bescheidenheit fügen? Als internationaler Finanzplatz tut sie es schliesslich auch nicht.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Wider den Konsens-Humor

Von Rico Bandle

Diesen Sonntag geht es wieder los mit «Giacobbo/Müller». Dass sich die Vorfreude in Grenzen hält, liegt einerseits am zuletzt aufgekommenen Gefühl, die Sendung habe ihre beste Zeit hinter sich. Andererseits – das ist die positive Nachricht – hat sich das sommerliche Ersatzprogramm «Comedy aus dem Labor» dermassen gut



Nonsens-Reporter: Fabian Unteregger.

entwickelt, dass man gerne noch ein paar Folgen mehr davon gehabt hätte.

Bereits das Gerüst überzeugte: Moderator Michel Gammenthaler war ein sympathischer Gastgeber, dem man auch verzieh, wenn seine Pointen mal nicht so flüssig daher kamen. Das Duo Lapsus sorgte jeweils mit ihrer clownhaften Komik für einen erfrischenden Kontrast zum sprachlastigen Humor der meisten Gäste. Ein Höhepunkt in jeder Sendung war Fabian Unteregger als schnauzbärtiger Nonsens-Reporter von «Brig-TV», der mit seinem gekünstelten Walliserdeutsch Passanten und Politiker hemmungslos auf den Arm nahm.

Überhaupt war die Sendung für Schweizer Verhältnisse wohlthuend inkorrekt. Die Gäste, eine Mischung aus arrivierten Komikern und Newcomern, Schweizern und Deutschen, schlugen mal nach links, mal nach rechts aus, zuweilen ging es auch unter die Gürtellinie, jedenfalls fehlte die gutschweizerische Rücksicht auf Sentimentalitäten. Diese Unbekümmertheit wirkt hoffentlich motivierend auf die Veteranen Viktor Giacobbo und Mike Müller: dass sie etwas von ihrem Konsens-Humor abkommen und wieder häufiger die Schmerzgrenzen ausloten.

Giacobbo/Müller: sonntags, 22.15 Uhr, SRF 1.

Nach der Party an die Schreibmaschine

Lois Long, auch «Lippenstift» genannt, war die erste Lifestyle-Journalistin New Yorks. In ihren Kolumnen verbreitete sie lustvoll ihre Vorstellung eines neuen, wilden Frauentyps. Von Sarah Pines

In einem mit Manuskripten und Aschenbechern übersäten Büro des Magazins *The New Yorker* erfand sie nachts nach Partys, im Abendkleid oder bloss in Unterwäsche, angeschwipst auf ihrer Schreibmaschine tippend, die intellektuelle Lifestyle-Kritik. In ihren Kolumnen riet sie der emanzipierten, urbanen Frau, sich über Mode und Konsum in Beziehung zur modernen Gesellschaft zu setzen. Lois Longs Vision eines neuen, wilden, jungen Frauseins war Vorläufer der heutigen *socialite*-Kultur, in der sich die Prominenz einer Kim Kardashian oder Olivia Palermo aus der richtigen Verbindung von Lifestyle und Mode ergibt.

Verkörperung des glamourösen Insiders

Lois Long wurde 1901 im suburbanen Stamford als Tochter eines Predigers, Lithografen und passionierten Orgelspielers geboren. Trotz ruhiger Jugend – in Stamford pendelten die Väter zur Arbeit in die Stadt, die Mütter blieben daheim bei Kind und Herd – war Lois Long alles andere als häuslich und genau das, was Harold Ross, Herausgeber des *New Yorker*, suchte. Denn nach ihrem Literaturstudium am Vassar College lebte Long in Manhattans East Side zusammen mit einer Freundin in einer vollgestopften Wohnung, gab stylische Soireen und durchstreifte Nachtclubs. Für Ross verkörperte Long die *new woman* des «Jazz Age»: Sie war intellektuell, hatte Sinn für das ästhetische Detail, Humor und war als Flapper das It-Girl der eigenen Zeit.

In den zwanziger Jahren war New York Informationshauptstadt: In Manhattan befanden sich alle grossen Buchverlage, die Häuser unzähliger Tageszeitungen und Magazine, in der Madison Avenue ausserdem die Headquarters der Werbeindustrie. 1925, nur ein paar Monate nach seiner Gründung, stand der *New Yorker* kurz vor der Pleite. Als Long sich zu dieser Zeit bei dem Magazin um eine Stelle bewarb, war sie Ross höchst willkommen, denn sie verkörperte die Ambition der Zeitschrift, anspruchsvoll, kultiviert und grossstädtisch zu sein.

Long war, so beschrieb es ein damaliger Kollege, «damals die umwerfendste Person des *New Yorker*. Ross war sich oft nicht sicher, was das Magazin sein sollte, [...] aber zweifelte niemals, dass der ideale *New Yorker*-Schriftsteller [...] jemand wie Lois Long sein würde. Er fühlte sich selbst als Aussenseiter, [...] und für ihn war Miss Long die Verkörperung des glamourösen Insiders. Eine aussergewöhnlich intelligente, gutaussehende und schwungvolle junge Frau, sie

hatte sich sofort freudig einem New York hingeeben, das immer in Bewegung schien, einer Stadt voll illegaler Kneipen, Nachtclubs, Tanztees, Football-Wochenenden und Dampfschiffe, die noch um Mitternacht fuhren.»

Nach kleineren Schreifarbeiten für die *Vogue* und Theaterkritik in der Zeitschrift *Vanity Fair* schrieb Long im *New Yorker* die Mode- und Lifestylekolumne «On and Off the Avenue», die sie nur mit ihren Initialen L.L. signierte, ausserdem kommentierte sie unter dem Pseudonym «Lippenstift» das New Yorker Nachtleben.

Long verkörperte die Ambition der Zeitschrift, anspruchsvoll, kultiviert, grossstädtisch zu sein.

In Zeiten der Prohibition propagierte Long Alkohol – sie selbst vertrug riesige Mengen – und die Umgehung der Prohibitions Gesetze. Sie riet ihren Lesern, Parfümflakons mit Whiskey zu füllen und dem Taxifahrer ein grosszügiges Trinkgeld zu geben, sollte man sich im Taxi erbrechen. Sie erklärte, dass es für eine Dame darauf ankomme, bei Übelkeit auf die Toilette zu rennen, und wie sich Flaschen ohne Korkenzieher öffnen liessen.

Ihre Modekolumne holte den Zauber der Üppigkeit von Pariser Modeschauen – tapetisierte Säle und Tische voller Bonbons, Zigaretten und Rosen – nach New York. Sie erkannte



Knisternder Tüten und Bonbonpapier: Long (r.).

die damals neue Mode Chanel – gerade Linien und kurze, untaillierte Garçonne-Kleider – als Ausdruck der sich viktorianisch-femininer Formen entledigenden modernen, unabhängigen Frau und als grundlegend für die New Yorker Flapper-Mode.

«Petting Parties»

Flapper waren junge Frauen, Ikonen des amerikanischen «Jazz Age» und erste *socialites* des zwanzigsten Jahrhunderts. Lois Long war eine von ihnen. Flapper tranken trotz Prohibition, rauchten, gingen auf «Petting Parties» und symbolisierten, zusammen mit einer neuen sexuellen Freiheit, den ersten schichtenübergreifenden, da massenproduzierten Modestil.

Diesen Stil konnten sich, so formulierte es 1921 eine Autorin der *New York Times*, die reicheren Mädchen beim mit Gin versetzten Nachmittagstee im schicken «Biltmore»-Hotel genauso leisten wie junge Künstlerinnen, Büromädchen, Schülerinnen oder Angestellte im Kaufhaus. Der Flapper repräsentiere ein neues weibliches Selbstbewusstsein, lache, so die Autorin weiter, sein überlegenes Lachen mit gerade der richtigen Portion Amusement angesichts der Welt. Wie «Schmetterlinge» schlüpfen sie aus «Kokons», in denselben «kleinen Pelz» gekleidet.

Der amerikanische Autor F. Scott Fitzgerald beschrieb den Flapper in seinen Schriften, noch bevor dieser neue Frauentyp in aller Munde war. In seiner Kurzgeschichte «Bernice Bobs Her Hair» (1920) erklärt die junge Marjorie ihrer verunsicherten Cousine Bernice, was es bedeute, als Frau «modern» zu sein. Sie solle zusammen mit der unnötig gerüschten, dicken Kleiderschicht des viktorianischen Zeitalters auch unnötige Emotionen und Affektiertheit fallenlassen. Altbackenes Frausein sei out, stattdessen seien kühles Selbstbewusstsein, eine gewisse Portion Rücksichtslosigkeit, Augenbrauenzupfen, schicke Kleidung und kinnlanges Haar gefragt – ein Bild, dem Lois Long, so zeigt es eine alte Fotografie, nicht nur optisch entsprach, sondern das sie lebte.

Arbeitsmöglichkeiten für Frauen

Vor allem brachte Long ihren Lesern eines bei: Einkaufen. Ihre wöchentlichen Kolumnen waren minutiöse, liebevolle und beeindruckende Zusammenstellungen neuester Trends und Schnäppchenjagden. Sie empfahl das Tragen künstlicher Perlen, empfahl den Laden Jay Thorpe in der 57sten Strasse für den Kauf französischer Unterwäsche, das Kaufhaus Denni-



Ikonen des amerikanischen «Jazz Age»: Schönheits-Salon in New York, um 1930.

son für das feinste Geschenkpapier, Zigaretten-Monogramm-Shops für Herren, einen Puppenausverkauf für Kinder, Leons Pariser Hüte oder einen Golf-Strumpf-Ausverkauf. Sie pries Milchpuderblau als die Farbe des Juli 1926 und erklärte, wie man sich mit wenig Geld – teuer aussehend – kleiden könne, indem man billig aussehende Ornamente entferne oder die richtigen Änderungen vornehme. Sie war so begeistert von Kleidern im T-Shirt-Schnitt, dass in ihrem Ton die freudige Brise auf dem Deck eines Long-Island-Segelboots mitschwang. Kurz, Long half ihren Lesern, aus dem Wust der Produkte New Yorks eine schöne Auswahl zu treffen. Der Ton ihrer Kolumne ist hell, voller Überraschungen, knisternder Tüten und Bonbonpapier.

In Amerika hatten bis zu den zwanziger Jahren die Suffragettenbewegung und der Erste Weltkrieg vor allem in den Städten erweiterte Arbeitsmöglichkeiten für Frauen geschaffen: als Angestellte in Kaufhäusern, Büros, als Sekretärinnen, Typistinnen oder Journalistinnen. Gleichzeitig hatte sich der Typ der «New Woman» – der emanzipierten, gebildeten und oft wohlhabenden Frau – weiter vergesellschaftet. Viele dieser Frauen folgten Trends vielleicht

nicht bis zum Typ des Flappers, erfanden sich aber auf der Arbeit und durch Werbeplakate, Magazine und Modekolumnen wie die Lois Longs als modern und zeitgemäss.

Demokratisierung der Mode

Im Laufe der Jahre wandelte sich der *New Yorker* von einem unbeschwert grosstädtischen Magazin zum Forum eines ernsteren, intellektuelleren und politischeren Diskurses. Lois Long behielt jedoch ihren humorvollen, leicht verspottenden Ton und schrieb bis in die

In Zeiten der Prohibition riet sie ihren Lesern, Parfümflakons mit Whiskey zu füllen.

späten sechziger Jahre für den *New Yorker* über den Lebensstil der Stadt.

Für Long standen Politik und Philosophie immer etwas hinter Modischem oder ästhetisch Drängendem zurück. Noch für heutige Leser fängt sie die Stimmung vom New York der Goldenen Zwanziger ein: ferne Klänge von Jazzmusik, Flapper mit heimlichen Flachmännern im Strumpfband, die Verheissungen

des Frauenwahlrechts, Art-déco-Tanzparkette, *shopping sprees*, das ratternde Nachtleben New Yorks, hupende Taxis, untergehakte, kichernde Passanten, Stöckelschuhe auf dem Asphalt, der feuchte Geruch von Regenmänteln und Sommerparfüms.

Sie verortete die moderne, stilvolle Frau nicht in Theaterbühne oder Kinoleinwand, sondern machte sie greifbar: inmitten der Stadt, an Orten der Freizeit, des Konsums und in Büros gleichermassen, in den Bars, Restaurants, Parks, Kaufhäusern und Teesalons Manhattans.

Ihr Pseudonym «Lippenstift» versinnbildlicht die Demokratisierung der Mode und den Anbruch einer neuen Zeit, in der wir, zumindest vom Standpunkt des Konsums aus gesehen, immer noch leben. Stilvoll sein heisst nicht immer nur Handverlesenes, sondern unweigerlich auch Massenware konsumieren, ob Bio-Konserven, H & M oder Lippenstifte. Kolumnen wie Longs «On and Off the Avenue» veränderten den Blick auf Mode und Freizeit. Vor allem seit dem Flapper, so sah es Long, ist es nicht immer ersichtlich, welcher Stand oder Beruf einer Frau hinter einem schönen Kleid stecken, und es ist auch nicht wichtig. ○

Jubel und Buhrufe

Rhabarber-Schorle im Schauspielhaus; «Happy Birthday» im Opernhaus. Von *Hildegard Schwaninger*



Unbedingt hingehen: Tschechows «Drei Schwestern».

Am Schauspielhaus Zürich zeigt man zurzeit eine grandiose Aufführung von Anton Tschechows «Drei Schwestern» – und das Theater ist nur halb voll. Wie kann denn das nur sein? Eine grossartige Inszenierung der Intendantin **Barbara Frey** mit hervorragenden Schauspielern: In einer Theaterstadt wie Wien, Berlin, New York, London wäre dieses Stück (wetten, dass diese Inszenierung irgendwann einen Preis bekommt?) restlos ausverkauft. Ist Zürich am Ende doch keine Theaterstadt? Schade; man sollte unbedingt hingehen! Das Spiel der drei Schwestern **Sylvie Rohrer**, **Friederike Wagner**, **Dagna Litzenberger Vinet** und ihrer vulgär-bösen Schwägerin **Hilke Altfrohne** muss man gesehen haben.

Den Russen in der Schweiz müsste das Herz höherschlagen; im Schauspielhaus kommt ein weiterer russischer Klassiker zu Ehren. Dostojewskis «Schuld und Sühne» im Schiffbau. In einer Inszenierung von **Sebastian Baumgarten**, dem aus Ostberlin stammenden Regisseur, den man in Zürich bestens kennt. Mit Brechts «Die heilige Johanna der Schlachthöfe» wurde er ans Berliner Theatertreffen eingeladen, über seinen «Don Giovanni» am Opernhaus allerdings breite man besser den Mantel des Schweigens. Mozart ist weniger seine Sache. Mit **Markus Scheumann** als Raskolnikow hatte Baumgarten einen Schauspieler, der ein täuschend ähnliches Dostojewski-Double ab-

gibt; die Inszenierung faszinierte nicht nur das treue Publikum – Kunstsammler und Mäzen **René Braginsky** mit **Susanne**, Schriftsteller **Adolf Muschg** mit **Atsuko**, Opernhaus-Intendant **Andreas Homoki** mit **Aurelia**, Rechtsprofessor **Hans Caspar von der Crone**, Schauspielhaus-Verwaltungsrätin **Brida von Castelberg**, SRG-Generaldirektor **Roger de Weck** und seine Frau, Kinderbuchautorin **Claudia de Weck** –, man sah auch ein paar hübsche Russinnen in koketten Stiefeletten. Der Schiffbau ist durch eine grosszügige Bar im Foyer (mit Blick auf



Grossartige Inszenierung: Barbara Frey.

den Jazzklub «Moods» und den Speisesaal des «La Salle») aufgemöbelt. Dort zapfen die Kellner frisches Bier, und es gibt so exotische Drinks wie Rhabarber-Schorle.

Ins Opernhaus zur Saisoneneröffnung mit «Lohengrin» kam **Dominique Meyer**, Direktor der Wiener Staatsoper. Die Produktion in der Inszenierung von **Andreas Homoki** ist eine Koproduktion der beiden Häuser. Dort wie hier wurde die Inszenierung – sie passt ja gut zum aktuellen Oktoberfest, aber der Gralstritter in Lederhosen ist doch etwas gewöhnungsbedürftig – nicht besonders goutiert. In Zürich gab es kühne Buhrufe für den inszenierenden Hausherrn. Homoki, der immer fester im Zürcher Sattel sitzt (sein Vertrag wurde kürzlich bis 2022 verlängert), liess sich die Freude am Abend nicht nehmen und war an der Premierenfeier wie immer ein optimistisch-aufgestellter Gastgeber. **Dominique Meyer** machte, obwohl er im Moment mehr als ein Problem zu lösen hat – Generalmusikdirektor **Franz Welser-Möst** wie auch Dirigent **Bertrand de Billy** haben sich von der Wiener Staatsoper überraschend und per sofort verabschiedet –, einen entspannten Eindruck. Dirigentin **Simone Young** hatte im Schlepptau eine junge Dirigierstudentin und freut sich, dass es in ihrem Metier, wo ja vor allem Männer wirken, auch weiblichen Nachwuchs gibt. Für Chorleiter **Jürg Hämmerli** wurde «Happy Birthday» angestimmt, der anwesende **Moritz Leuenberger** hatte auch Geburtstag, ihm wurde nicht gesungen. Alle bestaunten **Klaus Florian Vogt**, den Titelhelden. Er ist der Tenor der Stunde und wirklich ein sehr fescher Mann. Er wird an der Eröffnung



Gralstritter in Lederhosen: Andreas Homoki.

der Mailänder Scala den Florestan in «Fidelio» singen, womit wir bei **Alexander Pereira** wären, dessen Schicksal die Zürcher Theatergeher nach wie vor beschäftigt. Dass er nach 21 Jahren Opernhaus Zürich die Salzburger Festspiele übernahm (auch wenn er dort die kürzeste Intendanten-Ära aller Zeiten hinlegte) und dann die Mailänder Scala, hat dem Nimbus des Zürcher Opernhauses sicher nicht geschadet. Pereira bleibt uns übrigens erhalten: Im Februar 2015 wird er im Opernhaus auf der Bühne stehen. In «Ariadne auf Naxos» als Haushofmeister, eine der Paraderollen des glamourösen Draufgängers.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Gegen jede Prognose

Die ehemalige Wachkomapatientin Yuliya Gregan, 39, und der Kaufmann Miguel Almoril, 42, versetzen zusammen Berge. Ihr Ziel ist, eine ganz normale Familie zu werden.



Nächstenliebe: Paar Gregan-Almoril.

Miguel: Unser Leben war perfekt: Wir hatten ineinander die grosse Liebe gefunden, waren beruflich erfolgreich, hatten einen grossen Freundeskreis und erwarteten unser erstes Kind. Doch dann ereignete sich dieser extrem schwere Autounfall. Yuliya trug derart schwere Kopf- und Hirnverletzungen davon, dass sie ins künstliche Koma versetzt werden musste. Die Ärzte machten mir keine Hoffnung. Würde meine Frau jemals wieder erwachen, wären die Folgeschäden so gravierend, dass sie für immer ein Pflegefall bliebe. Das Risiko, dass unser Kind schwer behindert zur Welt komme, sei ebenfalls riesig, teilten mir die Ärzte mit. Doch ich wollte dieses Kind, und ich wollte meine Frau zurück.

Yuliya: Ich geriet auf der nassen Fahrbahn ins Schleudern und erinnerte mich danach an nichts mehr.

Miguel: Für mich wurde schnell klar, dass Yuliya nur mit meiner intensiven Hilfe eine Chance haben würde. Ich pflegte sie monatelang im Krankbett, kämmte ihr die Haare, schnitt ihr die Fussnägel und sprach stundenlang zu ihr: über unser ungeborenes Kind.

Yuliya: Nach zwei Monaten konnte man die Hirnoperation machen, danach sollte ich aus

dem künstlichen Koma geholt werden. Stattdessen fiel ich in ein Wachkoma, wurde mir später erzählt.

Miguel: Meine Frau schenkte unserer Tochter Lena im Wachkoma das Leben. Dies geschah offenbar weltweit zum ersten Mal. Es war ein extremes Erlebnis, wie man sich sicher vorstellen kann, und ja, ich hatte Angst vor der Zukunft. Gleichzeitig setzte ich alles daran, um Yuliya ins Leben zurückzuholen. Zweimal «entführte» ich sie aus dem Krankenhaus, um ihr die Welt draussen zu zeigen.

Yuliya: Als das Baby drei Monate alt war, erweckte ich aus dem Koma. Ich erkannte Miguel nicht, und an eine Schwangerschaft konnte ich mich auch nicht erinnern. Aber als sie mir Lena in den Arm legten, wusste ich sofort, dass sie mein Kind ist.

Miguel: Als mich Yuliya zum ersten Mal umarmte, brach ich in Tränen aus. Die Ärzte wiederholten, sie werde niemals mehr gehen und keinen Satz mehr sprechen können. Ich nahm sie nach Hause, trainierte von nun an verbissen mit ihr. Heute spricht sie in ganzen Sätzen und kann die eine Körperhälfte wieder bewegen und koordinieren. Mein Leben dreht sich seit fünf Jahren um ihre Fortschritte, was natürlich auch den Kampf um Therapien, Umbauten im Haus und den Kauf technischer Geräte miteinschliesst. Auch schon wurde ich gefragt, ob dieses Engagement der Nächstenliebe entspringt. Ich antwortete: «Nein, mein Aufwand ist das Resultat meiner Liebe zu Yuliya.»

Yuliya: Damit sich Miguel um mich kümmern kann, arbeitet er nur noch halbtags. Er schmeisst den ganzen Haushalt und ist mir rund um die Uhr behilflich. Alle Fortschritte, die ich entgegen der ärztlichen Prognosen mache, verdanke ich ihm. Unser nächstes Ziel ist, dass ich den Rollstuhl verlassen und selbstständig laufen kann.

Miguel: Bis es so weit ist, lebt unsere vierjährige Tochter weiterhin bei meinen Eltern. Sie besucht uns an den Wochenenden. Wir sehnen beide den Tag herbei, an dem wir unserem Kind normale Familienverhältnisse bieten können.»

Miguel Almoril: Gegen jede Prognose. MVG-Verlag. 208 S., Fr. 17.50
Protokoll: Franziska K. Müller

Hypnotisch

Von Andreas Thiel — Christian Levrat beim Hypnotiseur.



Hypnotiseur: Sie da in der dritten Reihe, darf ich um Ihre Brieftasche bitten?

Levrat: Ich gebe nichts.

Hypnotiseur: Ich nehme Ihnen nichts weg. Meine Assistentin wird bloss Ihren Namen erraten. Aurora? Hörst du mich?

Assistentin: Ja, Meister.

Hypnotiseur: Ich befehle dir, auf die Bühne zurückzuschweben und mir Namen und Geburtsdatum des Inhabers dieser Brieftasche zu sagen.

Assistentin: Christian Levrat, 7. Juli 1970.

Hypnotiseur: Stimmt das?

Levrat: Es stimmt. Vermutlich kennt mich die Dame.

Hypnotiseur: Das werden wir gleich sehen. Aurora, wach auf!

Assistentin: Wo bin ich?

Hypnotiseur: Aurora, kennst du diesen Herrn?

Assistentin: Nein, wer ist das?

Hypnotiseur: Sehen Sie?

Levrat: Na, das kann jede sagen.

Hypnotiseur: Unterschätzen Sie nicht die Macht der Hypnose. Schauen Sie mir tief in die Augen. Sie werden müde ...

Levrat: Gähn ... chrrr, chrrrrrrr ...

Hypnotiseur: So, unser Christian ist jetzt hypnotisiert. Er gehorcht mir. Was soll ich befehlen?

Assistentin: Lass ihn irgendeinen Blödsinn erzählen.

Hypnotiseur: Christian, hörst du mich?

Levrat: Ja, Meister.

Hypnotiseur: Ich befehle dir, irgendeinen Blödsinn zu erzählen.

Levrat: Ja, Meister. Mit einer Einheitskrankenkasse werden die Prämien billiger. Aber wenn wir die Mehrwertsteuer senken, wird das Essen teurer ...

Hypnotiseur: Danke, ich befehle dir, wieder aufzuwachen.

Levrat: Die Schweiz ist voller Elend und Armut, deshalb müssen wir der EU beitreten ...

Hypnotiseur: Das reicht. Jetzt wieder aufwachen ...

Levrat: Alle Reichen sind böse ...

Hypnotiseur: Hallo, aufwachen! He! Wach auf!

Assistentin: Was ist los?

Hypnotiseur: Er wacht nicht mehr auf ...

Der Balg als Klassiker

Von Peter Rüedi



Weshalb nur kommt mir Frankenstein in den Sinn? Nur weil die Cave de Genève, von der dieser gehaltvolle Gamaret stammt, mit ihren dreissig Hektaren der bedeutendste Schweizer Produzent der Neuzüchtung, nicht weit ab von jener Villa Diodati liegt, in welcher Mary Shelley als Gast von Lord Byron 1816 ihren berühmten Schauerroman schrieb? Nach welchem bis heute jedes hybride wissenschaftliche Experiment genannt wird, das seinem Schöpfer aus dem Ruder läuft? Dabei hatte die romantische Autorin noch keine Ahnung, welche Dimensionen die Versuchsanlage ihrer Gothic Novel 150 Jahre später durch Entdeckung der Gentechnologie noch gewinnen würde, gegen deren rasante Entwicklung sich ihr Monster wie ein trauriges Geisterbahngespens ausnimmt. Um bei der Wahrheit zu bleiben: Mit Gentechnologie hat das traditionelle Metier der Kreuzung von Rebsorten, dessen Resultat (Gamay×Reichensteiner) die Gamaret ist, auch wenig zu schaffen. Die Natur selbst ist der grösste Experimentator, der Rebtechniker beobachtet und isoliert nur, was sie spontan erfindet. So gesehen ist die Sorte eher eine Findung als eine Erfindung der Forschungsanstalt Changins in Pully. Allerdings eine sehr erfolgreiche. Seit die gegen Grauschimmelfäule hoch resistente und relativ frühreife Sorte ihren Eintrag in der Schweizer Rebsortenliste erhielt, sind gerade mal gut dreissig Jahre ins Land gegangen. Der Mischling erfreut sich steigender Beliebtheit, und das keineswegs allein aus agrotechnischen Gründen. Die Gamaret ist noch kein Klassiker, aber, zumindest in der Schweiz, doch schon so etwas wie eine alte Bekannte. Die Cave de Genève ist eine prominente Adresse. Bei diesem Gamaret legt sie noch eins drauf und etikettiert ihn mit dem Namen des Topkochs Philippe Chevrier von der Domaine de Châteauiex. Auf dessen Weinkarte nimmt sich die Etikette gut aus. Selten habe ich eine so harmonische, intensiv fruchtige, etwas rauchige, komplexe Gamaret-Kreation angetroffen wie diese des jungen Önologen Florian Barthassat. Ihr Ruhm soll inzwischen schon Hongkong erreicht haben.

Cave de Genève, Satigny: Philippe Chevrier Gamaret de Genève AOC 2012. 13,5%. Fr. 28.–, www.cavedegeneve.ch

Ohne grosse Worte

Gourmetfestivals wie das neu lancierte «The Epicure» in Zürich ermöglichen ungeahnte Genüsse. Von David Schnapp



Kochstile, die unterschiedlicher nicht sein könnten: Heiko Nieder (l.), Benoît Violier.

Erstmals veranstaltete das selbst für die Luxushotellerie aussergewöhnliche Haus «The Dolder Grand» ein Gourmetfestival mit höchstem Anspruch. «Klein, aber fein», lautete die Devise von Managing-Director Mark Jacob. Unter dem etwas gespreizten Titel «The Epicure – Days of Culinary Masterpieces» wurden Küchenstars wie der Franzose Benoît Violier (drei Michelin-Sterne, neunzehn Gault-Millau-Punkte) aus Crissier eingeladen, die dann mit Gastgeber Heiko Nieder (zwei Michelin-Sterne, achtzehn Gault-Millau-Punkte), dem Küchenchef in «The Restaurant», ein Menü bestritten.

Für manche Dinge braucht es – gerade wenn's ums Essen geht – nicht viele Worte. Zwar waren die Küchenchefs der Sprache des jeweils anderen nicht mächtig. Aber die Violier-Kombination aus flüssigem Eigelb in einem Raviolo mit Eigelbspänen und dem ersten weissen Trüffel, den Alba dieses Jahr hergab, war sowieso leicht zu verstehen: sehr, sehr fein. Die Gerichte Heiko Nieders sind oft nicht so direkt zugänglich wie Benoît Violiers reduzierte französische Klassik. Aber wenn er sautierte Steinpilze mit kräftiger, salziger Blutwurst und einer Pilz-Kakao-Essenz kombiniert, ist auch das keine Geheimsprache.

Das Menü war deshalb besonders spannend, weil die beiden Kochstile unterschiedlicher nicht sein könnten. Mit wenigen Hand-

griffen ist ein Gericht von Benoît Violier angerichtet – es basiert auf dem besten verfügbaren Produkt, das sorgfältig veredelt wird, wie etwa einem Gamsrücken (den der Küchenchef selbst gejagt hat): mit einer geheimnisvollen Mischung und wildem Pfeffer gut würzen, sehr scharf in Butter anbraten und lange abstehen lassen. Am Ende wird das Fleisch nur noch auf Temperatur gebracht, tranchiert und mit etwas Gemüse und einer tiefgründigen Sauce angerichtet.

«Richtig» gibt es nicht

Wenn sich hingegen Heiko Nieder ein Kaninchen-Carpaccio mit Kräutern aus dem eigenen Garten ausdenkt, müssen seine Köche wie Feinmechaniker mit einer Pinzette Dutzende feine Blättchen akkurat anbringen. Abgerundet mit einem Saft aus grünen Tomaten, erfreut einen das Gericht dann mit den komplexen, ätherischen Noten der Kräuter, dem milden, zarten Fleisch und der spritzigen Säure der Sauce.

Die Erkenntnis, dass es nicht eine, richtige Art zu kochen gibt, wurde am Ende des Abends ebenso klar wie die Binsenweisheit von den sich anziehenden Gegensätzen.

Ausführliche Berichte zu den Menüs bei «The Epicure» auf www.dasfilet.ch



Auto

Lautbritannien

Er ist schön und akustisch präsent: Endlich hatten wir den Jaguar F-Type ganz für uns allein. Von David Schnapp

Vor einigen Monaten, treue Leser erinnern sich, berichtete ich über erste Ausfahrten im Jaguar F-Type Coupé, den ich auf organisierten Testfahrten in der bezaubernden Landschaft des Priorats in Spanien ausprobieren konnte (*Weltwoche* Nr. 15/14). Aber ein Auto wie den F-Type will man ganz für sich haben und nicht auf vorgegebenen Routen fahren. Diese Gelegenheit bot sich kürzlich. Noch immer habe ich die knatternde Fanfare im Ohr, die der vierflutigen Auspuffanlage entweicht, wenn man den Motor startet. Wenn ich könnte, würde ich mir einen F-Type R anschaffen, nur

wegen des Klangs. Es ist wie jede Musik natürlich Geschmackssache, aber das haben die Tonspezialisten unter den Jaguar-Ingenieuren besser hingekriegt als die Konkurrenz: Der F-Type R klingt schöner als ein Maserati GT und viel, viel schöner als ein Porsche Turbo.

Dabei lässt einem der Jaguar die Wahl. Kann man sich zurückhalten und verzichtet darauf, die kleine, verführerische Taste mit dem Doppelauspuffsymbol zu drücken, bleibt das Auto nach dem Erklängen der erwähnten Startfanfare zurückhaltend. Leider konnte ich der Versuchung nicht widerstehen, besagte Taste zu drücken. Und dann wurde es: laut. Nicht nur, dass der F-Type beim Beschleunigen ein donnernes, kehliges Röhren von sich gibt, das besonders schön von Häuserfassaden und Tunnelfluchten widerhallt. Geht man vom Gas, sorgen absichtlich herbeigeführte Fehlzündungen für explosionsartige Knaller – zur Freude oder zum Entsetzen der Umwelt. Man könnte einwenden, solch freizügiges, auffälliges Benehmen sei *very unbritish*. Aber man muss die Geräuschkulisse des Jaguar F-Type R im Gegenteil als eine Art sehr britischen Humors betrachten.

Abgesehen davon ist der F-Type aber vor allem ein sehr schönes Auto. Dass es sich um einen aufregenden Sportwagen handelt, lässt sich daraus schliessen, dass viele Leute um den Jaguar herumschlichen, wenn er irgendwo abgestellt war. Wenn ich zu dem harmlos weissen Wagen ging, fiel mir jedes Mal von neuem auf, wie elegant, anmutig und kühn er gezeichnet ist. Die lange Haube mit den martialischen Lufteinlässen, die athletische Flanke, das kurze Heck mit den feinen Schlussleuchten: ein Design voller Spannung und doch von klassischer Schönheit.

Wohin mit der ganzen Kraft?

Der F-Type bietet nur zwei Personen und etwas Gepäck Platz, ist also kompromisslos, wobei das Coupé im Gegensatz zum Cabrio alltagstauglich ist. Als Antrieb dient der bewährte Achtzylinder mit Kompressor und 550 PS. Diese müssen über 1800 Kilogramm bewegen. Aber einem Durchschnittsfahrer wie mir fällt das kaum auf – man weiss ja sowieso nicht, wohin mit der ganzen Kraft. Dank acht Gängen kann man die üppige Leistung relativ moderat mit elf Liter Benzin auf hundert Kilometer geniessen.

Zum Schluss noch das Finanzielle: Bei einem Basispreis von Fr. 134 500.– ist das F-Type-Coupé günstiger als ein Porsche 911 Carrera S (400 PS, Fr. 141 300.–), mit Vollausstattung immer noch sehr viel vorteilhafter als ein Porsche Turbo (520 PS, Fr. 228 500.–). Lautbritannien *rules!*

Jaguar F-Type R 5.0 V8

Leistung: 550 PS, Hubraum: 5000 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 300 km/h
Preis: Fr. 134 500.–; Testwagen: Fr. 158 590.–





«Schlechtester Songschreiber der Welt»: Komponist, Musiker und Produzent Rodgers, 62.

MvH trifft

Nile Rodgers

Von Mark van Huisseling — Ein Gespräch mit einem Popstar, der so ziemlich alles er- und überlebt hat.

Ich hab fünf einfache Fragen an Sie.» – «Okay, ich hab fünf schwierige Antworten.» – «Gut, das wird meine Sorte Interview. Wie schreibt man einen Superhit?» – «Ach, ich weiss nicht. Ich bin der schlechteste Songschreiber der Welt, aber ein ziemlich guter *rewriter*. Üblicherweise, wenn ich eine Idee habe, ist es eine verrückte Idee. Doch dann überarbeite ich sie und überarbeite sie und überarbeite sie. Und dann wird daraus «Get Lucky».» (Ein Funk-Disco-Stück der französischen House-Formation Daft Punk und des amerikanischen Sängers/Rappers Pharrell Williams, geschrieben von Nile Rodgers und Thomas Bangalter; «Bester Song des Jahres 2013», Laut.de; Platz eins der Charts in Deutschland, Grossbritannien oder der Schweiz, Platz zwei in Amerika.) «Wie schreibt man keinen Superhit? Was ich fragen will: Merken Sie: «Toller Song, aber es wird kein Hit?»» – «Ich veröffentliche keine Platte, die

ich nicht mag. Das zeigt, dass, manchmal, mein Urteil, mein *spirit*, künstlerisches Ohr, nicht übereinstimmt mit dem des Publikums. Bloss, wenn's um das Vermarkten geht, ist Priorität Nummer eins: Repetition. Ist ein Song nicht im Radio, kann er fantastisch sein, doch er wird kein Hit. Wenn man «Like a Virgin» nicht hört, wird's kein Hit [er war verantwortlich für die Produktion des Songs und das Album von Madonna].»

Nile Rodgers, 62, ist ein amerikanischer Musikproduzent, Musiker und Komponist. 1976 gründete er die Gruppe Chic, die zahlreiche Hits hatte («Le Freak», «Everybody Dance» oder «Good Times») und stilprägend war für die Musikrichtung Disco. Er war auch als Produzent gefragt; arbeitete etwa für Diana Ross, Duran Duran, Grace Jones, Mick Jagger oder David Bowie. Während der 1970er, 1980er und bis in die 1990er Jahre war er heroinsüchtig. Rodgers lebt in New York.

«Sie bekamen eine Krebsdiagnose vor ein paar Jahren ...» – «Vor drei Jahren genau.» – «Fanden Sie, das Leben sei unfair – Krebs jetzt, da Sie seit einiger Zeit gesund lebten, nachdem Sie zuvor lange gar nicht gesund gelebt hatten?» – «Ha, nein, ich fand überhaupt nicht, dass das Leben unfair sei. Ich dachte: «Ich kann's nicht glauben, dass ich so lange gelebt hab.» Ich war wahrscheinlich in der Gruppe meiner Freunde, mit denen ich anfing, Musik zu machen – Luther Vandross [2005 gestorben], Bernard Edwards [mit dem er Chic gründete; 1996 gestorben], Tony Thompson [Schlagzeuger von Chic; 2003 gestorben], Raymond Jones [Keyboarder von Chic; 2011 gestorben] –, die am meisten party- und drogenorientierte Person. Meine Familie sind heroinsüchtige *bohemians*, sie sind cool, ich wurde ins Heroin geboren, in meinem Leben gab es immer Drogen. So, jeder nahm an, ich würde der Erste sein, der stirbt, wegen meines waghalsigen Lebensentwurfs. Doch die Wahrheit ist: Wir sind alle genetisch gleich, aber verschieden, wie David Bowie sagen würde. Ich hatte den gleichen, aggressiven Krebstyp wie Frank Zappa; er hatte nach der Diagnose noch zwei Jahre, bei mir funktionierte die Behandlung. Ich sagte: «Ich lass die Ärzte tun, was sie tun können. Ich tu, was ich kann.» Und was ich kann, ist Musik spielen und happy sein.» – «Was dachten Sie, als der Krebs in Rückbildung war und Sie Ihr grosses Comeback mit «Get Lucky» hatten?» – «Jeder Komponist hat Zyklen in der Karriere. Als ich jung war, sagte mein Jurist: «Ich bring dir bei, wie du dein Leben lang reich sein wirst.» Er sagte, dass niemand, nicht die Beatles, nicht mal Paul McCartney, immer Hits haben, sondern dass man heisse und kalte Zeiten habe. Und was man in der kalten Zeit machen müsse, um reich zu sein: nämlich nicht verrückt sein und die verrückten Dinge tun, die Künstler normalerweise tun, wissen Sie, was Hip-Hopper erzählen: «Ich hab meinen Learjet, meinen Lamborghini *rollin'* ...» Sondern zu sparen. Ich hatte grade ein Rennboot gekauft und einen Maserati, ich hatte acht Millionen verdient und war 24. Dann hörte ich auf auszugeben. Das ist nicht, wer ich bin. Ich bin Musiker, Geld ist eine Begleiterscheinung, wenn man einen Hit hat. Und man weiss nie, wann man einen Hit hat.»

«Sie hatten 21 Nummer-eins-Hits. Und machen dennoch Reklame für eine Uhrenmarke – weshalb [für Girard-Perregaux, das Gespräch fand am GP-Sitz in La Chaux-de-Fonds statt]?» – «Interessant, was Sie sagen. Ich mache keine Reklame, es ist umgekehrt. Ich habe eine Stiftung für einen wohltätigen Zweck, die We Are Family Foundation, wir haben ein Mentorprogramm für Teenager. Und GP, die einige meiner liebsten Uhren hergestellt hat, hat eine We-Are-Family-Uhr entworfen.»

Sein liebstes Restaurant: «Irgendwo auf der Welt? Nun denn ...» «Da Conch Shack» Providenciales, Turks- und Caicosinseln, Britische Überseegebiete, Telefon +649 946 8877 34

1		2		3	4		5	6		7		8	9	10
				11								12		
13	14		15				16		17		18			
19						20								
			21								22			
23		24					25							
26					27						28		29	
30				31			32		33					
34				35			36					37		38
39							40					41		
				42						43				
	44						45					46		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Telegene Betreuungent

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Solche Eier, z. B. für eine kulinarische Feier. 5 Ein weiteres Mal gesagt, kommt es so heraus. 11 Vom Winde verweht, Scarlett weiss es. 12 Kein schräger Vogel, eher ein Plappermaul. 13 Er hat einiges zu tragen. 16 Da geht's bis aufs i-Tüpfelchen. 19 So gesehen ist die Kunst verwerflich. 20 In Asien: Top-Ten-Berg der Erde. 21 Dieser Regenpfeifer ist Namensvetter eines Weidengewächses. 22 George Orwell, Ian Fleming u.a. kannten das College zur Genüge. 23 Sie könnte Bambis Mutter sein. 25 Nicht übel und in den USA üblich, so ein Anteil am Geschäft. 26 Zenon von dort lebte dort als Philosoph. 27 Machtwort, um bei Kindern Eskalation zu verhindern. 28 Rechtwinklig gebogenes Stück und typisch amerikanisch. 30 Von ihr bis zur Arroganz ist es nicht weit. 32 Einer aus germanischem Göttergeschlecht. 34 Womit das Amt komplett ist. 35 Die Reihenfolge folgt der bewertenden Sortierung. 39 Aromatische Verbindung. 40 In einem M....l fühlt man sich irgendwie geborgen. 41 Der letzte entsprach der Jahreszeit, finden Romands. 42 Gefragtes ergibt sich aus Mozarts Klavierkonzert Nr. 21. 43 Simon: appenzelerisch, kabarettistisch. 44 Wir suchen einen Baum mit geflügelten Fruchtnüsschen. 45 Weder Lani noch Yali, aber auch Ureinwohner auf Neuguinea. 46 Die Schweizer Fangruppe in Sachen Aviatik mag es knapp.

Senkrecht — 1 Kein Sir, aber so eine Art indisches Pendant. 2 Der duftende Flieder findet sich hier als Farbe wieder. 3 Der George wird mit Zusatz irgendwie göttlich. 4 Wenn Vorfahrt zu früh endet, sieht man alt aus. 5 Mal gibt's dort Kampf, mal lassen Streitende Dampf ab. 6 Gebiet, Beschwörung, Ausschluss, je nachdem. 7 Es hält, was es verspricht, sagt der Kapitän. 8 Natürliche Spielarten. 9 Finnischer Tag der Dichtung – ihm zu Ehren. 10 Zeitspanne, mal spannend, mal nicht. 14 Westindische Inseln, teilweise. 15 Matthäus von dort studierte Gottes Wort. 17 Gepflegtes Grün, teils abgehoben, immer oben. 18 Mal ehrlich: nicht mehr als Schweizer oder Deutsche. 20 Ihr Unterbau ermöglicht weiträumige Operationen. 23 Seine Hauptrolle spielte er über Jahre als Präsident. 24 Grad, wird ansteigend eher zu Bürde statt Würde. 25 Das marokkanische Fès ist Partner gesuchter südkoreanischer Stadt. 27 Dixence, und wie sie zum Superlativ wird. 29 Ganzes, kommt so auf dasselbe raus. 31 Der von Friaul oder von Hoya. 33 Salomon-Insel mit mehreren Namen, hier weder Nendo noch Nitendi. 36 Ohne den Nebenfluss der Rhône hätte das Département wohl einen anderen Namen. 37 Ob Knecht oder Maurer spielt eigentlich keine Rolle. 38 Enorm, die Schlagkraft dieser germanischen Waffe.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 385

B	O	O	K	E	G	O	N	S	T	E	G	E		
A	P	R	E	S	R	E	I	M	H	I	L	L		
S	T	A	R	T	H	I	L	F	E	K	A	B	E	L
S	I	N	A	I	E	B	E	N	L	E	S	E		
M	T	R	A	G	E	T	O	I	S					
M	U	Z	I	N	E	R	A	H	A	B	S			
A	M	E	N	R	E	G	E	L	N	U	F	A		
G	R	L	O	H	L	I	E	F	E	R	N			
G	A	M	A	B	E	R	E	T	E	N	I	D		
I	S	A	A	C	L	G	A	A	R	D	E	R		
A	S	T	R	O	N	O	M	I	E	R	E	D	A	
O	T	S	U	S	E	T	O	I	L	E				

Waagrecht — 1 (E-) BOOK 5 EGON 9 STEGE
14 APRES (-Ski) 16 REIM 18 HILL (Ex-Formel-1-Fahrer) 19 STARHILFEKABEL 20 SINAI
21 EBEN 22 LESE 23 TRAGE 25 TOI 27 MUZINE (Bestandteile des Schleims) 29 AHAB
32 AMEN 33 REGEL 36 UFA 38 LOH 39 LIEFERN 41 (Vasco da) GAMA 44 BERET 45 ENID (dein) 46 ISAAC (Sohn Abrahams; Newton: Entdecker der Schwerkraft) 48 (Jostein) GAARDER (Mädchen...: Buchtitel) 49 ASTRONOMIE 50 REDA (Ader) 51 OTSU 52 ETOILE (franz. f. Stern)

Senkrecht — 1 BASS 2 OPTIMUM 3 ORAN (Die Pest, Roman v. Camus, spielt in Oran) 4 KERATIN 6 GRIEG (norw. Komponist) 7 OELBERG 8 NIFE (Nickel-Eisen-Legierung) 10 THALIA 11 EIBE 12 GLESS 13 ELLE 15 STIRN 17 MENTALITAET 24 AEROB (Luftsauerstoff benötigend) 26 OHNE 27 MAGGIA 28 ZERMATT 30 BUENDEL 31 SANDRA (Boner) 34 EHELOS 35 ELEGIE 37 FRIEDE 40 FERRI 42 ASSO 43 AARS (Obere, Mittlere, Untere Saar) 47 COU (franz. f. Hals; geflügelt: Frosch im Hals)

Lösungswort — SPIEGELBILD

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Ariella Kaeslin
Dreifache Sportlerin
des Jahres

Meine Welt. Meine Karte.



Auch als Visa Karte
und in CHF, EUR
sowie USD erhältlich.

Der Spezialist für Kredit- und Prepaidkarten. comercard.ch

comercard

you first